

Dieter Klein

Gespaltene Machteliten



Verlorene Transformationsfähigkeit
oder Renaissance eines
New Deal?

Dieter Klein
Gesplaltene Machteliten

Dieter Klein, Prof. Dr. rer. oec. habil., Ökonom, war bis Ende 2012 Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist Fellow (Transformationstheorie) im Institut für Gesellschaftswissenschaften der Stiftung. Bis zu seiner Emeritierung 1997 hatte er den Lehrstuhl Ökonomische Grundlagen der Politik am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität inne. Er gehörte zu den Begründern des Projekts »Moderne Sozialismustheorie«, das sich schon vor dem Ende der DDR 1989 für alternative Entwicklungswege einsetzte.

Dieter Klein

Gespaltene Machteliten

Verlorene Transformationsfähigkeit
oder Renaissance eines New Deal?

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Ich danke Michael Brie für wertvolle wissenschaftliche Anregungen und andere freundschaftliche Unterstützung beim Entstehen dieses Buches. Mein herzlicher Dank für stets freundliche Unterstützung bei der technischen Fertigstellung der Arbeit gilt auch Michaela Klingberg.



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Umschlaggrafik: INTERFOTO/Friedrich (Ausschnitt aus einer Illustration zum Musical »Jekyll & Hyde« in der deutschen Inszenierung von 1999)
Druck- und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-89965-695-4

Inhalt

Kapitel 1

Differenzierungen in den Machteliten und die Linke 7

- 1.1 Die Frage. Und – dürfen Linke so fragen? 7
- 1.2 Zwei unterschiedliche Machtkonstellationen 13
- 1.3 Kein progressives Potenzial mehr in den Machteliten? 17
- 1.4 SYRIZAs Chance, die schließlich keine war:
Differenzen in den europäischen Machteliten 22

Kapitel 2

New Deal – progressives Lernen der Machteliten in großen Krisen 31

- 2.1 New Deal – Anlass zu Fragen nach der Reformfähigkeit
in den Machteliten heute 31
- 2.2 Ausgangssituation. Vor dem New Deal. Monopolkapitalismus
pur – Roaring Twentieth – Weltwirtschaftskrise 34
- 2.3 First New Deal 1933/1934 – umkämpft in den Machteliten
und zwischen Oben und Unten 49
- 2.4 Second New Deal 1935-1938 plus – fortgesetzte Kämpfe 62
- 2.5 Kulturelle Dimensionen des New Deal 72
- 2.6 New Deal und Zweiter Weltkrieg 77
- 2.7 Lehren aus der New Deal-Erfahrung 87

Kapitel 3

Differenzierungen und Lernprozesse in den US-Machteliten auf dem Feld der Sicherheitspolitik 92

- 3.1 Ausgangssituation: Atomkriegsgefahr stellt das Konzept
Sicherheit durch militärische Überlegenheit infrage 92
- 3.2 Auseinandersetzungen in den Machteliten
um Rüstungskontrolle und Abrüstung 101
- 3.3. Resultate von Rüstungskontroll- und Abrüstungs-
vereinbarungen 119
- 3.4 Abkehr von Rüstungskontrolle und Abrüstung 127
- 3.5 Zwischenfazit 131

Kapitel 4	
Was bringt die Machteliten in Bewegung?	134
4.1 Gefahren für die Kapitalverwertung	138
4.2 Druck der Subalternen – Bedingung aller progressiven Bewegung in den Machteliten	161
4.3 Globale Gefahren für die Menschheit	165
4.4 Zwischenfazit	192
 Kapitel 5	
Was macht Lern- und Reformfähigkeit in den Machteliten möglich? Theoretische Überlegungen	195
5.1 Ökonomische Gesetze – aber ein breites Spektrum von Handlungsmöglichkeiten	195
5.2 Produktivkraftentwicklung und Transformationsspielräume für die Machteliten	200
5.3 Allgemeine Reproduktionsbedingungen des Kapitals als Konfliktfeld innerhalb der Machteliten	204
5.5 Ausdifferenzierung als Chance für eine postneoliberale Entwicklung	206
5.6 Die vorrangige Rolle der politischen Funktionseleiten in gesellschaftlichen Umbrüchen	208
5.7 Zwischenbilanz	214
 Kapitel 6	
Von der Defensivlinken zur Transformationslinken	226
6.1 Und sie ist doch nicht abzuschreiben!	226
6.2 Zunahme von Empathie – ein linkes Hoffnungspotenzial	231
6.3 Wie übergehen zu einer machtpolitischen Offensive von links?	244
6.4 Quintessenzen zu Differenzierung und Reformfähigkeit in den Machteliten	257
 Literatur.....	275

Kapitel 1

Differenzierungen in den Machteliten und die Linke

Die Zukunft der Gesellschaften rund um die Erde ist ungewiss. Wie der Lauf der Dinge vor uns sein wird, hängt entscheidend vom Handeln der Subalternen ab. Es ist an der Linken, ihren Beitrag zur Selbstermächtigung der heute Entmachteten zu leisten. Sie hat gemeinsam mit anderen demokratischen Akteuren die gegenwärtig möglichen Verbesserungen im Leben der Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen und zugleich »aus Affinität zum Stern, der sich noch unter dem Horizont befindet« (Bloch 1985: 137); zu wirken. Das heißt, dafür zu wirken, dass das heute noch Unmögliche möglich werden kann, die Überwindung des Kapitalismus.

1.1 Die Frage. Und – dürfen Linke so fragen?

Die Linke hat mit einem gravierenden Widerspruch umzugehen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit müssen einschneidende Umwälzungen in der Wirtschaftsstruktur, in den Produktions- und Lebensweisen, in der Regulationsweise, in den internationalen Beziehungen unter extremem Zeitdruck erreicht werden. Das Zeitfenster ist nur noch klein. Zumindest ein Richtungswechsel hin zu neuen Pfaden der Bearbeitung und Lösung dieser und anderer Menschheitsfragen muss nach den Studien angesehener Gremien in ein bis zwei Dekaden eingeleitet werden, wenn nicht ein point of no return bei überlebenswichtigen Prozessen überschritten werden soll. »Die Weichenstellungen dafür müssen im Verlauf dieses Jahrzehnts gelingen«, heißt es in der Studie »Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen/WBGU (WBGU 2011: 1). Aber in diesem begrenzten Zeitraum – und darin besteht der Widerspruch – werden in Europa und anderen wichtigen Erdregionen die heutigen Machteliten mit größter Wahrscheinlichkeit noch an der Macht sein, ob mit oder ohne Linksregierungen in dem einen oder anderen Land oder in mehreren Ländern.

Längst ist damit die Frage an der Tagesordnung, ob Teile der Machteliten in der Lage sein werden, sich den Krisen des 21. Jahrhunderts

auf neue Weise zu stellen. Werden unter dem Druck der ungelösten Probleme und unter dem Druck zivilgesellschaftlicher Akteure flexible Fraktionen des herrschenden Blocks Elemente einer sozial und ökologisch orientierten Transformation der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften hervorbringen oder mittragen können? Ist mit Differenzierungsprozessen im Block an der Macht zu rechnen, in deren Verlauf Teile jener Machteliten, die doch als Repräsentanten der herrschenden Eigentums- und Machtstrukturen die Hauptverantwortung für den Weg in die jüngste mehrdimensionale große Krise tragen, nun Wege aus den andauernden Krisenprozessen heraus beschreiten können?

Nach dem rücksichtslosen und erpresserischen Umgang der europäischen Machteliten mit dem griechischen Versuch, einen anderen als den neoliberalen Weg zu beschreiten, der das griechische Volk in eine humanitäre Katastrophe geführt hat, scheinen solche Fragen erledigt. Die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank, die Regierungschefs der Euroländer im Kielwasser der deutschen Regierung und des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben an Griechenland demonstriert, dass der neoliberale Dogmenkanon der Eurozonen-Regeln unabhängig davon exekutiert wird, was immer in Wahlen und Volksabstimmungen als Wille der Bürgerinnen und Bürger eines betroffenen Landes bekundet wird. Finanzmarktlogik und keine Widerworte! Das bestimmt ihre Marschroute. Die Linke in Griechenland und mit ihr die europäische Linke hat eine schwere Niederlage erlitten. Wahrscheinlich sind die Chancen einer alternativen Entwicklung in der Europäischen Union für längere Zeit nur gering. Würde angenommen werden, dass der Block der Herrschenden gar keine andere Selbsterhaltungschance als mit der gegenwärtigen Politik hätte, dann müsste die Frage nach Differenzierungen, progressiver Reformfähigkeit und Lernprozessen in den Machteliten tatsächlich fallen gelassen werden. Wenn aber der wachsende Druck ungelöster Menschheits- und Alltagsprobleme die Verlängerung des Gegenwärtigen ausschließt, dann darf eine kritische Gesellschaftsforschung und eine Überprüfung linker Strategien angesichts der Schwäche der europäischen Linken solchen Fragen auch nach den jüngsten Erfahrungen in der Griechenlandkrise nicht ausweichen. Sie sind Teil linker Transformationsforschung.

Auch wenn in der nächsten Zukunft alte und neue soziale Bewegungen, linke Parteien und Bürgerinitiativen zumindest in Europa eher Abwehrkämpfe gegen die Austeritätspolitik und gegen weitere neoliberale »Reformen« vor sich haben als den beginnenden Übergang zu einem sozialeren und demokratischeren Typ der Gesellschaft, sind doch die Verteidigung des Errungenen und das Überschreiten bisheriger Schran-

ken nicht voneinander zu trennen. Notwendige Abwehrkämpfe werden nur dann erfolgreich zu führen sein, wenn zugleich um Alternativen gekämpft wird. Diese werden aber nur durchsetzbar sein, wenn sich auch Teile der Machteliten für wichtige Seiten dieser Alternative gewinnen lassen. Stärkung der linken Kräfte und Wirken für Differenzierung und Reformöffnung in den Machteliten gehören daher zusammen. Sie sind widersprüchliche Seiten ein und derselben alternativen Strategie.

Im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde das Konzept einer doppelten Transformation entwickelt und zur Diskussion gestellt (Klein 2013; Brie 2014; Brie 2015c). Der Begriff doppelte Transformation zielt auf eine Verschränkung künftiger progressiver postneoliberaler Transformationsprozesse im bürgerlich-kapitalistischen Rahmen mit dem Beginn einer Großen Transformation über den Kapitalismus hinaus.

Dieses Konzept knüpft an der hybriden Konstitution der bürgerlichen Gesellschaft an. Wie die Gesellschaftsformationen vor ihr umfasst sie durchaus unterschiedliche, teils gegensätzliche und sich zugleich ergänzende Produktionsverhältnisse. Das Kapitalverhältnis dominiert, aber sozialstaatliche Institutionen dämpfen die Wirkungen der Profitdominanz. Ein Non-Profit-Sektor trägt zu nichtprofitablen Reproduktionsbedingungen der Gesellschaft einschließlich des Kapitals bei. Solidarische Formen des Wirtschaftens bieten Räume der Selbstermächtigung jenseits kapitalistischer Konkurrenz. Der Begriff Kapitalismus bezeichnet eine Gesellschaft, in deren hybrider ökonomischer Struktur das Kapitalverhältnis über andere Verhältnisse dominiert, zu denen auch potenziell sozialistische Elemente, Institutionen und Praxen gehören (Wright 2010: 123ff.). Thomas H. Marshall bezeichnet Gesellschaften, in denen verschiedene kontrastierende Elemente – etwa kapitalistische Marktkonkurrenz und Wohlfahrtsstaatlichkeit – miteinander verknüpft sind, als Bindestrichgesellschaften. Deren Charakter hängt von den Dominanzverhältnissen zwischen den miteinander verbundenen verschiedenen Elementen ab (Marshall 1992: 132ff.). »Den Kapitalismus in eine sozialistische Richtung zu transformieren, bedeutet die Demokratisierung der Wirtschaft [...]. In diesem Prozess bleibt die ökonomische Struktur ein Hybrid von kapitalistischen, etatistischen und sozialistischen Praxen und Verhältnissen, aber die sozialistische Dimension gewinnt an Gewicht und Zentralität.« (Wright 2015: 98f.)

Herkömmliche *Reformen* sozialdemokratischen Typs haben viele Fortschritte bewirkt. Als aber der fordistische Reformkapitalismus in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in die Krise geriet, ha-

ben sie ein neoliberales Rollback nicht verhindert. Vor allem entspricht ihre Reichweite nicht der Tiefe der erforderlichen künftigen Umbrüche, zumal sie leicht dem Herrschaftsmechanismus der Machteliten einverleibt werden. Eine *Revolution* im Sinne eines großen zeitlich gerafften Umsturzaktes ist in Deutschland und Europa weder in Sicht noch könnte sie angesichts der Größe, Kompliziertheit und Komplexität der aufgestauten Probleme schnelle Lösungen ohne langandauernde sozial-ökologische Reformprozesse versprechen. Das schließt die Möglichkeit unerwarteter einschneidender Brüche allerdings nicht aus.

Weder Reform noch Revolution in ihrer klassischen Gestalt werden die Grundprobleme der Zukunft lösen. Viel zeitgemäßer erscheint die *Transformation* als ein neuer Typ sozialen Wandels (Reißig 2009). Sie verbindet im Rahmen des Kapitalismus realisierbare Reformen und Brüche mit der Perspektive des Übergangs zu einer nachhaltigen, den Kapitalismus überschreitenden Solidargesellschaft. Sie verbindet Reform und Revolution.

Für einen längeren Zeitraum ist in Europa wahrscheinlich auch unter der notwendigen Voraussetzung weitreichender Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links im glücklichsten Falle eine progressive demokratische, stärker soziale und mehr ökologisch orientierte postneoliberale Transformation zu erwarten, die den Rahmen des Kapitalismus nicht überschreitet, ihn aber bereits in Frage stellt und beginnt, ihn zu durchbrechen. Um aber nach den Erfahrungen im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts ein konservatives Rollback eines solchen – erst noch zu erkämpfenden – progressiven Typs des Kapitalismus auszuschließen, muss die gesellschaftliche Linke umgekehrt eine Vorwärtsentwicklung stärken und alle Ansätze für Entwicklungen über den Kapitalismus hinaus ausschöpfen. Sie muss in eine kommende systeminterne postneoliberale Transformation den Einstieg in eine systemüberschreitende Große Transformation hineinholen. Das meint der Begriff doppelte Transformation.

Wenn aber der Kapitalismus selbst nach einer – vorerst noch gar nicht greifbaren – Überwindung des Neoliberalismus längere Zeit in einer hoffentlich erträglicheren hybriden Gestalt noch weiter existieren wird, ist zu fragen, welche Rolle die Machteliten dann in einer solchen Transformation spielen werden.

Werden sie sich einer postneoliberalen progressiven Entwicklung geschlossen entgegenstellen? Oder werden Teile des herrschenden Blocks

ein gewisses Maß progressiver Reformfähigkeit entwickeln? Werden sie die Flucht nach vorne antreten und progressive Übergangsprozesse unter dem Druck der Umstände und gedrängt von alternativen Akteuren mittragen oder sogar zum Teil vorantreiben, um sie für die eigene Herrschaftssicherung zu instrumentalisieren? Für den künftigen Verlauf von Transformationsprozessen ist dies eine zentrale Frage. Sie zu untersuchen ist ein wichtiges Teilgebiet sozialistischer Transformationsforschung.

Nur wer davon ausgeht, dass der neoliberale Kapitalismus unmittelbar von einer sozialistischen Gesellschaft abgelöst werden wird, mag sich um diese Frage drücken. Wenn der Übergang zu einer nachhaltigen Solidargemeinschaft als längerer Prozess zu erwarten ist, in dessen Verlauf die Bourgeoisie weiter beachtliche ökonomische Macht und politischen Einfluss haben wird, sind Überlegungen zur Anpassung des Kapitalismus an veränderte Verhältnisse wichtig. Allerdings, wenn ein künftiger demokratischer Sozialismus wahrscheinlich auf einem Mix von verschiedenen Eigentumsformen einschließlich kapitalistischem Eigentum beruhen wird, wäre es selbst unter diesen Bedingungen ein Problem, auf welche Weise und wie weit private Unternehmen in die Gestaltung einer Gesellschaftsalternative einbezogen werden können.

Linke Politik beruht notwendig immer auf einer Analyse der Klassen- und Sozialstruktur der Gesellschaft. Sie muss Differenzierungen, Interessen, Organisation und Praxen der Lohnabhängigen und der in die Prekarität Abgedrängten sowie der bürgerlichen Milieus erfassen. Selbstverständlich gehört zur Klassen- und Sozialstrukturanalyse auch die Untersuchung von Tendenzen in den Machteliten. Es gibt also gute Gründe dafür, dass Differenzierungen in den Machteliten und Fragen nach deren Reform- und Lernfähigkeiten der Gegenstand der hier vorliegenden Arbeit sind. Aber ist nicht schon die Fragestellung selbst eine Abweichung von der Regel, dass ordentliche Linke zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten den Kämpfen von unten gegen die Herrschenden oben und nichts anderem verpflichtet sind? Klaus Blessing hat stellvertretend für bestimmte Strömungen in der pluralen Linken darauf eine für ihn klare Antwort. Derlei Überlegungen »sind in Träume verpackte Ablenkungsmanöver, die das System erhalten sollen. Objektiv tun sie Letzteres ohnehin. Und es erhebt sich die Frage, ob die Verfechter derartiger Auffassungen wirklich nur politisch naiv sind oder nicht ganz andere Ziele verfolgen.« (Blessing 2015: 162) Warum also sollten ausgerechnet Linke über Lern- und Reformfähigkeit in den Machteliten nachdenken? Die weitaus meisten kritischen Publikationen über die »Super-Klasse«,

über die »0,1%«, über die »Super-Reichen« blenden Differenzierungen in den Machteliten denn auch weitgehend aus (Krysmanski 2012; Rothkopf 2009; Freeland 2013; Therborn 1978; Frank 2009). Sprechen nicht das unbelehrbare Festhalten des herrschenden Blocks an der neoliberalen Politik und verstärkt autoritäre Entwicklungen erst recht gegen die Annahme, dass Teile dieses Blocks die Fähigkeit zu einer progressiven systeminternen Transformation entfalten könnten? Die hochgradige Visionslosigkeit der Merkel-Regierung samt der SPD-Spitze ist weiß Gott keine Ermutigung zu solchen Erwartungen. Edzard Reuter, langjähriger ehemaliger Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz, beklagt das »Fehlen einer auch nur im entferntesten überzeugenden außenpolitischen Konzeption der bisherigen Bundesregierung« (Reuter 2013: 125) und insgesamt einer Vision für Europa. Über die Kanzlerin Merkel schreibt er: »Dass die Vereinigung Europas von einer begeisternden Vision getragen sein muss, das allerdings hat sie weder durch ihr Handeln noch durch ihr Auftreten jemals überzeugend zu vermitteln vermocht.« (ebd.: 124)

Die deprimierende Demontage nahezu aller von Barack Obama einst charismatisch vertretenen Reformvorstellungen spricht ebenfalls eher gegen eine den Machteliten zuzuschreibende Fähigkeit zu künftiger gerechterer Gestaltung der Gesellschaft. Auf 18 Weltklimakonferenzen haben die Spitzenpolitiker keine bindende Strategie zur Verhinderung einer Klimakatastrophe zustande gebracht. Was bekannt wurde über die weltweiten Abhörpraktiken der NSA, deutet auf die Perfektionierung antidemokratischer Herrschaftstechniken und nicht auf eine mögliche Öffnung von Machtkreisen für progressive Transformationsprozesse hin.

Der französische Ökonom Thomas Piketty hat einen zweihundertfünfzigjährigen Trend zu verstärkter sozialer Ungleichheit, zur Polarisierung zwischen Reich und Arm, zur Konzentration des Vermögens und damit auch politischer Macht bei den Superreichen und insbesondere bei den reichsten 0,1% unter ihnen empirisch belegt. Und er hat die wahrscheinliche Fortsetzung dieses Trends im 21. Jahrhundert prognostiziert (Piketty 2014). Seine Zahlen sind eine so gute Nachricht für die innersten Zirkel der ökonomischen Machteliten und eine so schlechte Botschaft für die Anhänger sozialer Gerechtigkeit, dass auch Pikettys viel beachtete Forschungsergebnisse keinen Wandel in der Politik der Herrschenden erwarten lassen – auf den ersten Blick. Jedoch – er konstatiert auch eine Unterbrechung der »Normalität« wachsender Divergenzen auf dem Feld von Lebenschancen und Macht durch eine Gegentendenz in

Europa für die Zeit von 1914 bis Anfang der siebziger Jahre, besonders für die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg.

Wenn aber der Grundtrend wachsender sozialer Ungleichheit über viele Jahrzehnte durch eine Gegentendenz zurückgedrängt werden konnte¹ – warum soll eine sozial-ökologische Gegenbewegung zur gegenwärtigen neoliberalen und finanzmarktgetriebenen Entwicklung nicht abermals durchsetzbar sein und diesmal erzwungen von einer kämpferischen Linken sogar in eine Große Transformation zu einer gerechten solidarischen Friedensgesellschaft im Einklang mit der Natur münden?

Warum, wenn die Machteliten mit dem New Deal in den USA, mit der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung skandinavischer Länder und schließlich in der gesamten OECD-Welt bis in die 1970er Jahre eine Transformation vom privatmonopolistischen Kapitalismus zu einem sozialstaatlich regulierten Monopolkapitalismus mitgetragen haben, sollten nicht Teile des herrschenden Blocks in möglichen künftigen Situationen äußerster Konflikteskalation zu einer Flucht nach vorn in der Lage sein? Warum sollten sie nicht abermals eine progressive – diesmal postneoliberale – systeminterne Transformation des Kapitalismus als Ausweg im eigenen Interesse erkennen können, wenn ihnen durch Gegenmächte ein konservativer autoritärer und antisozialer Ausweg versperrt wird?

1.2 Zwei unterschiedliche Machtkonstellationen

In absehbarer Zeit ist solche Entwicklung allerdings kaum zu erwarten. Die Linke steht in den weitaus meisten Ländern mit dem Rücken zur Wand, auch in Europa. »Sie führt wichtige Kämpfe, mobilisiert teilweise Millionen bei Demonstrationen, hat partielle Wahlerfolge, kann erfolgreiche Streiks führen. Sie ist nicht unwirksam, aber sie bestimmt nicht die Tagesordnung.« (Institut für Gesellschaftsanalyse 2009: 78) Häufig

¹ In diesem Zeitraum wurde das Vermögen der Eliten zwar durch Kriege und ihre Folgen, durch Inflation sowie durch die Weltwirtschaftskrise stark gemindert. Der von Piketty analysierte historische Trend wurde höchst destruktiv und für die Bevölkerung auf katastrophale Weise gebremst. Aber vor allem in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurden unter den Bedingungen des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus erhebliche Steigerungen der Löhne und sozialer Leistungen erkämpft. Zeitweise wirkte eine starke progressive Tendenz der Vertiefung der sozialen Ungleichheit entgegen.

gelingt es nicht einmal, errungene Standards gegen deren weiteren Abbau zu verteidigen. Die Linke versucht, der fortwirkenden Aushöhlung der Demokratie zu widerstehen. Sie leistet Widerstand gegen die wachsende Neigung zum Einsatz militärischer Gewalt. Aber nur in einer Reihe lateinamerikanischer Länder und in Südeuropa, vor allem in Griechenland und in Spanien, hat sie an Durchsetzungsmacht gewonnen. In der Europäischen Union wird zeitweilig eher die Abwehr von neuen neoliberalen »Reformen« eine zentrale Aufgabe linker Politik sein – kombiniert mit einer »Strategie der autonomen Revitalisierung« der Gewerkschaften und anderer Akteure (Goes 2015; Urban 2014: 303f.). Denn das Konzept der Herrschenden besteht in dem Versuch, in Ergänzung und Fortführung der Austeritätspolitik das Wachstum durch die Senkung der Löhne und Sozialleistungen, durch den fortschreitenden Übergang von geregelten Arbeitsbeziehungen zu prekären Beschäftigungsverhältnissen, durch die Privatisierung sozialer Leistungen anstelle öffentlicher Daseinsvorsorge und durch die Schwächung der Gewerkschaften zu stimulieren.

Diesem im Grunde längst gescheiterten, aber umso verbissener verfolgten Kurs der Herrschenden zu widerstehen, fordert den Gewerkschaften und allen anderen alternativen Kräften größte Anstrengungen ab. Es scheint angesichts dessen, als sei alles Nachdenken über offensive Strategien der heute Subalternen allzu sehr der Realität entrückt. Aber ohne die Perspektive einer eigenen Offensive der Linken und aller anderen demokratischen Kräfte werden auch Abwehrkämpfe nicht zu gewinnen sein. Der Übergang von der Defensive der Linken zu Kämpfen für eine progressive postneoliberale Transformation ist im Rahmen mindestens zwei unterschiedlicher Machtkonstellationen vorstellbar.

Eine erste Konstellation führte zu dem in diesem Buch näher zu analysierenden New Deal in den USA und zu etwa vier Dekaden andauernder wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung im OECD-Rahmen. Für die Entwicklung in den USA war charakteristisch, dass unter einem für das kapitalistische System gefährlichen Druck von Arbeitslosen, noch beschäftigten Teilen der Arbeiterklasse, kritischen Intellektuellen und notleidenden Farmern eine dem Kapitalismus verpflichtete bürgerliche Regierung die Hegemonie erlangte und sie für eine sozialstaatliche Transformation des Kapitalismus nutzte.

Eine zweite machtpolitische Konstellation als Grundlage künftiger postneoliberaler Transformationsprozesse zeichnet sich in links regierten Ländern Lateinamerikas und jüngst im Wahlsieg SYRIZAs in Griechenland ab. Das ist die Eroberung der Regierungsmacht durch eine ra-

dikal-reformerische Linke, deren strategische Vorstellungen über den Kapitalismus hinausweisen, die aber durch das zunächst erreichbare Kräfteverhältnis, durch die auch unter einer linken Regierung längere Zeit weiter existierende ökonomische Macht des Kapitals und angesichts der Fülle der nur langfristig zu lösenden Probleme für geraume Zeit auf die Kooperation eines Teils der bürgerlich-kapitalistischen Machteliten mit den linken Kräften der Gesellschaft angewiesen ist. In diesem Fall bestimmt eine Art Doppelherrschaft den Gang der Transformation. Aber die größeren Machtressourcen werden auch dann in der Regel nicht bei den Regierungen liegen. Sie müssen ihre Politik selbst nach Wahlsiegen aus der Position relativer Schwäche heraus gegenüber dem Kapital entwickeln. Das gilt für die Wirtschaft, aber auch für die Macht der alten Kräfte in den Staatsapparaten. Der Verlauf der Dinge wird auch in diesem Fall stark von der Mitwirkung beträchtlicher Teile des existierenden Machtblocks an einer neuen Politik abhängen.

Zwischen beiden Varianten der Durchsetzung einer progressiven Transformation existiert keine scharfe Trennung. Die Kämpfe alternativer Kräfte können entweder derart an Durchsetzungsmacht gewinnen, dass Linksregierungen zustande kommen, die die Führung in weiteren postneoliberalen Transformationsprozessen übernehmen und dabei an einer sozialistischen Perspektive festhalten. Oder solche Kämpfe bringen immerhin die Verhältnisse zum Tanzen, zwingen die Herrschenden sogar auf einen postneoliberalen Kurs, sind aber doch nicht machtvoll genug, um Linksregierungen hervorzubringen. Dann kommt es weiter darauf an, durch Druck auf die Herrschenden soziale und ökologische Verbesserungen zu erreichen und weitergehende Umwälzungen einzuleiten. Wann in einem solchen demokratischen Prozess der Zeitpunkt erreicht wird, zu dem eine realistische Analyse der Lage die Entscheidung linker Akteur herausfordert, Kurs auf die Erringung der Regierungsmacht zu nehmen, lässt sich nicht beliebig bestimmen. In Griechenland kündigte Alexis Tsipras im Frühjahr 2012 an, dass SYRIZA bereit sei, eine links orientierte Regierung zu führen.

Die Linke organisiert sich für eine Erneuerung der Demokratie, für menschenwürdige Löhne und Renten, für ein Bildungswesen, das allen in der Gesellschaft Chancen eröffnet, für Sozialsysteme, die allen ein Leben in sozialer Sicherheit ermöglichen, für einen starken Sektor öffentlicher Daseinsvorsorge und für die Re-Kommunalisierung von privatisierten Dienstleistungen und Unternehmen. In Lateinamerika und in anderen Regionen spielt auch die Forderung nach Land für die Landlosen eine erhebliche Rolle. Erstrangiges Gewicht in linken Gesellschaftspro-

jekten kommt der Geschlechtergerechtigkeit und einem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft zu. In einigen Ländern wie Bolivien und Ecuador gehört zu den Forderungen linker Kräfte – festgeschrieben nach einem langen und breiten populären Diskurs in den Verfassungen beider Länder – die Durchsetzung der Rechte indigener Bevölkerungsgruppen in einem plurinationalen Staat. Die Umkehr der gegenwärtigen Kollisionsspirale zum Abbau militärischer Gewalt, zu »Gemeinsamer Sicherheit«, zu Abrüstung und präventiver Konfliktbearbeitung ist ein Eckpunkt jeder linken Politik.

Die Durchsetzung eines alternativen Projekts zur Realisierung dieser und anderer demokratischer Forderungen ist ein längerer Prozess. Unter günstigen Bedingungen kann er jedoch zumindest partiell auch durch bürgerliche und linksliberale Regierungen vorangetrieben werden. Die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten sind trotz der auch dort wirkenden Gegentendenzen ein Beispiel dafür. Wenn aber der Widerstand reaktionärer neoliberaler und in manchen Ländern auch latifundistischer Kräfte stark ist, wenn die Bevölkerungsmehrheit jedoch nicht mehr bereit ist, sich der herrschenden Politik zu unterwerfen und eine Linke überzeugende Alternativen verspricht, kann die Übernahme der Regierung durch linke Kräfte auf die Tagesordnung geraten – wie dies in Venezuela, Bolivien und Ecuador und mit dem Wahlsieg von SYRIZA in Europa geschah. Selbst solche Siege bleiben aber gefährdet, wie die Entwicklung in diesen Ländern zeigt.

In Griechenland hatte die Bevölkerung die Folgen der Unterwerfung ihrer bürgerlichen Regierungen unter das Austeritätsdiktat der Troika von EU-Kommission, ECP und IWF zu erleiden. Die Lage der Bevölkerungsmehrheit verschlechterte sich radikal. Als Antwort auf die Demontage des Sozialstaats, auf Massenentlassungen, anschwellende Armut und Perspektivlosigkeit entstanden besonders in Griechenland und in Spanien neue Demokratiebewegungen mit starken von unten organisierten Solidaritätsstrukturen. Solidarische Netzwerke wie Solidarity4all in Griechenland organisierten Verbindungen zwischen bestimmten Bewegungen wie denen gegen Zwangsräumung von Wohnungen, gegen eine neue Wohnungssteuer und gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Mindestens an einem Tag in der Woche behandeln Ärzte in solidarischen Kliniken Patienten unentgeltlich. Ein Maut-Boycott gegen das verbreitete Abzocken durch private Straßenbauunternehmen weitete sich aus. Ein Hungerstreik von Eingewanderten in Thessaloniki und Athen für die Erteilung von Aufenthaltspapieren wurde durch ärztliche Hilfe, Solidaritätskonzerte und andere Aktionen bis zur Beset-

zung des Arbeitsministeriums unterstützt und führte nach sechs Wochen zum Erfolg.

Die in solchen Kämpfen entstehenden solidarischen Strukturen verblieben nicht bei einzelnen konkreten Hilfsaktionen, sondern verdichteten sich zu einer politischen Bewegung. Wenige Tage nach der Besetzung der Puerta del Sol durch die Indignados, die Empörten in Spanien, wurde der Syntagma-Platz in Athen besetzt. Das war der Anfang einer zweimonatigen Bewegung zur Besetzung öffentlicher Plätze im ganzen Land, gerichtet gegen die Kürzungspolitik und auf die Rückeroberung und Erneuerung der Demokratie. In Vollversammlungen, an denen abendlich in Athen bis zu 5.000 Menschen teilnahmen, kristallisierten sich die wichtigsten Forderungen des Volkes heraus und es entstand ein neues politisches Subjekt (Candeias/Völpel 2014: 169). SYRIZA war von Beginn an in allen diesen Strukturen der Selbstermächtigung beteiligt. Ihr Wahlsieg am 24. Januar 2015 ging aus ihrer Verankerung in der Bewegung der Empörten hervor.

Offen ist, ob sich postneoliberale progressive Transformationsprozesse künftig nicht mehr anders als auf dem Weg der Gewinnung starker linker Regierungsmacht vollziehen werden. Ein zweite Möglichkeit wäre, wenn bürgerliche Regierungen angesichts für sie selbst bedrohlicher Probleme, die innerhalb neoliberaler Verhältnisse nicht zu bewältigen sind, und unter starkem Druck von links noch zu wesentlichen postneoliberalen Wandlungen des Kapitalismus fähig sein werden.

1.3 Kein progressives Potenzial mehr in den Machteliten?

Da seit dem Sieg der neoliberalen Variante des Kapitalismus in den 1980er Jahren eine postneoliberale Entwicklung ausschließlich als Projekt linker Regierungen auf die Tagesordnung geriet, ist zu fragen, ob sich die neoliberalen Grundstrukturen derart verfestigt haben, dass sie zumindest innerhalb des herrschenden Machtblocks ein Nachdenken über andere kapitalistische Entwicklungen gar nicht mehr zulassen. Im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften wäre dann nur noch unter einer linken politischen Hegemonie eine demokratischere, sozialere und stärker ökologische Entwicklung vorstellbar. Eine Führung systeminterner progressiver Transformation durch Teile der Machteliten wie in der New Deal-Periode und wie beim Übergang zu einem mehr oder weniger sozialstaatlich regulierten Kapitalismus (Fordismus) in der gesamten OECD-Welt in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wäre

dann künftig in der Regel nicht mehr zu erwarten, auch nicht als Reaktion auf ein für die Eliten gefährliches Erstarken der Linken oder auf heftigste Erschütterungen des Systems. Die Erfahrung der jüngeren Zeit ist, dass selbst ein verstärkter Staatsinterventionismus und Teilkorrekturen wie in Deutschland der Ausstieg aus der Kernenergie, das Vorhaben der Energiewende, die Einführung eines Mindestlohns, das ausgeweitete Kita-Angebot oder mehr Rechte für gleichgeschlechtliche Partnerschaften der Anpassung des neoliberalen Kapitalismus an veränderte Bedingungen untergeordnet werden.

Dafür, dass mit einer nennenswerten Rolle von Teilen der Machteliten in einer postneoliberalen Wende kapitalistischer Entwicklung künftig viel weniger zu rechnen ist als seinerzeit beim Übergang vom überwiegend privatmonopolistisch/oligopolistisch regulierten Kapitalismus zum Fordismus, sprechen unter anderem folgende Umstände:

- Im internationalen kapitalistischen Machtgefüge haben transnationale Unternehmen in Produktion und Dienstleistungen und mehr noch die weltweit agierenden Finanzmarktakteure zentrales Gewicht gewonnen. Ihr Handeln wird von globaler Verdrängungskonkurrenz und auf den Finanzmärkten, trotz aller staatlichen Regulierungsansätze, von hochgradiger Deregulierung bestimmt. Die geplante Transatlantische Freihandelszone (TTIP) soll die Souveränität und Interventionskapazität von Staaten zugunsten transnationaler Unternehmen gravierend schwächen (u.a. Neelsen 2014; Hilary 2014). George Soros, Milliardär, lange Zeit an der Spitze eines der erfolgreichsten Investmentfonds der Welt, der Quantum-Group, und oft als König der Spekulanten bezeichnet, hat diese Grundkonstellation treffend beschrieben: »Als Marktteilnehmer versuche ich, meinen Profit zu maximieren. Als Bürger bin ich an sozialen Werten interessiert, an Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit oder was auch immer – all diesen Werten können Marktteilnehmer keinerlei Ausdruck verleihen.« (Soros 1998: 25) »Geld. Am Ende, darüber sollten wir uns keine Illusionen machen, dreht sich alles um Profit und Reichtum.« (ebd.: 151) Natürlich war das in der Geschichte des Kapitalismus immer so. Aber die Globalisierung und Finanzialisierung haben den Mechanismen der Kurzfristigkeit, der sozialen und ökologischen Rücksichtslosigkeit noch stärkere Durchschlagskraft verliehen.

Im Unterschied zur Zeit des New Deal, der Herausbildung der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und der fordistischen Nachkriegszeit haben die Staaten durch ihre gewachsene Abhängigkeit von Investitionsentscheidungen transnationaler Unternehmen und von inter-

nationalen Kapitalflüssen, von Exit-Optionen der Unternehmen und Konditionen auf den internationalen Kapitalmärkten in erheblichem Maße politische Souveränität verloren. Ihre Fähigkeit, dem privaten Kapital auf nationaler Ebene Bedingungen und Grenzen zu setzen, ist nicht verschwunden, wohl aber reduziert. In kleinen Staaten tendiert sie, wie der Fall Griechenland zeigt, gegen Null. Sie wird durch die Fülle internationaler und transnationaler Institutionen keineswegs kompensiert (Wahl 2014). In den ökonomischen und politischen Machtzirkeln sehen selbst nachdenkliche Führungspersonlichkeiten oft keine Alternative zur marktradikalen und finanzmarktgetriebenen Entwicklung, auch wenn ihnen deren destruktive Folgen durchaus bewusst sind.

In einem Diskussionskreis einer Forschungsabteilung des Daimler-Benz-Konzerns unter höheren Managern und Unternehmenseigentümern habe ich ein für mich erstaunlich weitgehendes kritisches Bewusstsein über soziale Ungleichheiten, menschenunwürdige Lagen breiter Bevölkerungsteile und ökologische Gefahren beobachten können. Der Versuch einer Diskussion über Alternativen geriet jedoch mit Verweis auf Marktzwänge, beispielsweise auf die vierteljährliche öffentliche Präsentation von Unternehmensergebnissen unter dem Erwartungsdruck der Aktionäre, von vornherein ins Abseits.

Altbundespräsident Richard von Weizsäcker nahm nach seiner Amtszeit mehrere Jahre hindurch an den in halbjährigem Abstand stattfindenden Wochenend-Diskussionen eines kleinen Kreises von PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen aus Ost- und Westdeutschland teil. Mit Respekt erinnere ich mich an die kollegiale Art seiner Beteiligung an den Gesprächen, an seine klaren analytischen Beiträge und seine Suche nach Auswegen aus den ungelösten gesellschaftlichen Problemen, die er in diesem Kreis ohne Scheu benannte. Aber in der Suche nach Auswegen teilte er die Ratlosigkeit anderer. Zu gut kannte er die Pfadabhängigkeit im Denken und Handeln der Machteliten.

- Eine sozial orientierte Reformfähigkeit des Kapitalismus ist im Vergleich zu den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg durch das Ende der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus erheblich reduziert worden. Trotz der strukturellen Grunddefizite der Staatssozialismus, die schließlich zu seiner Implosion führten, hatte er zuvor durch die bloße Existenz einer Alternative den westlichen Machteliten dauernden Anlass zu sozialer Bändigung der kapitalistischen Konkurrenz mit ihren destruktiven Wirkungen ge-

geben. Die Militärmacht der Sowjetunion hatte in kritischen Situationen risikobewusste Fraktionen westlicher Führungskreise trotz des Wettrüstens zu militärischer Zurückhaltung veranlasst. Die Entwicklungsländer sahen sich in Interessenkonflikten mit westlichen Industrieländern durch Rückhalt vor allem in der Sowjetunion begünstigt – trotz des Misserfolgs von Versuchen sozialistischer Entwicklung in einigen Ländern der Dritten Welt.

Mit dem Ende des Staatssozialismus verschwand für die einstweiligen Sieger in der Blockkonfrontation der äußere Impuls, den Profitmechanismus sozialstaatlich zu zügeln. Der Übergang vom sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zum neoliberalen Kapitalismus erhielt zusätzlichen Schub. Gemäßigte Kräfte im herrschenden Block wurden von marktradikalen Fraktionen zurückgedrängt. Die internationale Linke hat die Möglichkeit des Verweises auf die Realität sozialer Sicherheiten, von Bildungsgerechtigkeit, Kinderfreundlichkeit, Frauenerförderung und anderen progressiven Zügen des Sozialismus verloren. Aber sie ist auch befreit von der Diskreditierung sozialistischer Ideale durch die strukturellen Freiheits- und Demokratiedefizite und die wirtschaftliche Leistungsschwäche des Staatssozialismus. Sie kann sich ohne diese Belastung als demokratische Linke frei entfalten.

- Der gegenwärtige Kapitalismus ist zutiefst krisenhaft, zugleich jedoch von erstaunlicher Durchhaltekraft. Colin Crouch gab einem seiner Bücher, das nach der jüngsten Mehrfachkrise erschienen ist, den Titel »Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus« und fragte, »wie es zu dem überraschenden Ergebnis kommen konnte, dass der Neoliberalismus nicht untergegangen ist.« (Crouch 2011: 12) Die Ursachen dafür gehören zugleich zu den Gründen, die dagegen sprechen, künftig von den Machteliten eine führende Rolle beim Übergang zu einer progressiveren Gestalt des Kapitalismus zu erwarten. Neben den eben genannten Zusammenhängen gehören dazu das Ausmaß und die Intensität neoliberaler Durchdringung aller Sphären der Gesellschaft. Die Unterwerfung unter die Märkte ist allgegenwärtig. Marktcompatibel zu sein, prägt das normale Alltagsverhalten. Die Suggestion, dass es anders nicht geht, ist nicht allein in den Machteliten, sondern auch in der Bevölkerung tief verinnerlicht. Vom Kindergarten an bestimmt die Vorbereitung auf die Selbstvermarktung die Erziehung und Bildung der jungen Generation. Krankenhäuser verwandeln sich zunehmend in profitorientierte Unternehmen. Demokratie soll, wie Kanzlerin Merkel bekräftigte, marktkonform funktionieren. Europa wird nach dem Maßstab organisiert, ob die Politik der

EU von »den Märkten« gutgeheißen oder missbilligt wird. Der Neoliberalismus steckt der Gesellschaft in allen Poren und hat sie trotz aller Innovationskraft im Einzelnen in statische Plastinate verwandelt wie Gunter von Hagens seine Leichen.

Trotz dieser und anderer Umstände, die wenig Anlass geben, auf eine dominante Rolle von Teilen der Machteliten in einem möglichen künftigen Übergang zu postneoliberalen progressiven Transformationsprozessen zu rechnen, ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich Fraktionen des herrschenden Machtblocks durch die Explosivkraft ungelöster gesellschaftlicher Probleme abermals zu einer aktiven Politik der Transformation zu einer progressiveren Variante des Kapitalismus gedrängt sehen könnten (siehe Kapitel 2). Beispielsweise kann der im Auftrag der Bundesregierung entstandene Bericht »Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) durchaus als eine nachdrückliche prominente Empfehlung zu solchem Richtungswechsel verstanden werden (WBGU 2011).

Die Linke hat sich also auf beides einzustellen: Darauf, dass sie gestützt auf eine – derzeit nicht existierende – massenhafte Wechselstimmung selbst die Regierungsmacht übernehmen muss, um die Gesellschaft auf einen alternativen sozialökologischen Pfad zu führen. Aber auch darauf, dass Teile des herrschenden Blocks – wenn ihnen der Rückgriff auf offen autoritäre Herrschaftsformen versperrt wird – ihrerseits selbst die Flucht nach vorn ergreifen, ähnlich dem Übergang zum Fordismus. Ständig droht jedoch die Fortsetzung der Gegenwart, dass es den Machteliten im schlechtesten Fall gelingt, mit Modifikationen am neoliberalen Kapitalismus festzuhalten. Dann wird die Linke Mühe haben, in Abwehrkämpfen auch nur eine weitere Verschlechterung der Lage für große Teile der Bevölkerung und eine andauernde eigene Schwäche abzuwenden.

Aber auch in Ländern, in denen die Linke Regierungsmacht erringt, erhält die Frage, ob und wie weit Teile der Machteliten in der Lage sind, sich von einem vorherrschend konservativ-neoliberalen Kurs zu lösen, erstrangige Bedeutung. Denn mit einer linken Regierung ist keineswegs die ökonomische Macht des Kapitals und dessen Einfluss auf den Staatsapparat, die Politik und die Medien verschwunden. Der Sturz der linksorientierten Regierung Allende in Chile durch einen von den US-Geheimdiensten gestützten Militärputsch war schon seit langem durch die Obstruktionspolitik des nationalen und internationalen Kapitals vorbereitet worden (Klein 2015). In Brasilien dagegen wirkte lange auch eine

andere Tendenz (Wahl 2015b). Dort hat sich eine interne Großbourgeoisie herausgebildet, die gegen die traditionelle Abhängigkeit vom Auslandskapital aufbegehrte und die sich trotz ihrer eigenen internationalen Verflechtung in Konkurrenz zu ausländischen transnationalen Unternehmen und zu Akteuren des internationalen Finanzkapitals befindet (Boito 2012). Der Anteil der internen Bourgeoisie am Wirtschaftsvolumen Brasiliens wuchs auf 44% im Jahr 2009 an. Nach der Analyse Armado Boitos ging die Hegemonie innerhalb der bürgerlichen Klasse Brasiliens von den stark an das transnationale Kapital gebundenen und abhängigen Eliten an die interne Großbourgeoisie über und führte zur politischen Aufwertung einer neodesarrollistischen Politik gegenüber einer rein neoliberalen Politik (Boito 2013).

Die nach dem Wahlsieg Ignácio Lula da Silvas im Oktober 2002 entstandene Mittel-Links-Regierung konnte sich auf eine starke partielle Überlagerung der Interessen von interner Bourgeoisie, Mittelschichten, Teilen der urbanen Arbeiterklasse und großen Teilen der Bauernschaft stützen. Auch die Mitte-Links-Regierung Dilma Rousseffs ist eine breite Koalitionsregierung unter Beteiligung bürgerlicher Kräfte. Es liegt allerdings in der Natur bürgerlicher Klasseninteressen, dass solche Allianzen viele Widersprüche und innere Kämpfe einschließen und daher brüchig sind. Das äußert sich gegenwärtig »in der Entscheidung der internen Bourgeoisie, die Allianz mit der PT-Regierung aufzukündigen und die sogenannte Frente Desenvolvimentista (Entwicklungsfront) zu verlassen.« Eine Neuformierung der Bourgeoisie vollzieht sich, »die eine Annäherung oder gar Fusion zwischen Industrie- und Finanzkapital widerspiegelt. Es erfolgte eine Verschiebung innerhalb der brasilianischen Bourgeoisie, die eine starke Orientierung auf das internationale Finanzkapital mit sich brachte.« (Boris/Wahl/Schützhofer 2015: 19f.)

1.4 SYRIZAs Chance, die schließlich keine war: Differenzen in den europäischen Machteliten

In Griechenland hat die regierende Linkspartei SYRIZA versucht, einen weitaus radikaleren Kurs als die Regierungen Lula und Rousseff in Brasilien durchzusetzen. In Griechenland ist in den hochkorrupten alten Machteliten auch im Angesicht großer Not des Volkes kein Einlenken der Oligarchen, keine Akzeptanz eigener Steuerpflicht auf Seiten der Superreichen, keine Spur von Verantwortung für minimale soziale Sicherungssysteme zu erkennen. Die Konsequenz für SYRIZA war, selbst Re-

gierungsverantwortung auf dem Weg durch Wahlen zu übernehmen. Zu den ersten Amtshandlungen der neuen Linksinregierung gehörten Entscheidungen zum Stopp der Privatisierungsvorhaben, vor allem der Privatisierung der Öffentlichen Elektrizitätsgesellschaft (DEI) und der Betreiber-gesellschaft des Hafens von Piräus, zur Wiederanhebung des Mindestlohnes, zur Wiedereinstellung entlassener öffentlich Bediensteter, zur Abschaffung der Sondersteuern auf Heizöl und Immobilien. Das erste Gesetzespaket des griechischen Parlaments zur Minderung der humanitären Krisen sollte im Jahr 2015 Kosten von 200 Millionen Euro verursachen und vor allem Armen Hilfe mit Lebensmittelscheinen und kostenfreier Stromversorgung bieten. Aber schnell musste die neue Regierung Abstriche von der Ablehnung jeder Privatisierung machen und ihre sozialen Vorhaben unter Finanzierungsvorbehalt stellen. Mit der erpressten Zustimmung des griechischen Regierungschefs und des Parlaments in Athen am 13. Juli 2015 zu noch härteren antisozialen Reformauflagen der Gläubiger Griechenlands als zuvor verkehrte sich der Aufbruch in Griechenland in eine Niederlage – mit nur wenigen Ansätzen für ein gegenläufiges Handeln der zweiten Regierung Tsipras. Die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank, der IWF und die meisten nationalen Regierungen, voran die deutsche, knüpften die weitere Unterstützung Griechenlands an die Fortsetzung der neoliberalen Sparpolitik. Aus ihrer Sicht darf der griechische Ausbruchversuch aus der Austeritätspolitik nicht erfolgreich sein, »weil sonst zu befürchten ist, dass die Griechen für ihren permanenten Regelbruch belohnt werden und damit die radikalen Kräfte in ganz Europa Auftrieb erhalten.« (Die Welt 10.3.2015) Marc Aurel, Kaiser des römischen Weltreichs von 161 bis zum Jahr 180, hielt selbst im Rahmen einer Monarchie mehr Freiheit für das Volk erstrebenswert als den Griechen heute von ihren Gläubigern zugestanden wird:

- »Severus verdanke ich ... die Vorstellung von einer auf Gleichheit
- und Redefreiheit beruhenden bürgerlichen Verfassung und einer
- Monarchie, der die Freiheit der Untertanen über alles geht.« (Aurel 1954: 5)

Kontinuität des neoliberalen Kurses in der Eurozone und in der Europäischen Union oder Einstieg in eine Gesellschaftsalternative des Bruchs mit dem Neoliberalismus – darum ging es in Griechenland. Deshalb reichte die Legitimation der Regierung Tsipras durch demokratische Wahlen nicht aus. Ihr Sieg über die eigenen nationalen Konservativen

drohte von vornherein durch die Phalanx der internationalen Machteliten erstickt zu werden. Diese unternahmen alles ihnen Mögliche, um SYRIZA an der Erfüllung ihrer Wahlversprechen zu hindern und der griechischen Linken dadurch den Rückhalt im Volk zu entziehen.

Die neue griechische Regierung war daher von Beginn an gezwungen, parallel zur Ankündigung erster sozialer Reformschritte im Inland in einen Verhandlungsmarathon mit der EU-Kommission, der EZB, dem IWF und den Spitzenvertretern einzelner Länder einzutreten, um Abstriche von der herrschenden Austeritätspolitik, Erleichterungen des Schuldendienstes, Kredite ohne antisoziale Auflagen und einen mehrmonatigen Zeitgewinn für den Einstieg in ein eigenes sozial-ökologisches Reformprogramm zu gewinnen.

Selbst wenn in einem Land oder in mehreren die Linke Regierungsmacht erobert, entfällt damit nicht, dass der weitere Verlauf der Dinge in hohem Maße davon abhängig ist, wie die alten internationalen Machteliten reagieren.

Werden deren innere Differenzen und Widersprüche alternativen Transformationsprozessen Raum zur Entfaltung lassen? Oder werden die internationalen neoliberalen Mächte progressive Entwicklungen um jeden Preis verhindern?

Nach dem Wahlsieg von SYRIZA in Griechenland war klar, dass die neue Regierung bei einer Staatsverschuldung von 322 Milliarden Euro Ende 2014, das heißt bei einer Schuldenquote von über 175% des Bruttoinlandsprodukts, nicht ohne Kompromissbereitschaft innerhalb des herrschenden Blocks in Europa eine Chance hätte. Sie musste um ein Mindestmaß an Toleranz gegenüber dem neuen politischen Kurs ringen.

Dabei war nicht Verständnis oder gar Sympathie für den Bruch Griechenlands mit der Austeritätspolitik von der Troika und ihren nationalen Protagonisten zu erwarten. Die Frage war lediglich, ob massive eigene ökonomische und politische Interessen der europäischen Machteliten für Kompromisse mit der Linken in Griechenland sprechen würden. Ob das eigene Herrschaftsinteresse mit solchen Kompromissen besser wahrzunehmen wäre als ausschließlich geleitet von neoliberaler und finanzmarktbestimmter Dogmatik. Manche Zeichen deuteten in den Monaten zwischen dem ersten Wahlsieg SYRIZAs und dem erneuten Austeritätsdiktat über Griechenland vom 13. Juli 2015 auf Meinungsunterschiede in den europäischen Machteliten in dieser Frage hin.

Immerhin würde ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone vor aller Welt deren Unfähigkeit dokumentieren, selbst ein so kleines Land – und zudem noch eine der Wiegen Europäischer Kultur und Demokratie – zu stabilisieren und im geeinten Europa zu halten. Der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Arbeitgeber (BDA) beispielsweise warnte denn auch vor einem erzwungenen Austritt Griechenlands aus der Eurozone. Ein Grexit könnte mitten in der Europäischen Union zu einem failing state führen, wahrscheinlich verbunden mit einem Aufwind für Nationalismus, Rechtsextremismus, Neonazismus und Rassismus. Die geopolitische Folge wäre, dass die Südflanke von NATO und EU außer Kontrolle geraten könnte. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung war zu lesen: »Das Ende mit Schrecken könnte sich wieder in einen Schrecken ohne Ende verwandeln, nur in einen anderen: in ein Armenhaus, das von selbst nicht wieder auf die Beine kommt, dafür aber einen Schuldigen braucht. Wohin ein vom Umstellungsschock getroffenes und für Verschwörungstheorien empfängliches Griechenland, das immer noch EU- und NATO-Mitglied wäre, geraten würde, kann niemand mit Sicherheit sagen. Wem ein solcher Irrläufer an der Südostflanke von EU und NATO sehr gelegen käme, weiß man dagegen schon.« (FAZ 23.2.2015)

Ökonomisch würde eine Politik der Europäischen Union, die den Staatsbankrott Griechenlands nicht aufhält, zum definitiven Verlust des größten Teils der bisher vergebenen Kredite und der Bürgschaften führen, die Griechenland gewährt wurden. Deutschland beispielsweise hat mit rund 50 Milliarden Euro gebürgt und hat einen Anteil von 15,2 Milliarden an der Kreditsumme von 52,9 Milliarden Euro, die von Euro-Staaten an Griechenland vergeben wurde. Größter Gläubiger Griechenlands ist der Europäische Rettungsschirm EFSF, der Griechenland 141,9 Milliarden Anleihen gewährt hat. Seinem Kapitalanteil an diesem Fonds entsprechend hätte Deutschland 25% der Verluste zu tragen, wenn Griechenland zahlungsunfähig wird. Die Rechnung würden die Steuerzahler begleichen müssen.

Zwar wurde verbreitet damit gerechnet, dass eine griechische Staatspleite andere Länder kurz- und mittelfristig nicht in den Abgrund reißen würde (Bischoff/Radke 2015: 29-35). Längerfristig würde jedoch die nachwirkende Erfahrung des Staatsbankrotts eines Eurozonen-Mitglieds dazu führen, dass für andere schwächelnde Länder in Krisensituationen der Zugang zur Finanzierung auf den internationalen Kapitalmärkten erheblich teurer wird – mit allen bekannten Krisenfolgen. Die Währungsunion wäre erneut einer Destabilisierung ausgesetzt. Auch ökonomisch wäre also ein durch Griechenlands Gläubiger erzwungener

Ausstieg des Landes aus der Eurozone mit erheblichen Verlusten und Gefahren verbunden.

Zwar ist die neoliberale Kombination von Austeritätspolitik und »Reformen« des Arbeitsmarktes zur Erzwingung von Mehrleistung unter dem Druck verschlechterter Arbeitsbedingungen und Prekarisierung einerseits und der Versuch der griechischen Regierung andererseits, dem eine soziale und ökologische Perspektive entgegenzusetzen, grundsätzlich unvereinbar. Gleichwohl knüpfte die Verhandlungsstrategie der von SYRIZA geführten griechischen Regierung auf dem internationalen Parkett an realen Interessen innerhalb der internationalen Machteliten an, Griechenland eben doch nicht in eine noch tiefere humanitäre Katastrophe zu stürzen und den finanzmarktgetriebenen Kurs in der Europäischen Union nicht zu überspannen.

Schon lange regt sich in europäischen Regierungskreisen Kritik an der einseitig angebotsorientierten EU-Politik zulasten einer auch auf der Stärkung der Nachfrage durch höhere Einkommen und durch staatliche Investitionen beruhenden Politik. In einer Titelstory des »Spiegel« heißt es: »Heimlich aber hoffen viele in Europa, dass der Schock der Griechenlandwahl die Kräfteverhältnisse ins Wanken bringen werde. Frankreichs Präsident François Hollande drängt schon seit seinem Amtsantritt darauf, die Schuldengrenze etwas lockerer zu handhaben. Er hat dabei nicht nur Italiens Ministerpräsidenten Matteo Renzi auf seiner Seite, sondern auch Jean-Claude Juncker, den Chef der EU-Kommission.« (Der Spiegel 6/2015: 19)

Juncker will die Marktmechanismen durch ein Investitionsprogramm der EU-Kommission im Umfang von 315 Milliarden Euro ergänzen. Martin Schulz, der EU-Parlamentspräsident, äußerte sich in einem Spiegel-Interview dazu, man könne darüber reden, »wie wir aus dem neuen 315-Milliarden-Programm der EU-Kommission Investitionen nach Griechenland schaffen.« (ebd.: 28) Zwar warnte auch er Tsipras vor Abstrichen von dem Griechenland aufgezwungene Reformprogramm, konzedierte aber im Gegensatz zum deutschen Finanzminister Schäuble und Bayerns Finanzminister Söder vor dem wichtigen Sondertreffen der Eurogruppe im Februar 2015, auf dem eine Einigung über die Verlängerung des Kreditprogramms für Griechenland um vier Monate erfolgte, dass die Athener Regierung bereits einen großen Schritt auf die EU zugegangen sei. (neues deutschland 21./22.2.2015). Auf Junkers Initiative hin erfolgte auch die Zusage der EU-Administration, Griechenland durch bessere Ausnutzung des EU-Strukturfonds und anderer EU-Quellen zwei Milliarden Euro für den Kampf gegen die Armut zur Verfügung zu stel-

len. Dabei spielte auch das Interesse des EU-Kommissionsvorsitzenden eine Rolle, mit dem Verbleib Griechenlands in der Eurozone eine Renationalisierung der Politik in Europa und eine Schwächung der Kommission samt ihres Brüsseler Apparates zu vermeiden, die von einem Grexit zu erwarten wäre.

Die EZB, die in der Troika eine überwiegend unnachgiebige Haltung vertritt und unter anderem die griechischen Banken aufforderte, den Kauf von griechische Staatsanleihen nicht weiter zu erhöhen, trug zugleich den Interessen gemäßiger Kräfte in den europäischen Machteliten Rechnung, indem sie griechischen Banken Notkredite (ELA) in Höhe von 86 Milliarden Euro (Stand Mitte Juni 2015) einräumte.

Im Gegensatz zur Haltung Finanzminister Schäubles würdigte der französische Finanzminister Sapin in einer gemeinsamen Pariser Pressekonferenz mit Yanis Varoufakis die »seriösen und durch Zahlen unterlegten Argumente« des griechischen Finanzministers und sprach sich für neue Vereinbarungen mit Griechenland aus, die »die Lasten erträglicher machen« (neues deutschland 5.2.2015). Unter Ausnutzung solcher Positionen erreichten die griechischen Vertreter in den Verhandlungen mit den Gläubigern Griechenlands beispielsweise, dass die Finanzminister der Euro-Gruppe am 20. Februar 2015 die ursprüngliche Forderung nach einem von Griechenland zu erreichenden Primärzuschuss von 4,5% des Bruttoinlandsprodukts durch das Verlangen nach einem »angemessenen Primärüberschuss« korrigierten. Eine Herabsetzung des zu erwirtschaftenden Haushaltsplus ohne Zinszahlungen und Tilgungen bedeutet aber, den Druck zu weiteren Ausgabenkürzungen im griechischen Staatshaushalt etwas zu lockern – im Gegensatz zu den Forderungen der Hardliner in den europäischen Machteliten.

Es gab also nicht nur keinen anderen Ausweg, sondern auch gute Gründe für SYRIZA, auf Differenzierungs- und Lernprozesse in den Machteliten Europas zu setzen. Auf Umwegen könnten deren eigene Interessen eine historische Gelegenheit für progressive Transformationsprozesse in Griechenland zulassen. Dies war die Hoffnung. Yanis Varoufakis argumentierte daher: »Ein griechischer oder portugiesischer oder italienischer Ausstieg aus der Eurozone würde bald zu einer Fragmentierung des europäischen Kapitalismus führen mit einer in einer starken Rezession steckenden Überflussregion östlich des Rheins und nördlich der Alpen, während der Rest von Europa sich im Griff einer unerträglichen Stagflation befände. ... Falls das heißt, dass wir, die angemessen unorthodoxen MarxistInnen, den europäischen Kapitalismus vor sich selbst retten müssen, dann ist es halt so. Nicht aus Liebe für den euro-

päischen Kapitalismus, für die Eurozone, für Brüssel oder die Europäische Zentralbank, sondern weil wir die menschlichen Opfer dieser Krise möglichst gering halten wollen.« (Varoufakis 2015)

Mit anderen Worten, SYRIZA zielte auf einen postneoliberalen sozialeren Typ des Kapitalismus. In den Verhandlungen mit den internationalen Gläubigern Griechenlands versuchte die griechische Regierung, nach dem Wahlsieg der Linken zumindest im eigenen Land den Einstieg in eine progressive systeminterne Transformation zu ertrotzen – in der Hoffnung, dass der Funke des Umbruchs in Griechenland auf andere Länder übergreifen, dass die Linke in wichtigen Teilen Europas ihre Regierenden an der Unterwerfung Griechenlands unter das Troika-Diktat hindern und vielleicht sogar eine Richtungsänderung der gesellschaftlichen Entwicklung einleiten könnte.

Diese Hoffnung erwies sich als nicht realistisch. Das griechische Parlament, die Mehrheit der SYRIZA-Abgeordneten und die bürgerlichen Oppositionsparteien stimmten schließlich neoliberalen Reformen zu, die die Lage der Bevölkerungsmehrheit noch weiter verschlechtern werden. Alexis Tsipras und seine Anhänger taten dies in dem vollen Bewusstsein, »Ja« zu einer falschen Politik zu sagen. Sie hatten die Wahl, damit ein drittes Hilfspaket in der Hoffnung zu erkaufen, einen kleinen, von den Gläubigern zugebilligten Anteil des neuen Milliardenkredits für Investitionen einsetzen zu können. Dies mit dem Ziel, die Arbeitslosigkeit von 25% der Arbeitssuchenden zu verringern, die verzweifelte Lage von 2,5 Millionen Griechen unterhalb der Armutsschwelle und weiterer 3,8 Millionen an der Armutsgrenze entlasten und den Zusammenbruch des Gesundheitswesens überwinden zu können. Sie hielten die Alternative für unverantwortbar: das ungeordnete Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone, abgeschrieben von den Anlegern auf den internationalen Finanzmärkten, nicht einmal geschützt durch die Furcht der europäischen Machteliten vor der Desavouierung ihres Europakonstrukts, noch mehr als ohnehin der Willkür des internationalen Kapitals und der exemplarischen Bestrafung für den Versuch des Ausbruchs aus den Dogmen des Marktradikalismus ausgeliefert. Alexis Tsipras erklärte daher vor dem griechischen Parlament zu der knebelnden Vereinbarung der europäischen Institutionen und des IWF mit Griechenland: »Ich übernehme die Verantwortung für einen Text, an den ich nicht glaube, aber den ich unterzeichnet habe, um ein Desaster des Landes zu vermeiden.« (neues deutschland 21.7.2015) Hans-Dieter Schütt schrieb über diese dramatisch widersprüchlichen Vorgänge, »die weit über den griechischen Kasus hinausweisen«: »Zerrissenheit leben; denken, was man will – aber nicht

umsetzen können, was man denkt, demnach: tun müssen, was andere wollen. Einknicken, im Dienste des aufrechten Ganges.« (ebd.)

Der Weg aus der dramatischen Wirtschaftskrise Griechenlands, aus der Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital und seiner politischen Klasse und aus einer tiefen humanitären Krise bis zu erkennbaren Konturen einer alternativen Entwicklung wird lang und steinig sein. Ein neuer Anlauf zur Überwindung der Austeritätspolitik in Europa wird nur gelingen, wenn starke Mitgliedstaaten der Europäischen Union sich in kommenden Krisen des neoliberalen Entwicklungswegs durch erstarrende alternative Akteure genötigt sehen werden, zu einer postneoliberalen Politik überzugehen. Welche Umstände dies bewirken könnten, wird in Kapitel 4 zu problematisieren sein. Für den Gegenstand der hier vorliegenden Schrift birgt die Entwicklung in Griechenland eine wichtige Grunderfahrung.

Selbst wenn in einem Land oder in mehreren die Überwindung der neoliberalen Gestalt des Kapitalismus, geführt durch eine Linksregierung, in Angriff genommen wird, sind die Linken angesichts des übermächtigen transnationalen Kapitals auf Divergenzen innerhalb des herrschenden Blocks zu ihren Gunsten angewiesen. Die Entwicklung wird dann stark davon abhängen, ob die Eroberung eines Teils der politischen Macht durch die Linke zusammenfällt mit einem derartigen im neoliberalen Rahmen nicht zu bewältigenden Druck von Gefahren und ungelösten Problemen, dass die Herrschenden ohnehin nach neuen Wegen suchen. Internationale Solidarität wird dann zur alles entscheidenden Frage für weiteren Fortschritt.

Doch diese internationale Unterstützung für Griechenland hat es nur in Ansätzen gegeben.

Unter welchen Bedingungen auch immer: Entscheidend für künftige Transformationsprozesse wird die Stärkung der Linken und breiter postneoliberaler Bündnisse sein. Aber zugleich wird den Veränderungen auf der Gegenseite, den Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse über künftige Strategien und Wege, großes Gewicht zukommen. Darin besteht die aktuelle Bedeutung der hier vorliegenden Arbeit und des in den folgenden Kapiteln enthaltenen Rückblicks auf historische Prozesse, in denen die Fähigkeit eines Teils der Machteliten manifest wurde, über die herkömmliche Gestalt und Politik des Kapitals hinauszugehen.

In der hier vorliegenden Arbeit werden zwei Zeitspannen kapitalistischer Entwicklung besichtigt, in deren Verlauf Teile des Unterneh-

mertums und mehr noch Teile der politischen Funktionselite mit den gewohnten Wegen und Strategien gebrochen haben – allerdings im Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und vor allem mit dem Ziel, die eigene Herrschaft unter den veränderten Bedingungen zu sichern. Zu untersuchen ist der New Deal in den USA, das heißt die – wenn auch begrenzte – progressive Transformation vom privatmonopolistischen Kapitalismus zu einem mehr oder weniger sozialstaatlich regulierten Kapitalismus. Und zu analysieren ist die Zustimmung eines Teils der US-Machtelite zu den Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen der 1980er und 1990er Jahre in Abkehr von dem bis dahin absolut dominierenden Prinzip, eigene Sicherheit durch militärische Überlegenheit über den Gegner und notfalls durch Krieg zu gewinnen.

Beide Prozesse waren tiefe Einschnitte in der Entwicklung des Kapitalismus, die Teilen des herrschenden Blocks abverlangten, über den eigenen kapitalistischen Schatten zu springen. Beide Einschnitte wurden nach einem längeren Zeitraum teilweise wieder zurückgenommen oder durch restaurative Gegentendenzen überlagert. Beide Umbrüche haben gleichwohl die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften verändert, wirken fort und bieten Ansätze für abermalige progressive Transformationsprozesse. Beide Prozesse ermöglichen Untersuchungen zur inneren Differenzierung im herrschenden Block und zur Reformfähigkeit in den kapitalistischen Machteliten.

Kapitel 2

New Deal – progressives Lernen der Machteliten in großen Krisen

Der New Deal ist neben dem Übergang zu kapitalistischen Wohlfahrtsstaaten in skandinavischen Ländern der prominenteste Prozess einer Transformation vom privatmonopolistischen Kapitalismus zum sozialstaatlich regulierten Kapitalismus. Das gilt, obwohl sich diese Gestalt bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa ausgeprägter als in den USA durchgesetzt hat. Aber vor den New Deal-Zeiten war der Kapitalismus in den USA radikal privat orientiert. Eine antietatistische Haltung war in der breiten Öffentlichkeit besonders tief verankert. Deshalb war die damalige Hinwendung eines Teils des herrschenden Blocks zu staatlicher Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung besonders bemerkenswert. In der hier vorliegenden Arbeit werden die Widersprüche im herrschenden Machtblock der USA untersucht, die Lernprozesse eines Teils der Machteliten und die Rolle, die dieser Fraktion für die Herausbildung und Entwicklung des New Deal, also für eine systeminterne Transformation, zufiel.

2.1 New Deal – Anlass zu Fragen nach der Reformfähigkeit in den Machteliten heute

Im Verlauf des New Deal ließ sich beobachten, dass sich der innersystemische Transformationsprozess nicht nach einem von vornherein existierenden Masterplan vollzog, sondern sich in einem langwierigen Such- und Lernprozess unter den Machteliten herausbildete. Gruppiert um Präsident Roosevelt prägten besonders gefahrenbewusste und überwiegend der Demokratischen Partei verbundene Teile der politischen Machtelite, beraten von kritisch-visionären Intellektuellen und gestützt auf eine – wenn auch unsichere – Zustimmung eines Teils der ökonomischen Machtelite, die Grundrichtung des New Deal. Eine wesentliche Voraussetzung dafür, deren ausführliche Behandlung jedoch nicht Gegenstand dieser Schrift ist, waren eine erhebliche Stärkung der Linken, deren Fähigkeit zur Durchsetzung einer Vielzahl konkreter sozialer und ökologischer Projekte, ein entschiedener Zuwachs linker wirtschaftspo-

litischer Kompetenz, eine solidarische Vernetzung unterschiedlicher Akteure progressiver Gesellschaftsentwicklung, eine Wechselstimmung in großen Teilen der Bevölkerung und zumindest Ansätze einer Hoffnungserzählung von den Konturen einer nachhaltigen Solidargesellschaft und begehbaren Wegen dahin. Gleichwohl war die führende Kraft bei der Herausbildung und Ausformung des New Deal der progressive Flügel der bürgerlichen Machteliten selbst. Im Laufe der Jahre gab es immer wieder Veränderungen innerhalb der treibenden Kräfte, Veränderungen in den Machtverhältnissen und Fluktuationen sowohl auf Seiten der New Dealer als auch bei ihren Gegnern. Wiederholt wechselten wichtige Akteure auch die Fronten und neue Akteure kamen dazu.

Eine systeminterne Transformation von so beachtlicher Reichweite wie der New Deal birgt Erfahrungen mit dem Verhalten von Eliten in schweren Krisensituationen. Teile des herrschenden Blocks vollzogen in den USA eine Transformation zu einer sozialeren Gestalt des Kapitalismus. Etwa vier Jahrzehnte hindurch florierte dieser Typ des Kapitalismus, bis er seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts durch die nächste systeminterne Transformation zum neoliberalen Kapitalismus abgelöst wurde.

Jüngst hat eine mehrdimensionale große Krise den Kapitalismus tief erschüttert. Die Herrschenden sahen sich selbst an einem Abgrund. In den Führungsetagen transnationaler Unternehmen, von Spitzenpolitikern und in den großbürgerlichen Medien wurde die 2007/2008 ausgebrochene Krise immer wieder als die tiefste Krise seit der Weltwirtschaftskrise 1929/1932 bezeichnet und mit dieser verglichen. Angesichts dieser Parallele hätte nahegelegen, sich ähnlich wie die damaligen Führungskreise in den USA für einen weitreichenden Richtungswechsel der Politik zu öffnen, für eine neuerliche progressive Transformation. Hilfreich wäre gewesen, dem Rat des Kaisers und Philosophen Marc Aurel zu folgen, der in seinen »Selbstbetrachtungen« aufforderte:

- »Wende deinen Blick immer wieder auf die Vergangenheit, auf die
- großen Wandlungen führender Reiche!« (Aurel 1954: 95)

Aber die Schlussfolgerungen der gegenwärtigen Machteliten sind das Gegenstück zu den Reaktionen der amerikanischen Elite auf die Weltwirtschaftskrise. Damals erklärte Präsident Roosevelt als sein Regierungsprinzip: »Das Land braucht und das Land verlangt, wenn ich seine Stimmung nicht falsch einschätze, beharrliches Experimentieren. Es ist gesunder Menschenverstand, eine Methode zu versuchen und, wenn

sie scheitert, das freimütig zuzugeben und eine andere zu versuchen.« (zitiert nach: Junker 1989:64) Die Methode oder besser das Funktionsprinzip der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft vor der Weltwirtschaftskrise war die Herrschaft der Märkte, genauer der marktbeherrschenden Unternehmen, die in der Konkurrenz den Lauf der Dinge diktierten. Dieser Marktliberalismus hatte in die schwerste Krise der kapitalistischen Wirtschaftsgeschichte geführt. Die Schlussfolgerung Präsident Roosevelts, seiner Regierung, seines Braintrusts und der Mehrheit in der Demokratischen Partei war, den Mechanismus, dessen Folge die Große Krise war, durch einen sozial orientierten Staatsinterventionismus zu korrigieren – wie unvollkommen auch immer.

Anders als die gegenwärtigen Machteliten verfuhr Roosevelt damit gemäß einer Empfehlung des Marc Aurel:

- »Denke daran: du bist nicht weniger frei, wenn du deine Ansicht änderst und dem folgst, der dich eines Besseren belehrt.« (Aurel 1954: 107)

Wir werden in diesem Buch dem Philosophenkaiser Marcus Aurelius Antoninus noch wiederholt begegnen. Zu verlockend ist es zu beobachten, um wie vieles die heutigen Machteliten nicht selten hinter dem Denken und Handeln des Mannes an der Spitze des römischen Weltreiches vor fast 2000 Jahren zurückbleiben, der doch gewiss Herrschaft schlechthin personifizierte. Marc Aurels »Selbstbetrachtungen« mögen exemplarisch dafür stehen, dass auch aus Kreisen der Macht Einsichten – und entsprechendes Handeln – kommen können, die in den gegebenen Verhältnissen progressiv wirken. Wenn sich die heute Mächtigen nicht selbst dazu durchringen können, von manchen ihrer Vorgänger zu lernen, dann vermag doch die Linke, ihnen solche Spiegel vorzuhalten.²

² Marc Aurel war nach dem Zeugnis von Cassius Dio, des römischen Senators, Historikers und Zeitgenossen des Marc Aurel, und von neuzeitlichen Historikern bestrebt, nach dem Maß von Wahrheit und Gerechtigkeit zu leben und zu regieren. Aurel gilt in der Philosophiegeschichte als der letzte bedeutende Vertreter der jüngeren Stoa. Am Ende seines Wirkens als Kaiser konnte er auf eine Phase innerer und äußerer Stabilität des römischen Reiches zurückblicken, die nach ihm zu bröckeln begann. In seiner Gesetzgebung und Rechtsprechung wirkte er für Erleichterungen im Leben der Benachteiligten, vor allem von Sklaven im eigenen kaiserlichen Verfügungsbereich und von Frauen, – was die Verfolgung von Christen allerdings nicht ausschloss. Der britische Historiker Christopher Gill vertritt die Auffassung, Aurel habe es wohl als besten Weg betrachtet, sein stoisches Lebensprojekt zu verfolgen, indem er seine Herrscherfunktion auf humane Weise ver-

Wenig scheint heute für die in diesem Buch behandelte Frage nach der Lernfähigkeit, nach progressiver Reform- und Friedensfähigkeit des Kapitalismus zu sprechen. Die Frage scheint für Linke in eine No-Go-Sphäre zu führen. Doch was angesichts der realen Situation sinnlos zu verfolgen scheint, gewinnt im Spiegel historischer Erfahrungen und zu erwartender künftiger Problemkonstellationen einen Sinn.

2.2 Ausgangssituation. Vor dem New Deal. Monopolkapitalismus pur – Roaring Twentieth – Weltwirtschaftskrise

Die Geschichte des New Deal kann in fünf Akten erzählt werden. Erster Akt: Vorgeschichte des New Deal. Zweiter Akt: Weltwirtschaftskrise als großer Einschnitt und Anstoß für den New Deal. Dritter Akt: Kämpfe um die Reaktion auf den großen Crash. Viertes Akt: Entfaltung des New Deal, umkämpft in den Machteliten und zwischen Oben und Unten. Fünftes Akt: Niedergang und Ende des New Deal.

Monopolkapitalismus pur

Wie einschneidend der New Deal trotz seiner Grenzen die amerikanische Gesellschaft wandelte, wird im Vergleich zum Zustand der USA vor den Veränderungen durch ihn erkennbar. Die Vorgeschichte des New Deal, ihr **erster Akt**, war zunächst durch die Gründerzeit der Tycoons, der Räuberbarone in Industrie und Finanzen gekennzeichnet. Sie hatte seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zu einer von Trusts und Konzernen beherrschten Wirtschaft geführt. Andrew Carnegie hatte unter maßgeblicher Beteiligung des Bankhauses J. P. Morgan & Co. 1901 das größte Stahlunternehmen, die United States Steel Corporation, geschmiedet, die zu diesem Zeitpunkt mit einem Kapital von 1,4 Milliarden Dollar das weltweit größte Wirtschaftsunternehmen war und 1937 rund 30% der amerikanischen Stahlproduktion auf sich vereinigte. Die Einverleibung anderer Kohle-, Eisen- und Stahlunternehmen verlief ebenfalls unter Führung der Morgan-Gruppe. Diese sicherte sich bei der Organisation von Zusammenschlüssen und Übernahmen von Unternehmen in der Regel gleich erheblichen Einfluss in den beteiligten Gesellschaften. Im Ersten Weltkrieg entfielen 84% der finanziellen Abwicklung von amerikanischen Kriegslieferungen an die Krieg führenden europä-

nunftgeleitet und – im Rahmen der Verhältnisse einer Sklavenhaltergesellschaft, D.K. – gemeinwohlorientiert ausübte (de.wikipedia.org/wiki/Marc_Aurel).

New Deal – progressives Lernen der Machteliten in großen Krisen 35

ischen Mächte auf das Haus Morgan. 1929 war die Morgan-Gruppe an der Spitze von 2.450 Gesellschaften vertreten, deren Wert 74 Milliarden Dollar erreichte. Dazu gehörten starke Positionen in der National City Bank of New York und in der First National Bank of New York (Morus 1955: 230ff.). Die Morgan-Gruppe gehörte zu den Hauptwidersachern der New Dealer um Präsident Roosevelt. Auch der weltweit älteste Chemietrust, E.I. du Pont de Nemour & Co. Inc., verflochten u.a. mit General Motors und U.S. Rubber und ebenfalls einer der größten Kriegslieferanten schon im Ersten Weltkrieg, wurde zu einem der großen industriellen Gegenspieler Roosevelts in den eliteninternen Kämpfen um den New Deal.

In der amerikanischen Automobilindustrie beherrschten General Motors und der Ford-Konzern, dessen Gründer von Beginn an zu den Gegnern des New Deal zählte, das Geschäft. In der Elektrizitätswirtschaft hatten die General Electric Company und die Westinghouse Company marktbeherrschende Positionen. Deren Spitzen wurden allerdings zu wichtigen Stützen des New Deal. Im Telefon- und Telegraphensektor hatte die American Telephone and Telegraph Co. ein weitgehendes Monopol und war das weltgrößte Unternehmen auf diesem Feld.

Die Erdölindustrie, anfangs nur der Erdölhandel und Erdöltransport, wurde seit 1879 hochgradig von der Standard Oil-Gruppe unter dem bestimmenden Einfluss der Familie Rockefeller beherrscht. Trotz mehrerer Gerichtsentscheide zur Auflösung der Standard Oil Co. of New Jersey, des Kerns der Rockefeller-Gruppe, konstituierte sich Rockefellers Erdölmonopol immer wieder neu (Lichtenstein 1989: 35ff.). Im Verlauf der Auseinandersetzungen um den New Deal entwickelte sich das Rockefeller-Imperium zeitweilig zu einer starken Stütze der Politik Präsident Roosevelts.

Kurz, die USA verkörperten vor dem Übergang zu den staatlichen Regulierungen im Rahmen des New Deal den Prototyp einer privatkapitalistischen Wirtschaft, deren Märkte in hohem Maße von Monopolen bzw. Oligopolen beherrscht waren. Trotz dieser Vermachtung bestimmte die neoklassische Idee vom Markt als der bestmöglichen Regulierung der Wirtschaft die Überzeugung der Machteliten und die öffentliche Meinung (Lösche/von Löffelholz 2004:124), bis diese Suggestion in der Weltwirtschaftskrise 1929/1932 ins Wanken geriet. Immerhin entsprach der Marktwirtschaftslehre ein Gesetz, das der Kongress der Vereinigten Staaten auf Initiative des Senators Sherman bereits im Jahr 1890 beschloss. Der Sherman Act, bis heute die Grundlage von Schritten gegen allzu spektakuläre Monopolisierungsvorgänge, verbot handelsbeschrän-

kende Formen wirtschaftlicher Organisation. Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurden Entflechtungsverfahren nicht nur gegen Standard Oil durchgeführt, sondern beispielsweise auch gegen du Pont de Nemour, gegen United Steel und in der Ära Franklin D. Roosevelts nicht zuletzt gegen die Morgan-Gruppe. Doch in den Jahren 1920 bis 1932 vor dem New Deal, in denen die Republikanische Partei die Präsidenten stellte, hatten die Trustbildung und die Expansion von Großunternehmen eine Blütezeit erlebt (ebd.: 255), die die Profiteure dieser Entwicklung auf keinen Fall beendet sehen wollten.

Die Kehrseite der ökonomischen Machtkonzentration in den USA war das vollständige Fehlen eines staatlich gestützten sozialen Sicherheitsnetzes. Vor dem New Deal gab es keine öffentliche Arbeitslosenversicherung und keine öffentliche Rentenversicherung. Private Arbeitslosenversicherungen, abgeschlossen zwischen einigen Unternehmen und Betriebsgewerkschaften, betrafen weniger als 1% der Lohnabhängigen (Kennedy 1999: 87). Diese Konstellation führte zu einer sozialen Katastrophe, als in der Weltwirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit explodierte und 1932 etwa 15 Millionen Menschen, das heißt rund 25% aller Amerikaner, betraf. Die Löhne fielen um 60%, die durchschnittlichen Einkommen in der Landwirtschaft um 50%. Ein Anspruch auf staatliche Sozialhilfe wurde in der Krise, als er am dringendsten gebraucht wurde, nur für ein Viertel aller Arbeitslosen und ihre Familien eingelöst und deckte häufig nicht einmal das physische Existenzminimum.

Die Roaring Twentieth

Die Krisenerfahrung war ein schwerer Schock. Dies umso mehr, als sie auf die vor dem New Deal von den herrschenden Eliten verbreitete und im allgemeinen öffentlichen Bewusstsein tief verankerte Überzeugung traf, dass die amerikanische Wirtschaft stabil sei und jeder die Chance habe, ohne staatliche Unterstützung selbst für die eigene soziale Sicherheit zu sorgen. In den Machteliten war die Fähigkeit zur Selbsttäuschung nahezu perfekt entwickelt. Die Theorie des Laissez-Faire hatte sich längst in ihren Köpfen eingenistet.

Anlass zu Optimismus hatte in der Lebenswelt vieler Amerikaner die Ausweitung der mit dem Namen Ford verbundenen Massenproduktion und ihre Verknüpfung mit beginnender Massenkonsumtion gegeben. Zur Vorgeschichte des New Deal, zu ihrem ersten Akt, gehörte durchaus eine optimistische Stimmung einer breiten Öffentlichkeit. An der Schwelle der »roaring twentieth«, am 31. Mai 1921, verließ das fünfmillionste Automobil die Ford-Werke. Im Jahr 1927 rollten schon 15 Millio-

nen Autos aus den Fabriken Henry Fords. Kühlschränke, Waschmaschinen, Radios, Staubsauger und Telefone zogen in eine wachsende Zahl von Haushalten ein. Die Haushaltstechnik im Alltag vieler Familien verbreitete das Gefühl der Teilhabe an Modernität. Mit moderner Technik schien alles möglich. Charles Lindbergh überquerte mit seinem Einmotorer »The Spirit of St. Louis« im Nonstopflug den Atlantik. 1924 wurde erstmals die Amtseinführung eines amerikanischen Präsidenten durch das Radio im ganzen Land übertragen.

Die Oberschicht zelebrierte ihren Reichtum auf exzessive Weise durch demonstrativ glamouröses Leben. Die Präsidenten Harding und Coolidge senkten die Steuer auf die Einkommen der Reichen. Aber die Sozialkritik Sinclair Lewis' und anderer Schriftsteller an Gier und Scheinheiligkeit des Establishments wurde überlagert von den Hoffnungen vieler kleiner Leute, denen die goldenen Jahre auch für die bisher Benachteiligten nahe schienen. Frauen gewannen zu Beginn der zwanziger Jahre endlich das Wahlrecht. Millionen strömten in die neu entstehenden Kinopaläste, wo der Tonfilm den Stummfilm ablöste. Hollywood verbreitete ein wahres Starfieber. Tanzclubs und Dance Halls zogen das Publikum magisch an. Broadway Shows trugen zur Verbreitung neuer Tänze wie Breakaway, Charleston und Black Bottom bei. Jazz wurde die bei der Jugend populärste Musikform, geprägt von Musikern wie Louis Armstrong, Duke Ellington, Sydney Bechet, Joe »King« Oliver, Fletcher Henderson, Paul Whiteman und anderen Größen der Musikszene. Das Jazz Age wurde zu einer wichtigen Seite der »goldenen Zwanziger«. Rückschauend erscheint das Tanzfieber wie der sprichwörtliche Tanz auf dem Vulkan. Doch zunächst präsentierten sich die Vereinigten Staaten noch als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten für jede und jeden. Die Mainstream-Erzählung war, dass jeder seines eigenen Glückes Schmied sei und der Markt das beste Medium dafür. Louis Armstrongs Song »What a Wonderful World« war omnipräsent.

Der Beginn des Massenkonsums trug jedoch bereits Zeichen des Umstülpens in den Absturz in sich. Der Run auf die neuen Konsumgüter war von einem starken Anstieg kreditfinanzierter Käufe begleitet. 1919 wurden in den USA etwa 100 Millionen Dollar als Kredite für den Kauf von Konsumgütern aufgenommen. 1929 waren es bereits sieben Milliarden Dollar. Die Erwartung steigender Preise, hochgetrieben von ständigem Wachstum, verstärkte die spekulative Neigung zu kaufen, um mit Gewinn wieder zu verkaufen.

Zu Beginn des Jahres 1928 brach ein wahrer Spekulationstaumel aus. »Die Massenflucht in die Scheinwelt, wichtiger Bestandteil jeder echten

Spekulationsorgie, begann ernsthafte Formen anzunehmen.« (Galbraith 1987: 36) Kurzfristige Kurseinbrüche an der Börse wurden ignoriert. Andrew Mellon, Gründer und Eigentümer der Mellon National Bank und zugleich Finanzminister der Vereinigten Staaten erklärte mit dem Gewicht dieser verdächtigen Doppeldeckschicht: »Es gibt keinen Grund zur Aufregung. Die Welt der Hochkonjunktur wird fortgesetzt werden.« (ebd.: 42) Auch andere Bankfürsten verbreiteten gefährlichen Optimismus und fanden Gehör. Eine Konjunktur der Illusionen begleitete die bereits überhitzte ökonomische Konjunktur. John Kenneth Galbraith überschrieb in Anspielung auf die Prägung der Dollarmünze mit dem Satz »Wir vertrauen auf Gott« ein Kapitel in seinem Buch »Der große Krach 1929« mit dem Titel »Wir vertrauen auf Goldman Sachs«. Bernard Baruch – Finanzier, Börsenspekulant, Berater mehrerer amerikanischer Präsidenten, oft »König der Wall Street« genannt – bekundete dem American Magazine, dass »die wirtschaftliche Situation der Welt an der Schwelle eines gewaltigen Schritts nach vorn zu sein scheint.« (ebd.: 112)

Kurz danach fand der **erste Akt** der New Deal-Geschichte, die Vorgegeschichte, ein jähes Ende. Es war das Ende des von der Ideologie des Laissez-faire beherrschten Gemischs von Marktvertrauen, technischen Innovationen, grenzenlosen Hoffnungen auf das Glück der Tüchtigen, der Ahnung möglicher Endlichkeit des amerikanischen Traums und der Verdrängung aufsteigender Unsicherheit in hektischer Lebenslust. Es begann der **zweite Akt** der New Deal-Geschichte, der Große Crash, nach dem nichts mehr weitergehen konnte wie zuvor.

Die Weltwirtschaftskrise

Am 24. Oktober 1929, dem »schwarzen Donnerstag«, brach mit exorbitanten Aktienkursstürzen die Weltwirtschaftskrise aus. Die Vorgegeschichte des New Deal, ihr erster Akt, gipfelte in ihrem Tiefpunkt. »Um elf Uhr dreißig war der Markt von blinder, hoffnungsloser Angst erfüllt. Die Panik war da. ... Aktien wurden wie Butterbrot verkauft. ... Eine Selbstmordwelle hing in der Luft. Es hieß, elf sehr bekannte Spekulanten hätten sich schon umgebracht.« (ebd.: 150) Am Mittag des 24. Oktober war ein Phänomen zu besichtigen, in dem eine allgemeine Grundtendenz des Verhaltens von Machteliten angesichts schwerster Krisen oder sogar des Zusammenbruchs ihrer Herrschaftsgrundlagen Ausdruck fand: der Versuch, als gesund zu beschwören, was vor aller Augen gerade zusammenbricht. (Nahe liegt die Erinnerung an den Festakt zum 40. Jahrestag der DDR im Palast der Republik. Drinnen wurde die Zukunft des Sozialismus ausgemalt, derweil draußen in einer großen Bür-

gerdemonstration schon dessen Ende zu Tage trat.) Am schwarzen Donnerstag fand in der Wall Street Nr. 13, in der Zentrale von J.P. Morgan, ein Treffen von US-Spitzenbankern statt. Durch ihre Präsidenten, Vorstandsvorsitzenden und Generaldirektoren waren unter anderem die National City Bank, die Chase National Bank, die Guaranty Trust Company und die Bankers Trust Company unter Vorsitz von Thomas W. Lamont, Seniorpartner der Morgan-Gruppe, vertreten.

Im Ergebnis ihrer Beratung lieferte Lamont den Vertretern der Presse eine bemerkenswerte Deutung des Ausbruchs der bis dahin schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte des Kapitalismus: »Es gab einen etwas unglücklichen Verlauf an der Börse«, und er fügte hinzu, dass dies »mehr auf die technischen Bedingungen der Börse« zurückzuführen war, als dass es einen wesentlichen Grund hätte, und er erzählte den Zeitungsleuten, dass die Möglichkeit für eine Besserung durchaus gegeben sei. Die Banken, so ließ er wissen, hätten sich entschlossen, einzugreifen.« (ebd.: 152) Ähnliches wurde nach einer abendlichen Krisensitzung von Vertretern der 35 größten Telegrafendienste bekannt gegeben. Für kurze Zeit stabilisierten sich die Aktienkurse – um schon am 29. Oktober noch dramatischer abzustürzen als am schwarzen Donnerstag zuvor. »Eine einzige Stimme in der Wüste, eine Stimme mit großer Vorbedeutung blieb unbeachtet. In Poughkeepsie kritisierte Gouverneur Franklin D. Roosevelt in einer Rede das »Spekulationsfieber.« (ebd.: 159)

Der republikanische Präsident Hoover versuchte, in einer Serie von Konferenzen führender Vertreter des Big Business mit anschließenden optimistischen Presseerklärungen die Stimmung in der Wirtschaft aufzuhellen, um Wachstumsimpulse auszulösen. Mitten in der sich vertiefenden Krise, im Mai 1930, erklärte Hoover, dass wir »nun mit vereinter Kraft fortfahren werden, uns schnell zu erholen«. De facto wurde die Politik des Laissez-Faire mit katastrophalen Folgen fortgesetzt. Die amerikanische Bevölkerung verlor den Glauben an die Mächtigen des Landes und an ihre falschen Botschaften.

Die Große Krise wurde zur ernststen Gefahr für das Kapital und zumindest für die konservativen Varianten des Kapitalismus. In vielen Unternehmen brachen die Profite ein. Für einen großen Teil von ihnen bedeutete dies den Ruin. Die Krise war aber auch deshalb eine Gefahr, weil die zunehmende Armut oder ihr offenes Sichtbarwerden Fragen nach Gerechtigkeit stärker in das öffentliche Bewusstsein hob und weil die Not der Bevölkerung in militante Kämpfe der Arbeitslosen oder der davon Bedrohten, in Proteste unter den Farmern und die Mobilisierung vieler

Unternehmensgewinne aller US-Corporationen in Mrd. US-Dollar

	Gewinn vor Steuern	Einbehaltener Gewinn
1929	11,870	8,984
1930	4,649	1,366
1931	-0,777	-3,145
1932	-3,829	-5,375
1933	-0,930	-2,379
1934	2,970	0,157
1935	5,423	1,674
1936	7,771	3,003
1937	7,830	3,872

Quelle: TNEC 12; 1938: Profits, Productive Activities, and New Investment: 9. Washington. In: Jaeger 1974: 11

Intellektueller gegen die herrschenden Verhältnisse umschlug. Die emphatischen Momente der Massenstimmung in den vergangenen zwanziger Jahren verkehrten sich nun in öffentlichen Druck auf die Eliten, der mit dem wirtschaftlichen Druck der großen Rezession zusammenfiel.

Im Juli 1933, als die Wertpapierkurse auf ihren tiefsten Stand gefallen waren, hatten deren Eigentümer im Vergleich zum September 1929 74 Milliarden Dollar, das heißt fünf Sechstel ihrer Assets verloren (Junker 2004: 132). Nach den Angaben des U.S. Bureau of the Census verminderte sich im Gefolge massenhafter Konkurse der Nettobestand von Unternehmen in den USA 1930 um 30.000, 1931 um 58.000, 1932 um 48.000 und 1933 um 116.000 Firmen (U.S. Bureau of the Census 1960; Jaeger 1974: 12). John Kenneth Galbraith deutete die Stimmung im Bankendistrikt von New York an: »Man erzählt sich, dass die Angestellten der Hotels in der Stadt ihre Gäste fragten, ob sie ein Zimmer zum Schlafen oder zum Hinunterspringen wünschten.« (Galbraith 1987: 183)

Mit den Einbrüchen für das Kapital ging die Katastrophe für die vom Kapital Lohnabhängigen einher. Mit dem Rückgang der Industrieproduktion und dem Einbruch in anderen Wirtschaftsbereichen stieg die Zahl der Arbeitslosen.

1933 war fast ein Viertel der erwerbsfähigen Amerikaner arbeitslos. Die Lohnsumme aller Beschäftigten sank um mehr als die Hälfte im Vergleich zu 1929. Im Land grassierte Armut. In der Krise verdampfte der Mythos der Chancengleichheit für alle. Die Kluft zwischen Reich und Arm mündete für große Teile der Bevölkerung in existenzieller Not.

Rückgang der Industrieproduktion und Arbeitslosigkeit in den USA

	Industrieproduktion (Index 1947-1949 = 100)	Durchschnittliche Arbeitslosigkeit (Mio.)
1928	52	2,08
1929	58	1,55
1930	48	4,34
1931	39	8,02
1932	30	12,06
1933	36	12,83
1934	39	11,34
1935	46	10,61
1936	55	9,03
1937	60	7,70
1938	46	10,39
1939	57	9,48
1940	66	8,12

Quelle: Bureau of Census: Historical Statistics of the United States, Colonial Times to 1957: 73,100 39,409. Washington 1961. In: Jaeger 1974: 8

Aber auch die Unternehmerseele war im Innersten getroffen. Der Absturz der Profite, die Entwertung von Kapitalvermögen, die Explosion von Firmenbankrotten als Formen der Kapitalvernichtung und ein Verlangen der amerikanischen Bevölkerung nach neuen moralischen Maßstäben für Wirtschaft und Politik lösten unter den Machteliten eine fieberhafte Suche nach Wegen aus der Krise aus. Die Krise führte zum Aufbrechen von Spannungen und Differenzen im herrschenden Block über mögliche Auswege aus der Großen Depression.

Der **dritte Akt** in der Geschichte des New Deal begann: die Auseinandersetzungen um die Reaktionen auf die große Krise. Nicht zuletzt das Establishment musste nach Antworten auf die Krise suchen. In der volkstümlichen Variante von Erzählungen, im Märchen, sind auf der einen Seite der Handlung die Guten zu finden, auf der anderen die Bösen. Diese sind im Kapitalismus aus der Sicht der Subalternen die Kapitalisten und ihre politische Klasse. Waren sie es doch, die die Gesellschaft in eine tiefe Krise gestürzt hatten. Aber mitten unter ihnen befanden sich solche, die keineswegs durchweg als Bösewichte handelten, an ihrer Spitze Franklin Delano Roosevelt. Zwar gehörte er als progressiver Demokrat der herrschenden Klasse an. Er war vermögend und zählte

führende Köpfe der Wall Street zu seinen Freunden. Er wollte das kapitalistische System bewahren, aber nicht so, wie es war.

In den Auseinandersetzungen innerhalb der Machelite, die in den Präsidentschaftswahlen der USA 1932 kulminierten, stand Amtsinhaber Hoover von der Republikanischen Partei für ein Festhalten am Marktradikalismus gegen staatliche Interventionen und gegen staatlich getragene Wohlfahrt. Roosevelt als Kandidat der Demokraten attackierte die darauf beruhende, gegen die Krise offensichtlich machtlose Politik und prangerte im Herbst 1932 vor dem Commonwealth Club in San Francisco in einer seiner berühmtesten Reden diese im Namen freier Märkte verfolgte Politik an. Sie habe ihre Glaubwürdigkeit und Grundlage verloren, seitdem rund 600 Konzerne zwei Drittel der US-Industrie beherrschten und freie Märkte in eine Schimäre verwandelt hätten.

In seiner psychologisch klug aufgebauten Rede vor dem Commonwealth Club hob er die Verdienste der Industriegiganten und Finanztitanen um den industriellen Aufstieg der USA in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hervor. Ihre Leistungen für diesen Aufstieg seien so groß gewesen, »dass die Vereinigten Staaten ohne Bedenken, mit Beifall und, wie ich denke zu recht, mit den süßen Resultaten auch deren bittere Seiten akzeptierten.«³ In dieser zurückliegenden Zeit hatte die Regierung sich nicht in die Entwicklung der Industrie einzumischen, sondern sie zu unterstützen – trotz der Rücksichtslosigkeit und Unbarmherzigkeit beispielsweise der Finanziere des amerikanischen Eisenbahnsystems, wie der Präsident sagte. Nun aber, so Roosevelt, bewegten sich die USA strikt auf eine ökonomische Oligarchie von ein paar Hundert Männern zu, deren Macht alle Chancengleichheit ausschließe und die zur Gefahr für die nationale Zukunft geworden sei. »Die Zeit der großen Gründer und Finanztitanen, denen wir alles zugestanden, wenn sie nur aufbauen und vorantreiben würden, ist vorbei.« (ebd.) »Die Stunde einer aufgeklärten Administration ist gekommen« (ebd.), die Hand in Hand mit den Unternehmern gegen die Unterkonsumtion zu wirken habe, für eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Gütern, für die Einstellung der Wirtschaft als ein Dienst an den Menschen. Ein neuer großer Wirtschafts- und Sozialvertrag mit bindender Wirkung sei zur Aufgabe von Politikern und Geschäftsleuten geworden. Wo immer »der einsame Wolf, der ethikvergessene Konkurrent, der rücksichtslose Antreiber«

³ www.heritage.org/initiatives/first-principles/primary-sources/fdrs-commonwealth-club-address

(ebd.) das öffentliche Wohl bedrohe, habe die Regierung Grenzen zu setzen, einzugreifen und das öffentliche Interesse zu vertreten.

Dies sei aber auch das Interesse der Geschäftswelt selbst. Auch die selbstsüchtigsten Korporationen, so Roosevelt, sollten begreifen, dass stabilisierte Löhne und die Überwindung der Arbeitslosigkeit ihr eigenes Interesse seien. Roosevelt versprach den Unternehmern eine Politik der Gesundung der amerikanischen Privatwirtschaft. Er beschwor ein Gemeinschaftsinteresse von Unternehmen und Arbeiterschaft an einer Belebung der Wirtschaft durch die Stärkung der Massenkaufrkraft. In deutlicher Abgrenzung von dem konservativen Teil des Big Business warb er um die aufgeklärten Köpfe der Wirtschaft: »Die Männer, die an die Spitze des amerikanischen Geschäftslebens gelangt sind, wissen das am besten; glücklicherweise dringen viele von ihnen auf die bindende Qualität dieses großen Sozialvertrags« (ebd.), den er vor Augen hatte.

Teile der ökonomischen Machtelite öffneten sich für eine interventionistische Regierungspolitik, die ihnen die Katastrophe abzuwenden versprach – selbst um den Preis von sozialstaatlichen Schritten, die es in der amerikanischen Geschichte bis dahin nur randständig gegeben hatte. Und Teile der politischen Elite, deren Politik in den beiden Dekaden vor der Weltwirtschaftskrise dem Credo des Laissez-faire anhängen, schlugen sich auf die Seite Roosevelts, der Demokratischen Partei und derer, die mit dem neuen Präsidenten auf eine Transformation von einem »rugged economic individualism« zu einer ökonomischen und moralischen Erneuerung der amerikanischen Gesellschaft im Rahmen des Kapitalismus zusteuerten.

Die konkreten Gründe für die Unterstützung des New Deal in Teilen der ökonomischen Machtelite waren durchaus unterschiedlich. Zwar ging es vor allem um den Ausweg aus der Krise, doch wirkten auch unterschiedliche Interessen an Vorteilen auf neuen Wegen. Ein unmittelbares Interesse an höheren Löhnen und Sozialtransfers, die die Massenkaufrkraft stabilisierten und erhöhten, hatten Handels- und Versandunternehmen und Produzenten von Konsumgütern, von Textilien, Nahrungs- und Genussmitteln, beispielsweise Coca-Cola und die Tabakkonzerne, aber auch General Electric mit seiner starken Sparte der Elektrohaushaltsgeräte. Die Stahl- und die Chemiebranche dagegen ohne unmittelbare Vorteile aus einer höheren Massenkaufrkraft zählten zu den Gegnern des New Deal.

Kapitalintensive Unternehmen mit einem geringen Lohnkostenanteil fürchteten eine Erhöhung der Masseneinkommen weniger als lohnintensive Firmen und verhielten sich häufig loyaler zu den New Deal-Reformen als lohnintensive Unternehmen (Ferguson 1989: 7, 10).

Industriezweige, die sich – anders als zum Beispiel die Stahlindustrie – im strukturellen Aufwind befanden wie die Ölindustrie, die Gas- und Elektrizitätsbranche, die Elektroindustrie und beispielsweise der Büromaschinenbau, der von der Ausweitung staatlicher Apparate profitierte, zählten ebenfalls eher zu den Befürwortern des New Deal. Doch galt dies nicht absolut. In der ebenfalls aufsteigenden Automobilindustrie lehnten Ford und Chrysler den New Deal-Kurs vehement ab, während er bei General Motors zumindest zeitweilig begrüßt wurde. Hans Jaeger verwies darauf, dass die Haltung zum New Deal nicht selten auch von den Charaktertypen an der Spitze der Unternehmen abhing. »Industrielle Imperatoren alten Schlages« wie Henry Ford, die du Ponts, Ernest T. Weir (Stahl), Thomas Girdler (Stahl) und Sewell Avery verhielten sich negativer zur Politik Roosevelts als moderne Unternehmer mit einer flexibleren Mentalität an der Spitze von Konzernen wie General Electric, General Motors und sogar United Steel (Jaeger 1974: 103). Jaeger verweist auch auf eine Befragung der Zeitschrift *Fortune* aus dem Jahr 1939. Sie ergab, dass jüngere Geschäftsleute (unter 55 Jahren) dem New Deal deutlich häufiger zustimmten als solche im Alter von mehr als 55 Jahren (ebd.: 167).

Zudem neigten führende Unternehmen in den wirtschaftsstarke und aufsteigenden Bundesstaaten wie Kalifornien dem New Deal eher zu als Unternehmen in schwächeren Bundesstaaten. Der Großbankier A.P. Giannini, einer der Hauptsympathisanten des New Deal unter den Bankern, stand an der Spitze der Bank of America, der größten Bank Kaliforniens, eines Bundesstaates mit besonders starkem Wirtschaftswachstum nach 1933.

Die Roosevelt-Rede vor dem Commonwealth Club kann als exemplarischer Ausdruck für die Spaltung in den US-Machteliten zwischen ihren von Roosevelt vertretenen reformoffenen Kreisen und den konservativen Fraktionen angesehen werden. Zugleich versuchte Roosevelt, zwischen dem wandlungsoffenen Flügel des Unternehmertums und dem »common man«, dem einfachen Bürger, eine Brücke zu schlagen. Und er wollte auch den »forgotten man« am Rande der Gesellschaft erreichen, indem er allen Bürgerinnen und Bürgern faire Chancen verhiess, die die Regierung in Verantwortung für die Gemeinschaft sichern werde.

Roosevelt und der von ihm repräsentierte Teil der US-Machteliten hatten verstanden, dass die ökonomische Krise den Blick großer Teile der Bevölkerung auf das Establishment gravierend veränderte. In den Augen vieler Menschen hatten das Big Business und die mit ihm verbundenen Politiker nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch mo-

ralisch versagt. Viele im Land erwarteten eine moralisch-politische Erneuerung als Rückhalt einer besseren Politik. So war der New Deal mit einem Rückgriff auf moralische Werte des amerikanischen Progressivismus verbunden und beeinflusst von dem Verlangen nach sozialer Verantwortung. Hallie Flanagan, die Direktorin eines der wichtigsten Kulturprojekte des New Deal und Vertraute Eleanor Roosevelts, sprach ähnlich wie andere New Dealer von einer »new frontier« in Amerika, von einer neuen »Frontlinie gegen Krankheit, Elend, Armut, Unbildung, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung, und zugleich gegen Selbstsucht, besondere Privilegien und soziale Gleichgültigkeit.« (O'Connor/Brown 1978: 26) Der Glaube daran, dass es in der Politik tatsächlich darum ginge, sicherte Roosevelt jene Verankerung im Volk, die ihm mit den Siegen in vier Präsidentschaftswahlen Handlungsraum verschaffte.

Die Herausbildung des New Deal in einem Lern- und Suchprozess der Machteliten entsprang keineswegs allein der Betroffenheit der amerikanischen Geschäftswelt und der Politiker durch die Weltwirtschaftskrise. Die Krise führte nicht nur zu schweren Verlusten für die Unternehmerschaft. Sie löste den Protest der Arbeiter, von Farmern und anderen Bevölkerungsschichten gegen das Ausbleiben von sozial verantwortlichem Handeln der Regierung aus. Sie führte zu einer mächtigen Welle wilder Streiks und in vielen Orten zu einer Rebellion der Armen und der von Arbeitslosigkeit Bedrohten. Die Wirtschaftskrise wurde zur politischen Krise.

Überall im Land bildeten sich zu Beginn der dreißiger Jahre Unemployed Councils. Die Arbeitslosenräte forderten örtliche Unterstützung und nationale Kompensationssysteme für Arbeitslose. Sie leisteten Hilfe für die Familien ohne Arbeit und organisierten Solidarität, wenn Vermieter und Banken den Zahlungsunfähigen auch noch die Wohnung kündigten und sie auf die Straße setzen ließen. Häufig wurde im Handumdrehen dafür gesorgt, dass die wohnungslos Gewordenen und ihre von der Polizei auf die Straße gebrachten Möbel unter dem Schutz der Menge sofort wieder in die Wohnungen zurückgebracht wurden. Die oft von Kommunisten und Sozialisten ins Leben gerufenen Councils waren so bekannt, dass die Autoren des großen Werkes »Who built America?« über ein verbreitetes Wort aus dieser Zeit berichten, »es war nicht ungewöhnlich, dass eine Mutter (betroffen von dem Versuch, sie aus der Wohnung zu werfen – D.K.) ihren Kindern zuschrie: ›Rennt los und holt die Roten!« (Freeman u.a. 1992: 340)

Am 6. März 1930 organisierten Kommunisten und andere Aktivisten einen »Internationalen Arbeitslosentag«. Eingefordert wurde staatli-

ches Handeln zur Bekämpfung der Krise und ihrer Folgen. Der Widerhall im Land zeigte, wie sehr es im Volk brodelte. In Boston gingen rund 50.000 Protestierende auf die Straße, etwa ebenso viele in Chicago, in Milwaukee 40.000, in Detroit etwa 100.000. In New York wurde ein Protestmarsch auf die City Hall von einem großen Polizeiaufgebot niedergeschlagen. Die Anführer der Demonstration wurden zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt (ebd.: 340).

Das Engagement der amerikanischen Kommunisten für die Gründung unabhängiger Gewerkschaften geschah in dieser Zeit in Abweichung von der offiziellen Linie der Kommunistischen Internationale (Komintern). Diese orientierte in sektiererischer Weise darauf, eigenständige kommunistische Gewerkschaften zu bilden. Das war eine der verhängnisvollen Folgen der 1928 auf dem VI. Weltkongress der Komintern deklarierten Sozialfaschismusthese. Molotow erklärte in einem Bericht an die Komintern am 25. Februar 1930: »Der Sozialfaschismus, der ›linke‹ Flügel des Faschismus, ist die letzte Reserve der Bourgeoisie in der Arbeiterschaft.« Gemeint war damit »die Verwandlung der Sozialdemokratie in eine sozialfaschistische Partei«. »Die Sozialdemokratie ist die Hauptstütze der imperialistischen Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse. Sie ist Steigbügelhalter des Faschismus.« Sie beschreite »immer schneller den faschistischen Weg durch die Anpassung des sozialdemokratischen und reformistischen Gewerkschaftsapparats an den faschistischen Charakter des bürgerlichen Staates.« (Molotow 1930) Der damalige Generalsekretär der Kommunistischen Partei der USA, Jay Lovestone, hatte am VI. Weltkongress der Komintern teilgenommen, unterstützte jedoch in der Folgezeit die gemäßigte Linie Nikolai Bucharins, eines der brilliantesten Köpfe der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, den Stalin 1938 als reformistischen »Verräter« hinrichten ließ. Lovestone wurde auf Druck der Komintern aus der Partei ausgeschlossen, die neue Parteiführung übernahm die Sozialfaschismusthese. Aber viele Kommunistinnen und Kommunisten ließen sich nicht von der solidarischen Teilnahme an den Kämpfen der Arbeiter, an der Organisation der Arbeitslosen, an der Verteidigung von Mietern gegen den Rauswurf aus ihren Wohnungen und an Aktionen gegen die Diskriminierung von Afroamerikanern abhalten. Erst nachdem der VII. Weltkongress der Komintern 1935 die Sozialfaschismusthese aufgab und auf Bündnisse im Rahmen einer Volksfront orientierte, sahen sie sich wieder in Einklang mit der offiziellen Parteilinie. Ab 1936 unterstützte die KPUSA ausdrücklich die Gewerkschaftspolitik der New Dealer. Sie blieb nur ein Akteur unter vielen. Aber sie war beteiligt an dem Druck von unten auf das Establishment.

Die Machteliten sahen sich nicht allein wirtschaftlich durch die Krise schwer geschädigt und bedroht, sie sahen angesichts der massenhaften rebellischen Aktionen das Wirtschaftssystem selbst und ihre Herrschaft in Gefahr. Es war die Wechselwirkung beider Momente, die den Roosevelt-Flügel des herrschenden Machtblocks bewegte, auf eine sozialreformerische Transformation des amerikanischen Kapitalismus zu setzen.

Howard Zinn spiegelte diese Konstellation wider, als er schrieb: »Aber die Konstituierung der Wirtschaft im New Deal zielte hauptsächlich auf die Stabilisierung der Ökonomie und in zweiter Linie darauf, den unteren Klassen genug Unterstützung zu geben, um sie von einem Umschlag der Rebellion in eine wirkliche Revolution abzuhalten.« (Zinn 1990: 384)

Der Sieg Roosevelts in den Präsidentschaftswahlen 1932 kam im Gefolge zunehmender Unruhen im ganzen Land, von Streiks, Demonstrationen bei wachsender Anziehungskraft der Socialist Party, unabhängiger sozialistischer Gruppen und auch der Communist Party zu Stande. In vielen Orten entstanden als Antwort auf das Versagen der etablierten Institutionen Bürgervereinigungen der Arbeitslosen, die gegenseitige solidarische Hilfe der Arbeitslosen organisierten. Die Unemployed Citizens' League in Seattle beispielsweise sorgte dafür, dass Arbeitslose Fischerboote für ihren Bedarf nutzen konnten. Sie erwirkte die Erlaubnis von Farmern, Kartoffeln zu stoppeln und die Genehmigung von Forsteigentümern zum Einschlagen von Bäumen ohne Zahlung. Tauschringe organisierten den Austausch von Handwerksdiensten. Sie umfassten Ende 1932 etwa 330 Organisationen mit 300.000 Mitgliedern in 37 Bundesstaaten. Radikaler gingen die Bergleute in West Pennsylvania vor. Sie bauten in stillgelegten Bergwerken illegal Kohle ab, um zu überleben.

Von allen Arbeitslosenaktionen im Verein mit noch Beschäftigten war die spektakulärste der Hungermarsch der Fordarbeiter am 7. März 1932, inspiriert von der kleinen, überwiegend von Kommunisten organisierten Auto Worker's Union. Über 3.000 Arbeiter forderten mit ihrem Marsch auf das Ford-Werk in Dearborn/Michigan die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter, Aufhebung des Verbots von Gewerkschaftsversammlungen, Verringerung des Tempos am Fließband und ein Ende der Wohnungskündigungen für frühere Ford-Arbeiter. Die Polizei griff die Demonstrierenden mit Maschinengewehren und Pistolen an. Vier Tote und 60 Verletzte waren das Ergebnis dieses Angriffs. 20.000 bis 40.000 Menschen bildeten den Begräbniszug. Am Grab der Ermordeten wurde die Internationale gesungen.

Im Lande gärte es. Im Frühjahr 1932 fand der Marsch der sogenannten Bonus-Army auf Washington statt. Anstelle ihrer Kriegsrente waren an die Veteranen des Ersten Weltkrieges Bonus-Zertifikate vergeben worden – einzulösen erst in den Folgejahren. Angesichts von Arbeitslosigkeit und Hunger ihrer Familien setzten sich über 20.000 Veteranen im ganzen Land mit der Forderung nach sofortigen Zahlungen in Bewegung und schlugen ein Protestcamp vor dem Capitol auf. Zum Schutz des Weißen Hauses wurden gegen die früheren Soldaten vier Kavallerieeinheiten, vier Infanteriekompanien, eine Maschinengewehrschwadron und sechs Tanks aufgeboten. Unter dem Kommando von General MacArthur und dem damaligen Major Dwight D. Eisenhower setzte das Militär Tränengas gegen die Veteranen ein. Zwei von ihnen wurden erschossen, andere verletzt. Ihre Probleme blieben ungelöst. Erst als Roosevelt in das Weiße Haus einzog, empfing er sehr schnell eine Abordnung von Veteranen und arrangierte ein Treffen mit Regierungsbeamten, um Lösungen einzuleiten. Aber bis dahin verschärften sich die Konflikte im Land weiter.

»Obwohl die meisten Amerikaner nicht an den Protestbewegungen teilnahmen, war die zunehmend unübersehbare Unzufriedenheit für viele Beobachter Grund genug für die Sorge, dass die Revolution um die Ecke lauere. Lorena Hickock, eine Journalistin, die im Auftrag der Regierung einen Bericht zur sozialen Lage verfassen sollte, schrieb, dass eine riesige Zahl von Arbeitslosen in Pennsylvania ›auf dem Sprung sei‹ ... es fehlt nicht viel, um Kommunisten aus ihnen zu machen.« (Freeman u.a. 1992: 345) Der Präsident des gewerkschaftlichen Dachverbandes AFL warnte im August 1932, wenn das Land nicht »in seinen Grundlagen einen geordneten, konstruktiven Weg finden würde, werden wir von einem Strom von Revolten beiseite gefegt werden.« (ebd.) Die Autoren des American Social History Project verweisen auf den unmittelbaren Zusammenhang des Aufbegehrens und der Proteste von unten und der etwa seit 1931 vermehrt wachsenden Einsicht in den Führungskreisen der großen Unternehmen, dass eine Wende zu staatlichen Rekonstruktionsprogrammen unvermeidlich geworden sei (ebd.).

Historiker und Wirtschaftshistoriker unterscheiden häufig zwischen einer ersten Phase des New Deal vor 1933-1934 (First New Deal) und einer zweiten Phase von 1935-1938 (Second New Deal). Andere Autoren sehen den New Deal bis in die 1970er Jahre andauern, bis zu seiner weitgehenden Ablösung durch die neoliberale Gegenrevolution Reagans, die bereits durch Carter eingeleitet wurde.

2.3 First New Deal 1933/1934 – umkämpft in den Machteliten und zwischen Oben und Unten

Im Ersten New Deal standen kurzfristig wirkende soziale und wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise, zur Milderung ihrer sozialen Folgen und zur Regulierung des außer Kontrolle geratenen Bankensystems im Vordergrund. Im Rahmen eines »100-Tage-Programms« der Roosevelt-Administration wurde in furioser Folge eine Reihe wichtiger Gesetze mit diesen Zielen verabschiedet.

Das Programm leitete den **vierten Akt** in der Geschichte des New Deal ein, nachdem die Richtung in den Auseinandersetzungen zuvor mit der Wahl Roosevelts zum Präsidenten der USA entschieden worden war. Es begann die Entfaltung des New Deal als Regierungspolitik der Vereinigten Staaten. Dies geschah auf dem Hintergrund heftigster Kämpfe der Arbeiterbewegung. Der Start des New Deal 1933 wurde von einer Serie wilder Streiks begleitet. Die Bergarbeiter in Ohio beispielsweise streikten für höhere Löhne, für die Reduzierung von Lohndifferenzen zwischen den Regionen, den Achtsturentag und die Fünftagewoche, für das Verbot von Kinderarbeit und das Recht, eigene Gewerkschaftsvertreter in den Unternehmen zu wählen. Das waren Forderungen, deren Grundgehalt vor allem im National Industrial Recovery Act und im National Labor Relations Act (Wagner Act) aufgenommen wurden. Der Zweite New Deal umfasste längerfristig angelegte Reformen, die die Fundamente eines Sozialstaates schufen.

Sozialmaßnahmen

Unmittelbar nach dem Amtsantritt Roosevelts als Präsident der Vereinigten Staaten am 4. März 1933 wurden eine Reihe von Institutionen zur Linderung der größten Nöte geschaffen, die meisten davon bereits im Rahmen des 100-Tage-Programms. Mit Hilfe des neu gegründeten Civilian Conservation Corps (CCC) entstanden für arbeitslose junge Männer im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, deren Familien Sozialhilfe empfangen, Arbeitsplätze, zum Beispiel in der Forstwirtschaft, im Straßenbau und für Aufgaben zur Begrenzung der Bodenerosion. Die ebenfalls 1933 ins Leben gerufene Public Works Administration (PWA) schuf Arbeitsplätze durch den Ausbau der Infrastruktur in wenig entwickelten Regionen mit Investitionen für Straßen, Brücken, Flugplätze, Staudämme, Kanalisationssysteme und Schulgebäude. Die ebenfalls neu gegründete Federal Emergency Relief Administration stockte die von den Bundesstaaten zu zahlende Sozialhilfe um ein Drittel auf.

1933 wurde auch die Farm Credit Administration geschaffen, die auf der Grundlage des Emergency Farm Mortgage Act für hoch verschuldete Farmer die Umschuldung in längerfristig zinsgünstige Kredite organisierte. Allerdings kam dieser Schritt vor allem den größeren Farmern und kaum den schwachen Kleinbetrieben zugute. Im Rahmen der Geldpolitik versicherte die 1934 entstandene Federal Housing Administration (FHC) Eigenheimkredite der Banken. Wenn die FHC solche Versicherungen gewährte, führte das vor allem für mittelständische Bevölkerungsschichten zu längerfristigen und günstigeren Krediten.

Der Agricultural Adjustment Act (AAA) von 1933 sollte zugunsten der Farmereinkommen durch freiwillige Anbaubeschränkungen die Preise von Agrarprodukten in die Höhe treiben. Das wurde durch Ausgleichsprämien gefördert. Später folgten Anbaubegrenzungen per Gesetz. Begleitende Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung der Preise entsprachen der Marktlogik, offenbarten aber angesichts der bitteren Not von Millionen Amerikanern deren Irrationalität: auf zehn Millionen Acres wurde die Baumwollernte untergepflügt, sechs Millionen Ferkel wurden geschlachtet.

Im Juni 1933 wurde der National Industrial Recovery Act (NIRA) beschlossen und zu seiner Durchsetzung die National Recovery Administration (NRA), eine besonders umstrittene Institution, gegründet. Der NIRA zählt zu den bedeutendsten Gesetzgebungen des New Deal. Unter der Regie der staatlichen NRA wurde gemeinsam mit Repräsentanten der Wirtschaft ein Verhaltenskatalog für Unternehmen erarbeitet. Er umfasste unter anderem den Verzicht auf unfairen Preiswettbewerb und die Verpflichtung zu Mindestpreisen als Antideflationsmaßnahme. Das zielte auf die Stabilisierung der Produktion, bedeutete aber de facto eine Ermächtigung von Unternehmen zu Preisabsprachen, die den Antitrust-Gesetzen zuwider liefen. Diese Verhaltensregeln waren als freiwillige Verpflichtung vorgesehen. Die Verleihung des »Blue Eagle« an die teilnehmenden Firmen setzte allerdings die Nichtteilnehmer unter öffentlichen Druck. Obligatorisch war die Aufnahme der gesetzlichen Festlegungen zur gewerkschaftlichen Organisation und zur Einführung von Mindestlöhnen in den Verhaltenskatalog. Das Gesetz sicherte der Arbeiterschaft erstmalig in der Geschichte der USA das Recht freier überbetrieblicher gesellschaftlicher Organisation und kollektiver Tarifverhandlungen zu. Es sah den Übergang zur 40-Stundenwoche und die Respektierung von Mindestlöhnen vor. Der Paragraph 7a des NIRA garantierte eine gewerkschaftliche Vertretung der Lohnabhängigen in den Unternehmen.

Die Implementierung des NIRA ist ein anschauliches Beispiel für die Wechselwirkung von Regierungshandeln, Unternehmerverhalten und Arbeiterbewegung. Die Regierung brachte ihre Gesetzesinitiative im Kongress und Senat durch – große Teile der politischen Elite erkannten sowohl die Dringlichkeit von Maßnahmen der Wirtschaftsstabilisierung als auch von deutlichen Zugeständnissen an die Forderungen der Arbeiter. Die Sprecher des Big Business, der ökonomischen Elite, hatten großen Einfluss auf die Formulierung der freiwilligen Codes für die einzelnen Branchen zur Verwirklichung des Gesetzes. Aber viele Unternehmen versuchten, die arbeits- und gewerkschaftsrechtlichen Regelungen des NIRA und die ihnen entsprechenden Verhaltensregeln der Branchen in der Praxis zu unterlaufen. Das Verlangen der Belegschaften nach Umsetzung des Gesetzes in den Unternehmen wurde oft mit Gewalt bis zu blutigen Polizeieinsätzen unterdrückt. Bei den Gerichten gingen Tausende Klagen von Firmen gegen das Gesetz ein.

So sahen sich die Lohnabhängigen einerseits durch den NIRA ermutigt zu gewerkschaftlicher Organisation und aktiver Einforderung der im Gesetz proklamierten Arbeiterrechte. Zu Beginn des Jahres 1933 war die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder unter dem Druck der Krise auf unter drei Millionen gesunken, auf weniger als 10% des Arbeitspotenzials. Das neue Gesetz, insbesondere der Paragraph 7a, unterstützte einen rasanten Aufschwung gewerkschaftlicher Organisation. Es hatte eine enorme psychologische und politische Wirkung. Einer Gewerkschaft beizutreten, erschien jetzt als patriotische Zustimmung zu den Anstrengungen der National Recovery Administration und der New Dealer insgesamt (Freeman u.a. 1992: 355). Eines der ersten Zeichen der Wiedergeburt der Arbeiterbewegung war die Neugründung der United Mine Workers of America, die zuvor praktisch zerschlagen war. Am Tag nach der Unterzeichnung des NIRA durch Präsident Roosevelt hatten 80% der Bergarbeiter von Ohio ihre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft erklärt. John L. Lewis an der Spitze der Bergarbeitergewerkschaft erklärte, dass der Präsident der USA selbst dazu einlade, der Gewerkschaft beizutreten (ebd.: 396). Die Autoren von »Who built America?« bringen diese Entwicklung auf den Begriff einer »neuen Art von Klassen-Patriotismus«. Ende 1933 hatte sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in den USA gegenüber der Zeit vor der Inauguration Roosevelts verdoppelt.

Andererseits waren die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften mit einer durch das Gesetz herausgeforderten verstärkten Unterdrückung durch die Unternehmer konfrontiert. Heftigste Klassenkämpfe entbrannten um die Realisierung der Arbeiter- und Gewerkschafts-

rechte, die das Gesetz ja zunächst nur deklariert hatte. Es waren diese Kämpfe, die die Gesetzesinitiative der New Deal-Eliten erst in Realität verwandelten und dazu führten, dass die Roosevelt-Fraktion in den Machteliten ihren Reformkurs vertiefte und ihn gegen einen großen Teil der konservativen Unternehmerschaft durchsetzen konnte (siehe Kapitel 4.2). Die Polizei wurde häufig für Unternehmerinteressen eingesetzt, die dem sozialen Geist des New Deal und den gesetzlichen Regelungen widersprachen. Entsprechend erbittert verliefen oft die Auseinandersetzungen. In Toledo/Ohio wurde 1934 ein Werk bestreikt, indem Autoteile hergestellt wurden. Als die Polizei einen Streikführer verhaftete, brach die »Schlacht von Toledo« aus. Sieben Stunden lang blockierten rund 10.000 Arbeiter das Werk gegen Streikbrecher. Die Polizei setzte Tränengas, Wasserwerfer und Gewehre gegen die Streikenden ein, zwei von ihnen wurden getötet. Trotz des Eingreifens der Nationalgarde ging der Streik noch zwei Wochen weiter. Dann ertrotzten die Arbeiter bei Vermittlungen durch Beauftragte von Föderationsbehörden die Anerkennung ihrer Gewerkschaft durch die Unternehmer, 5% Lohnerhöhung und einen höheren Mindestlohn.

Die gesetzlichen Grundlagen der neuen Wirtschafts- und Sozialordnung konnten, trotz vieler Unternehmer, die dagegen waren, in einem Klima breiter Zustimmung bis in die Unternehmerschaft beschlossen werden, und gleichzeitig setzten viele Unternehmen Streikbrecher und Polizei gegen die Arbeiter ein, die für ihre Forderungen unter Berufung auf die New Deal-Regelungen demonstrierten und in den Streik traten. Die dominante Tendenz zur Zeit des frühen New Deal beschrieb Walter Lippmann: »Im Februar waren wir ein Gemengsel ungeordneter, von Panik erfasster Pöbelhaufen und Splittergruppen. In den 100 Tagen vom März bis Juni wurden wir wieder eine organisierte Nation mit Zuversicht, aus eigener Kraft für unsere eigene Sicherheit zu sorgen und unser eigenes Schicksal zu kontrollieren.«⁴

Die treibende Kraft dieser Erneuerung war die Roosevelt-Fraktion in der politischen Elite. Sie fand zumindest anfangs weitgehende Zustimmung in Teilen der ökonomischen Elite, des Big Business, und teils auch dessen aktive Unterstützung. Zu den Stützen der NRA gehörten Henry Harriman, der Präsident der Handelskammer der USA, an hervorragender Stelle Gerard Swope (General Electric), Owen D. Young (ebenefalls General Electric), Walter Teagle (Standard Oil), Alfred P. Sloan (General Motors), Donald Nelson (Versandhaus Sears Roebuck) und Clay

⁴ In: Schlesinger 2003: 22, zitiert nach: de.wikipedia.org/wiki/New_Deal

William (Reynold Tobacco). Sogar Stahlindustrielle wie Edward R. Stettinius von U.S. Steel und Pierre du Pont lobten noch 1934 die National Recovery Administration, obwohl vor allem die chemische Großindustrie unter Führung der duPont-Dynastie und die mit der Morgan-Gruppe verbundenen Spitzen der Stahlindustrie relativ früh auf Distanz zum New Deal gingen (Jaeger 1974: 103-107).

Das Committee for the Nation unter dem Vorstand James R. Rand von der Remington Rand Corp., dem rund 750 Repräsentanten führender Konzerne angehörten, sicherte Roosevelt in der Frühzeit des New Deal uneingeschränkte Kooperation zu. Im Lauf des Jahres 1934 ging das Committee jedoch mehrheitlich auf Distanz zur New Deal-Politik (ebd.: 38f.).

Die Jahresversammlung der United States Chamber of Commerce 1934 spiegelte die widersprüchlichen Haltungen der ökonomischen Elite zum New Deal besonders deutlich wider. An der Jahresversammlung nahmen etwa 1.500 Geschäftsleute teil. Eine Minderheit von ihnen um Henry Harriman, dem Präsidenten der Handelskammer, sympathisierte eindeutig mit dem New Deal. Die scharfen Kritiker des New Deal unter Führung von Silas Strawn waren aber ebenfalls in der Minderheit. Die Mehrheit bezog eine mittlere Position; sie war reformfreundlich, kritisierte aber einzelne Schritte der New Dealer. A.W. Westinghouse vom Westinghouse-Konzern war Sprecher dieser Mehrheit, die ihre Selbstständigkeit gegenüber der Staatsbürokratie betonte (ebd.: 36).

Per Saldo jedoch waren der National Industrial Recovery Act und die zu seiner Durchsetzung gegründete National Recovery Administration ein Beispiel dafür, dass sich Teile der politischen Machteliten und unter deren Druck sowie teils auch aus eigenen Interessen Segmente der ökonomischen Elite in Abkehr von dem bis dahin vorherrschenden Typ des Kapitalismus für einschneidende Reformen entschieden. Diese lagen insgesamt auf der Linie einer innersystemischen Transformation zu einer anderen, sozial und wirtschaftspolitisch stärker staatlich regulierten Variante bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften.

Dieser systeminterne Transformationsprozess vollzog sich unter dem Druck heftiger Klassenauseinandersetzungen zwischen Lohnabhängigen sowie anderen von der Krise betroffenen sozialen Gruppen der Bevölkerungsmehrheit und der Bourgeoisie. Auf diesem Hintergrund war er das Ergebnis interner Kämpfe innerhalb der Machteliten.

Als sich aber ab Herbst 1933 eine leichte wirtschaftliche Erholung abzeichnete, glaubte eine zunehmende Zahl von Unternehmern, auf staatliche Interventionen wieder verzichten und zur Marktregulierung der Vorkrisenzeit zurückkehren zu können. Wachsende Kritik der Geschäftswelt richtete sich vor allem gegen jene Passagen des National Industrial Recovery Act, die die Stellung der Lohnabhängigen in den industriellen Beziehungen stärkte.

Zu den Kritikern gehörten vor allem die Vertreter der großen Automobilunternehmen. Gleichwohl hatten sich ein halbes Jahr nach Verabschiedung des NIRA 80% der gewerblichen Wirtschaft den vereinbarten Codes unterworfen, und in einer Befragung von Geschäftsleuten sprachen sich Mitte 1934 70% der Unternehmer für die Fortsetzung der Arbeit der Recovery Administration über den Juni 1935 hinaus aus (Jaeger 1974: 101, 106; Fortune Juni 1934: 92). Henry Ford, die Stahlindustriellen Weir und Girdler, die Spitzen der duPont-Gruppe und der Medienzar Randolph Hearst gehörten zu den Hauptopponenten der Politik Roosevelts und des National Industrial Recovery Act im Besonderen.

Das Gewicht der Gegner des New Deal in der Geschäftswelt wuchs, als eine Wiederbelebung der Wirtschaft erreicht wurde. Konkurrenzstarke Unternehmen schickten sich wieder zu stärkerer internationaler Expansion an und empfanden ebenso wie ein Teil der mit ihnen verbundenen Banken die Regeln der NRA als hinderlich. Generell versuchten die Unternehmer, den Paragraphen 7a des National Industrial Recovery Act statt als Repräsentationsrecht für unabhängige Gewerkschaften eher als Duldung anpassungsbereiter unternehmensinterner Gewerkschaften zu interpretieren. Kleine Unternehmen sahen sich dadurch benachteiligt, dass die Zahlung von Mindestlöhnen für sie schwieriger als für Großunternehmen war.

Die Gegner des New Deal in den Machteliten nutzten schließlich ihre starke Stellung in der juristischen Funktionselite zum großen Schlag gegen die National Recovery Administration. Im Obersten Gericht der USA, im Supreme Court, war die Mehrheit der Richter von den republikanischen Präsidenten vor Roosevelt ernannt worden und entsprechend konservativ eingestellt. Im Mai 1935 erklärte der Supreme Court den NIRA für verfassungswidrig und setzte ihn außer Kraft. Roosevelt reagierte sofort mit einem Gegenschlag. Nur wenige Tage nach dem Richterspruch erklärte er seine volle Unterstützung für den von dem New Yorker Bundessenator Robert F. Wagner initiierten National Labor Relations Act, kurz als Wagner Act bezeichnet. Dieses Gesetz erneuerte und erweiterte die gerade durch den Obersten Gerichtshof annullierten

Gewerkschaftsrechte. Wagner konnte sich auf Unternehmerkreise stützen. sah sich aber auch durch anschwellende Streiks und Demonstrationen der Arbeiter gestärkt, die den Urteilsspruch des Supreme Court als Kriegserklärung der Rechten wahrnahmen (Gerstle/Fraser 1989: 68). In Unternehmerkreisen fand der Wagner Act Rückhalt vor allem bei den Unternehmen, die von Massenkonsumtion und Massenproduktion profitierten. Zu den Befürwortern des New Deal in der ökonomischen Elite gehörten nicht zufällig unter anderen Edward A. Filene, Chef einer großen Kaufhausgruppe, die Spitze des größten US-Versandhauses Strauss-Wood, Jesse I. Strauss vom Warenhaus Macy's und Robert E. Wood, der Chef des Versand- und Warenhausunternehmens Sears Roebuck. Teile des Unternehmertums übten nun Gegendruck auf den Präsidenten zur Revitalisierung des New Deal aus, da der erste New Deal der Jahre 1933/1934 ins Stocken geraten war.

Gleichzeitig nahmen Streiks und Demonstrationen zu. Mit größter Härte verliefen beispielsweise die Arbeitskämpfe in Minneapolis, als dort 5.000 Trucker und Lagerarbeiter in den Ausstand traten. Dabei wurden zwei Streikende von der Polizei ermordet und Dutzende verletzt. Nach fünfwöchigem Streik kamen die Unternehmer einem Teil der Gewerkschaftsforderungen nach. In San Francisco streikten im Frühjahr und Sommer 1934 die Hafentarbeiter, unterstützt von den Dockarbeitern. Ihr Streik weitete sich schnell auf die gesamte Küste mit Ausnahme von Los Angeles aus. Auch Seeleute legten solidarisch die Arbeit nieder. Bald reichte der bis dahin größte maritime Streik von Seattle bis San Diego. Am »blutigen Donnerstag«, am 5. Juli, erschoss die Polizei abermals zwei Streikende und verletzte viele andere. Die Büros der Kommunistischen Partei und anderer linker Organisationen wurden zerstört. Als Antwort darauf wurde in San Francisco der Generalstreik ausgerufen, an dem sich 130.000 Menschen beteiligten. Auch Oakland, Berkeley und andere nahe Kommunen wurden lahmgelegt. Die Los Angeles Times schrieb: »Die Situation in San Francisco ist mit dem Begriff ›Generalstreik‹ nicht korrekt erfasst. Was sich gegenwärtig entwickelt, ist ein Aufstand, eine kommunistisch inspirierte und angeführte Revolte gegen geordnetes Regieren. Da ist nichts anderes zu tun als das eine – die Revolte niederschlagen mit jeder notwendigen Gewalt.« (Zitiert in: Freeman u.a. 1992: 387) Aber trotz aller Diffamierungen der Streikenden und trotz des Einsatzes bewaffneter Gewalt gegen sie siegten sie schließlich. Die Hafentarbeitergewerkschaft musste als legitime Vertretung der Arbeiter anerkannt werden. Die 30-Stundenwoche und höhere Löhne wurden vereinbart.

Die großen Streiks hatten erhebliche Nachwirkungen. Die Gewerkschaften von Toledo spielten eine entscheidende Rolle bei der Gründung der United Automobile Workers' Union. Der San Francisco-Streik führte zur Formierung der International Longshoremen and Warehousemen's Union, der Internationalen Gewerkschaft der Hafen- und Lagerarbeiter.

Reformen im Bankensektor

Die Reform des Banksystems war im Rahmen des ersten New Deal in den Machteliten nicht weniger als andere Reformen umstritten. Die Weltwirtschaftskrise hatte an dem berühmten Schwarzen Donnerstag als Börsencrash begonnen. Im Verlauf der Krise gingen 9.490 von den vor der Krise existierenden 23.697 Banken in Insolvenz. Da kein Einlagensicherungsfonds existierte, verloren Millionen Amerikaner ihr Ersparnis und viele Geschäftsleute ihre Reserven. Die Bankenkrise, die zu radikaler Einschränkung der Kreditvergabe führte, stürzte eine große Zahl von Unternehmen in den Untergang.

Reformen im Bankensektor kam folglich eine zentrale Bedeutung während des New Deals zu. Die ersten entschlossenen Schritte der Roosevelt-Administration zur Rettung des Bankensystems wurden daher von der überwiegenden Zahl der Banken und in der Geschäftswelt unterstützt. Zwei Tage nach Roosevelts Amtsübernahme wurden alle Banken für vier Tage geschlossen, um eine Fortsetzung des Ansturms von Kunden auf die Banken und ein weiteres Abheben ihrer Bankguthaben zu stoppen. Vor allem wurde kurzfristig entschieden, welche Banken mit staatlichen Krediten zu retten waren und welche in die Insolvenz gehen mussten.

Zwei wichtige Gesetze wurden verabschiedet, um Finanzspekulationen und der Vergabe riskanter Kredite entgegenzuwirken, Geschäftspraktiken also, die erheblich zum Ausbruch der Großen Krise beigetragen hatten. Das waren der Emergency Banking Act, der die Banken der Aufsicht des United States Department of the Treasury, dem Finanzministerium, unterstellte und der Glass-Steagall Act. Dieses Gesetz verfügte u.a. die Trennung des Krediteinlagen- und Kreditvergabe geschäfts der Banken vom Investmentbanking, dem risikoreichen Wertpapiergeschäft. Damit sollten die Sparguthaben der Bankkunden und die Kreditnehmer vor der Abwälzung von Verlustgeschäften im Investmentbanking geschützt werden.

Aber der Status der Universalbank, die beide Banktypen vereint, war die Basis für die Hegemonie der Morgan-Gruppe in der amerikanischen

Finanzwelt! In den Kämpfen pro oder contra den Glass-Steagall Act oder über die Beibehaltung des Goldstandards verlief in der ersten Phase des New Deal eine der wichtigsten Trennlinien zwischen New Dealern und ihren Gegnern in den Machteliten selbst. Die Morgan-Gruppe, unterstützt von dem Präsidenten der American Bankers Association, Francis Sission, und William Potter von der Guaranty Trust Corp. in New York, auf der einen Seite und des Rockefeller-Imperiums auf der anderen Seite bildeten den Kern der gegensätzlichen Fraktionen im ökonomischen Establishment. Morgan mobilisierte gegen das Trennbankensystem und für die Beibehaltung des Goldstandards. Aber dieser behinderte durch die Bindung der umlaufenden Dollar-Geldmenge an das Gold die Ausweitung der Geldmenge. Die New Deal-Befürworter hielten die Ausweitung aber für unerlässlich, um der ruinösen Deflation, das heißt dem Verfall der von den Unternehmen realisierbaren Preise, entgegen zu wirken. Die Erhöhung der umlaufenden Geldmenge sollte die Nachfrage erhöhen und dadurch eine Stabilisierung des Preisniveaus unterstützen.

James A. Moffet, ein Freund Roosevelts und langjähriger Direktor bei Standard Oil of New Jersey, dem Kern der Rockefeller-Gruppe, gründete in dieser Situation zusammen mit Henri Deterding, dem Chef von Royal Dutch Shell, und mit Repräsentanten einer mächtigen Gruppe von Industrie- und Handelsunternehmen – darunter Bendix, Remington Rand und Sears Roebuck – sowie großen Farmerorganisationen das »Committee for the Nation«. Diese Gruppierung drängte Roosevelt dazu, den Goldstandard aufzugeben und den Geldumlauf im Interesse einer ausgeweiteten Nachfrage und unter Inkaufnahme von Inflation auszuweiten. Die Mehrheit der Banken unter Führung des Hauses Morgan im Bündnis mit einem Teil der politischen Funktionselite, insbesondere im Treasury-Department, widersetzte sich dem. Schließlich musste sich diese Fraktion aber geschlagen geben. Roosevelt hob den Goldstandard auf.

Auch in den Auseinandersetzungen um den Glass-Steagall Act erlitt die Morgan-Gruppe eine Niederlage. Dem waren zunehmende Machtkämpfe mit der im Erdölsektor führenden Rockefeller-Gruppierung schon vor der Wahl Roosevelts vorangegangen. Rockefeller hatte nach dem Crash von 1929 den Equitable Trust aufgekauft, um seine Stellung im Bankwesen auszubauen. Doch der damals noch bestimmend von Morgan beeinflussten Chase National Bank gelang es, den Equitable Trust zu einer Verschmelzung mit der Chase National zu zwingen. Aber in der Chase National Bank kämpfte Winthrop Aldrich, der Schwager John D. Rockefellers, Jr., gewissermaßen als trojanisches Pferd um seinen Aufstieg gegen die mit Morgan verbundenen Bankvorstände.

Beim Bau des Rockefeller Centers verweigerte die Bank noch ihre Beteiligung an der Finanzierung. Aber Ende 1932 verlor Morgan die Kontrolle über die Bank. Sie wurde nun im Einflussbereich Rockefellers zu einer wesentlichen Stütze des New Deal. Aldrich wurde Chairman, und er war es, der schließlich 1933 den Vorschlag zur Trennung von Investmentbanken und Kreditbanken unterbreitete (vgl. Ferguson 1989: 14-17). Besonders in den Auseinandersetzungen mit der Morgan-Gruppe schälte sich heraus, was Thomas Ferguson auf den Punkt brachte: »Vielleicht war am wichtigsten für den ersten New Deal, dass er nun eng mit Rockefeller-Interessen verbunden war.« (ebd.: 14).

Umkämpft in den Machteliten waren auch die Bildung und die Arbeit der staatlichen Reconstruction Finance Corp. (RFC). Sie wurde durch Gesetz ermächtigt, Vorzugsaktien von Banken auf der Ebene der Bundesstaaten und auf Föderationsebene zu erwerben und auf diese Weise deren Kapitalbasis zu stärken. Der Staat erwarb damit Beteiligungen am Bankkapital und nutzte diese auch für eine aktive Einflussnahme auf die Geschäftspolitik aus. Viele Banken widersetzten sich zunächst einer solchen Einschränkung ihrer Privatmacht. Vor allem einige Großbanken lehnten die RFC ab, weil sie sich auch ohne staatliches Kapital stark genug fühlten.

Aber unter dem Eindruck der Krise mussten selbst große Banken Zuflucht zur Hilfe der staatlichen Finanzierungsbank nehmen. Im Mai 1934 war die RFC bereits mit 31% am Kapital der 100 größten Banken der Vereinigten Staaten beteiligt. Insgesamt hielten sich rund 6.000 Banken gestützt auf staatliche Kapitalbeteiligungen über Wasser (Jaeger 1974.: 67). Marx zitierte einst zustimmend aus dem Quarterly Reviewer: »Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit ... mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. 10% sicher, und man kann es überall anwenden; 20%, es wird lebhaft; 50%, positiv waghalsig; für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300%, und es existiert kein Verbrechen, dass es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.« (Marx 1962: 788) 0% jedoch, und das Kapital ruft dringend nach Staatshilfe; 10% minus, es arrangiert sich mit Verstaatlichung und Staatsbeteiligung an eigenen Unternehmen; drohender Bankrott des ganzen kapitalistischen Systems, und Teile des Kapitals sind sogar bereit zu progressiven Veränderungen der Gesellschaft, wenn nur so das System gerettet werden kann und wenn sie dazu von Gegenmächten und unter dem Druck von weitsichtig Handelnden in den politischen Eliten der eigenen Klasse gezwungen werden.

Auf Freihandelskurs

Ein weiterer Streitpunkt in den Machteliten um den New Deal betraf den Freihandel. In der Weltwirtschaftskrise hatten die meisten Staaten mit einer protektionistischen Politik versucht, ihre nationalen Märkte gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen und damit den wirtschaftlichen Absturz zu dämpfen. Doch diese Abschottungspolitik vertiefte die Krise eher. Aber zunächst hatte ein großer Teil der Industrieunternehmen mit einer protektionistischen Haltung Roosevelt unterstützt. Dieser hatte sich aus wahltaktischen Gründen gegen seine eigene Überzeugung im Vorfeld des New Deal und in dessen Frühzeit für eine protektionistische Handelspolitik der USA ausgesprochen. Vor allem die mit der Morgan-Gruppe verbundene Stahlindustrie unter Führung der United States Steel und Unternehmen der chemischen Industrie im Verein mit wichtigen Organisationen der Farmer bildeten in der Außenhandelspolitik einen nationalen Block. So fand die Roosevelt-Administration anfangs bei durchaus gegensätzlichen Interessengruppen Beistand.

Aber bei beginnender wirtschaftlicher Erholung sahen immer mehr konkurrenzstarke Unternehmen auf den internationalen Märkten neue Chancen für sich. Sie versprachen sich Vorteile von einem Bruch mit dem Protektionismus und drängten auf eine entsprechende Freihandelspolitik. Besonders die kapitalintensiven und wenig arbeitsintensiven Branchen sahen in der Beseitigung von Exporthemmnissen Perspektiven und konnten gleichzeitig sozialen Reformen auf der Linie des New Deal zustimmen, weil sie aufgrund ihrer kapitalintensiven Struktur die Erhöhung von Löhnen und von Sozialbeiträgen der Unternehmer ohne größere Schwächung abfangen konnten. Sie wurden zu starken Trägern eines »multinationalen Blocks«, der für den Übergang zum Freihandel votierte und als Reaktion auf die Streikwelle 1934, auf Stimmengewinne der Kommunisten in New York und generell auf ein Erstarken linker Kräfte zugleich eine stärkere Sozialpolitik als wichtiges Element des New Deal unterstützte. 1934 wurde der Reciprocal Trade Agreement Act verabschiedet, der die Zollpolitik nach dem Prinzip der Meistbegünstigung orientierte. Er musste vor allem gegen mit der Morgan-Gruppe verbundene führende Unternehmen in der Stahl- und Chemieindustrie durchgesetzt werden. Für diese Gesetze machten die Spitzen kapitalintensiver Industrien ihren Einfluss geltend, unter anderem General Electric, IBM, Mead Paper und Standard Oil von der Rockefeller-Gruppe, wie Thomas Ferguson analysiert (Ferguson 1989: 19).

Ende 1934 und zu Beginn des Jahres 1935 geriet der New Deal jedoch in schwere Turbulenzen. Die Massenarbeitslosigkeit dauerte mit einer

Arbeitslosenquote von 21,7% 1934 und 20,1% 1935 an. Von links und von rechtsaußen wuchs die Gesellschafts- und Regierungskritik. 1934 war ein Jahr, in dem die Gewerkschaftsbewegung förmlich explodierte und in dramatische Streikkämpfe mündete. In Toledo/Ohio, in Minneapolis und San Francisco kam es zu lang andauernden Streiks und blutigen Kämpfen mit der Polizei. Die Streikenden hatten Tote und Verwundete zu beklagen. Aber die Arbeiter beendeten die meisten dieser mit größter Erbitterung geführten Auseinandersetzungen als Sieger und setzten weitreichende Forderungen durch.

Aus der Demokratischen Partei selbst kam Widerstand gegen die angebliche Radikalität des New Deal. Im Sommer 1934 verließen John J. Raskob, Direktor bei General Motors und in manchen Zeitungen als »Wall Streets größter Denker« gelobt, GM-Chairman Alfred B. Sloan und Pierre du Pont Roosevelts Business Advisory Council. Sie gründeten zusammen mit Teilen des konservativen Flügels in der Demokratischen Partei die American Liberty League. Diese repräsentierte den reaktionärsten Anti-Roosevelt-Flügel des Unternehmerlagers. Der Liga schlossen sich rassistische und besonders antisemitische Gruppierungen an (Ferguson 1989: 21).

Druck auf die Regierung übten ferner – in der Literatur zum New Deal oft als populistisch bezeichnete – bürgerliche Kräfte mit beträchtlichem öffentlichen Widerhall aus. Das galt beispielsweise für den Townsend-Plan, der eine staatliche Altersrente für alle Bürger im Alter über 60 Jahre vorsah, und für die Share Our Wealth Society, die durch radikale Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen ein jährliches Familien-Grundeinkommen von 2.000 Dollar finanzieren wollte (Freeman u.a. 1992: 369ff.).

Die staatlichen Apparate handelten höchst widersprüchlich. Die neugebildeten New Deal-Administrationen und Teile des etablierten Behördensystems unterstützten den New Deal. Aber Gouverneure mehrerer Bundesstaaten setzten gegen Streiks und Demonstrationen, die nur die Verwirklichung von New Deal-Gesetzen einforderten, Polizei und wiederholt auch die Nationalgarde ein.

Gefahren für den New Deal forderten einerseits verstärkte Kämpfe der Lohnabhängigen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in Übereinstimmung mit der New Deal-Politik der Regierung heraus. Andererseits waren schwierige Zeiten für den New Deal auch mit Niederlagen von Arbeiterkämpfen verbunden.

Im September 1934 traten 376.000 Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter in den Ausstand, der schnell mehrere Bundesstaaten erfasste.

Aber in einem Staat nach dem anderen wurde die Nationalgarde gegen die Streikenden eingesetzt. Mehrere Arbeiter auf Streikposten wurden getötet. Nach drei Streikwochen brach die Gewerkschaftsführung ohne Diskussion mit der Mitgliedschaft den Streik ab. Rund 15.000 Streikende wurden nicht mehr eingestellt. Die Zahl der Gewerkschafter unter der Textilarbeiterschaft ging danach deutlich zurück. Mitgliederverluste erlitten die Gewerkschaften 1934 auch in Acron, obwohl dort eine Werksbesetzung bei General Tire erfolgreich endete. In der Pittsburger Stahlindustrie stimmten unternehmensabhängige Gewerkschaftsführer ungünstigen Arbeitsbedingungen zu. Rund 500 lokale AFL-Gewerkschaften wurden aufgelöst.

Aber als der Beschluss des Supreme Court über die Auflösung der National Recovery Administration eine neue Welle des Protests auslöste, verliefen der Aufbruch zu einem Second New Deal und ein neuer Aufschwung der Arbeiterbewegung parallel. »In einer Folge von militanten und überwiegend erfolgreich organisierten Kämpfe zwischen 1935 und 1938 brachten die amerikanischen Arbeiter eine neue kämpferische Bewegung der Industriegewerkschaften hervor.« (Freeman u.a. 1992: 374) Dieser enge Zusammenhang wurde exemplarisch deutlich, als nach dem Sieg Roosevelts bei den Zwischenwahlen 1936 die meisten Autogewerkschafter dem neuen CIO (Congress of Industrial Organizations) beitraten, der sich dem kompromisslerischen Kurs der Dachgewerkschaft AFL verweigerte.

In der Mitte der dreißiger Jahre befand sich der New Deal-Kurs unter Druck von allen Seiten. Roosevelt galt großen Teilen der Bevölkerung immer noch als Retter. Aber das in der Öffentlichkeit verbreitete Gefühl war, dass der New Deal bei allen Fortschritten die notwendige Tiefe der Veränderungen nicht erreicht hatte. Eine neue Phase des New Deal war herangereift. In der Scheidewegssituation zwischen Rückfall in den Marktliberalismus und einer Fortsetzung der New Deal-Politik in radikalerer Weise musste die Regierung den Kurs neu bestimmen. Sie entschied sich für eine stärkere staatliche Regulierung und für strategische Reformen zur Bewältigung von drei großen ungelösten Problemen:

- Armut und Arbeitslosigkeit;
- undemokratische Reichtums- und Machtkonzentration;
- mangelnde Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte. (Freeman u.a. 1992: 374f.)

Als Antwort auf die weiter ungelösten sozialen Probleme der amerikanischen Gesellschaft, auf das Erstarken linker Kräfte und den Druck großer Teile der Bevölkerung formierte sich gegen den breiten Wider-

stand in den ökonomischen und politischen Machteliten der progressive bürgerliche Machtblock neu, der den Second New Deal trug. »Die erste von einer kapitalintensiven Ökonomie getragene politische Koalition der Geschichte begann in dramatischer Weise zusammenzukommen.« (Ferguson 1989: 19) Das war keineswegs selbstverständlich. Rund vier Jahrzehnte später, in der Mitte der 1970er Jahre, geriet die sozialstaatliche Regulierung abermals wie der New Deal in den dreißiger Jahren an einen Gabelungspunkt. Den mit dem New Deal begonnenen Weg unter veränderten Bedingungen zu bewahren, hätte eine Radikalisierung der sozialstaatlichen Reformpolitik erfordert. Aber die Machteliten hatten nicht mehr das Format Roosevelts und seiner Anhänger. Sie gaben sich dem Ansturm der neoliberalen Kräfte geschlagen.

2.4 Second New Deal 1935-1938 plus – fortgesetzte Kämpfe

Zu den industriellen Großunternehmen, die zur Zeit des Second New Deal den ökonomischen Machtblock hinter Präsident Roosevelt bildeten, gehörten außer Standard Oil, General Electric und IBM unter anderem ITT, Manufacturers Trust, Pan Am, Sears Roebuck, International Harvester, United Fruit, Coca-Cola, Reynolds Tobacco und American Tobacco. Zu einer besonderen Stütze des New Deal für die nächsten drei Jahrzehnte wurde die Chase National Bank vom Rockefeller-Imperium, die für die Verbindung des multinationalen Öl- und Bankgeschäfts stand. Hervorzuheben ist, dass zu den wichtigsten Unterstützern des New Deal außer der Chase National die Investmentbanken Goldman Sachs, Lehman Brothers und Dillon Read zählten, die heute keineswegs einen progressiven Ruf haben. Das verweist auf den bemerkenswerten Umstand, dass die Strategie mächtiger Zentren des Kapitals sich durchaus sowohl in reaktionäre wie in progressive Richtung zu wandeln vermag.

Dass in der kritischen Situation Ende 1934/Anfang 1935 das New Deal-Projekt nicht unterging, sondern intensiv weiter verfolgt wurde, war wiederum in beträchtlichem Maße auf politischen Druck von unten zurückzuführen. »In einer Folge von militanten und überwiegend erfolgreich organisierten Kämpfen zwischen 1935 und 1938 brachten die amerikanischen Arbeiter eine neue kämpferische Bewegung der Industriegewerkschaften hervor.« (Freeman u.a. 1992: 376) Die Regierung wählte die Strategie, im Bündnis mit kompromissbereiten Teilen der Unternehmerschaft den New Deal-Kurs zu vertiefen, verstärkt gegen Unternehmerwillkür vorzugehen, aber möglichst auch die Militanz

der Arbeiterbewegung abzuschwächen, indem ihre Vertretungen in eine nationale politische Koalition einbezogen wurden (ebd.).

Sozialgesetze

So kam es 1935 mit einer Reihe von Gesetzen zu einem neuen Schub des New Deal. Die neuen Gesetze begründeten die Herausbildung eines Sozialstaats in den USA. Obwohl dies im Vergleich zu anderen Industrieländern eine teils nachholende und zudem begrenzte sozialstaatliche Entwicklung war, geht es hier jedoch darum, dass sie für US-Verhältnisse gleichwohl den Charakter einer innersystemischen progressiven Transformation hatten und auf einigen Feldern sogar weiter gingen als Reformen in europäischen Ländern.

Nachdem das Oberste Gericht die Festlegungen über Arbeiterrechte im National Industrial Recovery Act kassiert hatte, drängte Senator Robert F. Wagner erfolgreich auf das Arbeitnehmerrecht, Gewerkschaften zu bilden, die Löhne und Arbeitsbedingungen mit den Unternehmen auszuhandeln hatten. Der National Labor Relations Act (Wagner Act) vom 5. Juli 1935 garantierte das Recht der Arbeiter zur Bildung unternehmensunabhängiger Gewerkschaften. Unternehmen durften nur noch mit den Gewerkschaften verhandeln, die die Arbeiter mehrheitlich als ihre Vertretungen wählten. Das Streikrecht einschließlich der Aufstellung von Streikposten wurde festgeschrieben. Unfaire Unternehmenspraktiken wurden per Gesetz verboten. Dazu gehörten unter anderem die Finanzierung von »company unions«, die Benachteiligung von Gewerkschaftsaktivisten, die Aufstellung schwarzer Listen und die Beschäftigung von Firmenspionen gegen die Arbeiter und ihre Vertretungen. Als Kontrollorgan zur Durchsetzung und Einhaltung der Arbeiterrechte wurde der National Labor Relations Board gebildet. Das Gesetz trug dazu bei, dass sich die Mitgliederzahl aller Gewerkschaften von 1935 bis 1937 fast verdoppelte. Sie wuchs von 3,7 auf 7,2 Millionen an.

Der Wagner Act wurde von Teilen der Unternehmerschaft und von der Republikanischen Partei heftig angegriffen. Die American Liberty League diffamierte das Gesetz als Schlag gegen die Freiheit und organisierte eine große Kampagne, in der sie es als »sozialistisch« verdammt. Jaeger schätzt jedoch ein, dass maßgebliche Unternehmer es als irreversible Gegebenheit akzeptierten.

Der Social Security Act vom Juni 1935 regelte die Einführung von Sozialversicherungen. Dazu gehörten Bundeszuschüsse zu den auf der Ebene der Bundesstaaten eingerichteten Arbeitslosenversicherungen, die Einführung einer Rentenversicherung, der Social Security, einer Wit-

wenrente und Hilfsprogramme für alleinstehende Mütter und Behinderte. Auch in den Auseinandersetzungen um den Social Security Act zeigte sich die Unternehmerschaft gespalten. Exponenten des Widerstandes waren unter anderem Alfred P. Sloan von General Motors und Henry Ford. Unterstützung fand dieses für eine sozialstaatliche Entwicklung in den USA besonders wichtige Gesetz unter anderem bei Gerard Swope, dem Chef von General Electric. Die Regierung erkannte mit diesem Gesetz ihre soziale Verpflichtung an, einen minimalen sozialen Sicherheitsstandard für Arbeitslose, Arme, Alte, Kranke und Kinder zu gewährleisten. Das war ein fundamentaler Bruch mit der Auffassung, dass die Einzelnen selbst die Schuld an einem möglichen sozialen Absturz zu tragen und sich dafür zu schämen hätten. Das war die Grundsteinlegung für einen partiellen Wohlfahrtsstaat aller Bürgerinnen und Bürger. Wie sehr der Kurs des Second New Deal nicht allein vom aufgeklärten Establishment getragen wurde, sondern zugleich Anstöße aus den Arbeiterkämpfen erhielt, wurde in den Klassenauseinandersetzungen bei General Motors sichtbar.

Ende 1936 sagten die United Automobile Workers (UAW) General Motors den Kampf an. Mit mehr als einer halben Million Beschäftigten war GM das Unternehmen mit der höchsten Zahl von Lohnabhängigen in den USA. Das gesamte lokale Umfeld von Produktionsstätten des Unternehmens stand auf den Lohnlisten von GM. Ein Untersuchungskomitee des US-Senats stellte bei GM ein »kolossales Supersystem von Spitzeln« der Unternehmensführung unter den Arbeitern fest (ebd.: 384). Gegen diese Unternehmensmacht begannen in South Bend/Kansas City, Detroit und Atlanta im November und Dezember Streiks in Gestalt von Werksbesetzungen. Eines der beiden Schlüsselwerke des GM-Imperiums, Fisher Body 1, befand sich in Flint. Als dort drei Arbeiter von der Firmenleitung mit Strafen belegt werden sollten, kam es innerhalb von Minuten zur Besetzung des Werks durch 500 bis 1.000 Arbeiter. Dieser längste Sit-down-Streik hielt Monate an und wurde mit hoher Selbstdisziplin einschließlich eines organisierten Schutzes des Betriebseigentums geführt. Undisziplinierte wurden mit zusätzlichen Arbeiten zur Ordnung gerufen. Die härteste Strafe bestand darin, das besetzte Werk verlassen zu müssen.

»Der Streik in Flint wurde zu einem Sinnbild zahlloser Arbeitskämpfe zwischen 1936 und 1942, weil er die außerordentliche Kreativität und Kühnheit der Masse der Arbeiter im Kampf für Industriegewerkschaften offenbarte.« (ebd.: 385f.) Die Streikkomitees organisierten die Versorgung der Streikenden, Gesundheitsbetreuung, Wäschereinigung, Postservice

und tägliche Information. Zum Streikalltag gehörte Bildungsarbeit zu vielen Themen, beispielsweise zur Funktionsweise parlamentarischer Demokratie, zur Geschichte der Arbeiterbewegung, aber auch die Vorbereitung auf ein öffentliches Auftreten. Studenten der Universität von Michigan gaben Kurse zu journalistischer Arbeit und kreativem Schreiben. Viele Praxen der Platzbesetzungen durch Occupy Wall Street und die Indignados hatten schon in den Kämpfen der New Deal-Zeit Vorläufer.

Die Unternehmensleitung scheiterte mit dem Versuch, eine Gerichtsentscheidung gegen die Streikenden zu erreichen und die Versorgung der Werksbesetzer mit Essen zu verhindern. Schließlich versuchte die Polizei dreimal, das Werk unter Einsatz von Schusswaffen und Tränengas zu stürmen. Aber rund 5.000 Arbeiter, zum Teil bewaffnet, postierten sich rund um das Werk und schlugen die Angriffe zurück. Schnell versammelten sich etwa 10.000 Menschen unter dem Gesang der von Joe Hill geschriebenen Hymne »Solidarity Forever«. Roosevelt verhielt sich zu diesem Streik zurückhaltend. Er hielt die militante Taktik der Arbeiter für falsch, sprach sich aber gegen den Einsatz von Truppen aus.

Die Forderungen der Flint-Arbeiter waren weitgehend, aber sie entsprachen der Richtung, die im Wagner Act gesetzlich geregelt war. General Motors musste schließlich nachgeben, den Forderungen nach Lohnerhöhungen und besseren Beschäftigungsbedingungen entgegenkommen, die kämpferische UAW als gewerkschaftliche Vertretung der GM-Arbeiter akzeptieren, sich zur Achtung der gesetzlichen Regelungen bekennen und den Verzicht auf Strafmaßnahmen gegen Streikteilnehmer erklären. Zum ersten Mal konnten Gewerkschafter offen im Werk auftreten. Innerhalb von drei Wochen fanden in anderen Unternehmensteilen von GM Werksbesetzungen statt, um auch dort gewerkschaftliche Forderungen nach dem Beispiel von Flint durchzusetzen. Der Sieg in Flint über den wichtigsten Automobilkonzern der Welt verhalf der UAW zur Verankerung im ganzen Land und in anderen Automobilkonzern. Die Arbeitskämpfe bei General Motors hatten auch Auswirkungen auf andere Industrien. In der Stahlindustrie machte die Führungsspitze von US-Steel, dem zweitgrößten Unternehmen weltweit, selbst ein Verhandlungsangebot an das Steel Workers' Committee (SWOC) der CIO, um militanten Gewerkschaftskämpfen vorzubeugen. Diesem Beispiel von Zugeständnissen folgten viele Unternehmer auch in anderen Branchen. Trotzdem waren 1937 4,7 Millionen Beschäftigte der Stahlindustrie an Streikaktionen des SWOC beteiligt, 400.000 davon an Werksbesetzungen.

Trotz so großer und wirksamer Kämpfe der subalternen Klassen blieb der Weg zu größerer sozialstaatlicher Verantwortung im Establishment

umstritten. Das zeigt unter anderem der Umstand, dass die New Dealer eine öffentliche Krankenversicherung nicht durchsetzen konnten. Auch als 1938 der Fair Labor Standards Act erlassen wurde, mussten sie Kompromisse machen, um das Gesetz durchzubringen. Es enthielt unter anderem die Einführung eines Mindestlohnes von 0,25 Cent/Stunde, die Begrenzung der Arbeitszeit auf höchstens 44 Stunden in der Woche und das Verbot von Kinderarbeit für Kinder unter 16 Jahren. Aber Abgeordnete aus den Südstaaten der USA setzten durch, dass Farmarbeiter und häusliche Arbeitskräfte aus den Schutzbestimmungen des Gesetzes ausgenommen blieben. Der Social Security Act galt nicht für Landarbeiter und Dienstleistungsbeschäftigte, für Bereiche also, in denen besonders viele Frauen und Nichtweiße beschäftigt waren und diskriminiert wurden. Der Arbeitsmarkt blieb dauerhaft gespalten. Dadurch wurde die Fragmentierung der arbeitenden Klassen verfestigt, was später den Rollback vieler sozialer Standards erleichterte.

Finanzierung

Die Finanzierung der neuen Sozialversicherungen wurde durch die Einführung einer Payroll Tax gesichert, mit der ein Arbeitgeber- und ein Arbeitnehmeranteil an den Versicherungskosten eingeführt wurde. Der wirtschaftspolitische Spielraum des Staates wurde durch eine Körperschaftsteuer mit Sätzen zwischen 12 und 15% und auf der Grundlage des Revenue Act von 1935 durch höhere Einkommensteuern für Großverdiener erweitert. Die Spitzensteuersatz lag für ein persönliches Einkommen ab einer Million Dollar pro Jahr bei 73% und konnte auf maximal 79% steigen. Dieser Höchstsatz soll allerdings nach Angaben von David M. Kennedy nur John D. Rockefeller betroffen haben. Höher besteuert wurden nun Grundbesitz, große Schenkungen und der Kapitalstock. Für industrielle Kapitalgesellschaften wurde eine Zusatzsteuer von 7 bis 27% auf nicht investierte Gewinne eingeführt. Sie wurde erhoben, wenn mehr als 50% des Unternehmensgewinns nicht investiert wurden. Diese Steuer, mit der der Staat in die Gewinnverwendung der Unternehmen eingriff, stieß auf besonders starken Widerstand beim Großkapital. Harold Ickes, der erste Leiter der Public Works Administration und spätere Innenminister Roosevelts, hielt im Juli 1936 in seinem Tagebuch den Eindruck fest, dass bei der Zusammenkunft eines exklusiven Kreises, zu dem u.a. der Bankier James Warburg, Henry Luce und Mitglieder der Familien Vanderbilt, Hearst und Guggenheim gehörten, die meisten Teilnehmer den New Deal vor allem wegen seiner Steuerpolitik ablehnten (vgl. Jaeger 1974: 119).

New Deal – progressives Lernen der Machteliten in großen Krisen 67

Immerhin ermöglichte die staatliche Finanzierung eine Budgeterhöhung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Unter Leitung der 1935 geschaffenen Works Progress Administration wurden über eine Million Kilometer Straßen und Autobahnen, 77.000 Brücken, Bewässerungssysteme, 125.000 öffentliche Gebäude, Schwimmbäder und weitere Infrastrukturanlagen gebaut. Für ländliche Regionen wurde die Stromversorgung massiv ausgeweitet. Von 1938 bis 1941 wurden insgesamt acht Millionen Menschen öffentlich beschäftigt, ab August 1935 über zwei Millionen im Monatsdurchschnitt. Einschließlich der Familienangehörigen lebten rund 25 bis 30 Millionen von den öffentlichen Beschäftigungsprogrammen – wenn auch überaus bescheiden. Das verdeutlicht die Transformation von einer weitgehend unregulierten, stark oligopolistischen Marktwirtschaft zu einem vermehrt sozialstaatlich regulierten Kapitalismus. In diesem Sinne war das Ende permanenter Reformgesetzgebung mit dem Jahr 1938 nicht das Ende des New Deal.

Die umfangreichen infrastrukturellen und sozialstaatlichen Leistungen waren das Resultat eines Übergangs von einer stark monopolistisch bzw. durch Oligopole geprägten kapitalistischen Marktwirtschaft zu einer zugleich durch staatliche Interventionen in den Marktmechanismus gekennzeichneten Variante des Kapitalismus. Die staatlichen Regulierungsanstrengungen waren nach dem Schock der Weltwirtschaftskrise vorwiegend auf eine wirtschaftliche Stabilisierung in der Kombination mit sozialreformerischen Schritten gerichtet.

Der New Deal hatte aber auch Züge einer über die Wirtschaft und das Soziale hinausgehenden gesellschaftlichen Transformation. Dazu gehörten Tendenzen der Demokratisierung, stärkerer Beachtung der Umwelt und einer kulturellen Erneuerung der amerikanischen Gesellschaft. Diese progressiven Veränderungen waren allerdings begrenzt. Nur 12 bis 19% der von der Works Progress Administration geschaffenen neuen Arbeitsplätzen entfielen auf Frauen, obwohl Eleanor Roosevelt selbst, die First Lady, die vielen als das linke Gewissen Roosevelts galt, wiederholt Aufmerksamkeit für die »forgotten women« und nicht allein für den »forgotten man« forderte. In den New Deal-Behörden wurden zwar viele Frauen eingestellt. Die Politik der New Dealer zielte aber vor allem auf die Linderung sozialer Nöte von Frauen und nur marginal auf die Erweiterung ihrer Rechte. Gegen dieses Defizit richteten sich Proteste. Aber auch die waren meist nicht so machtvoll wie später in den sechziger Jahren.

Trotzdem nahmen Frauen nicht selten mit bewundernswertem Mut und großer Kreativität am Widerstand und an Kampfkationen der Män-

ner teil. Auch die Frauen des berühmt gewordenen Flint-Werkes bildeten ein Hilfskomitee zur Unterstützung des Gewerkschaftskomitees. Es wurde von etwa 50 Frauen organisiert. Im Handumdrehen waren die Frauen überall aktiv, auf Streikposten, als Rednerinnen in Versammlungen und in der Öffentlichkeit. Sie sorgten in Notfällen für erste Hilfe und für eine Kinderbetreuung zur Entlastung der Streikenden. Sie sammelten Geld und mobilisierten Unterstützung der Werksbesetzer von außen.

Eine zweite Frauenorganisation, die an ihren roten Baretten erkennbare Women's Emergency Brigade, war eine zu überraschendem Eingreifen fähige Einsatzgruppe. Bei den mehrfachen Versuchen der Polizei, unter Einsatz von Schusswaffen und Tränengas das Werksgelände zu stürmen, warfen sie sich zwischen die Streikenden und die Polizeieinheiten. Die Kampfformen der Frauen von Flint wurden an vielen Orten der USA aufgenommen.

Auch in der Minderheitenpolitik wurden positive Veränderungen eingeleitet, jedoch ohne die Wirkung des Rassismus zu überwinden. In Cleveland beispielsweise wurde der Regierungsapparat zum größten Arbeitgeber für Afroamerikaner. Dort wurde die Hälfte der im öffentlichen Wohnungsbau geschaffenen Wohnungen an Farbige vergeben. Im ganzen Land bemühten sich slum clearance units um Unterstützung für die schwarze Bevölkerung. Eleanor Roosevelt kritisierte in ihrem Buch »The Moral Basis of Democracy« die Rassendiskriminierung. Der Indian Reorganization Act von 1934 verfügte die unwiderrufliche Rückgabe von sieben Millionen Acres Land an die Indianer. Aber die New Deal-Minderheitenpolitik stieß auf Grenzen. Der Ku-Klux-Clan hatte Mitte der dreißiger Jahre rund fünf Millionen Mitglieder. Roosevelt selbst verwies auf die Beschränktheit seines Spielraums: »Die Südstaatler besetzen strategische Positionen in den meisten Ausschüssen des Senats und des Repräsentantenhauses. Wenn ich jetzt mit der Anti-Lynch-Bill komme, werden sie jedes Gesetz im Kongress blockieren, das Amerika vor dem Kollaps bewahren soll. Ich kann dieses Risiko nicht auf mich nehmen.« (zitiert aus Nate 2003: 305) Diese Aussage verdeutlicht exemplarisch, wie eng der Handlungsraum selbst des Präsidenten war, wie sehr jeder einzelne Schritt des New Deal von Aushandlungsprozessen und Kompromissen innerhalb der politischen Elite abhängig war. Einerseits wurden beispielsweise im Rahmen des Modellprojekts zur sozialen und ökologischen Rekonstruktion des Tennessee-Tals gleiche Löhne für Weiße und Afroamerikaner und für letztere besondere Ausbildungsprogramme eingeführt. Aber das Jim-Crow-Prinzip, das heißt die Gesetze, die eine

Rassentrennung und Rassendiskriminierung festgeschrieben, wurde kaum angetastet. Diese Gesetze fielen endgültig erst 1964 durch den Civil Rights Act im Gefolge der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Solche erheblichen Schattenseiten des New Deal könnten ein Anlass sein, den progressiven Charakter der durch ihn bewirkten gesellschaftlichen Transformation zu gering zu schätzen.

Das Tennessee-Projekt

Gerade das Tennessee-Projekt spricht aber exemplarisch gegen eine solche Geringschätzung und machte das transformatorische Potenzial des New Deal besonders deutlich. Richard Nate schrieb über dieses herausragende New Deal-Vorhaben: »In der 1933 gegründeten Tennessee Valley Authority schien die Vision eines neuen Amerika für einige Jahre greifbar zu werden.« (Nate 2003: 202) Nach Nates Einschätzung und P.J. O'Brians Darstellung in seinem Buch »Forward with Roosevelt« (ebd.; O'Brian 1936: 135) betrachtete Roosevelt die Arbeit der Tennessee Valley Authority (TVA) als einen Großversuch mit zukunftsweisendem Charakter für die Innenpolitik der Vereinigten Staaten, als Symbol des nationalen Aufbruchs.

Das Tennessee-Tal erstreckt sich über Territorien von sieben Bundesstaaten. Großflächige Rodungen hatten zur Bodenerosion weiter Teile des Farmlandes und zu anderen schweren Umweltschäden geführt. Die Region war eine der ärmsten und rückständigsten der USA. Eine Gesundheitsversorgung fehlte weitgehend. Nur 2% der Farmen waren an das Stromnetz angeschlossen. Die Elektrifizierung eines so großen ländlichen Raumes war für die privaten Energieversorger nicht profitabel genug. Die Großregion offenbarte in besonders zugespitzter Weise das in der Weltwirtschaftskrise zu Tage getretene Versagen des Marktmechanismus. Die Ideologie des Laissez-faire war hier noch offensichtlicher blamiert als in der Wirtschaft insgesamt. Zugleich boten aber die geografischen Gegebenheiten der Region günstige Bedingungen für Staudammprojekte als Schwerpunkte der Revitalisierung des Tennessee-Tales.

Diese Aufgabe wurde der 1933 gegründeten Tennessee Valley Authority übertragen (vgl. Nate 2003: 202-224). An ihrer Spitze standen Arthur E. Morgan und David Lilienthal. Arthur E. Morgan (nur namensgleich mit dem J.P. Morgan-Bankenclan) galt als Idealist, Visionär und sozialpädagogischer Reformers. Sein Biograf Roy Talbert schrieb, dass er von der Verwirklichung des Tennessee-Projekts eine Vervollkommnung der moralischen Grundlagen der Gesellschaft erwartete. Auf seine Ideen ging auch der Bau der in eine Waldfläche organisch eingepassten Modell-

stadt Norris zurück. Norris sollte ein Muster für die Ansiedlung dezentralisierter Industrien in landwirtschaftlich geprägten Regionen werden. Das Projekt sollte das ländliche Amerika mit moderner technologischer Entwicklung kombinieren und helfen, es in die Moderne zu führen. Harcourt Morgan mit ausgeprägtem ökologischem Interesse war für die Land- und Forstwirtschaft zuständig und richtete die Anstrengungen der TVA auf die ökologische Gesundheit des Tennessee-Tals.

David Lilienthal leitete den Elektrifizierungsprozess in der Region auf der Grundlage großer Staudammprojekte, die zugleich mit Bewässerungsvorhaben und der Anlage künstlicher Seen, Freizeit- und Naturparks als Touristenattraktion verbunden waren. Sein Engagement für eine flächendeckende staatliche Stromversorgung stieß auf den erbitterten Widerstand der privaten Stromversorger. Diese betrachteten zwar die Stromvernetzung ländlicher Gebiete als nicht gewinnbringend, sahen aber durch die TVA das Grundprinzip privater kapitalistischer Wirtschaft gefährdet. Die anspruchsvolle Regionalplanung für das Tennessee-Tal war in den Augen konservativer Machteliten und ihrer Anhänger ein sozialistischer und nach ihren Maßstäben deshalb höchst gefährlicher Trend des New Deal. Lilienthal musste vor Gericht einen Kampf gegen die Anklage führen, die der Auffassung war, eine staatliche Stromversorgung sei nicht verfassungskonform. Er gewann diesen Rechtsstreit. Zwischen 1935 und 1942 erhielten 12.000 ländliche Schulen Zugang zu öffentlicher Stromversorgung. 1945 waren 75% der Farmen des Tennessee-Tals an das öffentliche Stromnetz angeschlossen (vgl. Nate 2003: 207, 221).

Der konservative Widerstand gegen die Modernisierungspolitik der TVA kam aber auch aus der Bevölkerung. Zu Lilienthals Verdiensten gehörte, als Antwort darauf eine enge Kooperation der TVA-Institutionen mit örtlichen Interessengruppen zu suchen und bewusst Regionalplanung mit Ansprüchen an die Entwicklung der Demokratie zu verbinden. In seinem Buch »TVA: Democracy on the March« beschrieb er die Arbeit der Tennessee Valley Authority als Experiment einer »grass-roots democracy« (ebd.: 211; Lilienthal 1944). Die demokratische Erdung des Tennessee-Projekts wurde dadurch begünstigt, dass es gelang, den Strompreis in kurzer Zeit um die Hälfte zu senken. Die öffentliche Stromversorgung wurde von der TVA als wichtige Voraussetzung einer lebendigen Demokratie angesehen. Der spätere UNESCO-Generaldirektor Julian Huxley sah in seiner Schrift »TVA: Adventure in Planning« das Tennessee-Projekt sogar als Modell für ein zukünftiges Nachkriegseuropa an (Nate 2003: 211; Huxley 1945).

Die Symbolkraft des Tennessee-Projekts wurde durch die anspruchsvolle architektonische Gestaltung der Staudämme und Kraftwerksbauten unterstützt. Richard Nate hat in seinem faszinierenden Buch über die Kultur des New Deal mit dem Titel »Amerikanische Träume« anschaulich gemacht, dass die Dammbauten als »nationale Monumente mit repräsentativem Charakter«, »als integrative Bestandteile einer vom Menschen gestalteten Kulturlandschaft« konzipiert wurden. Das Museum of Modern Art widmete ihnen 1941 eine eigene Ausstellung. In Wandgemälden wurden die Staudammerbauer als Pioniere eines besseren Amerika gefeiert. Im Rahmen öffentlicher Theaterförderung entstand eine Aufführung, in der die Ziele der TVA dem Profitstreben der privaten Stromkartelle entgegengesetzt wurden. Das Tennessee-Projekt war eine Erfolgsstory des New Deal. Es war ein Projekt technischer, ökonomischer, demokratischer und kultureller Transformation. Es wurde durch Ansätze einer neuen Regulationsweise möglich, in der regionale Planung mit privatwirtschaftlicher Initiative verbunden wurde.

Zu den Voraussetzungen dieses Erfolgs gehört seine Einbettung in den allgemeinen Aufbruch des New Deal, aber auch das Wirken von herausragenden Persönlichkeiten, die ihre humanistischen Zukunftsvorstellungen in reales Handeln umsetzen. Dies ist festzuhalten für spätere Vergleiche mit dem Format der heute für gesellschaftliche Vorhaben Verantwortlichen.

Vom Wirken der Tennessee Valley Authority sind die Staudämme, die Elektrifizierung einer Großregion, Bildungserfolge für die damalige Generation, progressive Erfahrungen umweltfreundlicher Naturgestaltung und künstlerische Impressionen einer großen Aufbruchszeit geblieben. Doch mit der allgemeinen Schwächung des New Deal-Atems Ende der dreißiger Jahre und endgültig mit dem Kriegseintritt der USA verlor die TVA ihren Glanz. Ihr großes Projekt wurde von Gegenbewegungen überlagert. Die Behörde wurde zu einem der wichtigsten Energie- und Kriegslieferanten der USA. Der explodierende Energiebedarf führte zum Bau einer Reihe von Kohletagebauen, die die gerade gesunde Landschaft und Umwelt in weiten Teilen wieder zerstörten. Die TVA trieb den Ausbau der Atomenergie voran. Der Boden, auf dem die Modellstadt Norris gründete, wurde privatisiert, und die Grundstücke wurden an private Käufer veräußert. Das Öffentliche, das den Geist des Projekts ausgemacht hatte, verschwand.

Die Tennessee Valley Authority war einst ein progressives Pardestück des New Deal. Nun wurde sie zum Exempel für den Rollback eines

progressiven innersystemischen Reformaufbruchs. Mit der von Carter begonnenen und von Reagan voll durchgesetzten neoliberalen Transformation wurde dies das Schicksal des gesamten New Deal.

2.5 Kulturelle Dimensionen des New Deal

Ähnlich wie das Tennessee-Projekt durchlief die gesamte Kultur des New Deal in dessen ersten Jahren einen bemerkenswerten Aufstieg, später jedoch die Abschwächung dieses Aufbruchs und schließlich dessen Niedergang. Dies ist hier als wichtige, wie auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet heftig umkämpfte Dimension des New Deal zu skizzieren. Dabei stützt sich die Darstellung weitgehend auf die schon wiederholt zitierte Arbeit Richard Nates »Amerikanische Träume. Die Kultur der Vereinigten Staaten in der Zeit des New Deal«. Nate geht dort den kulturhistorischen Wurzeln des New Deal nach. Er macht die Themeninhalte deutlich, die das geistige Klima des New Deal bestimmten. Dieses Klima spiegelt sich in der Literatur, in Gedichten, Romanen und Theaterstücken, im Musikleben, in Dokumentationen und in der Fotografie, in der Architektur, in Gemälden und Skulpturen wider.

Die Weltwirtschaftskrise hatte die Bevölkerung der Vereinigten Staaten entmutigt. Sie hatte die in den Pionierzeiten der Eroberung immer neuer Weiten im Westen der Staaten gewachsene Überzeugung verloren, dass jeder durch sein individuelles Handeln sein Leben erfolgreich gestalten könne. Der pure Individualismus hatte seine Suggestivkraft eingebüßt. Große Teile der Bevölkerung konnten sich nicht mehr allein aus der Armut befreien. In den Nöten der Krise lag ein Wandel des Zeitgeistes in der Luft. Nur ein neuer Gemeinschaftsgeist versprach, Rettung zu bringen. Diskreditiert war die pseudoreligiöse Verklärung des freien Unternehmers als Heilsbringer. »Der Mann, der eine Fabrik baut, schafft einen Tempel.«

Dieser Glaubenssatz des früheren US-Präsidenten Coolidge erwies sich als Irreführung des Volkes. Die gebrochenen Versprechen des Laissez-faire und das ausschweifende Luxusleben der High Society in den »goldenen Zwanzigern« wurden in der Bevölkerung als Ausdruck einer falschen Moral empfunden. Viele Intellektuelle und Künstler machten sich zum Anwalt dieses Grundgefühls. Nicht allein eine wirksame ökonomische Antikrisenpolitik und Sozialprogramme gerieten auf die politische Agenda, sondern auch eine moralische Erneuerung der Gesellschaft.

New Deal – progressives Lernen der Machteliten in großen Krisen 73

Einst wirkte die Verschiebung der Frontiers, der Grenzen der Staaten nach Westen, als Ventil zur Lösung von Widersprüchen der Gesellschaft im Osten der USA. In den Frontier-Mythen über den Zug der Tracks gen Westen war diese Expansion mit dem Lob eines radikalen Individualismus, mit optimistischen Erwartungen und der Hoffnung auf das Glück verbunden, das jeder für sich selbst erringen könne – bis zur Bindung individueller Freiheit an den Besitz von Waffen. Deren Einsatz zur gewaltsamen und blutigen Vertreibung der Ureinwohner Amerikas, der Indianer, aus ihrer angestammten Heimat wurde im Namen einer auf moralische Prinzipien gegründeten Zivilisation gerechtfertigt, die zu verbreiten sei.

Die New Dealer knüpften an moralischen Ansprüchen der großen Frontier-Erzählung an. Aber sie zeichneten das Bild der New Frontier, bei der es nicht mehr um Gewalt, nicht mehr um räumliche Expansion, sondern um die Gestaltung eines neuen besseren Amerika ginge. Richard Nate verweist auf die Propagierung dieser Werte in einem Buch von Henry A. Wallace, Landwirtschaftsminister in der Regierung Roosevelt, mit dem Titel »New Frontier«. Dort schrieb er: »Der Schlüssel der new frontier ist Kooperation, so wie der der old frontier die mechanisch-technische Erfindung und das Ausschöpfen jeder Chance in der Konkurrenz war, zu Reichtum zu kommen. In den alten Zeiten wurden Macht und Reichtum angeboten. Das Schöne und Gerechtigkeit und Freude am Geistvollen müssen das Ideal in der neuen Zeit sein.« (Wallace 1934: 274; Nate 2003: 56)

Eine solche euphorische Rhetorik spiegelte die hoffnungsvolle Entschlossenheit der New Deal-Reformer zu einem neuen moralisch-kulturellen Aufbruch wider.

Aber im Propagieren einer New Frontier steckt auch eine allgemeingültige Erfahrung der New Deal-Transformation. Jeder große Aufbruch bedarf einer Erzählung von den erstrebten Horizonten und von den möglichen Wegen dorthin.

Ohne ein solches Narrativ entsteht die Hoffnung nicht, die über die Schwierigkeiten jedes Vorstoßes in gesellschaftliches Neuland hinweg zu tragen vermag. Ohne solche die Massenstimmung in einer bestimmten Zeit verdichtende und orientierende Erzählung kommt die Mobilisierung aller Kräfte des Neuen kaum zustande. Als Roosevelt, nominiert als Präsidentschaftskandidat, 1932 vor dem Nationalen Konvent der Demokratischen Partei eine Rede hielt, benutzte er in dem von Wallace ausge-

drückten emphatischen Sinn zum ersten Mal den Begriff New Deal: »Ich gelobe Ihnen, ich gelobe mir selbst, mich einem new deal für das amerikanische Volk zu verpflichten. Lassen wir, die wir hier versammelt sind, uns alle als Propheten einer neuen Ordnung der Zuständigkeit und Verpflichtung verstehen. ... Geben Sie mir Ihre Hilfe, nicht allein um Stimmen zu gewinnen, sondern um in diesem Kreuzzug Amerika für sein eigenes Volk zu erneuern.« (Roosevelt 1966-1969: 659; Nate 2003: 26)

Roosevelts unscharfe Vorstellungen vom New Deal bewegten sich im Rahmen des kapitalistischen Systems. Doch er erfasste besser als viele andere, dass die Bewahrung des Systems einen sozial progressiven Wandel erforderte, eine für amerikanische Verhältnisse tiefgreifende Transformation. In der Wirtschaftspolitik bedeutete dies die Ablösung eines weitgehend entfesselten Marktmechanismus durch staatliche Rahmensezung für den Markt und durch Staatsinterventionen. Sozial hieß dies maßvolle Umverteilung zu Gunsten des »common man« und zulasten von Großbanken und industriellen Großunternehmen. Kulturell setzte dies voraus, einzelne Gesetzgebungsakte und Staatseingriffe in die Wirtschaft in den Kontext eines neuen Zeitgeists, einer Erzählung von der Neugeburt Amerikas, von seiner moralischen Erneuerung und von kollektiver Verantwortung für die Zukunft zu begreifen. Eine progressive Transformation bedarf der Zustimmung und Unterstützung durch große Teile der Bevölkerung. Sie wird nur erfolgreich sein, wenn sie deren Hoffnungen und Interessen aufnimmt. Die Hauptakteure solcher Transformation werden ihre Ziele nur verwirklichen können, wenn sie die Fortschrittsvorstellungen und Wünsche von Mehrheiten im neuen Denken, also zu einer erneuerten kulturellen gesellschaftlichen Atmosphäre, verdichten. Roosevelt, sein Braintrust und seine Anhänger innerhalb der Machteliten hatten das verstanden. Einst hatte Kaiser Marc Aurel als Handlungsmaxime formuliert, was den gegenwärtig Herrschenden fern liegt:

- »Wie du selbst mit deiner Person die menschliche Gesellschaft mit
- aufbaust, so soll auch jede Tat von dir aus ihrem Teile die Lebens-
- gemeinschaft der Menschen mit verwirklichen helfen. Jede deiner
- Taten, die nicht unmittelbar oder mittelbar auf die Verwirklichung
- dieser Gesellschaft hinausgeht, zerreißt den Lebenszusammenhang,
- zerstört die Lebenseinheit und wirkt zerstörend wie der Bürger, der
- sich für seine Person dem harmonischen Zusammenleben zu entzie-
- hen sucht.« (Aurel 1954: 128)

New Deal – progressives Lernen der Machteliten in großen Krisen 75

Die neue Fortschrittsrhetorik der New Dealer war keine äußerliche Erscheinung. Sie zeigte, dass an Gabelungs- und Wendepunkten gesellschaftlicher Entwicklung das Bewusstsein der Akteure und das öffentliche mehrheitliche Bewusstsein erstrangige Bedeutung gewinnen. Ohne einen gesellschaftlichen Stimmungswechsel können weder die Wirtschafts- noch die Sozialpolitik noch alle anderen Sphären der Gesellschaft transformiert werden. Nach Talcott Parsons wird einschneidender sozialer Wandel durch Wertewandel in der kulturellen Sphäre ausgelöst und vorangetrieben. »Es muss sich um Änderungen in der Definition des Lebenssinns der einzelnen Gesellschaftsmitglieder handeln, und um Änderungen in der Definition des Charakters der Gesellschaft selbst.« (Parsons 1969: 38) Hans Peter Krüger hält in gesellschaftlichen Scheidewegsituationen sogar eine »evolutionär führende Rolle soziokultureller Integration« (Krüger 1991: 1310f.) für erforderlich – unter der Voraussetzung, dass die gesellschaftliche Kommunikation im soziokulturellen Subsystem einen Wertekanon hervorbringt, der am Frieden zwischen den Völkern und mit der Natur sowie an menschenwürdigen Bedingungen für die freie Entfaltung der Individuen orientiert ist. Für den Start des New Deal war es eher vorrangig, durch den Übergang von einem Laissez-faire-Konzept zu staatlichen wirtschaftspolitischen Interventionen und zu Sozialprogrammen der Weltwirtschaftskrise entgegenzuwirken. Aber ein neuer kultureller Aufbruch für einen politischen Richtungswechsel hatte dafür ganz sicher eine erstrangige Bedeutung.

Im Rahmen der Works Progress Administration, die im Verlauf ihres Wirkens rund 8,5 Millionen Menschen eine Beschäftigung sicherte, existierte unter der Bezeichnung »Federal One« ein Kulturprojekt, das mehrere große Einzelprogramme umfasste:

- Das *Federal Writer's Project* (Nate 2003: 92-97) existierte in unterschiedlichen Gestalten von 1935 bis 1943. Auf dem Höhepunkt seiner Wirkung wurden rund 6.000 Menschen, überwiegend Schriftsteller, Journalisten und Dokumentaristen, beschäftigt. Ihre Unterstützung geschah unabhängig von der politischen Orientierung der Geförderten. Die so entstehenden Bücher und anderen Publikationen trugen erheblich zu einem neuen kulturellen Selbstverständnis vieler Amerikaner und zu deren Wissen über die kulturellen Traditionen des Landes bei, auch über die Kulturgeschichte von Minderheiten – bis zur Sammlung von Erzählungen und Lebensgeschichten ehemaliger Sklaven.

Die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und der gleichzeitige Wirtschaftsaufschwung der Sowjetunion hatten viele amerikanische

Intellektuelle empfänglich für marxistische Ideen gemacht. Nicht wenige von ihnen sympathisierten mit der sowjetischen Planung. Der österreichische Ökonom Joseph A. Schumpeter schrieb in den vierziger Jahren über die Einstellung amerikanischer Intellektueller zum Kapitalismus in der Zeit des New Deal: »Die öffentliche Meinung ist allgemach so gründlich über ihn verstimmt, dass die Verurteilung des Kapitalismus und aller seiner Werke eine ausgemachte Sache ist, – beinahe ein Erfordernis der Etikette der Diskussion. Was auch die politische Vorliebe des jeweiligen Autors oder Redners sein mag, ein jeder beeilt sich, sich diesem Kodex anzupassen und seine kritische Einstellung zu betonen, sein Freisein von jeglichem ›sich zufrieden geben‹, seinen Glauben an die Unzulänglichkeit der kapitalistischen Leistungen, seine Abneigung gegen die kapitalistischen und seine Zuneigung für die antikapitalistischen Interessen.« (Schumpeter 1987: 106) Kein Wunder, dass sich diese Grundstimmung unter vielen Intellektuellen und Künstlern auch in der durch das Federal Writer's Project geförderten Literatur widerspiegelte. Aber die öffentliche Meinung war eben doch nicht so einhellig, wie bei Schumpeter beschrieben. Die Gegner des New Deal griffen das Writer's Project und das gesamte Federal One-Kulturprojekt mit der Unterstellung seiner kommunistischen Unterwanderung an. Sie nutzten den Umstand, dass unter den Geförderten auch Mitglieder der Kommunistischen Partei waren, für eine antikommunistische Kampagne. So erreichten sie, dass das Projekt auf der Bundesebene seit 1939 nicht weitergeführt wurde; es wurde auf die Ebene der Bundestaaten verlagert und insgesamt geschwächt.

- Das *Federal Theatre Project* (Nate 2003: 98-108) existierte nur drei Jahre. Doch in dieser Zeit wurden bis dahin arbeitslose Künstler und Bühnenarbeiter beschäftigt, die mit etwa 1.200 Theaterproduktionen rund 30 Millionen Menschen erreichten. Nie zuvor hatte das bis zu dieser Zeit ausschließlich kommerzielle Theater so breite Bevölkerungsschichten mit klassischen Stücken, zeitgenössischen Aufführungen, Kinder- und Jugendangeboten und oft mit Darstellungen aus ihrer eigenen Geschichte erreicht.

Humanistische politische Aufklärung leistete ein neuer Typ von Theaterprojekten, die Living Newspaper. Ihr Gegenstand waren ästhetisch aufbereitete Tagesthemen. Diese Aufführungen waren kein Sprachrohr des New Deal, nahmen aber oft Partei für Reformideen. Während der gesamten Dauer des Projekts war es heftigen konservativen Angriffen, vor allem dem Vorwurf kommunistischer Unter-

New Deal – progressives Lernen der Machteliten in großen Krisen 77

wanderung, ausgesetzt. Die Direktorin des Gesamtprojekts, Hallie Flanagan, war eine bemerkenswert starke Persönlichkeit, der die Unterstützung Eleanor Roosevelts und anderer führender Köpfe des New Deal gehörte. Gegen deren Intervention konnten die Republikaner am 30. Juni 1939 im Kongress einen Beschluss zur Auflösung des verhassten Projekts durchsetzen. Hallie Flanagan schrieb später: »Wenn das erste staatliche Theater in unserem Land weniger lebensnah gewesen wäre, hätte es womöglich länger gelebt. Aber ich glaube nicht, dass irgendwer, der in seinem Rahmen arbeitete, bedauert, dass es von Anfang bis Ende gegen Reaktion, gegen Vorurteile, gegen rassistische, religiöse und politische Intoleranz stand«. (Flanagan 1940: 367; Nate 2003: 108)

- Das *Federal Art Project* (Nate 2003: 109-122) bot schon in seiner ersten Arbeitsphase im Winter 1933/34 3.700 Künstlern Arbeitsmöglichkeiten. Insgesamt entstanden durch die staatliche Förderung rund 108.000 Gemälde, 2.500 Wandgemälde für öffentliche Gebäude, zum Teil angeregt durch die großen mexikanischen Maler Rivera, Siqueiros und Orozco. 18.000 Skulpturen und eine Fülle von Grafiken, Buchillustrationen und Postern wurden geschaffen. Das Federal Art Project zielte darauf, amerikanische Kunst erstmals über die großen Städte hinaus den Menschen aus allen sozialen Schichten nahe zu bringen und zu einer kulturellen Renaissance der Vereinigten Staaten beizutragen. Dazu gehörten auch Ausstellungen und Workshops in rund 100 Community Art Centers. Viele der öffentlichen Bauten im Rahmen des New Deal wurden mit Werken der so geförderten Kunst ausgestattet. Aber auch dieses Teilprojekt der staatlichen Kultur- und Kunstförderung und der Bildungsansprüche des New Deal stand unter dem Beschuss konservativer Kräfte. Es unterlag schließlich Zentralisierungsentscheidungen und der Kürzung seiner finanziellen Mittel mit Verweis auf Kriegerfordernisse.

2.6 New Deal und Zweiter Weltkrieg

In vielen Darstellungen des New Deal ist zu lesen, dass seine Ziele erst im Zweiten Weltkrieg erreicht worden seien. Tatsächlich war zwar die Zahl der Arbeitslosen, die 1933 bei Amtsantritt Roosevelts auf 12,5 Millionen angestiegen war, bis 1937 im Jahresdurchschnitt auf unter acht Millionen, im Sommer sogar auf 4,5 Millionen gesunken, durch die neu-erliche Depression 1938 aber wieder auf über zehn Millionen ange-

wachsen. Erst durch die dem Krieg geschuldete explosionsartige Nachfragesteigerung sank die Arbeitslosenzahl von rund 10 Millionen 1939 auf eine Million 1945. 1944 waren 18,7 Millionen Menschen mehr als 1939 beschäftigt, davon 11 Millionen in den Streitkräften und 7,7 Millionen in der Wirtschaft. Vom 1. März 1941 bis zum 31. Dezember 1945 lieferten die USA an die anderen Alliierten Güter für fast 50 Milliarden Dollar. 1943/44 produzierten sie etwa 40% aller Kriegsgüter der Welt (Junker 2004: 138f.). Die Industrieproduktion verdoppelte sich zwischen 1939 und 1945.

Der Auffassung, dass im Grunde erst der Krieg die Ziele des New Deal eingelöst habe, liegt jedoch ein verkürztes Verständnis des New Deal als Wirtschaftspolitik zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise und zur Sicherung eines hohen Beschäftigungsniveaus zu Grunde. Gewiss war zunächst die vorrangige Aufgabe der Roosevelt-Administration, Wege aus der großen Krise zu finden. Aber der Kern des sich herausbildenden New Deal war der Übergang von einer Politik des Laissez-faire zu staatlicher Regulierung der kapitalistischen Marktwirtschaft und die Herausbildung von Grundelementen des Sozialstaats. Der New Deal erhielt starke Impulse aus der Vorstellung zur Minderung sozialer Ungleichheit, aus dem von Roosevelt vertretenen Gedanken, dass eine demokratische Regierung im Rahmen der Stabilisierung des Kapitalismus dem Gemeinwohl und der Sicherung von Chancen für den »common man« zu dienen habe. Das waren die Ideen, die vor allem die Zeit von 1933 bis 1938 prägten und die den Sozialreformen zu Grunde lagen, aber nicht erst durch den Zweiten Weltkrieg zur Geltung kamen. Im Krieg führte die Kriegskonjunktur in den USA zur Vollbeschäftigung und zu Reallohnsteigerungen – als Kehrseite der Barbarei des Völkerschlachtens, die rund 65 Millionen Menschen das Leben kostete. Die Umriss einer Transformation von kaum begrenzter (monopol)kapitalistischer Konkurrenz zu einem sozialstaatlich regulierten Kapitalismus hatten sich vor dem Weltkrieg herausgebildet. Sie sind – global betrachtet – heute mehr denn je unverträglich mit Rüstung und Krieg.

Die Politik der USA im Zweiten Weltkrieg ist nicht Gegenstand der hier vorliegenden Arbeit. Festzuhalten ist aber, dass die Kämpfe innerhalb der US-Machteliten vor dem Krieg und während seines Verlaufs natürlich auch die Außenwirtschafts-, Außen- und Militärpolitik betrafen. Seit den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts verstärkten die USA die Exporte von Gütern und Kapital, setzten allerdings ihre traditionell protektionistische Politik fort, die einen Ausgleich der Handelsbilanzen der Beteiligten verhinderte. Da die Handelspartner ihre Importe nicht

New Deal – progressives Lernen der Machteliten in großen Krisen 79

Bruttosozialprodukt der USA in Mrd. US-Dollar

1929	104
1933	56
1940	91
Juni 1945	211

Quelle: U.S. Bureau of Census, 1961: Historical Statistics of the United States, Colonial Times to 1957, Washington (D.C.): 139

durch Exporte in die USA ausgleichen konnten, waren sie abhängig von der Gewährung amerikanischer Kredite. Dieses System brach mit der Weltwirtschaftskrise zusammen.

Zum New Deal gehörte, dass Roosevelt, sein Außenminister Hull und seine Berater gestützt auf große Teile der Demokratischen Partei und exportstarke Unternehmerkreise eine Abkehr von der protektionistischen Politik einleiteten. 1934 wurde ein neues Handelsvertragsgesetz verabschiedet. Der Kongress ermächtigte damit den Präsidenten, die hohen Zollsätze der USA bis zu 50% zu senken. Für zweiseitige Handelsverträge wurde eine Meistbegünstigungsklausel vorgesehen, nach der die einem Vertragspartner eingeräumten Vorteile auch für alle anderen Handelspartner zu gewähren waren. Das Gesetz zielte auf die Ablösung des Protektionismus durch das Prinzip des weltweiten Freihandels, wurde aber in den dreißiger Jahren nur sehr begrenzt wirksam und kam erst in der Nachkriegszeit voll zur Geltung. Zunächst blieben die USA ihrer protektionistischen Praxis noch weitgehend verhaftet (vgl. Junker 2004: 107f.).

Auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik blieben die USA gegen die persönliche Überzeugung Roosevelts bis in die Zeit des Zweiten Weltkriegs hinein weitgehend dem herkömmlichen Isolationismus der Vereinigten Staaten verpflichtet. Die USA waren 1920 dem Völkerbund nicht beigetreten und hatten sich von Bündnissen ferngehalten. Diese Politik wurde auch beibehalten, als das faschistische Deutschland und Japan ihre offen imperialistische Politik forcierten. Die USA hielten an ihrer außenpolitischen Zurückhaltung fest, als die deutsche Wehrmacht 1938 in Österreich einmarschierte, Hitlerdeutschland zunächst mit dem Sudetenland einen Teil der Tschechoslowakei besetzte und im März 1939 ihren Rest annektierte. Zuvor hatte Japan bereits die Mandschurei und Teile Chinas erobert. Die USA erkannten diese Okkupationen nicht an, beschränkten sich jedoch bis 1940 auf Proteste.

Im August 1935 legte ein erstes Neutralitätsgesetz ein unparteiisches Waffenembargo gegen alle kriegführenden Staaten fest. In einem zweiten Neutralitätsgesetz vom Februar 1936 wurde dieses Waffenembargo erneut festgeschrieben und zugleich ein Verbot von staatlichen Anleihen an Krieg führende Staaten verhängt. In einem dritten Neutralitätsgesetz vom Mai 1937 blieb es jedoch allen an Kriegen beteiligten Staaten gestattet, außer »tödlichen Waffen« alle anderen Waren in den USA zu kaufen, wenn sie sie auf ihren eigenen Schiffen transportierten. Die radikalen Isolationisten konnten ihre Forderung nicht durchsetzen, den gesamten Handel mit Staaten einzustellen, die sich im Krieg befanden. Die am Export besonders interessierten Wirtschaftskreise setzten sich in dem Gesetzgebungsverfahren gegen sie durch (vgl. ebd.: 100-116).

Roosevelt und seine Regierung verstanden sich als Internationalisten, die sich in der Außen- und Sicherheitspolitik gegen die Strategie der Isolationisten stellten, die USA müssten strikte Neutralität auch gegen die Aggressor-Staaten wahren und sich aus Kriegen in Europa und Asien heraushalten. Aber die Isolationisten hatten die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung auf ihrer Seite. In einer Umfrage im Frühjahr 1937 lehnten 95% der Amerikaner jede Beteiligung der USA an »fremden Kriegen« ab (ebd.: 114). Unter diesem innenpolitischen Druck erklärte Roosevelt noch im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1940, die USA aus dem Krieg heraushalten zu wollen, stellte aber den alliierten Gegnern der Achse Berlin-Tokio-Rom unter Umgehung der Neutralitätsgesetze kriegswichtige Ressourcen auf dem Umweg von Pacht- und Leihprogrammen zur Verfügung und warnte die Öffentlichkeit vor der Bedrohung der USA durch die deutschen und japanischen Aggressoren. In seiner Rede zur Ausrufung des unbegrenzten nationalen Notstands am 27. Mai 1941 erklärte der Präsident: »Die erste und fundamentale Tatsache ist, dass das, was als europäischer Krieg begann, sich in einen Weltkrieg zur Welteroberung entwickelt hat, wie es die Nazis immer wollten. Adolf Hitler hat die Herrschaft über Europa nie als Endzweck angesehen. Die europäische Eroberung war nur ein Schritt zu den letzten Zielen in allen anderen Kontinenten. Für uns alle ist unverkennbar deutlich, dass die westliche Hemisphäre in der Reichweite der nationalsozialistischen Zerstörungswaffen liegen wird, falls der Vormarsch des Hitlerismus nicht gewaltsam gestoppt wird.« (zitiert nach ebd.: 120)

Doch erst der Schock durch den Überfall der japanischen Luftwaffe auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941, der zur Vernichtung eines großen Teils der amerikanischen Pazifikflotte führte, wendete das Kräfteverhältnis zwischen Isolationisten und Internationalisten in den USA. Deutsch-

land und Italien nutzten den japanischen Angriff auf Pearl Harbor zur Kriegserklärung an die USA. In dieser Situation wurde mit einem Schlag eine bis dahin dominierende strategische Grundhaltung, der Isolationismus, gegen die Dominanz eines Eliten-Internationalismus ausgewechselt – ein folgenschwerer, höchst ambivalenter Vorgang auch für künftige Zeiten.

Von nun an beanspruchten die Machteliten der USA weltweite militärische Präsenz für die Vereinigten Staaten, wo immer es ihnen im Sinne ihrer Werte und vor allem ihrer ökonomischen, politischen und militärischen Interessen geboten schien. Damit war langfristig vorgezeichnet, dass Rüstung und Kriege im Widerstreit mit den dem New Deal zu Grunde liegenden Vorstellungen von sozialer Sicherheit, menschenwürdigen Lebensbedingungen und Freiheit liegen würden. Zunächst jedoch, im Krieg gegen das faschistische Deutschland und die mit ihm verbündeten Staaten, stimmten die Exportinteressen der amerikanischen Wirtschaft, das Interesse der Lohnabhängigen an Vollbeschäftigung und höheren Löhnen, das Machtinteresse der militärischen Eliten und der Anspruch der Roosevelt-Regierung, die USA in einen globalen Kampf für bürgerliche Freiheit und Demokratie zu führen, weitgehend überein.

Eric Hobsbawm schrieb in seinem großen Werk »Das Zeitalter der Extreme« über die Lagerkonstellation im Zweiten Weltkrieg: »Wie sich herausstellen sollte, verliefen die entscheidenden Grenzen in diesem Bürgerkrieg nämlich nicht zwischen Kapitalismus und der sozialen Revolution des Kommunismus als solchem, sondern zwischen zwei ideologischen Familien: auf der einen Seite die Nachkommen der Aufklärung des 18. Jahrhunderts der großen Revolutionen, wozu natürlich auch die Russische Revolution gehörte; auf der anderen Seite alle ihre Gegner. Die Grenze verlief also nicht zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern zwischen dem, was das 19. Jahrhundert einerseits ›Fortschritt‹ und andererseits ›Reaktion‹ genannt hätte (inzwischen waren diese Begriffe nicht mehr ganz angemessen).« (Hobsbawm 1995: 186)

Die Machteliten der westlichen Alliierten, die überwältigende Mehrheit ihrer Bevölkerungen und die Völker der Sowjetunion sahen die Grundlagen menschlicher Zivilisation durch die faschistische und militaristische Barbarei bedroht (ebd.: 193). In der Situation äußerster Gefahr für individuelle Freiheit, plurale Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie friedliche internationale Beziehungen und angesichts gleichzeitiger Bedrohung ihrer eigenen Machtpositionen waren die westlichen Machteliten in der Lage, über ihren eigenen Schatten zu springen und

sogar ein Bündnis mit ihrem verhassten staatssozialistischen Klassengegner einzugehen.

Mit dem New Deal war parallel zum Aufstieg des Faschismus in Deutschland und des imperialen Militarismus in Japan ein demokratisches und soziales kapitalistisches Gegenmodell geschaffen worden. Gegenwärtig erstarken erneut autoritäre Kräfte selbst in der Europäischen Union, etwa in Ungarn und in Polen. Flüchtlingsströme werden zum Katalysator für einen neuen Aufstieg des Nationalismus. Fremdenhass, Rassismus und Antisemitismus kulminieren in Drohungen gegen engagierte Demokraten, tätlichen Angriffen, Brandanschlägen und Mordtaten. Neofaschisten haben manchenorts »national befreite Zonen« geschaffen, in denen die Angst regiert. Konservative und neoliberale Kräfte öffnen mit ihrer Politik Räume für solche Entwicklungen. Dem ähnlich wie einst in Gestalt des New Deal abermals eine progressive sozial-ökologische Transformation entgegenzusetzen und auch Interessen in den Machteliten an demokratischen Gesellschaftsformen zu mobilisieren, ist zu einer zentralen aktuellen Herausforderung geworden.

Eine weitere wichtige Erfahrung im Krieg, die die Flexibilität der Machteliten betrifft, war die Umstellung großer Teile der zivilen amerikanischen Produktion auf die Herstellung von Rüstungsgütern in kürzester Zeit. Gestützt auf staatsinterventionistische Praxen des New Deal, auf erprobte Beziehungen zwischen staatlichen Apparaten und Unternehmen wurden kurzfristig einschneidende Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur bewältigt. Besonders spektakulär war das Manhattan-Projekt zur Entwicklung und zum Bau der Atombombe. Über alle Konkurrenzschranken hinweg wurde die Arbeit von mehr als 100.000 Menschen in Hunderten von Wirtschaftseinrichtungen und Produktionsstätten geplant und zusammengeführt. Lester R. Brown schlussfolgerte daraus: »Diese Mobilisierung von Ressourcen innerhalb von Monaten zeigt, dass ein Land, und gewiss auch die Welt, in der Lage ist, die Wirtschaft in kürzester Frist umzustellen, wenn die Überzeugung herrscht, dies sei eine Notwendigkeit.« (Brown 2008: 280) Die Ansicht Browns, dass ein globaler wirtschaftlicher Strukturwandel vergleichbar mit dem Tempo des Umbaus in einem einzelnen mächtigen Industrieland vor sich gehen könnte, ist ganz sicher zu optimistisch. Wohl aber verweist die extrem schnelle Umstellung der US-Wirtschaft auf Kriegsbedürfnisse darauf, dass moderne Wirtschaftsmächte »an sich« durchaus fähig zu einem – nunmehr ökologisch und sozial zu orientierenden – technologischen Umbau in einem relativ kurzen Zeitraum wären, wenn politische Entscheidungen darüber und entsprechende institutionelle Arrangements von den Macht-

eliten getroffen würden. Aber genau dazu sind sie gegenwärtig nicht bereit oder nicht fähig.

Als bei dem japanischen Luftangriff auf die Pazifikflotte der USA innerhalb von zwei Stunden acht Schlachtschiffe, elf weitere Kriegsschiffe und 177 Flugzeuge zerstört wurden, erfassten die Machteliten der USA schlagartig die ihrer Herrschaft drohende Gefahr. Sie sahen sich unter akutem Handlungszwang. Die Bedrohung war für das ganze Land augenfällig. Der Klimawandel und das Artensterben gefährden dagegen das Machtgefüge im Kapitalismus nicht unmittelbar. Handlungen, die die Umwelt zerstören oder ihrer Gesundheit dienen, wirken sich häufig erst nach langer Zeit aus. Oft treten ihre Wirkungen vorwiegend in der Ferne auf; nicht selten betreffen sie die Bevölkerung anderer Kontinente. In der Regel treten sie eher schleichend als spektakulär zu Tage. Oder ihre immer häufiger katastrophalen Folgen – etwa Zerstörungen durch Hurrikans und Überschwemmungen – gehen auf Ursachenketten zurück, die nicht leicht zu durchschauen sind.

Die gegenwärtigen Machteliten sehen sich von alledem nicht so akut bedroht, wie einst die Mächtigen und die Bevölkerung der USA durch den Angriff auf Pearl Harbor. Doch der soziale Sprengstoff, der in der herausziehenden Klimakatastrophe, in der Artenvernichtung und anderen Umweltkrisen, in Armut und Hunger, Kriegen, Migrationsströmen, Staatenzerfall, Erosion der Demokratie, extremistischen und fundamentalistischen Bewegungen steckt, ist weit explosiver als seinerzeit der Sprengstoff japanischer Bomben. Deshalb ist die prinzipielle Fähigkeit der Machteliten festzuhalten, auf eine Kumulation von Gefahren in kurzer Zeit mit weitreichenden wirtschaftlichen Strukturveränderungen zu reagieren.

Die Weise, in der dies in den 1940er Jahren in den Vereinigten Staaten geschah, war allerdings zutiefst widersprüchlich. Einerseits wurden alle Kräfte dieses großen Landes gebündelt, um den »planmäßigen Umsturz aller Zivilisation« (Hobsbawm 1995: 193) durch den Hitlerfaschismus mit einem Sieg über die Barbarei abzuwenden. Andererseits näherten sich bedingt durch dieses gemeinsame Ziel die Roosevelt-Regierung und führende Wirtschaftskreise nicht nur wieder stärker an, sondern es entstand in diesem Prozess eine neue brisante Machtstruktur, der Militärindustriekomplex. Rüstungsindustrie, die mit Sicherheitspolitik befassten Teile der politischen Machteliten und die militärische Elite haben sich in gefährlich intensiver Weise verflochten.

Wiederum trat das Muster hervor, dass Teile des herrschenden Blocks in der Lage sind, auf Großgefahren unter progressiven Vorzeichen zu re-

agieren, jedoch in höchst widersprüchlicher Weise bis zum Umschlag in neue konservative Herrschaftsformen.

Dieser Umschlag des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus in eine regressive Entwicklung erfolgte in den 1970er Jahren, in denen der **fünfte Akt** in der Geschichte des New Deal-Kapitalismus, seine Ablösung durch den neoliberalen Kapitalismus, seinen Ausgangspunkt hatte. In diesem Zeitraum brachen die ökonomischen Proportionen ein, die das Akkumulationsregime des fordistischen Kapitalismus charakterisiert und die Voraussetzung für eine sozialstaatliche Entwicklung gebildet hatten (Busch/Land 2013: 39-95; Klein 2003: 44-59):

- Eine ideale Voraussetzung für den Teilhabekapitalismus hatte das starke Wirtschaftswachstum in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten gebildet. Als aber die Wachstumsimpulse nachließen, die von den Investitionen in neue und in sich rasch ausweitende Wirtschaftszweige ausgingen, von der Automobilindustrie, von der Erdölindustrie, den Kunststoff- und Kunstfaserbranchen, der Flugzeugindustrie, von den Anfängen der Verbraucherelektronik und dem schnellen Zuwachs anderer Konsumgüterindustrien, reichte das abgeschwächte Wachstum nicht mehr für die Kompensation des Verlusts von Arbeitsplätzen durch die steigende Arbeitsproduktivität aus.
- Der Zusammenhang von starkem Wirtschaftswachstum und tendenzieller Vollbeschäftigung schlug um in gemäßigtes Wachstum bei steigender Arbeitslosigkeit.
- Die Dominanz von Erweiterungsinvestitionen im Verhältnis zu Rationalisierungsinvestitionen verkehrte sich in den Vorrang von Rationalisierungsinvestitionen vor Erweiterungsinvestitionen. Die Arbeitslosigkeit wurde dadurch noch verstärkt.
- Der fordistische Verteilungskompromiss zwischen Profit und Masseneinkommen zerbrach. Die soziale Ungleichheit wächst seitdem mit erhöhtem Tempo an.
- Mit zunehmendem Druck auf die Masseneinkommen erodierte das glückliche Verhältnis zwischen Massenproduktion und -konsumtion.
- Das Verhältnis zwischen hohen wachstumsetragenden Steuereinnahmen und geringen Belastungen der Staatshaushalte durch Lohnersatzleistungen, das erheblichen Spielraum für sozialstaatliche Reformen bot, schlug um in einen starken Anstieg der Haushaltsdefizite, in wachsende Staatsverschuldung und zunehmende Belastung der Haushaltsausgaben durch den Schuldendienst.

Mit der ökonomischen Krise des Fordismus gelangte der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus an ökologische und kulturell-geistige Grenzen. Das

starke Wachstum zulasten der Natur mündete in die ökologische Krise, die sich als eine Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse erweist. 1972 schockierte der Bericht an den Club of Rome mit dem Titel »Die Grenzen des Wachstums« die internationale Öffentlichkeit. Der fordistische Kapitalismus war zudem eng mit patriarchalen Familienverhältnissen verbunden, beruhend auf ausreichenden Löhnen für den männlichen Familiernährer und dem Dasein der Frau als Hausfrau und Mutter. Aber die Bildungsreformen und der Konflikt zwischen allgegenwärtigen Modernisierungsprozessen und konservativem Patriarchat brachten eine neue feministische Bewegung hervor. Die sexuelle Revolution der 68er Bewegung verstärkte die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit. Die Entstehung eines breiten Mittelstandes führte zu neuen kulturell-geistigen Vorstellungen, die mit der fordistischen Bürokratisierung, Verregelung, Normierung und Vereinheitlichung des Lebens kollidierten. Postmaterielle Ansprüche auf individuelle Freiräume, selbstbestimmtes Leben, Partizipation und informationelle Selbstbestimmung traten stärker hervor und hatten in Neuen Sozialen Bewegungen ihre Träger.

Der fordistische Kapitalismus geriet in eine tiefe ökonomische, ökologische und kulturelle Krise. Um seine ursprünglichen progressiven Inhalte – mehr sozialer Ausgleich, moralische Erneuerung der Gesellschaft und Zurückdrängung oligarchisch-autoritärer Herrschaftsformen zugunsten bürgerlicher Demokratie – bewahren zu können, wäre eine demokratische Radikalisierung und postmaterielle Erweiterung des New Deal erforderlich gewesen. Aber der Verbleib in bloßen systeminternen und systembewahrenden, herkömmlich sozialdemokratischen Reformen ohne weitreichende Perspektive löste diesen Anspruch nicht ein. Das war die Chance des Neoliberalismus als Leitkonzept marktradikaler Transformation des Kapitalismus. Im Namen individueller Freiheit und freier Märkte wurden postmaterielle Forderungen aufgegriffen und in den neoliberalen Herrschaftsmechanismus eingepasst. In Chile wurde das erste neoliberale Experiment auf dem Wege eines blutigen Putsches gegen die Regierung Allende durchgesetzt. Margaret Thatcher und Ronald Reagan brachten den neoliberalen Kapitalismus zu voller Entfaltung. Das war das Ende des New Deal – ohne allerdings das Fortwirken sozialstaatlicher Formen auszuschließen – und der Beginn von vier Jahrzehnten eines dominant neoliberalen und zunehmend finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, der gegenwärtig an seine eigenen Grenzen stößt.

Es bleibt gleichwohl eine historische Erfahrung, die bei einem Erstarren der Gegenmächte zur Kapitalherrschaft und bei veränderten gesell-

schaftlichen Bedingungen Bedeutung erlangen könnte: Unter dem New Deal durchliefen die USA eine Entwicklung, in der Teile der Machteliten den konservativen Kräften in einer heute kaum denkbaren Härte offen die Stirn boten und genau dank dieser Haltung in der Lage waren, eine progressive Transformation des Kapitalismus durchzusetzen. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen hielt Roosevelt am 31. Oktober 1936 eine Rede im Madison Square Garden, in der die Schärfe der Auseinandersetzung mit seinen Widersachern vollends deutlich wurde. »Wir kämpfen seit vier Jahren erbittert gegen die Feinde dieses (inneren – D.K.) Friedens. Wir kämpfen gegen die Hochfinanz- und gegen die Wirtschaftsbosse, die gewissenlosen Spekulanten, gegen die Klassenspaltung, den Partikularismus und gegen die Kriegsprofiteure. Sie alle haben sich daran gewöhnt, die amerikanische Regierung als Anhängsel ihrer Geschäfte zu betrachten. Wir wissen nun, vom organisierten Geld regiert zu werden, ist genauso gefährlich wie von der Mafia regiert zu werden. Jetzt hassen sie mich, ich nehme ihren Hass entgegen. In meiner ersten Amtszeit haben die Kräfte des Egoismus und der Gier in mir einen gleichwertigen Gegner gewonnen. In meiner zweiten Amtszeit werden sie in mir ihren Bezwinger finden.«⁵ »Stellt euch vor«, die nächste Krise kommt und die heute Einflussreichen hätten den Hinweis Marc Aurels verinnerlicht, der da lautet:

- »In den Schriften der Ephesier stand die Aufforderung zu lesen, man
- solle sich immer einen der Männer der Vorzeit vor Augen halten, die
- sich bewährt hätten.« (Aurel 1954: 165)

Wie, wenn sie genau dies täten, die Entschlossenheit Roosevelts in der Auseinandersetzung mit den am meisten antisozialen und autoritären Kräften des Großkapitals vor Augen hätten und mit der gleichen Konsequenz gegen die Hauptverursacher der großen Gefahren und Krisen unserer Zeit vorgingen wie einst Roosevelt! Und sich nicht scheuen würden, eine progressive Transformation des gegenwärtigen Kapitalismus in Angriff zu nehmen. Allerdings – zu dieser Vorstellung gehört, dass sie dazu derart unter Druck alternativer demokratischer Kräfte gesetzt werden müssten wie seinerzeit das Establishment der USA. Nur von einer modernen Linken kann ausgehen, was heute höchst unwahrscheinlich erscheint. Aber Marc Aurel hatte geraten:

⁵ 7history.sandiego.edu/gen/text/us/fdr1936

- »Gewöhne dich daran, auch alle die Aufgaben in Angriff zu nehmen,
- an deren Durchführbarkeit und Erfolg du zunächst zweifelst.« (Au-
- rel 1954: 171)

2.7 Lehren aus der New Deal-Erfahrung

Nach dem hier vorgelegten Exkurs zu Entstehung, Entfaltung, Niedergang und gleichwohl Fortwirken des New Deal ist eine Zwischenbilanz möglich.

Erstens: Der New Deal war ein entscheidender Teil der Transformation von einem weitgehend unregulierten, stark monopolistisch/oligopolistischen Kapitalismus zu einem in Grenzen sozialstaatlich regulierten (Monopol-)Kapitalismus. Er darf als historischer Beweis für die Möglichkeit einer innersystemischen Transformation des Kapitalismus zu einer demokratischeren und sozialeren Variante seiner Existenz angesehen werden.

Für die gegenwärtige Epoche hat diese Erfahrung eine außerordentliche Bedeutung, vor allem für die Kämpfe linker Kräfte: Der Kapitalismus muss nicht notwendig alternativlos auf neoliberalen Pfaden in den Niedergang steuern, bis er, wie Wolfgang Streeck erwartet, »von sich aus, von innen heraus kollabiert« (Streeck 2015: 106), dabei jedoch Millionen und Abermillionen in den sozialen Abgrund reißt. Der Erfolg des New Deal spricht dafür, dass es einer breiten Phalanx von alternativen Akteuren gegen diese starke Niedergangstendenz des Kapitalismus gelingen kann, ihn zu progressiveren Entwicklungen zu drängen. Theoretische Überlegungen, die für solche Annahme sprechen, werden in den Kapiteln 4 und 5 dieser Schrift entwickelt.

Zweitens: Vorab ist allerdings auf einen recht schlichten Einwand gegen die Wertung des New Deal als Beleg für progressive Wandlungsmöglichkeiten des Kapitalismus zu antworten. Professor Herbert Meißner, Mitglied der Leibniz-Sozietät, befindet über den New Deal mit Verweis auf die Ablösung des sozialstaatlichen Kapitalismus durch den neoliberalen Kapitalismus seit den achtziger Jahren: »Eine historisch wirksame und insbesondere nachhaltige Transformation hat also gar nicht stattgefunden.« (Meißner 2015: 53)

Als in Deutschland, Italien, Japan und anderen Ländern als Reaktion auf die Krisen des Kapitalismus der Weg in die Barbarei eingeschlagen wurde, setzte sich in den US-Machteliten als Alternative ein sozialstaatlicher Wandel des Kapitalismus durch, eingeschlossen die Garantie von

Arbeiter- und Gewerkschaftsrechten statt der blutigen Zerschlagung der Gewerkschaften und der Ermordung vieler Funktionäre der Arbeiterbewegung in Konzentrationslagern. Als Hitler die Eroberung der Welt durch die Nationalsozialisten proklamierte und zu realisieren begann, trugen nach der Sowjetunion, auf die die Hauptlast der Rettung vor dem Faschismus entfiel, die USA mit ihrer Wirtschaftsmacht entscheidend zum Sieg über Nazideutschland und Japan bei. War er damit historisch nicht wirksam?!

Und gab es keine nachhaltige Wirkung des New Deal? Das Ende permanenter Reformgesetzgebung mit dem Juli 1938 war keineswegs das Ende des New Deal. Das Schritt für Schritt entstandene Grundkonzept der New Dealer – Massenproduktion durch Massenkonsumtion zu ermöglichen, dafür die Reichen höher zu besteuern, die Einkommen der Lohnabhängigen und Farmer zu stabilisieren und zu erhöhen, in Grenzen eine staatliche Wirtschaftsregulierung zu sichern und die Infrastruktur in staatlicher Verantwortung auszubauen – bestimmte den Typ kapitalistischer Entwicklung bis in die siebziger Jahre, nach dem Zweiten Weltkrieg im gesamten OECD-Raum. »Zwischen 1940 und 1980 bestand in dem Vereinigten Staaten ein New Deal-Konsens (bzw. liberal consensus).« (Hamby 1972: 653-678). Der Fair Deal des demokratischen Präsidenten Harry S. Truman brachte vor allem eine Ausweitung der mit dem New Deal eingeführten Sozialversicherungen auf 10,5 Millionen bisher unversicherte Bürgerinnen und Bürger und eine Erhöhung der Versicherungsleistungen um durchschnittlich 80%. Die republikanische Partei nominierte mit Wendell Willkie und Thomas E. Dewey Präsidentschaftskandidaten, die dem New Deal nicht feindlich gegenüberstanden. Dwight D. Eisenhower stand auch als gewählter Präsident zu dem allgemeinen New Deal-Konsens. In einem privaten Brief erklärte er seinen Standpunkt wie folgt: »Sollte eine Partei versuchen, den Social Security Act, das Arbeitsrecht und die Farmprogramme abzuschaffen, dann würde man diese Partei in der politischen Geschichte nicht mehr wahrnehmen. Es gibt natürlich eine kleine Splittergruppe, die glaubt, derartiges tun zu können. ... Ihre Anzahl ist jedoch zu vernachlässigen, und sie sind dumm.« (Mayer 2010: XII)

Eisenhower hat leider nicht Recht behalten. Spätestens seit Ronald Reagan wurde der durch den New Deal geprägte Typ des Kapitalismus in den USA und international durch einen neoliberalen und zunehmend finanzmarktgetriebenen Kapitalismus abgelöst. Aber im Widerstreit damit existieren staatliche Regulierungen und sozialstaatliche Institutionen weiter und sind immer wieder Felder heftiger Kämpfe der Ge-

werkschaften und neuer sozialer Bewegungen gegen Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung, Finanzialisierung und Austeritätspolitik.

Die Erfahrung konservativer Rücknahme progressiver Veränderungen des Kapitalismus ist ein starkes Argument für die Verschränkung von kommenden Kämpfen für eine systeminterne postneoliberale Transformation mit gleichzeitiger Suche nach Einstiegsprojekten in eine Große, systemüberschreitende, Transformation. Ein Stillstand hoffentlich erreichbarer sozial-ökologischer Reformen kann leicht in Rückschlägen münden. Ein progressiver Reformprozess bedarf wie in der kritischen Phase des New Deal Ende 1933 und Anfang 1934 der Radikalisierung, um weiterreichende Probleme bewältigen zu können.

Wo sie wie in der Krise des Fordismus ausbleibt, sind schwere Rückschläge fast sicher.

Drittens: Der New Deal entstand als Reaktion auf das Chaos der Weltwirtschaftskrise und auf den konzeptionellen und ideologischen Bankrott des Marktliberalismus, als Antwort auf das verbreitete Bedürfnis nach einer moralischen Erneuerung der Gesellschaft. Er war in hohem Maße das Resultat der Rebellion von Arbeitslosen, der von den Arbeitern mit Erbitterung geführten Streiks und Betriebsbesetzungen, der Unruhen unter den Farmern und einer Politisierung vieler Intellektueller. Er war nicht die Schöpfung einer vom Volke ganz abgehobenen Machtelite, sondern entstand, weil die Mächtigen auf die Wut und die Forderungen großer Teile der Bevölkerung reagierten. Jede künftige Transformation wird sich in Abhängigkeit von der Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse vollziehen. Deren Entwicklung wird darüber entscheiden, ob kommender Wandel rückwärts oder auf eine bessere Zukunft gerichtet sein wird.

Viertens: Aber – und dies ist der Gegenstand dieser Arbeit – der New Deal erwuchs unter dem Druck von Gegenmächten aus Lernprozessen in den Machteliten selbst, aus der Entscheidung eines Teils der Eliten, gegen deren konservativen Flügel progressive Wege zur Rettung des Kapitalismus einzuschlagen und dabei zwangsläufig auf die Interessen der Subalternen mit sozialen Reformen zu reagieren. Der New Deal wurde zum historischen Beispiel für die soziale Reformfähigkeit von Teilen des herrschenden Blocks im Kapitalismus.

Fünftens: Tiefe ökonomische und gesellschaftliche Krisen deuten in der Regel darauf hin, dass auch die handlungsleitenden Werte und Normen in einer Krise stecken. Sie bieten das für die Bewältigung der herangereiften Probleme erforderliche geistige Rüstzeug nicht mehr. In großen Krisen steht infrage, welche kulturellen und moralischen Grund-

lagen die Gesellschaft braucht, um die Zivilisation zu bewahren und auf der Höhe der Zeit zu erneuern. Der Kampf um politisch-geistige Hegemonie gewinnt dann erstrangige Bedeutung.

Sechstens: Das Rollback des sozialstaatlich regulierten fordistischen Kapitalismus nach etwa vier Dekaden durch den neoliberalen Kapitalismus verweist auf die Grenzen und die ständige Gefahr des Rückfalls progressiver systeminterner Transformationsprozesse im Kapitalismus. Auch diese Einsicht gehört zur Analyse des New Deal. Radikale linke Kräfte schlussfolgern daraus allerdings, dass linke Bewegungen zwar Sozialreformschritte im Kapitalismus begrüßen und unterstützen sollten, in ihnen aber kein Potenzial für antikapitalistische Entwicklungen sehen dürften. Sich auf längere Transformationsprozesse im Kapitalismus einzulassen und gar auf Lernprozesse im herrschenden Block zu rechnen, sei Kollaboration mit dem Klassengegner. Transformationspolitik wird als purer Gegenpol zu revolutionärer Konsequenz gedacht und sei nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern würde nur den Kapitalismus stabilisieren, »denn es gehört zu den gefährlichen Illusionen, wenn politische Kräfte sich darauf verlassen, dass das weltweit agierende Kapital bereit ist und bereit sein würde, sich dieser und jener Transformation oder einer demokratischen Kontrolle zu erschließen und Maßnahmen, die Profitinteressen verletzen, zu tolerieren«. (Graf 2015: 148) Zwar verlassen sich »politische Kräfte« in Wahrheit keineswegs darauf, dass das globalisierte Kapital die Verletzung seiner Profitinteressen tolerieren wird. Ganz im Gegenteil betonen die Vertreter eines linken Transformationskonzepts mit Nachdruck, dass nur ein gravierender Machtzuwachs alternativer Akteure den Interessen des Großkapitals mit Erfolg entgegenzuwirken vermag. Ernst zu nehmen ist aber die Überlegung, dass die Machteliten oft genug in der Geschichte zu bewaffneter Gewalt gegriffen haben, wenn sie ihre Interessen gefährdet sahen. Doch diese Erfahrung spricht nicht gegen eine linke Transformationsstrategie. Sie bedeutet allerdings, dass auch künftig der Versuch der Mächtigen nicht auszuschließen ist, einen drohenden Verlust ihrer Herrschaft bewaffnet zu verhindern. Die einzige Erfolg versprechende, dem humanistischen Charakter der Demokratie und des demokratischen Sozialismus entsprechende Konsequenz daraus ist, im öffentlichen Bewusstsein eine radikale Ablehnung physischer Gewalt gegen Leib und Seele von Menschen so tief zu verankern, dass die Herrschenden künftig nicht wagen können, ihre Herrschaft mit blutigen Mitteln zu behaupten (Rilling 2008; Brie 2008: 101-138). Jegliches Eintreten für einen progressiven Transformationsprozess muss mit dem Wirken für innere Friedfertigkeit, für

die Unverletzlichkeit von Leben und Gesundheit einer und eines jeden, für »Gemeinsame Sicherheit« von Oben und Unten nicht nur in der Außen- und Sicherheitspolitik verbunden werden.

Siebtens: Im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist aus der Transformationsforschung das Konzept einer doppelten Transformation hervorgegangen. Um zu verhindern, dass wie der New Deal auch künftige mögliche Reformfortschritte wieder zurückgerollt werden, müssen das systemüberschreitende Potenzial von Reformen ausgeweitet und die Reformen im Kapitalismus durch weiter gehende Brüche vertieft werden. Ob beispielsweise die öffentliche Daseinsvorsorge, der Non-Profit-Sektor, partizipative Bürgerhaushalte, Regionalplanung unter Bürgerbeteiligung, Formen solidarischer Ökonomie, Experimente öffentlichen Nahverkehrs zum Nulltarif, feministische Bewegungen für die Aufwertung der Care-Arbeit, Energiegenossenschaften, Bürgerinitiativen gegen Rechtspopulismus und Neonazis, Solidarität über nationale Grenzen hinweg und die Friedensbewegung – viele gegenwärtig in das kapitalistische System integrierte Institutionen, Formen und Praxen bergen potenziell sozialistische Perspektiven. Sie bieten Ansätze für Einstiegsprojekte in eine Große Transformation zu einer nachhaltigen solidarischer Gesellschaft, das heißt zu einem demokratischen grünen Sozialismus. Eine von Reformen getragene postneoliberale progressive Transformation schon im Rahmen des Kapitalismus mit dem Einstieg in eine den Kapitalismus überschreitende Transformation von revolutionärer Tiefe zu verknüpfen, das macht den Inhalt des hier vertretenen Konzepts doppelter Transformation aus.

Achtens: In den Kämpfen um den New Deal innerhalb der US-Machteliten schien das Gespür der Herrschenden für Chancen und Gefahren auf, die in Transformationsprozessen für sie stecken. Die Fraktion um Präsident Roosevelt erfasste das Stabilisierungspotenzial einer progressiven Transformation für das kapitalistische System. Die Konservativen im herrschenden Block fürchteten die Gefahr des Umschlags von innersystemischen Reformen in systemgefährdende Brüche. Diese Gefahr war damals kaum gegeben. Aber schon in der Abweichung der New Deal-Reformen vom herkömmlichen Pfad befürchteten sie eine Bedrohung ihrer Macht. Das scheint den Herrschenden unterschiedlicher Systeme gemeinsam zu sein. Auch das Politbüro der SED fürchtete die Gefahr einer Verselbstständigung von Reformen, selbst wenn es sie – wie die Einführung des Neuen Ökonomischen Systems – selbst beschlossen hatte, und drehte sie wieder zurück, sobald es eine Bedrohung seiner Macht witterte.

Kapitel 3

Differenzierungen und Lernprozesse in den US-Machteliten auf dem Feld der Sicherheitspolitik

Der Rückblick auf die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fraktionen der amerikanischen Machteliten um den New Deal hat die Fähigkeit eines Teils des herrschenden Blocks deutlich gemacht, unter bestimmten Voraussetzungen eine systeminterne Transformation zu einem sozial progressiven Typ des Kapitalismus zu vollziehen.

3.1 Ausgangssituation: Atomkriegsgefahr stellt das Konzept Sicherheit durch militärische Überlegenheit infrage

Ein Rückblick auf Rüstungskontrolle und Abrüstung im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts und besonders in den achtziger und neunziger Jahren problematisiert Differenzierungsprozesse und Lernfähigkeit im herrschenden Block vor allem der USA auf einem speziellen, allerdings existenziellen Politikfeld, dem der Sicherheitspolitik. Nach einer progressiven Reformfähigkeit bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften wird vor allem aus der Perspektive des Umgangs der Herrschenden mit der Gefahr eines Atomkriegs gefragt. Dies kann als besonderer Fall der Reaktion innerhalb der Machteliten auf die globalen Gefahren für die Menschheit in unserer Zeit betrachtet werden. In diesem Kapitel geht es also nicht darum, den Rüstungswettlauf zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nachzuzeichnen, sondern die Differenzen in diesem Prozess zwischen den verschiedenen Fraktionen der herrschenden Kreise in den USA hervorzuheben.

Die unabgeschlossene Geschichte von Rüstungskontrolle und Abrüstung kann ebenso wie die des New Deal in mehreren Akten erzählt werden. Erster Akt: Vorgeschichte – militärische Überlegenheit als sicherheitspolitisches Grundprinzip. Zweiter Akt: Akute Atomkriegsgefahr als Hauptanstoß für Abrüstungsschritte in den 1980ern und 1990ern. Dritter Akt: Abrüstungserfolge im Angesicht wechselseitiger Zweitschlagsfähigkeit der Supermächte, im Gefolge sicherheitspolitischer Auseinandersetzungen in den Machteliten und unter dem Einfluss der

Friedensbewegung. Vierter Akt. Rückfall in die Hochrüstung als abermalige Herausforderung.

Gegenwärtig ist ein Einfluss mäßigender Kräfte innerhalb der Machteliten der USA und der NATO allerdings kaum zu spüren. Der Gedanke der Friedensfähigkeit des Kapitalismus scheint durch die reale Entwicklung seit Beginn des neuen Jahrhunderts in das Reich der enttäuschten Hoffnungen verwiesen. Weltweit steigen die Rüstungsausgaben. Statt der weiteren Reduzierung des Kernwaffenpotenzials werden atomare Waffen modernisiert. Die Osterweiterung der NATO unter Bruch von Vereinbarungen mit Russland wird dort als Bedrohung empfunden. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland wird im Westen mit Demütigungen Moskaus und der Stationierung von NATO-Truppen in den Nachbarstaaten Russlands beantwortet. Der Ukraine-Konflikt gibt zusätzlich Anlass für neue Rüstungsschübe. Gerade diese bedrohlichen Entwicklungen verweisen auf die Aktualität der Erinnerung an historische Konstellationen, unter denen Teile des herrschenden Blocks fähig zu Schritten militärischer, politischer und rhetorischer Deeskalation waren und sich partiell auf das Konzept »Gemeinsamer Sicherheit« einließen. Der Rückblick darauf ist nicht als Relativierung der Gefahren aufzufassen, die von der gegenwärtigen NATO-Politik ausgehen. Im Gegenteil, im Lichte schon einmal erreichter Fortschritte von Rüstungskontrolle und Abrüstung tritt die Gefährlichkeit heutiger westlicher Militärpolitik und russischer Reaktionen darauf umso schärfer hervor. Umso dringlicher wird, eine Rückkehr der Machteliten zu einer Verantwortung einzufordern, die sie schon einmal – wenn auch begrenzt – wahrgenommen haben.

Die Vorgeschichte, der **erste Akt**, der hoffnungsvollen Rüstungskontroll- und Abrüstungsphase in den 1980er und 1990er Jahren reicht weit zurück. Sie war gekennzeichnet von der Überzeugung, dass eigene Sicherheit nur durch militärische Überlegenheit über den Gegner zu erlangen sei. Abschreckung von Feinden oder sogar präventiver Angriff galten über die Jahrhunderte hinweg als der beste Weg zum Frieden. Das galt als so selbstverständlich, dass Stanley Kubrick das Prinzip der Waffenüberlegenheit als Überlebensprinzip sogar in die Urgesellschaft projizierte. In seinem Filmepos »2001 Odyssee im Weltraum« ließ er eine Gruppe von Urmenschen gegen eine rivalisierende Gruppe um eine Wasserquelle kämpfen. Die eine Gruppe siegte über die andere kraft ihrer überlegenen Waffen, durch den Einsatz von bis dahin nicht bekannten Knüppeln besonderer Art nämlich.

Aber die lange Vorgeschichte bis zu der Einsicht, dass der Frieden eher friedlich als mit Waffen herbeizuführen ist, bis zu Rüstungskon-

trollen und Abrüstung schließlich, wurde mit dem Blut von Millionen geschrieben, die ihr Leben und ihre Gesundheit in einer nicht absehbaren Kette von Kriegen verloren. Die Liste der Kriege ist unübersichtbar. Vittorio Ferretti hat in seinem Werk »Weltchronik der Kriege und Genozide« über 5.000 gewalttätig ausgetragene Konflikte bis zum Jahr 2000 benannt (Ferretti 2014). Allein in den 100 schlimmsten Gewaltakten der Menschheitsgeschichte sind nach den Untersuchungen des amerikanischen Bibliothekars Matthew White 455 Millionen Menschen zu Tode gekommen. Die Philosophie des »Si vis pacem para bellum« verhinderte kein Blutvergießen, sie führte mitten hinein. Gleichwohl war dieses »Wenn Du Frieden willst, bereite den Krieg vor« ein bestimmendes Leitmotiv der Herrschenden zu nahezu allen Zeiten der Klassengesellschaften.

Die Zeit des Kalten Krieges war eine Hochzeit des Konzepts der Sicherheit durch militärische Überlegenheit. Irvin Kristol träumte darauf gestützt vom Sieg der von den USA repräsentierten Freien Welt in einem »Endkampf im Krieg der Welten« (Kristol 1985: 13, zitiert nach Koch 1986). Colin S. Gray vertrat noch 1982, just als die Palme-Kommission dem Überlegenheitskonzept den neuen Grundgedanken einer »Gemeinsamen Sicherheit« entgegensetzte, die Konzeption militärstrategischer Überlegenheit als Grundorientierung amerikanischer Sicherheitspolitik.

Der Gedanke »Gemeinsamer Sicherheit« war dagegen, dass in einem Konflikt die eine Seite nur so viel eigene Sicherheit erlangen könne, wie sie auch der anderen zubillige. Sicherheit kann nur miteinander und nicht gegeneinander gewonnen werden (Bahr/Lutz 1986). Unter den Bedingungen wachsender Atomkriegsgefahr kam der Politik »Gemeinsamer Sicherheit« menschenrettende Bedeutung zu. Egon Bahr und Dieter S. Lutz schrieben mit Blick auf das Gleichgewicht des Schreckens als Barriere gegen einen Atomkrieg: »Man kann Angst haben, ob die Angst weiter reicht. ... Gemeinsame Sicherheit versteht sich als das politische Denken des atomaren Zeitalters in der Einsteinschen Dimension.« (ebd.: 15) Während ein Teil der Machteliten noch gefährlichen militärischen Illusionen anhing, zog schon der **zweite Akt** in der Geschichte der Kämpfe um Rüstungskontrolle und Abrüstung herauf. Das Bewusstwerden tödlicher Gefahr für große Teile der Menschheit und eines drohenden unvorstellbaren Rückfalls der Zivilisation begann, die Zentren der Macht zu erreichen und den Glauben an Sicherheit durch militärische Überlegenheit zu erschüttern.

Die Anti-Hitler-Koalition war schon 1945 zerbrochen. In den Vordergrund des politischen Geschehens trat die Auseinandersetzung zwi-

schen Kapitalismus und Staatssozialismus, vor allem der Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion. Die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 waren, so der US-Historiker David Horowitz, nicht zuletzt eine Machtdemonstration an die Adresse der UdSSR. Die 1947 deklarierte Truman-Doktrin, mit der Präsident Truman ankündigte, »alle freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen« widersetzen, markierte den Anspruch der USA, weltweit auch militärisch gegen alle Entwicklungen vorzugehen, die die westliche Ordnung infrage stellen, und umgekehrt prowestlichen Kräften einschließlich übler Diktaturen zur Not auch militärisch zur Macht zu verhelfen. Nach dem Koreakrieg (1950-1953) wurde für den Fall eines militärischen Konflikts mit der Sowjetunion die Doktrin »massiver Vergeltung« bis zum Einsatz von Kernwaffen beschlossen.

Die Gefährlichkeit einer Politik am Rande des Atomkrieges trat schlagartig in der Kubakrise vom Herbst 1962 zu Tage (Greiner 2001; Steinger 2011). Der Kalte Krieg eskalierte zwischen dem 15. und 28. Oktober bis zur akuten Gefahr eines atomaren Krieges zwischen den beiden Supermächten. Die Sowjetunion hatte versucht, die Lücke im nuklear-strategischen Bereich zu den USA zu verringern, indem sie begann, atomare Mittelstreckenraketen auf Kuba zu stationieren und damit auch einen Ausgleich zu den auf türkischem Territorium stationierten US-Mittelstreckenraketen zu schaffen. Ein Teil der geplanten sowjetischen Abschussrampen war bereits eingerichtet, 22 sowjetische Schiffe mit Kernwaffen an Bord waren mit Kurs auf Kuba unterwegs, als am 14. Oktober ein US-Aufklärungsjet mit Fotoaufnahmen den Aufbau eines sowjetischen atomaren Potenzials von Mittelstreckenraketen in Kuba belegte. Das Führungspersonal der USA sah die Vereinigten Staaten in neuer Weise bedroht. Gedrängt von Spitzenmilitärs und aufs äußerste alarmiert berief Präsident John F. Kennedy einen zunächst geheimen Krisenstab unter der Bezeichnung »ExComm« in das Weiße Haus ein. Die Dokumentation von dessen Sitzungen wurde Historikern später zugänglich.

In diesem exklusiven Gremium forderten die Falken einen schnellen Militärschlag noch vor dem Abschluss der sowjetischen Raketenrüstung auf Kuba. An ihrer Spitze stand Curtis LeMay, Stabschef der US Air Force und fanatischer Antikommunist. Zu den Falken im Krisenstab zählten CIA-Direktor John A. McCone, Paul H. Nitze, Staatssekretär für internationale Angelegenheiten im Pentagon und Taylor D. Maxwell, der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff, des Gremiums der Chefs von Landstreitkräften, Air Force und Marine.

Auf der anderen Seite im ExComm standen die Gemäßigten, die die Krise unterhalb der Schwelle zur militärischen Eskalation beilegen wollten. Das waren vor allem der Verteidigungsminister Robert McNamara, Außenminister Dean Rusk, der frühere Außenminister Dean Acheson und Robert Kennedy, der Bruder und Vertraute des Präsidenten. Diese Fraktion der »Tauben« präferierte eine Seeblockade gegen Kuba, die Nikita Chruschtschow zur Aufgabe des sowjetischen Raketenvorhabens zwingen sollte. Gestützt auf die Voten der Joint Chiefs of Staff forderte Maxwell dagegen einen massiven Luftschlag gegen Kuba mit anschließender Invasion. Aber zu dieser Zeit standen schon 42.000 sowjetische Soldaten in Kuba bereit zum Schutz der Raketenanlagen. Kennedy selbst schwankte zwischen einem militärischen Vorgehen und der Angst, dass die Sowjetunion darauf mit einer Einnahme Westberlins antworten könnte, ganz abgesehen von ihrer möglichen militärischen Reaktion insgesamt. Die Auseinandersetzung im ExComm zog sich mehrere Tage hin. Eine Probeabstimmung ergab zwölf Stimmen für eine Seeblockade und sechs Befürwortungen eines sofortigen Luftangriffs.

Im Grunde wurde in einem kleinen achtzehnköpfigen Kreis darüber gestritten, ob die Menschheit in das Risiko eines atomaren Inferno gestürzt werden sollte oder ob das Interesse der US-Machteliten an einer nuklear-strategischen Überlegenheit über die Sowjetunion besser auf andere Weise durchsetzbar wäre. Schließlich forderte Kennedy Chruschtschow zum Abzug der sowjetischen Raketen auf, ordnete eine Seeblockade Kubas an, drohte in einer Fernsehansprache vom 22. Oktober für den Fall eines sowjetischen Angriffs an, Moskau durch einen atomaren Gegenschlag zu vernichten, und befahl für die Streitkräfte des Strategic Air Commands die Alarmstufe DEFCON 2. Die Stufe DEFCON 1 hätte den Atomkrieg bezeichnet. Zu diesem Zeitpunkt waren drei US-Kreuzer, 16 Zerstörer, ein Flugzeugträger, hunderte Flugzeuge und auf Abruf 150 weitere Schiffe bereit, die Seeblockade durchzusetzen. Chruschtschow lehnte in einem Schreiben an Kennedy dessen Forderung nach Abbau der Raketenbasen ab. An den Küsten von Florida wurden US-Truppen für den Fall einer neuen Entscheidung zur Invasion in Kuba konzentriert.

Die Gefahr eines atomaren Krieges rückte greifbar nahe. Für die Regierungsmitglieder in Washington war bereits ihre Verlegung in einen atomwaffensicheren Bunker organisiert. Viele Amerikaner begannen, sich mit Hamsterkäufen auf einen Krieg vorzubereiten. Brisante Vorfälle folgten aufeinander. John LeMay ließ demonstrativ eine Serie von Atombombentests über dem Johnston-Atoll durchführen. Die UdSSR

testete als Reaktion darauf zwei Atombomben in der Atmosphäre. Auf Cape Canaveral wurde eine Interkontinentalrakete gestartet. Der Abschuss eines amerikanischen U2-Aufklärungsflugzeugs über Kuba heizte die Situation noch mehr auf. Ein sowjetisches U-Boot wurde durch den Einsatz von US-Seeminen in der karibischen See zum Auftauchen gezwungen. Vier andere U-Boote waren weiter in Richtung Kuba unterwegs. Jedes dieser Ereignisse hätte bei Überreaktion der jeweils anderen Seite den Krieg auslösen können.

In dieser überhitzten Situation schlug Chruschtschow Kennedy vor, ein Nichtangriffsversprechen der USA gegenüber Kuba abzugeben. Diese Forderung diente der eigenen Gesichtswahrung und hatte zugleich substantielle Gründe. Im April 1961 hatten von der CIA in Guatemala ausgebildete und ausgerüstete proamerikanische paramilitärische Einheiten mit einer Invasion versucht, die kubanische Regierung zu stürzen, waren dabei aber von der kubanischen Armee geschlagen worden. Im Gegenzug zu einem amerikanischen Nichtangriffsversprechen sagte Chruschtschow den Abzug der sowjetischen Raketen aus Kuba zu. Kennedy, der schon dabei war, sich über die Seeblockade Kubas hinaus einer militärischen »Lösung« zuzuneigen, nahm das Angebot an, verbunden mit einer nichtöffentlichen Vereinbarung, die in der Türkei stationierten Jupiterraketen der USA zurückzuziehen. Die Welt hatte am Abgrund eines Atomkrieges gestanden. Innerhalb der US-Machteliten hatte in einer zivilisationgefährdenden Situation im letzten Moment die Vernunft über Irrationalität gesiegt.

Der überstandene Schock führte zu einer vorübergehenden Entspannungsphase. Sie mündete unter anderem im August 1963 in der Unterzeichnung eines Atomteststoppabkommens zwischen den USA, UdSSR und Großbritannien, das Tests in der Luft und unter Wasser betraf. In der Folgezeit wechselten Entspannungsschritte und Verstärkung des Kalten Krieges: der Prager Frühling 1968 und seine Niederschlagung, die Eröffnung der SALT-Gespräche 1969, 1973 der Beginn des KSZE-Prozesses, der 1975 in die Schlussakte von Helsinki einmündete, und der sowjetische Einmarsch in Afghanistan 1979.

Trotz partieller Entspannungsfortschritte dauerte die Gefahr eines Atomkrieges an, trat immer mehr in das Bewusstsein der Öffentlichkeit und blieb auch im Establishment in West und Ost nicht ohne Wirkung. In ihrem »Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, ›Common Security« aus dem Jahr 1982, dem sogenannten Palmer-Bericht, konstatierte die Kommission eine wachsende Atomkriegsgefahr. »Politische Spannung erschwert Verhandlungen zur Begrenzung des Wettrüstens zwischen den USA und der Sowjetunion, während der dar-

aus resultierende gesteigerte Rüstungswettlauf wiederum größere politische Spannung erzeugt. Solange dieser Kreislauf sich weiter fortsetzt, erhöht sich auch das Risiko, dass der atomare Wettlauf zwischen den Supermächten eines Tages zum Krieg führt.« (Palme-Kommission 1982: 32) Diese Einschätzung und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen für eine von Grund auf neue Politik der »Gemeinsamen Sicherheit« wurde von Kommissionsmitgliedern gemeinsam getragen, die durchaus den Machteliten ihrer Heimatländer zuzurechnen waren:

- Olof Palme, Schweden, ehemaliger schwedischer Ministerpräsident, Vorsitzender der Schwedischen Sozialdemokratischen Partei
- Georgij Arbatow, UdSSR, Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Leiter des Instituts für die USA und Kanada der Akademie der Wissenschaften der UdSSR
- Egon Bahr, Vorsitzender des Bundestagsunterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle, ehemaliger Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
- Gro Harlem Brundtland, ehemalige norwegische Ministerpräsidentin, Vorsitzende der Norwegischen Arbeiterpartei
- Józef Cyrankiewicz, ehemaliger polnischer Ministerpräsident
- Jean-Marie Daillet, Frankreich, stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Parlaments
- Robert A.D. Ford, Kanada, Botschafter
- Alfonso Garcia-Robles, Mexiko, Botschafter, ehemaliger Außenminister
- Haruki Mori, Japan, ehemaliger stellvertretender Außenminister
- C.B. Muthamma, Indien, Botschafter
- Olusegun Obasanjo, Nigeria, ehemaliger Staatschef, General, Mitglied des Staatsrats
- David Owen, Großbritannien, ehemaliger Staatssekretär für Auswärtige und Commonwealth-Angelegenheiten
- Shridath Ramphal, Guyana, Generalsekretär des Commonwealth, ehemaliger Außenminister
- Salim Salim, Tansania, Außenminister
- Soetjatmoko, Indonesien, ehemaliger Botschafter in den USA
- Joop den Uyl, Niederlande, stellvertretender Ministerpräsident und ehemaliger Ministerpräsident, Vorsitzender der Holländischen Arbeiterpartei
- Cyrus Vance, USA, ehemaliger Außenminister

Auffällig ist in diesem Verzeichnis der Palme-Kommission der hohe Anteil von ehemaligen Inhabern höchster Staatsämter. Auch in Wirtschafts-

kreisen ist zu beobachten, dass kritische Haltungen und Vorschläge für weitreichenden Wandel meist erst von Persönlichkeiten kommen, die aus Vorstandsfunktionen oder ähnlicher Verantwortung bereits ausgeschieden sind. Sie unterliegen dann nicht mehr direkt der Funktionslogik vorgegebener Strukturen der existierenden Institutionen. Das trifft beispielsweise auf Aurelio Peccei zu, den Gründer des Club of Rome und früheren Vorstandsvorsitzenden von Fiat und Olivetti, auf den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Ford-Werke AG und Vorstandsmitglied des VW-Konzerns Daniel Goeudevert, auf Al Gore, den früheren Vizepräsidenten der USA, und den Milliardär und Großspekulanten George Soros. Gleichwohl deutet die späte nachdenkliche Positionierung solcher Führungspersönlichkeiten auf das – in der Regel verdeckte – Kritik- und Veränderungspotenzial in Teilen der Machteliten hin.

In offiziellen amerikanischen Schätzungen, auf die sich die Palme-Kommission berief, wurden im Falle eines großen Atomkriegs in den USA 105 bis 165 Millionen Tote und in der Sowjetunion 50 bis 100 Millionen Todesopfer erwartet. Ein internationaler Ärztekongress vertrat in seinem Abschlussbericht die Überzeugung, dass bei einem großangelegten atomaren Schlagabtausch zwischen den USA und der Sowjetunion sofort 200 Millionen Männer, Frauen und Kinder getötet würden. Verletzungen würden nach Meinung der Ärzte 60 Millionen davon tragen, von denen 30 Millionen an Strahlenkrankheit leiden, 20 Millionen Nervenschocks und Verbrennungen davontragen und weitere 10 Millionen die Symptome aller drei Krankheiten zeigen würden. Der Bericht schloss mit den Worten: »Das Gesellschaftsgefüge würde auseinanderbrechen, das Gesundheitswesen der in jahrelanger Arbeit entwickelten Einrichtungen beraubt sein und folglich auf das Niveau vergangener Jahrhunderte zurückfallen. Die Überlebenden, die sich mit ihren Verletzungen dahinschleppen – Ärzte und medizinische Laien gleichermaßen –, könnten sich nur in dem Maße wechselseitig Trost spenden, wie es die letzten Reste ihres einstigen Menschseins zulassen würden. Die Erde wäre verbrannt, der Himmel voller tödlicher Wolken radioaktiver Partikel, und von der Medizin könnte keine Reaktion auf ärztliche Erfordernisse erwartet werden.« (ebd.: 73f.)

Der Palme-Bericht bezifferte die Zahl internationaler Situationen, in denen eine der beiden atomaren Supermächte oder beide gleichzeitig ihre Bereitschaft signalisiert hatten, die Konfrontation über die atomare Schwelle hinauszuführen, auf etwa 30 Fälle. Beispielsweise waren die Kubakrise 1962 und der arabisch-israelische Krieg 1973 Situationen, zu

denen die Kommission feststellte: »Solche Vorfälle können immer der Kontrolle entgleiten.« (ebd.: 62)

Nur bruchstückhafte Informationen über eine entstandene Lage, Entscheidungen unter extremem Zeitdruck, Angst der Verantwortlichen, als entscheidungsschwach zu gelten, die Versuchung, durch einen eigenen Erstschlag einem erwarteten atomaren Angriff der Gegenseite zuvorzukommen, und irrationale gruppendynamische Prozesse im engsten Kreis atomarer Entscheidungsträger könnten, so wurde befürchtet, zu solchem Kontrollverlust beitragen. Professor Joseph Weizenbaum vom MIT in Cambridge, einer der führenden amerikanischen Computerwissenschaftler, schilderte mir in einem persönlichen Gespräch bei einem Besuch der Humboldt-Universität eine dramatische Situation. Fehler im Computer-Vorwarnsystem könnten fälschlich auf einen sowjetischen Raketenangriff hindeuten und die Katastrophe eines eigenen US-Angriffs auslösen. Deshalb gäbe es dieses Computersystem dreifach, damit die Korrektur eines Fehlalarms erfolgen oder der Ausfall eines Systems kompensiert werden könne. Es habe aber, so berichtete Weizenbaum aufs äußerste beunruhigt, tatsächlich schon den gleichzeitigen Ausfall von zwei dieser drei Systeme gegeben. Eine nicht korrigierbare Fehlinformation des dritten intakten Systems hätte zum Atomkrieg führen können. In einem Interview mit dem Verleger Moosbrugger stellte Weizenbaum fest: »Aber in unserem Falle ist von absoluter Sicherheit überhaupt nicht die Rede: wir sprechen davon, dass durch einen Computerfehler eine Katastrophe verursacht werden könne. Und diese Möglichkeit besteht wirklich; es wäre einfach Unsinn zu sagen, dass es sie nicht geben könne.« (Weizenbaum 1984: 97)

In der Nacht des 23. September 1983 hätte ein Fehler in der computer- und satellitengestützten sowjetischen Luftraumüberwachung tatsächlich einen großen Atomkrieg auslösen können.⁶ Oberstleutnant Stanislav Petrow war diensthabender Offizier im Serpuchow-15-Bunker nahe Moskau, der Zentrale dieses Systems. Um Mitternacht meldete das Computersystem den Anflug einer US-Atomrakete. Eine Weitermeldung an die sowjetische Militärführung hätte diese zu einem massiven atomaren Gegenschlag der UdSSR veranlassen können. Noch mehr galt dies für die Computerinformation über den Anflug weiterer vier Raketen. Aber Petrow hielt einen amerikanischen atomaren Angriff mit nur fünf Raketen für äußerst unwahrscheinlich. Denn die amerikanische Seite wusste, dass genau wie ihre eigene Atomstrategie auch die sowjetische

⁶ de.wikipedia.org/wiki/Stanislav_Jewgrafowitsch_Petrow

Militärdoktrin vorsah, auf einen Atomangriff mit einem vernichtenden Zweitschlag zu antworten. So meldete Petrow nur einen Fehlalarm. Er tat dies unter ungeheurem Druck. Wenn er einen tatsächlichen Atomraketenangriff nicht weiter gemeldet hätte, hätte er die erhebliche Einschränkung möglicher sowjetischer Handlungsoptionen als Reaktion auf den Angriff zu verantworten gehabt. Einen Raketenangriff zu melden, der real gar nicht stattfand, hätte unvorstellbare Zerstörungen in den USA und durch deren Zweitschlag in der Sowjetunion auslösen können. Oberstleutnant Petrow nahm diese Verantwortung auf sich. Am nächsten Tag stellte sich heraus, dass das sowjetische Frühwarnsystem ungewöhnliche Sonnenreflexe auf Wolken nahe der Malmstrom Air Force Base in Montana als Raketenstarts fehlgedeutet hatte. Ein weniger besonnener, weniger eigenverantwortlich und verantwortungsvoll denkender Offizier, den Dienstvorschriften eher formell folgend, hätte womöglich eine atomare Weltkatastrophe in Gang setzen können.

Vor der Öffentlichkeit wurde dieser Vorfall damals geheim gehalten, er wurde erst in den 1990er Jahren bekannt und belegt. Aber die Möglichkeit technischen Versagens und der Überforderung menschlicher Entscheidungen in extremen Situationen wurde in der Friedensbewegung jener Jahre zum Anlass vieler Aktionen gegen die Atomrüstung.

3.2 Auseinandersetzungen in den Machteliten um Rüstungskontrolle und Abrüstung

Im Block an der Macht nahmen die Auseinandersetzungen um die Sicherheitspolitik und insbesondere um die Nuklearstrategie zu. Sie können als **dritter Akt** in der Geschichte der Rüstungskontrolle und Abrüstung beschrieben werden. Die Gefahr eines Atomkrieges wuchs nicht nur mit der beschleunigt steigenden Zahl der Kernwaffen, sondern auch mit ihrer qualitativen Entwicklung. Die Verkürzung der Vorwarnzeit, die Mehrfachbestückung von Raketen mit Gefechtsköpfen, die zunehmende Treffgenauigkeit und Zuverlässigkeit der Systeme nährten bei manchen der Machteliten die Illusion, einen Atomkrieg notfalls zu begrenzen und ihn als Sieger führen zu können. In erster Linie setzte diese konservativ-aggressive Fraktion aber darauf, nach dem Konzept der »Sicherheitschule« durch anhaltende Rüstung die militärische Überlegenheit der USA über die Sowjetunion weiter auszubauen und auf diese Weise die Auseinandersetzung der Systeme ohne Krieg zu Gunsten des Westens entscheiden zu können. Der UdSSR wurde von dieser Fraktion eine mi-

litärstrategische Parität nicht zugebilligt, um so die Führung der Vereinten Staaten in der Welt dauerhaft behaupten zu können. Die mit dem Konzept der »Sicherheitsschule« beschriebene Strategie geriet aber mit dem Vietnamkrieg zunehmend unter Druck. Die USA hatten seit Februar 1965 mit dem Bombardement Nordvietnams und ab März mit Bodentruppen in Südvietnam in diesen Krieg eingegriffen und sich erst 1973 nach großen Verlusten sieglos zurückgezogen. Das Waffenstillstandsabkommen mit Nordvietnam im Januar 1973 verstärkte die Diskreditierung einer Sicherheits- und Außenpolitik, die auf Sicherheit durch militärische Übermacht und auf eine Weltpolizistenrolle der USA setzte (Czempiel 1989: 80).

Der Vietnamkrieg löste einen neuen Aufschwung der Friedensbewegung in den USA und international aus. Die Proteste gegen den Krieg in Vietnam wurden zu einem der Hauptanliegen der Studentenbewegung in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa (Frey 2006: 167-172). Zudem fiel die Friedensbewegung gegen den Vietnamkrieg zeitlich mit Rassenunruhen in den Gettos der Städte im Norden der USA zwischen 1964 und 1967 und mit der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung zusammen. Im August 1963 hatten an dem »Marsch auf Washington« 250.000 Schwarze und Weiße teilgenommen, dessen Höhepunkt die Rede Martin Luther Kings »Ich habe einen Traum« war. Am 7. März 1965 sollte ein Marsch von Selma/Alabama in die Landeshauptstadt Montgomery für eine ungehinderte Wahlbeteiligung von Schwarzen stattfinden. Die Polizei schlug diese Aktionen blutig nieder. Zwei Menschen, die ein Wählerregistrierungsprogramm ohne Behinderung und Ausschluss von Schwarzen unterstützt hatten, wurden ermordet. Aber acht Tage nach diesem »blutigen Sonntag« warb Präsident Johnson in einer Fernsehansprache für ein neues Wahlrechtsgesetz, den Voting Rights Act, der alle Behinderungen wie eine Wahlsteuer, Lesetests und andere Hürden der Wahlbeteiligung von Schwarzen aufhob.

Der gleichzeitige Druck der Friedensbewegung, des Civil Rights Movement und der Studentenbewegung blieb nicht ohne Wirkung auf die Machteliten. Über das Fernsehen wurden Kriegsverbrechen an der Bevölkerung Vietnams wie das Massaker von My Lai, die Strategie der Entlaubung und der Einsatz von Agent Orange bekannt und riefen den Protest nennenswerter Teile der Bevölkerung hervor. Etwa 50.000 Amerikaner entzogen sich dem Kriegsdienst durch die Flucht nach Kanada. Die Verluste der US-Invasoren und ihre sich abzeichnende Niederlage führten schließlich zu einer Mehrheit in der Bevölkerung gegen den Krieg.

Diese Stimmung und die Niederlage in Vietnam stärkte jene Fraktion der US-Machtelite, die zu den Auffassungen der »Gleichheitsschule« neigte. Diese sicherheits- und außenpolitische Richtung sah sich gedrängt, der UdSSR unter dem Druck der realen Entwicklung eine strategische militärische Parität zuzugestehen, wollte ihr jedoch eine politische Parität weiter verweigern.

Schon Präsident Richard Nixon (20. Januar 1969 bis 9. August 1974) und sein Außenminister Henry Kissinger ebenso wie Nixons Nachfolger Gerald Ford (9. August 1974 bis 20. Januar 1977) mussten Lehren aus der Vietnamniederlage ziehen. Noch mehr galt dies für die ersten anderthalb Jahre der Präsidentschaft Jimmy Carters (20. Januar 1977 bis 20. Januar 1981). Carter räumte der »Gleichheitsschule« Vorrang in der US-Außenpolitik ein. Praktisch bedeutete dies, in den folgenden Rüstungskontroll-, Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsgesprächen eine militärstrategische Parität der Sowjetunion zu akzeptieren. Rüstungskontrollverhandlungen zwischen USA und UdSSR wurde ein stärkeres Gewicht als zuvor zugemessen. Die Linkage-Politik, das heißt das Angebot wirtschaftlicher Vorteile für die Sowjetunion gegen ein weltpolitisches »Wohlverhalten« nach dem Maßstab der USA, wurde durch eine internationale Menschenrechtskampagne ersetzt. Die erdumspannende Einforderung der Menschenrechte durch die USA – nicht identisch mit eigener Respektierung der Menschenrechte – zielte darauf, den Kommunismus mit Verweis auf dessen menschenrechtliche Grunddefizite politisch zu delegitimieren.

Differenzen um SALT und ABM-Vertrag

Carter ließ sich darauf ein, die Strategic Arms Limitation Talks (SALT) weiterzuführen und die SALT II-Verträge voranzutreiben, die am 18. Juni 1979 in Wien zwischen ihm und Leonid Breschnew unterzeichnet wurden. Die Verträge im Rahmen von SALT I und SALT II enthielten Verpflichtungen beider Vertragsparteien über zahlenmäßig gleiche Begrenzungen der nuklearstrategischen Waffensysteme und über den Verzicht auf die Entwicklung bestimmter Waffensysteme. SALT I schloss den ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen ein.

Der ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile Treaty) hatte enorme Bedeutung, weil Raketenabfangsysteme erhebliche Gefahren bergen. Sie sind geeignet, Verantwortungsträger in der Überzeugung zu stärken, gegen die als feindlich betrachtete Seite eigene Sicherheit gewinnen und womöglich einen eigenen Erstschlag in der Hoffnung riskieren zu können, dass die nicht sofort auszuscheidenden gegnerischen Trägerwaffen durch

die Raketenabwehr zu vernichten seien. Die Gegenseite wird veranlasst, zur Kompensation der vielleicht abfangbaren eigenen Raketen deren Zahl und die von Mehrfachsprengköpfen zu vergrößern. Der Bevölkerung des eigenen Landes könnte ein – trügerisches – Sicherheitsgefühl suggeriert werden, um ihren Widerstand gegen die atomare Aufrüstung zu schwächen. Umgekehrt galt daher der ABM-Vertrag als bedeutender Schritt der Rüstungsbegrenzung.

Er war – und darauf kommt es im Kontext der hier vorgelegten Arbeit an – innerhalb der militärisch relevanten Machteliten aufs heftigste umkämpft (Müller 1985: 62ff.). Die Auftragnehmer Western Electric/AT&T sowie General Electric, Lockheed, McDonnell Douglas, Martin Marietta und Raytheon waren innerhalb der Wirtschaft die Haupttreiber des amerikanischen ABM-Projekts (ebd.: 331). Selbst eine ausgedünnte ABM-Version mit Kosten in Höhe von fünf Milliarden Dollar versprach 28 Unternehmen in 42 Bundesstaaten Rüstungsaufträge und Profite (ebd.: 63). Dieses begrenzte ABM-Netz sollte nach Experteneinschätzungen im Falle eines Atomkriegs eine Reduzierung der Zahl zu erwartender Toter in den USA um 20 Millionen bewirken. Aber mit 100 Millionen Opfern wurde immer noch gerechnet. Ein dichteres ABM-System hätte diese Zahl auf geschätzte 70 Millionen senken können, jedoch zu nicht aufbringbaren Kosten. Die zivile Spitze des US-Verteidigungsministeriums unter McNamara begegnete dem ABM-Projekt daher angesichts seines insgesamt geringen militärischen Werts von Beginn an sehr skeptisch.

Dagegen fanden die Rüstungsunternehmen Unterstützung bei den Oberkommandierenden der Teilstreitkräfte. Die Führung der Army, die für den operativen Einsatz der Abwehrraketen zuständig sein sollte, erhoffte sich eine nuklearstrategische Aufwertung gegenüber der Luftwaffe und der Marine. Kongressabgeordnete aus den Bundesstaaten, in denen Unternehmen Rüstungsaufträge zu erwarten hatten, votierten deshalb für ein ABM-System. Präsident Johnson hoffte, mit dem ABM-Projekt im Wahlkampf 1968 gegen den Vorwurf der Republikaner, er vernachlässige die Sicherheit des Landes, seine Wiederwahl stützen zu können.

Schließlich wurde 1967 eine schwache Variante des ABM-Systems im Wert von fünf Milliarden Dollar beschlossen. Weiter umstritten wegen seines begrenzten militärischen Potenzials und im Kontext des wachsenden öffentlichen Widerstandes gegen die extremen Kosten des Vietnamkrieges für die USA war die Position der Befürworter des Raketenabwehrsystems schließlich so schwach, dass die USA 1972 dem ABM-Vertrag mit der Sowjetunion zustimmten. Die ursprünglich geplanten 12 ABM-

Stellungen wurden auf zwei Stellungen und zuletzt auf eine reduziert, bis auch diese 1975 außer Dienst gestellt wurde.

Gegen den Kern der wirtschaftlichen Rüstungselite, gegen die militärische Führungsspitze und gegen eine knappe Mehrheit im Senat wurde das ABM-Projekt zu Fall gebracht. Die gemäßigten Kräfte in der US-Machtelite gewannen die Oberhand in einer wichtigen Teilfrage der Sicherheitspolitik.

Allerdings spielte dabei eine entscheidende Rolle, dass das Raketenabwehrsystem angesichts des großen sowjetischen Kernwaffenpotenzials militärisch sinnlos erschien. Auch die mit den Verlusten und den Kosten des Vietnamkrieges zunehmende Antikriegsstimmung in den USA und die wachsende Skepsis gegen die steigenden Rüstungsbudgets trugen erheblich zu diesem sicherheitspolitischen Erfolg bei.

Zugleich zeigt der Fortgang der Auseinandersetzungen um die Raketenabwehr, dass progressives Realitätsbewusstsein und Lernfähigkeit im herrschenden Block auch wieder zurückgedrängt werden können.

Am 13. Juni 2002 traten die USA einseitig von dem zehn Jahre zuvor abgeschlossenen ABM-Vertrag zurück. Gegen den Willen Außenminister Collin Powells und des demokratischen Mehrheitsführers Tom Daschle setzten Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und sein Stellvertreter Paul Wolfowitz die Kündigung des Vertrages durch Präsident George W. Bush durch. Bush begründete diesen Schritt mit der angeblichen Notwendigkeit des Schutzes gegen internationalen Terrorismus. Die Tragweite der Kündigung wird gegenwärtig deutlich. Das erneute Streben der NATO auf Drängen der USA zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems mit Standorten in Polen und Tschechien kann sich auf die einseitige Beendigung des vertraglich gesicherten Verzichts auf Raketenabwehrsysteme stützen. Die russische Führung könnte sich bei weiteren Schritten zur Stationierung solcher Systeme zu neuen Gegenrüstungen veranlasst sehen. Der russische Generalstabschef drohte im Mai 2012 auf einer internationalen Tagung, an der Vertreter der Vereinigten Staaten und der NATO teilnahmen: »Eine Entscheidung zum präventiven Einsatz zerstörerischer Gewalt wird getroffen werden, wenn sich die Situation verschlechtert.« (Glaser 2012)

Bereits Präsident Carter sah sich nach der Unterzeichnung der SALT II-Verträge zunehmend unter Druck der Gegner von Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Ernst Otto Czempel nannte als politische Hauptakteure dieser Kräfte die Aufrüstungsfraktion der Alten Rechten im

Kongress, die Neue Rechte mit der Zeitschrift »Commentary« als außenpolitisches Organ und das ihr nahe stehende, seit 1976 wirkende »Committee on the Present Danger«. Ihre Forderungen liefen darauf hinaus, die von der Carter-Administration praktizierte Kombination von gemäßigter Aufrüstung, Rüstungskontrolle, Ost-West-Handel, Auslandshilfe und Menschenrechtskampagne zu Gunsten einseitiger Aufrüstung mit dem Ziel der Wiedererlangung amerikanischer Superiorität gegenüber der Sowjetunion aufzugeben (Czempiel 1989: 34f.): Carters Manövrieren zwischen Rüstung und Handelskooperation wurde dagegen von Unternehmen der Exportindustrie und des Handels gestützt, repräsentiert durch die amerikanische Handelskammer, durch die National Association of Manufacturers, den Business Council, das Emergency Committee for American Trade, das Committee for Economic Development und den Business Roundtable. Die Landwirtschaft war besonders interessiert am Abbau von Handelshemmnissen, weil sie – zumindest damals – Handelsschranken in der Regel nicht durch Auslandsunternehmen unterlaufen konnte.

Bis zum Sommer 1978 konnte sich die von der Carter-Administration verfolgte ambivalente Kombination von Rüstung und Entspannung noch auf die Mehrheit der US-Machteliten stützen. Nach Befragungen des Chicago Council on Foreign Relations sahen zwei Drittel der US-Eliten 1978 die Vereinigten Staaten als militärstrategisch der Sowjetunion keineswegs unterlegen an. Sie sahen keinen Anlass, das Militärbudget aufzustocken. Fast ein Drittel wollte die Verteidigungsausgaben sogar senken. Nur ein Drittel der Machteliten vertrat den Standpunkt, die USA seien der UdSSR militärisch unterlegen und müssten energisch aufrüsten (Rielly 1979: 4, zitiert nach Czempiel 1989: 38ff.).

Doch gegen diese Mehrheit gewannen die aggressiven Kräfte verstärkten Einfluss. Zbigniew Brzezinski, schon Berater der Kennedy- und der Johnson-Administrationen, war seit 1976 nationaler Sicherheitsberater Präsident Carters. Gemeinsam mit Senator Jackson und dessen damaligem Mitarbeiter Richard Perle leitete er eine Wende der Politik Carters unter konfrontativem Vorzeichen ein. Dabei stützte er sich unter anderem auf die erzkonservative Heritage Foundation, auf das Committee on the Present Danger und seine Wortführer Paul Nitze und Eugene Rostow. Mit dem Presidential Review Memorandum 10 PD-18 vom Juni 1977 wurde der Aufbau einer weltweit operationsfähigen Eingreiftruppe, der späteren Rapid Deployment Force, eingeleitet. Die Arbeit am Entwicklungsprogramm der Cruise Missiles wurde beschleunigt. Die Feuerkraft der der NATO zugeordneten U-Boote wurde von

80 auf 400 Sprengköpfe erhöht. Vor allem am Widerstand Brzezinskis und seiner Umgebung scheiterte im Rahmen der SALT II-Gespräche ein umfassendes Verbot von Kernwaffentests. Um die Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR zu schwächen, trat Generalleutnant Rowney demonstrativ von der Vertretung des US-Generalstabs in diesen Verhandlungen zurück.

Die Carter-Rede vom 7. Juli 1978 in der Marine-Akademie gilt nach Auffassung vieler Analysten als die Wende Carters von eher gemäßigten zu stärker konfrontativen Positionen einschließlich einer Rückkehr zur Containment-Politik (Eindämmungspolitik). Am 8. Juni 1978 genehmigte Carter den Bau der MX-Rakete mit 10 Sprengköpfen und beweglicher Stationierung (ebd.: 44-51). Als Antwort auf die sowjetische Invasion in Afghanistan suspendierte Carter gegen den Willen seines Außenministers Vance den Ratifizierungsprozess des SALT II-Vertrages. Aber schon am 3. Juli 1979, fast ein halbes Jahr vor dieser Invasion, hatte Carter die erste Direktive für die geheime Unterstützung von Operationen der fundamentalistisch-islamistischen Mudschahidin gegen die sowjetfreundliche Regierung Amin unterschrieben. Das erhöhte das Risiko des militärischen Einmarschs der Sowjetunion, die von der afghanischen Regierung bereits wiederholt um militärische Hilfe gegen die Aufständischen gebeten worden war. Brzezinski war sich dessen bewusst: »Diese verdeckte Operation war eine hervorragende Idee. Sie bewirkte, dass die Russen in die afghanische Falle tappten Am Tag, an dem die Russen offiziell die Grenze überschritten, schrieb ich Präsident Carter: Jetzt haben wir die Möglichkeit, der UdSSR ihren Vietnamkrieg zu liefern. Und tatsächlich sah sich Moskau während der folgenden 10 Jahre gezwungen, einen Krieg zu führen, den sich die Regierung nicht leisten konnte, was wiederum die Demoralisierung und schließlich den Zusammenbruch des sowjetischen Herrschaftsgebiets zur Folge hatte.«⁷ Vor allem bot der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan dem aggressiven Flügel der US-Machteliten die Chance, eine verstärkte US-Hochrüstung mit Verweis auf sowjetische Bedrohungen zu begründen.

Kämpfe um die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa

Am 12. Dezember 1979 fasste die NATO den Beschluss, erstmalig Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren. Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles wurde als nachholende Antwort auf die

⁷ de.wikipedia.org/wiki/Zbigniew_Brzezi%C5%84ski

sowjetischen Mittelstreckenraketen RSD-10/SS-20 in Osteuropa dargestellt. Aber die Generalstabschefs der USA hatten noch ein Jahr zuvor erklärt, dass zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion strategisch ein wirkliches Gleichgewicht und auf allen anderen militärischen Gebieten eine eindeutige Überlegenheit der USA bestehe (U.S.-Congress 97/2, 1983, zitiert nach Czempiel 1989: 153). Während die USA 1978 einen neuen Aufrüstungszyklus begannen, musste die CIA entgegen ihren früheren überhöhten Angaben über die Rüstungsausgaben der Sowjetunion 1983 eingestehen, dass die Steigerungsrate des sowjetischen Rüstungsprogramms seit 1976 kontinuierlich abgenommen und nur noch 2% im Jahresdurchschnitt betragen hatte (Czempiel 1989: 218). 1983 lagen die Rüstungsausgaben der NATO um 29% höher als die des Warschauer Vertrages. Bei Berücksichtigung der durch die Spannungen zwischen der Sowjetunion und China in Asien gebundenen sowjetischen Potenziale übertraf der NATO-Rüstungsaufwand den der UdSSR und der anderen Warschauer Vertragsstaaten sogar um 29% (Posen/Van Evera, 1987: 80, 83ff.; Czempiel 1989: 157).

Aus sowjetischer Sicht hatte die UdSSR bei einem Ost-West-Vergleich von nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa das britische und französische Nuklearpotenzial und die Raketen auf den der NATO zugeordneten amerikanischen Solaris-U-Booten einzukalkulieren und sah durch die Aufstellung der SS-20 ein Gleichgewicht in Europa gerade erst erreicht. Die USA und die NATO lehnten solche Rechnung ab, und die aus sowjetischer Sicht bestehende spezifische Parität wurde nun durch die Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles wieder beseitigt. Dazu kam noch, dass mit dem US-Mittelstreckenpotenzial zwar das Territorium der Sowjetunion von Westeuropa aus erreicht werden konnte, jedoch die USA umgekehrt nicht durch die SS-20. Ende 1983 wurden die Verhandlungen in Genf über Rüstungsbegrenzung im Mittelstreckenbereich abgebrochen.

Die Beziehungen der beiden um die USA und die Sowjetunion gruppierten Blöcke und Militärallianzen waren zu dieser Zeit äußerst angespannt. Ein brisanter Vorfall, der ab 1988 durch den sowjetisch-britischen Doppelagenten Oleg Antonowitsch Gordijewski öffentlich bekannt und 2013 durch die Freigabe von Archivmaterialien belegt wurde, beleuchtete die Gefährlichkeit der Lage in der ersten Hälfte der 1980er Jahre.

Vom 7. bis 11. November 1983 fand die geheime NATO-Kommandostabsübung Able Archer 83 statt. Simuliert wurden die Abfolge der Alarmzustände der US-Streitkräfte in der Vorbereitung eines Atomkrieges und Prozesse während eines Nuklearkrieges. Die sowjetische

Aufklärung wurde auf erhöhte Aktivitäten in den Führungsebenen solcher Manöर्वorbereitung aufmerksam. Allerdings lagen der sowjetischen Seite unterschiedliche Informationen zur Wertung dieser Vorbereitung vor. Eine Annahme war, dass die NATO unter dem Deckmantel eines Manövers unmittelbar einen atomaren Angriff auf die Sowjetunion vorbereite. Obwohl andere Informationen dies nicht bestätigten, versetzte der Warschauer Pakt in der DDR und in den baltischen Staaten stationierte Truppen in Alarmzustand. Ob die Maßnahmen auf sowjetischer Seite bis zur Vorbereitung eines Atomkrieges reichten, ist in der Forschung nicht geklärt. Jedenfalls waren die Mobilisierungen der östlichen Seite so massiv, dass die NATO-Führung den Verlust der Kontrolle über die Entwicklung befürchtete und einen Teil des geplanten Manövers suspendierte. Aus den vorliegenden Quellen geht hervor, dass zum Beispiel die geplante Teilnahme Reagans und anderer Regierungsmitglieder in Kommandobunkern abgesetzt wurde. Vor dem Hintergrund permanent gefährlicher Konfrontation der beiden Blöcke führte das Manöver Able Archer tatsächlich bis an den Rand eines Atomkrieges.

Obwohl die Öffentlichkeit in West wie Ost diese und andere konkrete Zuspitzungen der Lage damals nicht erfuhr, breitete sich das Bewusstsein einer Atomkriegsgefahr doch erheblich aus. Am 12. Juni 1982 brachte die Nuclear Weapons Freeze Campaign unter der Losung »No Nukes Rally« rund eine Million Menschen zu einer Großdemonstration auf die Straße. Als Präsident Ronald Reagan der Bundesrepublik zur gleichen Zeit einen Staatsbesuch abstattete, traf er auch in Europa bei der Friedensbewegung auf eine heftige Ablehnung seiner Pläne. Am 10. und 11. Juni beteiligten sich im Bonner Hofgarten rund 400.000 Menschen und in Berlin 50.000 Menschen an Friedensdemonstrationen gegen seine Politik.

In den USA und in Europa gewann in der Bevölkerung das Gespür dafür Raum, dass die Ost-West-Konfrontation einen neuen Grad der Zuspitzung erreichte. Innerhalb der amerikanischen Machteliten hatten sich die am meisten konfrontativ orientierten Kräfte erneut gegen die Vertreter gemäßigter Aufrüstung bei gleichzeitiger Rüstungskontrolle und wirtschaftlicher West-Ost-Kooperation durchgesetzt. Deutlichster Ausdruck dieser Veränderung war die Wahl Ronald Reagans im Januar 1981 zum Präsidenten der USA. Reagan strebte sicherheitspolitisch erneut die militärstrategische Überlegenheit über die Sowjetunion an, stockte die Schnelle Eingreiftruppe auf, zielte auf die weltweite militärische Präsenz der USA und schließlich auf die Fähigkeit zur Weltraumkriegsführung mittels SDI. Im Leitlinien-Dokument des Pentagon für 1984-1988

hieß es: »Die Vereinigten Staaten sollten Waffen entwickeln, auf die die Sowjetunion nur schwer eine Antwort finden kann, die ihr unverhältnismäßig hohe Kosten auferlegen, neue Gebiete einer umfassenden militärischen Konkurrenz eröffnen und frühere sowjetische Investitionen obsolet machen.« (Mechtersheimer/Barth 1983: 85) Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung wurden von der Reagan-Administration nur noch soweit betrieben, wie sie zum Erreichen einseitiger Vorteile im Interesse der Wiedererlangung amerikanischer strategischer Überlegenheit nutzbar schienen.

Präsident Carter hatte zuvor den Einfluss der konfrontativ-konservativen Fraktion des Machtblocks zeitweilig zurückgedrängt. Unter Reagan vollzog sich eine Umkehr. »Unmittelbar nach seinem Amtsantritt wurden der gesamte diplomatische Dienst, das Auswärtige Amt und die Abrüstungsbehörden von allen Beamten ›gesäubert‹, die sich zu sehr mit der Carterschen Außenpolitik identifiziert hatten. Das galt insbesondere für das Büro für interamerikanische Angelegenheiten im Außenministerium und für die ACDA (die Arms Control and Disarmament Agency – D.K.), deren Beamte vollständig ausgewechselt wurden.« (Czempiel 1989: 213)

Differenzen um SDI

Die Falken in der Reagan-Administration gaben sich mit der Unterminierung des nuklearstrategischen Gleichgewichts durch die Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa nicht zufrieden. Mit seiner Star Wars-Rede am 23. März 1983 startete Reagan offiziell die Strategische Verteidigungsinitiative SDI (Strategic Defense Initiative). SDI war als Abwehrschirm gegen sowjetische Interkontinentalraketen in der Kombination mit weltraumgestützten Offensivwaffen angelegt. Die Verwirklichung des SDI-Programms sollte mit der Beseitigung einer wechselseitig gesicherten Zweitschlagsfähigkeit (Mutual Assured Destruction/MAD) das seit Jahrzehnten existierende Gleichgewicht des Schreckens aufheben. Aus der Sicht der geistigen Väter dieses Konzepts sollten die USA die Fähigkeit erlangen, die Sowjetunion mit einem nuklearen Erstschlag zu treffen und einen Gegenschlag durch das SDI-System weitgehend abzufangen. Sie behaupteten, nur die Kombination von nuklearer Erstschlagsfähigkeit mit eigener neuer Unverletzlichkeit durch ein hochwirksames Raketenabwehrsystem (SDI) würde der Sowjetunion die Bereitschaft der USA zum Einsatz nuklearer Waffen so glaubhaft klarmachen, dass davon eine Verminderung der nuklearen Kriegsgefahr und sogar Schritte atomarer Abrüstung zu erwarten seien (vgl. Payne 1984: 73, zitiert nach

Schmidt/Schwarz 1986). Angesichts der nach der Einschätzung vieler Experten wahrscheinlich höchst unvollkommenen Abfangfähigkeit des SDI-Systems hätte es eher Sinn gemacht, auf die »Enthauptung« des Gegners durch einen nuklearen Erstschlag zu setzen, um die Zahl der für einen Gegenschlag verfügbaren Interkontinentalraketen präventiv zu minimieren. Die Option einer solchen Enthauptungsstrategie war im Single Operational Plan (SIOP) der amerikanischen Streitkräfte vorgesehen, der mehr als 2.000 nukleare und 1.600 weitere militärische Hauptziele für einen Erstschlag enthielt (New York Times 30.5.1982). Das barg durchaus die Versuchung für die Sowjetunion, durch einen eigenen atomaren Erstschlag der Einsatzfähigkeit von SDI zuvorzukommen.

Schon 1977 hatte der damalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld diese Entwicklung vorgegeben: »Die ehrgeizigste Strategie ... verlangt eine Erstschlagskapazität gegen das strategische Angriffspotenzial des Gegners, die so viel seiner Megatonnage wie möglich zu zerstören versucht, ehe sie ins Spiel gebracht werden kann. Eine verbleibende Vergeltung des Gegners, vermutlich auf zivile und militärische Ziele gerichtet, könnte durch eine Kombination von aktiven und passiven Verteidigungsmaßnahmen weiter gemildert werden, wozu U-Boot-Abwehr, Raketenabwehr, Flugabwehr ... gehören.« (Rumsfeld 1978: 76f.) Mit dem SDI-Projekt wuchs die Gefahr eines nuklearen Weltkrieges nochmals erheblich an. Das Gleichgewicht des Schreckens hatte jahrzehntelang in fataler und ständig gefährdeter Weise beide Blöcke von einer Überschreitung der atomaren Schwelle militärischer Konflikte abgehalten. Nun aber sollte diese ohnehin unsichere Barriere gegen einen Atomkrieg einseitig überwunden werden.

Diese neue Situation vertiefte die militärstrategischen Differenzen in den kapitalistischen Machteliten ganz erheblich. Zu den aktiven Antreibern des SDI-Projekts gehörten neben Reagan im Regierungsapparat vor allem Verteidigungsminister Caspar Weinberger, sein Stellvertreter Fred Iklé, der frühere Staatssekretär im Pentagon Richard Perle, John Lehman und Kenneth Adelman. Konzeptionelle Köpfe des SDI Projekts waren unter anderem Colin S. Gray und Keith Payne. Edward Teller, führend an der Entwicklung der Wasserstoffbombe und des SDI-Projekts beteiligt, war zugleich einer der stärksten Befürworter des SDI-Programms.

Diese Exponenten der aggressiv-konservativen politischen und wissenschaftlichen Machteliten hatten starke Verbündete in den rüstungsorientierten wirtschaftlichen Machteliten. 80% der für 1983 bis 1990 geplanten Aufträge für SDI in Höhe von 32,8 Milliarden US-Dollar entfielen auf die 30 größten Rüstungsgüter produzierenden Konzerne (vgl.

Maier 1987: 8; Klank/Weiß 1986: 15). Unter den 21 Hauptauftragnehmern im Rahmen des SDI-Programms befanden sich 1985 nach Angaben der Federation of American Scientists 16 Unternehmen aus dem Kreis der 30 größten Rüstungskonzerne (vgl. Klank/Weiß 1986: 15). Die wichtigsten SDI-Profiteure waren McDonnell Douglas, Rockwell, Lockheed, General Dynamics, General Electric, Boeing, General Motors, Martin Marietta, TRW, Litton, Textron, Grumman, LTV, Honeywell, Ford und Teledyne (ebd.: 14).

Gegen die mächtige Fraktion der SDI-Befürworter stellten sich andere ebenfalls den inneren Machtzirkeln zugehörige Kräfte. Der ehemalige Verteidigungsminister der USA, Harold Brown, warnte vor einem mit SDI verbundenen neuen Siegglauben, mit dem »die endgültige Katastrophe in Szene gesetzt« werden würde (Brown 1983, zitiert nach Lange 1986: 2). Paul Warnke, der frühere SALT-Unterhändler der USA, und der demokratische Senator Gary Hart führten das Verspielen der Chance über nukleare Abrüstung, beim Treffen Gorbatschows und Regans in Reykjavik eine weitreichende Verständigung zu erreichen, auf das Festhalten am SDI-Projekt zurück. Die gleiche Auffassung vertraten die Spitzenpolitiker McNamara, Kennan, McBundy und Smith (Gießmann 1987: 10f.). Der ehemalige Präsident des Massachusetts Institute of Technology, Jerome B. Wiesner, brachte die kritische Haltung vieler US-WissenschaftlerInnen zum Ausdruck, als er das SDI-Programm in der New York Times vom 27. März 1983 als »Ausrufung eines neuen Zyklus des Wettrüstens« bezeichnete. Der damalige französische Außenminister Claude Cheysson schrieb in »La Croix«: »Wir möchten, dass eine Waffe verboten wird, die im Kosmos stationiert wird oder im Kosmos befindliche Satelliten oder Raketen vernichten kann. Ihre Stationierung würde das strategische Gleichgewicht zerstören, das die Bedingung für den Frieden ist.« (zitiert nach ebd.: 3) Im November 1985 veröffentlichten 30 ehemalige Regierungschefs, darunter die der Bundesrepublik, Japans und Australiens, einen Appell, in dem sich die Forderung nach strikter Einhaltung des ABM-Vertrages gegen die Strategische Verteidigungsinitiative SDI richtete (ebd.). 13 sozialdemokratische Parteien aus NATO-Ländern verurteilten auf einem Treffen im November 1985 die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum.

Die Machteliten standen international unter dem Druck großer Teile ihrer Bevölkerung. Zur Ablehnung nuklearer Rüstung trugen wissenschaftliche Studien über die wahrscheinlichen Folgen eines Atomkrieges und das aufklärende Engagement von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern stark bei. 1983, als die Auseinandersetzungen um atomare

Rüstung einen neuen Höhepunkt erreichten, gelang es der Freeze-Bewegung beispielsweise, die Unterschrift von mehr als 7.000 renommierten Physikern weltweit unter den Freeze-Appeal für ein Abkommen zum Stopp von Kernwaffentests aller Art, von Produktion und Aufstellung von Kernwaffen und Trägersysteme zu gewinnen (vgl. Amati 1983: 336f.). Fernseh- und Kinoproduktionen über die Welt nach einem Kernwaffenkrieg hatten eine große emotionale Wirkung. 1983 kam etwa zeitgleich mit Reagans Star Wars/SDI-Rede der Film »The Day After« in die amerikanischen Kinos. Rund 100 Millionen Amerikaner sahen diesen Film – ein Zeugnis davon, wie sehr die Menschen von der Drohung eines atomaren Krieges bewegt waren: Nach einem wechselseitigen Atomschlag der Supermächte haben in der einst ländlich-konservativen Idylle der Kleinstadt Lawrence nahe der vollständig ausgelöschten Stadt Kansas City nur wenige Einwohner die ersten Wochen »danach« überlebt. Die Tochter des Farmers Dahlberg, die kurz vor ihrer Heirat stand, ist von der Strahlenkrankheit befallen. Sie wird wahrscheinlich sterben. Der Sohn ist vom Lichtblitz einer Atomdetonation erblindet. Der Farmer selbst wird von marodierenden Überlebenden auf der Suche nach Nahrung, die eines seiner Rinder geschlachtet haben, erschossen. Die Zivilisation ist selbst in der wertebewussten ländlichen Region in kürzester Zeit zerfallen. Die Frau des Ermordeten bleibt auf nicht mehr zu bewirtschaftetem Boden zurück. Dr. Oakes, die andere Hauptperson im Film, hat seine Frau und seine beiden erwachsenen Kinder im atomaren Inferno verloren. Fast ohne Medikamente versucht er, selbst völlig erschöpft, die Leiden der Verwundeten und Traumatisierten zu lindern, wird in wenigen Wochen zum Greis und bricht am Ende des Films weinend in den Trümmern seines Hauses zusammen. Rund um ihn ist die Welt verseucht von einer alles überdeckenden atomaren Staubschicht. Die unglücklichen Überlebenden gequält von körperlichem Verfall und Trostlosigkeit.

Die Langzeitfolgen eines Atomkriegs wurden durch schockierende wissenschaftliche Studien in das öffentliche Bewusstsein gehoben. Tödliche Erkrankungen durch Verstrahlung und Missbildungen der Neugeborenen wären allgegenwärtig. Riesige Flächenbrände würden Millionen Tonnen Ruß in die Atmosphäre schleudern, die dort unbestimmbar lange Zeit verblieben. Die Sonneneinstrahlung wäre stark vermindert. Ein nuklearer Winter würde die Ernten dort, wo sie überhaupt noch möglich wären, stark vermindern. Hungersnöte wären die Folge.

Vor einem solchen Hintergrund des sich verbreitenden Wissens, aber auch von Emotionen und Empathie, geweckt von Filmemachern und Schriftstellern, wurde das SDI-Projekt von großen Teilen der Bevölke-

rung als ebenso gefährlich wie sinnlos wahrgenommen. Nach der Implosion der Staatssozialismus wurde eine militärstrategische Begründung des SDI-Projekts noch zweifelhafter als ohnehin. Unter der Präsidentschaft Bill Clintons wurde SDI 1993 reduziert, 1994 in das Nachfolgeprogramm Ballistic Missile Defense (BMD) überführt und ab 2002 als National Missile Defense-Program (NMD) weitergeführt. Präsident George W. Bush begründete dies nun mit der Verteidigung gegen mögliche Angriffe von Schurkenstaaten und Terroristen.

Russland fühlt sich durch amerikanische Pläne zur Stationierung von Systemelementen des NMD in Osteuropa weiter bedroht. Im September 2009 kündigte Präsident Obama an, vorläufig auf Stützpunkte in Polen und Tschechien zu verzichten. Allerdings sollen die für Polen vorgesehenen Systeme durch seegestützte Abfangraketen ersetzt werden. Am 2. Februar 2012 wurde dann jedoch der Aufbau eines europäischen NATO-Raketenabwehrprogramms bekannt gegeben, dessen Hauptquartier sich auf der Ramstein Air Base der USA in Deutschland befindet. Dieses Raketenabwehrsystem soll bis 2020/22 stationiert sein.

Natürlich wurde das wechselhafte Schicksal des SDI-Projekts und eines Raketenabwehrprogramms – die Reduzierung der ursprünglichen Planungen und das Festhalten an irgendeiner Variante der Raketenabwehr – vor allem von den gravierenden Wandlungen der Ost-West-Verhältnisse beeinflusst.

Die Entscheidungsträger konnten sich den Rüstungsinteressen, aber auch der wachsenden Ablehnung der neuen Hochrüstungsprojekte in der Bevölkerung nicht entziehen. Die Bedenken, die aus den Kosten für SDI resultierten, spielten ebenfalls eine Rolle. Aber schließlich mussten alle diese Faktoren zu Entscheidungen verarbeitet werden. Schließlich kam es darauf an, welche Fraktionen innerhalb der Machteliten sich mit ihren Schlussfolgerungen aus dem veränderten Bedingungsgefüge durchsetzen würden und welche Kompromisse in den Führungskreisen ausgehandelt wurden.

Nach diesem Kurzexkurs zu den amerikanischen Raketenabwehrambitionen bis in die Gegenwart geht es im vorliegenden Text nun zurück in die Zeit der Präsidentschaft Ronald Reagans, der die Gefahr eines atomaren Krieges durch sein Sternenkriegsprojekt dramatisch vergrößerte und damit die Gegner dieses gefährlichen Kurses auch in den Machteliten selbst herausforderte.

Unterschiedliche Fraktionen in den US-Machteliten seit Mitte der 1980er Jahre

Seit Mitte der 1980er Jahre zeichneten sich allmählich folgende Fraktionen innerhalb der amerikanischen außen- und sicherheitspolitisch relevanten US- Machteliten ab, wie damals unter anderem André Brie analysierte:

1. »rechtskonservative, extrem aggressive, am engsten mit den Rüstungskonzernen liierte Kreise, vor allem in den USA, also der gewissermaßen bornierte Flügel des militärischen-industriellen Komplexes. [...] Der Einfluss dieser Kräfte ist groß, jedoch nicht mehr, wie in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, dominierend.« (Brie 1988: 10) Zu den herausragenden Köpfen dieser Richtung im politischen Establishment zählten der Chef des Pentagon, Caspar Weinberger, sein stellvertretender Minister Fred Iklé, Richard Perle, John Lehman, Kenneth Adelman, der im Pentagon für das SDI-Projekt zuständige Abteilungschef General J. A. Abrahamson sowie im Umfeld der Regierung Collin Gray und Keith Payne, Max Kempelmann und David Abshire (vgl. Gießmann 1987: 12, 16).

Trotz der treibenden konfrontativen Rolle dieser Gruppierung innerhalb der politischen Machteliten wurde sie noch von ultrarechten neokonservativen Strategietheoretikern wegen ihrer angeblich militärisch zu zögerlichen Haltung kritisiert. Eines der Zentren dieser Kreise war seit 1985 die außenpolitische Zeitschrift »The National Interest«, Herausgeber war der Erzkonservative Irving Kristol. Dieser votierte deutlich für das Primat militärischer Aktionen vor Verhandlungen und klagte: »Innerhalb der Regierung der Vereinigten Staaten selbst ist das Außenministerium noch der liberal-internationalistischen Vision verhaftet, in der das Geschäft der Diplomatie Priorität gegenüber einer aktivistischen Außenpolitik hat. Das Verteidigungsministerium, das immer noch die in Vietnam zugefügten Wunden leckt, lehnt es ab, sich in irgendeiner militärischen Aktion zu engagieren, die kurz unterhalb der Schwelle eines allgemeinen Krieges liegt. Der Kongress ist ebenso wie die Medien noch immer von einer Koalition liberaler Internationalisten und linker Isolationisten beherrscht.« (Kristol 1985: 13f.)

Die damals führenden Rüstungskonzerne der USA, zu denen die Falken in der politischen Machtelite enge Beziehungen hatten, sind in der Tabelle auf der folgenden Seite genannt.

2. »Die stärkste Einwirkung auf die Gestaltung imperialistischer Politik in den internationalen Beziehungen üben gegenwärtig jene konservativen Kreise aus, die zwar ebenfalls prinzipiell auf die Fortsetzung der Hochrüstung orientieren, sie jedoch durch bestimmte Schritte zur

Führende Rüstungskonzerne der USA

	Konzern	Wichtigste Rüstungsgüter	Rüstungs- umsatz		Ausge- wiesener Rüstungs- gewinn	
			Mrd. \$	v.H. ¹	Mrd. \$	v.H. ²
1.	McDonnell Douglas	Kampfflugzeuge, SDI, Raketen	9,1	78	652	M
2.	Rockwell	Kampfflugzeuge, SDI, Raketen	8,7	77	848	M
3.	Lockheed	Kampfflugzeuge, SDI, Raketen, Schiffe, Elektronik	8,6	90	518	87
4.	General Dynamics	Kampfflugzeuge, SDI, Raketen, Schiffe, Panzer	7,2	81	626	95
5.	General Electric	Kernladungen, Elektronik, Triebwerke, SDI	6,3	17	400	17
6.	Boeing	Raketen, Flugzeuge, SDI	8,1	45	500	90
7.	General Motors	Elektronik, Raketen, Kfz, SDI	6,0	6	320	8
8.	Northrop	Kampfflugzeuge, Raketen	4,6	90	193	90
9.	United Technologies	Kampfhubschrauber, Triebwerke	4,0	27	338	31
10.	Martin Marietta	Raketen, SDI, Elektronik	3,5	80	174	70
11.	Allied-Signal	Elektronik, Chemie	3,3	36	–	–
12.	TRW	Raketen, Elektronik, SDI	3,3	56	238	M
13.	Raytheon	Raketen	3,1	49	184	49
14.	Litton	Schiffe, Elektronik, SDI	2,9	63	316	94
15.	Textron	Raketen, SDI, Kampfhubschrauber	2,8	49	213	39
16.	Grumman	Kampfflugzeuge, SDI	2,6	84	71	87
17.	LTV	Schiffe, Kfz	2,3	28	164	M
18.	Sperry	Elektronik, Raketentechnik, Raketen, SDI	2,3	41	177	M
19.	Honeywell	Elektronik, Raketentechnik, SDI	1,9	29	125	60
20.	Ford	Artillerie, Raketentechnik, Kfz, SDI	1,8	3	125	5
21.	Tenneco	Schiffe	1,7	11	40	23
22.	Westinghouse	Kernladungen, Raketentechnik	1,6	15	90	15
23.	IBM	Elektronik	1,6	3	260	4
24.	Texas Instruments	Elektronik, Raketen	1,5	31	163	M
25.	Teledyn	Raketentechnik, Elektronik, SDI	1,5	32	150	27
26.	FMC	Panzerfahrzeuge	1,4	42	96	48
27.	Singer	Elektronik	1,3	54	61	52
28.	Eaton	Elektronik	1,1	30	75	33
29.	Morton Thiokol	Raketentechnik und –treibstoff	1,1	61	121	59
30.	Lear Siegler	Elektronik, Kleinflugzeuge	0,9	37	42	48

M = Anteil der Rüstungsgewinne an den Gesamtgewinnen lag wegen Verlusten in der Zivilproduktion über 100%; Quelle: IPW 9/1986: 14. Dort zusammengestellt aus: Geschäftsberichten; Forbes 14.1.1985 und 13.1.1986; Business Week 1.7.1985, 27.1.1986, 17.3.1986

Rüstungsbegrenzung ergänzen und das Wettrüsten kalkulierbarer machen wollen. Abrüstungsmaßnahmen sind für sie keine Alternative zum Wettrüsten, sondern sollen in verschiedener Hinsicht ebenfalls dazu beitragen, militärische Vorteile für die USA und ihre Partner zu realisieren.« (Brie 1988: 10)

Henry Kissinger unterstützte zwar beispielsweise das SDI-Projekt, hatte dabei jedoch die Erwartung, dass es die sowjetischen nuklearen Interkontinentalraketen entwerten und auf diesem Wege die nukleare Rüstung dämpfen könne. Er schrieb: »Die strategische Verteidigung ist die einzige neue Idee, die davon wegführt, dass man sich im Übermaß auf Kernwaffen stützt.« (Kissinger 1985, zitiert nach Gießmann 1987) Wie Paul Nitze verwies Kissinger aber schon zu Beginn des SDI-Projekts auf die Gefahr eines Kontrollverlustes in möglichen Konfliktfällen. Nitze forderte deshalb auch die vorläufige Einhaltung des ABM-Vertrages, während Richard Perle und General Abrahamson auf Nitzes Kündigung drängten. Als jedoch die Bush-Administration die atomare Rüstung immer weiter trieb und die nukleare Rüstungskontrolle schwächte, appellierte Kissinger zu diesem späteren Zeitpunkt gemeinsam mit einem anderen ehemaligen Außenminister, George P. Schultz, mit dem früheren US-Verteidigungsminister William J. Perry und mit Senator Sam Nunn im Wall Street Journal vom 15. Januar 2008 unter dem Titel »Toward a Nuclear-Free World« für eine Abschaffung aller Atomwaffen.

Fast die Hälfte der Senatoren des US-Senats formulierte in einem Schreiben vom 22. Mai 1986 an den Streitkräfteausschuss des Senats Bedenken und Zweifel zum SDI-Projekt (Gießmann 1987: 14), während die steigenden Rüstungsausgaben mit Abstrichen von Reagans Forderungen weiter mitgetragen wurden.

In den Wirtschaftseliten wirkten Interessengegensätze zwischen den Profiteuren der Rüstung und den überwiegend im zivilen Bereich tätigen und exportorientierten Unternehmen. Letztere registrierten mit wachsender Sorge die Beeinträchtigung der Gesamtwirtschaft durch die Rüstung. Die Rüstung in den USA trug entscheidend zu einer extremen Erhöhung der Staatsverschuldung bei. 1988 war die Staatsverschuldung der USA auf 2,3 Billionen Dollar gestiegen, das heißt auf mehr als 50% des jährlichen Bruttosozialprodukts. Damals galt dies als exorbitant hoch. Seit Anfang der achtziger Jahre betrieben die USA eine Hochzinspolitik, um Anleger für die Finanzierung der staatlichen Defizite zu gewinnen. Das internationale Finanzsystem folgte diesem Hochzinstrend, der die Wirtschaftslage vieler Länder stark belastete und auf diese Weise die Exporte der USA erschwerte. Exportorientierte Unternehmen im zivi-

len Sektor gerieten dadurch verstärkt in einen Interessenkonflikt zu den Rüstungsinteressen von Unternehmen, die eher die aggressiven Varianten der Sicherheitspolitik und Rüstung förderten.

Der frühere NATO-Oberbefehlshaber in Europa, US-General Bernard Rogers, beklagte zudem eine abnehmende Unterstützung der Rüstung in der Bevölkerung: »Aber es ist uns einfach nicht gelungen, den Menschen zu verdeutlichen, dass da eine Gefahr für ihre Freiheit besteht; und ihnen klarzumachen, dass sie ihren Parlamentariern unmissverständlich sagen müssen: Jawohl, wir sind bereit, die Mittel zu opfern, die zur Verteidigung dieser Freiheit notwendig sind. Irgendwie kriegen wir diese Botschaft nicht rüber.« (Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 5.12.1986)

3. »Äußerst heterogen in sich und in seinen Zielen ist der gemäßigte Flügel der Monopolbourgeoisie und sind die unterschiedlichen mit ihm verbundenen politischen Gruppierungen. Sein Einfluss hat in den vergangenen Jahren wieder zugenommen, nachdem er Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre weit zurückgedrängt worden war. Eine grundlegende Beendigung des Rüstungswettlaufs wird auch durch diese Kreise nicht gefordert und unterstützt. Dennoch treten sie für ernsthafte Schritte zur Stärkung der politischen und militärischen Stabilität durch Rüstungsbegrenzungen und -reduzierungen in den für diese Stabilität besonders wichtigen Bereichen ein. Zu ihnen gehören konsequente Gegner der Weltraumrüstung und solche US-Politiker wie Edward Kennedy und Mark Hatfield, die ausgehend von einer realistischen Einschätzung der Gefahren des nuklearen Wettrüstens seine Beendigung, gleichzeitig aber massive Aufrüstung im Bereich der konventionellen Waffen fordern.« (Brie 1988).

Der Bankier Felix Rohatyn beispielsweise, Vorstandsvorsitzender der Municipal Assistance Corporation for New York und durch den Tätigkeitsbereich dieses Unternehmens ständig konfrontiert mit den Negativwirkungen der Rüstung auf die Finanzen von Städten und Gemeinden, stellte zu den Langzeiteffekten der Rüstung fest: »Die USA und die übrige Welt werden einen hohen Preis dafür zahlen müssen, dass wir zwei Billionen Dollar für ein Verteidigungsprogramm von zweifelhaftem Wert ausgegeben haben.« (Rohatyn 1987: 1226)

Inbesondere diese dritte Richtung innerhalb der Machteliten sah sich zu ihren Positionen vor allem durch die drohenden Gefahren nuklearer Konfrontation gedrängt, aber eben auch durch die destruktiven Wirkungen der Rüstung auf den gesamten Wirtschaftsverlauf sowie durch die wachsende Ablehnung noch höherer Rüstungslasten in der Bevölkerung.

4. »Ebenfalls stärker geworden sind jene staatstragenden Kräfte in den kapitalistischen Staaten, die für eine Wende zur Abrüstung eintreten und Schritte zur Reduzierung oder sogar zur Beseitigung von nuklearen und konventionellen Rüstungen unterstützen. Zu ihnen sind heute auch die meisten sozialdemokratischen Parteien zu rechnen.« (Brie 1988)

Zu fragen ist nun, wie gewichtig schließlich die Ergebnisse der sicherheitspolitischen Differenzierungsprozesse und Auseinandersetzungen innerhalb des Blocks an der Macht waren. Dabei wird ein wiederholender Blick auf einzelne Verträge nicht zu vermeiden sein, jedoch nicht wie bisher unter dem Aspekt der inneren Kämpfe in den Machteliten, sondern vom Standpunkt der realen Resultate von Rüstungskontrolle und Abrüstungsverträgen zur Minderung der Kriegsgefahr. Es lässt sich nicht bemessen, welchen Anteil am Zu-Stande-Kommen von Rüstungskontroll- und Abrüstungsschritten die Wirkungen der Ost-West-Konfrontation, welchen Anteil der Druck der Friedensbewegungen und welchen Anteil die Differenzen innerhalb der Machteliten hatten. Wohl aber darf – auch nach den hier dargestellten Divergenzen innerhalb der westlichen Machteliten – angenommen werden, dass die schließlich zustande gekommenen Abrüstungsvereinbarungen immer *auch* ein Ausdruck der Konstellation zwischen den verschiedenen Fraktionen des Blocks an der Macht sind. Sofern die Realitäten wesentliche Rüstungsbegrenzungen und Abrüstungsschritte einschließen, ist dies auch ein Verweis auf Lernfähigkeit und Durchsetzungspotenziale eines gemäßigten Teils der Herrschenden.

Waren die Abrüstungsschritte und Rüstungsbegrenzungen in den 1980er und 1990er Jahren aber tatsächlich Erfolge von gravierender Bedeutung? Veränderten sie die Verhältnisse so sehr, dass sie zu Recht als aussagekräftig zur Bedeutung von Differenzierungen für positive Wandlungsfähigkeiten in den Machteliten angesehen werden können?

3.3. Resultate von Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen

Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser

Das Atomteststoppabkommen wurde im August 1963 unterzeichnet und trat zwei Monate später in Kraft. Es war der erste erfolgreiche Schritt zur Begrenzung der atomaren Rüstung in einer hochbrisanten Situation internationaler Spannungen zu Anfang der sechziger Jahre (Berlin-Krise

1961, Kuba-Krise). Im Durchschnitt wurde zu dieser Zeit alle drei Tage eine Atombombe mit der vielfachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe erprobt. Die Tests dienten der Weiterentwicklung nuklearer Waffen. In Staaten wie Indien, Pakistan und Nordkorea sowie vermutlich Israel war ihr Ziel deren Aufstieg in den Club der Nuklearmächte. Experten schätzen, dass allein alle in der Atmosphäre durchgeführten Kernwaffentests eine Sprengkraft von 440 Megatonnen TNT erreichten. Das entspricht 29.000 Bomben des Hiroshima-Typs. Etwa 4.200 Kilogramm Plutonium gelangten in die Atmosphäre.⁸ Im Umfeld der Testgebiete traten in nachfolgenden Generationen hohe Raten von Krebserkrankungen und Missbildungen auf. Weltweit erhöhte sich die Strahlenbelastung. Durch das Verbot von Nukleartests in der Atmosphäre konnte sie wieder gesenkt werden – für Millionen Menschen ein existenzieller Fortschritt. Doch schloss das Gefahren infolge unterirdischer Konzentration von Plutonium durch Tests unter der Erdoberfläche nicht aus. Das entscheidende Defizit des Teststoppvertrags von 1963 war, dass unterirdische Tests darin nicht verboten wurden (Scheffran 2014). Diese Begrenzung konnte erst durch den umfassenden Atomwaffenteststoppvertrag von 1996 überwunden werden.

Der ABM Vertrag – Vertrag zwischen den USA und der UdSSR zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen

Als Ergebnis der SALT-Verhandlungen wurde der ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile Treaty) am 26. Mai 1972 als wichtigster Teil des SALT I-Vertrages geschlossen. Wie oben dargestellt war dies eine Niederlage der aggressiven Fraktion der US-Machtelite und leitete tatsächlich die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen bis zur vollständigen Außerdienststellung 1975 ein. Damit wurde die Gefährdung des gerade entstehenden nuklearstrategischen Gleichgewichts zwischen den USA und der Sowjetunion verhindert. Eine neue Runde atomarer Aufrüstung wurde für einige Jahre abgewendet. Versuchen zu einem atomaren Erstschlag in der Erwartung, einen Konterschlag durch ein ABM-System weitgehend abfangen zu können, wurde die Grundlage entzogen. Auf die Begrenztheit dieses Erfolges wurde bereits verwiesen. Aber der ABM-Vertrag ist, soweit er trotz seiner Kündigung durch die USA dem Aufbau von Raketenabwehrsystemen entgegensteht, bis in die Gegenwart eine Rückversicherung gegen die Illusion, ohne eigene existenzielle Gefährdung Kernwaffen einsetzen zu können. Er bildet eine einst anerkannte

⁸ www.wissen.de/thema/atombombentests

rechtliche Stütze gegen neue Versuche der NATO, in Europa eine eigene Raketenabwehr aufzubauen.

Die Biowaffen-Konvention

Diese Konvention (Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer/biologischer Waffen und Toxiwaffen sowie über die Vernichtung dieser Waffen) trat am 26. März 1975 in Kraft. Im September 2013 waren ihr 169 Staaten beigetreten. Die Konvention enthält allerdings keine konkreten Vereinbarungen über die Kontrolle ihrer Durchsetzung. Sie ist über die moralische Ächtung dieser Massenvernichtungswaffen hinaus eine starke völkerrechtliche Barriere gegen Biowaffen, bietet aber keine vollständige Sicherheit gegen ihre Herstellung und gegen ihren Einsatz.

Die SALT-Verträge

Weiter oben wurden die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fraktionen der US-Machteliten um die SALT-Verträge zur nuklearen Rüstungsbegrenzung bereits skizziert. Die SALT I-Verträge vom Mai 1972 zwischen den USA und der Sowjetunion umfassten außer dem ABM-Vertrag eine Einigung über das Einfrieren der Zahl der landgestützten Interkontinentalraketen und der seegestützten ballistischen Raketen für den Zeitraum von fünf Jahren. Das Wettrüsten im Kalten Krieg wurde gedämpft. Für weitere Rüstungskontroll- und Abrüstungsgespräche wurde Zeit gewonnen. Die SALT II-Verträge vom Juni 1979 zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten regelten eine obere Grenze für die Zahl der nuklear-strategischen Trägersysteme und die Zahl der Mehrfachsprengköpfe pro Rakete. Für die Entwicklung einer Reihe von Waffensystemen wurde ein Verzicht vereinbart. Das verhinderte vorerst eine weitere Steigerung des over-kill-Potenzials und schränkte das qualitative Wettrüsten auf einigen vertraglich vereinbarten Feldern ein.

Der START I-Vertrag (Strategic Arms Reduction Treaty)

Der Vertrag wurde am 31. Juli 1991 kurz vor der Implosion der Sowjetunion zwischen George Bush und Michael Gorbatschow unterzeichnet. Er ging über die Festlegung von Obergrenzen für nukleare Waffensysteme hinaus. Der Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen führte zu beträchtlichen realen nuklear-strategischen Abrüstungsmaßnahmen. Als der START I-Vertrag Ende Dezember 2009 ausgelaufen war, hatte er zu folgenden Änderungen geführt:

	Einsatzbereite ICBMs, SLBMs und deren Trägersysteme, strategische Bomber	Gefechtsköpfe auf ICBMs, SLBMs und strategischen Bombern	Gefechtsköpfe auf ICBMs und SLBMs	Sprenkraft der einsatzbereiten ICBMs und SLBMs (in Megatonnen Dynamit)
Russland/UdSSR				
1. September 1990	2.500	10.271	9.416	6.626,3
1. Juli 2009	809	3.897	3.289	2.297,0
USA				
1. September 1990	2.246	10.563	8.210	2.361
1. Juli 2009	1.188	5.916	4.864	1.857,3

ICBM: Interkontinentalrakete; SLBM: Submarine-launched ballistic missile (U-Boot gestützte ballistische Rakete) Quellen: START data for 1st July 2009 on state.gov. (www.state.gov/t/vci/rls/130149.htm); START data for 1st September 1990 on fas.org www.fas.org/nuke/control/start1/news/strtdata.htm; de.wikipedia.org/wiki/START_II

Der START II-Vertrag

Der Vertrag wurde am 3. Januar 1993 von George Bush und Boris Jelzin unterzeichnet. Er sah die Deaktivierung aller landgestützten Interkontinentalraketen mit lenkbaren Mehrfachsprengköpfen vor. Für Russland war das eine nachteilige Vereinbarung, weil die russischen strategischen Raketen im Unterschied zu den USA überwiegend landgestützt waren. START II bedeutete für Russland daher teure Umrüstung oder Abstriche von strategischer Parität. Als zu dieser Ungleichheit noch die US-Militäreinsätze im Irak und im Kosovo und die NATO-Osterweiterung hinzukamen, verzögerte die russische Duma die Ratifizierung des Vertrages bis zum Jahr 2000. Die Zustimmung des Parlaments wurde dann an die Bedingung der Einhaltung des ABM-Vertrages durch die USA gebunden. Als diese den ABM-Vertrag kündigten, trat START II nicht in Kraft. Nach dem Intermezzo des SORT-Abkommens kam es im Gefolge einer neuen Initiative Barack Obamas 2010 zu einem neuen START-Vertrag.

Der neue START-Vertrag wurde am 26. März 2010 zwischen Barack Obama und dem russischen Präsidenten Dmitri Medwejew unterzeichnet und trat nach dem Ratifizierungsprozess am 5. Februar 2011 in Kraft. Das Abkommen sah die Reduzierung der Anzahl atomarer Sprengköpfe von 2.200 auf je 1.550 und der Zahl der Trägersysteme von 1.600 auf 800 innerhalb von sieben Jahren vor. Nach dem unglücklichen START II-Prozess wurden damit erneut wichtige Rüstungsreduzierungen eingeleitet.

Der INF-Vertrag über die Vernichtung und das Verbot der Produktion von nuklearen Mittelstreckenraketen

Der INF-Vertrag (The Treaty Between the United States and the Union of Soviet Socialist Republics on the Elimination of the Intermediate-Range and Shorter-Range Missiles) wurde nach mehrjährigen, im Oktober 1980 in Genf begonnenen Vorgesprächen und Verhandlungen am 8. Dezember 1987 von Ronald Reagan und Michail Gorbatschow in Washington unterzeichnet und trat am 1. Juni 1988 in Kraft. Er sah die Vernichtung aller landgestützten Nuklearraketen beider Seiten mit einer Reichweite von 500 bis 1.000 km und von 1.000 bis 5.500 km Reichweite innerhalb von drei Jahren vor. Deshalb wird von einer doppelten 0-Lösung für Mittelstreckenraketen gesprochen. Sie schließt auch die Zerstörung von Abschussvorrichtungen und das Verbot der Produktion dieser Waffen ein (Stamm-Kuhlmann 2004).

Unter Kontrolle der jeweiligen Gegenseite wurden bis Mai 1991 846 US-Raketen und 1.846 Raketen auf sowjetischer Seite zerstört. Damit wurden erstmals nicht nur Obergrenzen für ein extrem gefährliches nukleares Waffensystem festgelegt, sondern es wurde dessen vollständige Beseitigung realisiert. Das war ein weitreichender Abrüstungsschritt mit erheblicher Bedeutung für die politische Entspannung in Europa und zwischen USA und Sowjetunion/Russland. Die fünf großen Friedensforschungseinrichtungen der Bundesrepublik schrieben, »dass in der internationalen Sicherheitspolitik ein epochaler Durchbruch gelang« (BICC/INEF/FEST/IFSH/HSFK, 2008: 3).

Der Atomwaffenteststoppvertrag

Der umfassende, nunmehr auch unterirdische Atomtests ausschließende, Teststoppvertrag (Comprehensive Test Ban Treaty/CTBT) wurde am 24. September 1996 in New York von 71 Staaten unterzeichnet. Bis 2012 hatten ihn bereits 183 Staaten unterzeichnet und 159 ratifiziert. Er ist aber noch nicht in Kraft getreten, weil dies erst möglich ist, wenn alle 44 in einem Vertragsanhang genannten Staaten ihn ratifiziert haben. Acht Staaten, darunter die USA, China und Israel, haben dies bisher verweigert (Scheffran 2014) Gleichwohl wirkt der Vertrag real bereits als Barriere, weil er in der Mehrheit der Staaten der Einsetzbarkeitskontrolle von Nuklearwaffen, ihrer Perfektionierung, ihrem Erwerb durch Nichtnuklearstaaten und der Entwicklung von Atomwaffen durch sie selbst entgegensteht. Vertragsgemäß wurde ein hochwirksames globales Überwachungssystem mit weltweit 321 Messstationen und zentralem Sitz in Wien aufgebaut. Mit dem CTBT-System ist ein Vorbild für

die effiziente Verifikation nuklearer Abrüstung entstanden. Allerdings entwickeln vor allem die USA, aber auch andere Atommächte ihre Nuklearpotenziale gestützt auf Computersimulationen und subkritische Erprobungen (Tests unterhalb einer auch für zivile Zwecke vereinbarten Sprengkraft) trotzdem weiter. Indien weigert sich, den Teststoppvertrag zu unterzeichnen, wenn die Atommächte nicht gleichzeitig ihre eigene nukleare Abrüstung vorantreiben.

Der KSE-Vertrag

Der KSE-Vertrag (Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa/Conventional Forces in Europe Treaty/CFE) betrifft 30 Vertragsstaaten. Er wurde am 19. November 1990 zwischen den Regierungschefs der NATO und des Warschauer Pakts unterzeichnet und trat am 9. November 1992 endgültig in Kraft. Er regelte die Begrenzung der Zahl von Kampfpanzern, gepanzerten Kampffahrzeugen, Artillerie ab einem Kaliber von 100 mm, Kampfflugzeugen und Kampfhubschraubern.

Die Vertragsumsetzung vollzog sich unter Rückschlägen und Aussetzungen. Die Auflösung des Warschauer Pakts, der Wechsel von ehemaligen Mitgliedstaaten dieses Pakts in die NATO und andere einschneidende Veränderungen machten ein Übereinkommen über die Anpassung des KSE-Vertrages 1999 mit erneuten Festlegungen über die zulässigen nationalen und territorialen Obergrenzen von Waffensystemen notwendig. Konflikte um Georgien und Moldawien-Transnistrien, der zweite russische Tschetschenienkrieg und die geplante Stationierung von Komponenten eines US-Raketenabwehrschildes in Tschechien und Polen waren Anlässe dafür, dass der Vertrag nie beiderseitig in Kraft trat.

Im hier dargestellten Kontext der Frage danach, wie wirkungsvoll Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge bisher sind, interessieren aber die realen Ergebnisse des KSE-Vertrages. Auf seiner Grundlage wurden verifiziert durch vereinbarte Inspektionen 51.000 Waffensysteme zerstört. Im Gefolge des Ukraine-Konflikts und anderer Spannungen in jüngerer Zeit ist der KSE-Vertrag *gegenwärtig praktisch suspendiert*.

Die Chemiewaffenkonvention (CWK)

Diese Konvention wurde ab Januar 1993 zur Zeichnung durch beitriftswillige Staaten aufgelegt und trat am 29. April 1997 in Kraft. Im Dezember 2013 hatten 190 Staaten das Übereinkommen ratifiziert. Vor seinem Inkrafttreten waren rund 100.000 Tonnen chemischer Kampfstoffe angehäuft worden, davon etwa 40.000 Tonnen durch die Sowjetunion/Russland und rund 34.000 Tonnen durch die USA.

Die Konvention gebietet die Vernichtung aller Chemiewaffen, sie enthält das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes solcher Waffen. Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) mit Sitz in Den Haag kontrolliert die Vertragserfüllung. Chemiewerke sind für Vertragsstaaten auf der Grundlage von Listen meldepflichtig. Die Staaten haben Inspektionen durch die OPCW zuzulassen. Israel und Myanmar haben die von ihnen unterzeichnete Konvention noch nicht ratifiziert, Ägypten, Angola, Nordkorea und Südsudan haben sie nicht mal unterzeichnet. Insgesamt ist jedoch die Ächtung und Vernichtung von Chemiewaffen ein gravierender Abrüstungsschritt – trotz des Einsatzes chemischer Waffen im ersten Golfkrieg des Irak gegen Iran und gegen die eigene kurdische Bevölkerung und in Syrien noch im August 2013. Die syrischen Chemiewaffen sollen aber inzwischen vollständig vernichtet sein.

Die Impression von den Ergebnissen der Rüstungskontrollen und Abrüstungsschritte vor allem in den 1980er und 1990er Jahren bedarf einer Bewertung. Im Kontext der Fokussierung der hier vorliegenden Arbeit auf Differenzierungsprozesse in den Machteliten und den darin enthaltenen Chancen für progressive Entwicklungen ist vor allem nach Widersprüchen und Lernprozessen im herrschenden Block angesichts der globalen Atomkriegsgefahr zu fragen. Alles Handeln gesellschaftlicher Kräfte gewinnt seine Bedeutung stets in der Relation zur konkreten historischen Situation, in der Akteure sich bewegen und die sie durch ihr Handeln verändern. Das heißt, Veränderungen im Verhalten der Eliten auf dem Feld von Rüstungskontrolle und Abrüstung in jener Zeit sind auf dem Hintergrund der vorangegangenen Hochrüstungprozesse in der ersten Hälfte der achtziger Jahre und der zunehmenden begründeten Befürchtungen zu beurteilen, dass die Ost-West-Spannungen bis zu einem Atomkrieg eskalieren könnten. Im Lichte dieser Ausgangssituation im Kalten Krieg Ende der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre war die Gesamtheit der hier genannten Verträge ein beachtlicher Entspannungserfolg. Gefährliche Konflikte gerieten nicht außer Kontrolle. Stattdessen wurden Verträge über Vertrauensbildung und wirksame Verifizierungen von Rüstungsbegrenzungen geschlossen und realisiert. Auf strategisch wichtigen Gebieten kam es zu weitreichenden Abrüstungsprozessen. Statt der Eskalation wechselseitiger militärischer Bedrohung erfolgten reale Abrüstungsprozesse und eine Minderung existenzieller Gefahren für die Menschheit. Das war eine gravierende Veränderung in der globalen Lage. Wichtig für diese Einschätzung ist, dass diese Veränderung nicht erst nach dem Ende der Blockkonfronta-

tion durch die Implosion des Staatssozialismus in Gang geriet. Schon auf dem gefahrenschwangeren Höhepunkt des Kalten Krieges wuchsen selbst bei konservativen Kräften Zweifel an der Abschreckungspolitik. Obwohl die USA zu keinem Zeitpunkt auf militärische Superiorität verzichteten, wurde das ungebrochene Streben nach dem Erhalt eigener militärischer Vorteile doch mit Zugeständnissen an das Konzept »Gemeinsamer Sicherheit« kombiniert. In den Abrüstungsprozessen gewann die Einsicht Oberhand, dass Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander zu erlangen ist.

Dies implizierte, dass im Verlauf wechselnder Kräfteverhältnisse innerhalb der militärisch entscheidenden US-Machteliten im Verlauf der achtziger und neunziger Jahre schließlich eine Koalition solcher Kräfte zu Stande kam, die sich unter dem Druck der Umstände auf Rüstungsbegrenzungen und Abrüstungsschritte einließ. Gemessen an der existenziellen Bedeutung dieser Veränderungen schloss dies zeitweilig beachtliche Differenzierungs- und Lernprozesse im herrschenden Block ein. Allerdings war die Sowjetunion in der letzten Phase ihrer Existenz ökonomisch und politisch bereits so geschwächt, dass die USA beim Abschluss wichtiger Verträge, zum Beispiel des START I-Vertrages, einseitige Vorteile für sich durchsetzen konnten. Dies minderte das Maß erforderlicher Lernfähigkeit in ihren Eliten durchaus.

Auf Seiten der sowjetischen bzw. russischen Führung wurde die Öffnung für ein Handeln nach dem Konzept »Gemeinsamer Sicherheit« dadurch gefördert, dass eine Fortsetzung der Hochrüstung ihre Wirtschaft absolut überforderte und die Niedergangsprozesse des Staatssozialismus erheblich verstärkte. Gleichwohl vollzogen sich in der kurzen Ära Gorbatschows auch ein weitgehender ideologischer Wandel und politische Lernprozesse. Sie waren mit einer gravierenden Veränderung des sicherheitspolitischen Denkens verbunden. In den Machteliten der Sowjetunion trat an die Stelle einer Politik, die von einer Mischung des Strebens nach friedlicher Koexistenz und militärischer Machtpolitik bestimmt war, eine von dem Konzept »Gemeinsamer Sicherheit« geprägte Strategie. Entsprechend weitgehend waren die Rüstungskontroll- und Abrüstungsvorschläge der UdSSR und auf wichtigen Feldern einseitige Schritte der Abrüstung. Dieser Wandel entzog den Konfrontationskräften im Westen die Glaubwürdigkeit ihrer Hauptbegründung für die eigene Hochrüstung, dass der kommunistische Osten die westliche Zivilisation militärisch bedrohe.

Eine solche Bewertung von Differenzierungs- und Lernprozessen in den US-Machteliten wird nicht nur im Vergleich zu damals vorangegan-

genen Höhepunkten des Kalten Krieges plausibel, sondern ihre Bedeutung wird umgekehrt auch im Lichte des gegenwärtigen Verhaltens im herrschenden Block der USA und der NATO zu Rüstungskontrolle und Abrüstung erkennbar.

3.4 Abkehr von Rüstungskontrolle und Abrüstung

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre begann der **vierte Akt** in der Geschichte der Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozesse. Sie wurden zunehmend von Gegenbewegungen überlagert – so wie im Verlauf der siebziger Jahre die sozialstaatliche, vom New Deal mitgeprägte, Regulierung von der marktradikalen Gegenbewegung zurückgedrängt wurde. Die Hochzeit des New Deal hatte sich – wie oben festgestellt wurde – 1938/39 ihrem Ende zugeneigt. Die sozialstaatlichen Korrekturen des Marktmechanismus wirkten in den USA zwar weiter, aber in fataler Weise war es erst die Kriegskonjunktur als Kehrseite des millionenfachen Mordens in Europa und Asien, die in den Vereinigten Staaten zu Vollbeschäftigung und anderen sozialen Gewinnen für die Bevölkerung führte. Diese in beträchtlichem Maße auf der Nachfrage nach Kriegsgütern für die Anti-Hitler-Koalition beruhende Konjunktur führte in den USA – so die Analyse von Alan Brinkley (Brinkley 1989: 85-121) – zu einem Meinungsumschwung, der die Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft betraf. Die Revitalisierung des Kapitalismus mit dem Kriegsaufschwung der US-Wirtschaft stärkte die Auffassung in den Eliten und der Bevölkerungsmehrheit, der Staat müsse nicht mehr wie in den Zeiten des New Deal vor dem Krieg regulierend wirken, sondern es genüge, die Expansion der Wirtschaft vor allem durch Fiskalpolitik zu fördern und ihre gelegentlichen Defizite zu kompensieren. Der Missbrauch der Funktionen von Spitzenmanagern bei der Organisation der Kriegswirtschaft zum Vorteil der eigenen Unternehmen bestärkte viele Liberale noch in der Überzeugung, dass Regierungshandeln in der Wirtschaft zu viele negative Seiten habe (ebd.: 103).

Relativiert durch diese Entwicklung wirkte der New Deal gleichwohl als New Deal light weiter. Die sozialen Anliegen der New Dealer erlebten in den USA noch einmal einen Höhepunkt in Präsident Johnsons Great Society, noch mehr jedoch im internationalen Aufstieg eines sozialstaatlich regulierten Kapitalismus vor allem in Europa in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch die für diesen fordistischen Typ des Kapitalismus charakteristische Reformpolitik hatte, als er in den siebziger

Jahren an seine Grenzen und in eine Krise geriet (vgl. Busch/Land 2013: 42-55; Klein 2003: 44-69), nicht die Kraft, nicht das Innovationspotenzial und nicht die Mobilisierungsfähigkeit für eine radikalere und erneuerte Weiterführung der sozialstaatlichen Regulierung. Die konservativen marktradikalen Kreise innerhalb der Macheliten gewannen erneut die Oberhand über die sozialliberalen Kräfte. Der fordistische Kapitalismus wurde durch die Transformation zu einem neoliberalen Typ des Kapitalismus abgelöst. Der New Deal fand sein Ende – obwohl erkämpfte sozialstaatliche Züge weiter wirken.

Eine ähnliche Aufstiegs- und Niedergangsbewegung vollzog und vollzieht sich auf dem Feld der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Nach den bedeutenden Fortschritten in den 1980er Jahren und in der ersten Hälfte der neunziger Jahre setzte sich vermehrt eine Gegenteilendenz durch. Allerdings wirkten Rüstungskontroll- und Abrüstungsschritte zunächst noch abgeschwächt fort. Zu dieser zusammenfassenden Einschätzung kamen Michael Brzoska und Herbert Wulf im »Friedensgutachten 2000« von fünf deutschen Friedensforschungsinstituten (Brzoska/Wulf 2000: 241ff.). Dann aber im »Friedensgutachten 2009« wird das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts als ein verlorenes Jahrzehnt für die Rüstungskontrolle bezeichnet (Schmidt/Zellner 2009: 227ff.). Seit der Jahrtausendwende begann nach einer Dekade partieller Abrüstung der Einschätzung der fünf Institute zufolge eine »Periode präzedenzloser Hochrüstung« (BICC/INEF/FEST/IFSH/HSFK 2008: 3).

Die weltweiten Militärausgaben übersteigen die Spitze der Rüstungsausgaben im Kalten Krieg und waren 2011 mehr als doppelt so hoch wie eine Dekade zuvor im Jahr 2001. Zwar sind sie seit 2012 bis 2014 geringfügig gesunken, doch das verweist nicht auf eine Trendwende. Die USA,

Weltmilitärausgaben (inflationsbereinigt in Milliarden US-Dollar)

1989	995,4
1994	714,0
1999	686,5
2003	956,0
2012	1.753,0
2013	1.747,0
2014	1.700,0 (abgerundet)

Quellen: UNICEF-Jahresbericht 2004; SIPRI 2014: Fact Sheet; SIPRI-Informationen 13.4.2015

auf die fast 40% der globalen Militärausgaben entfallen, konnten durch den Abzug ihrer Truppen aus dem Irak und die Truppenreduzierung in Afghanistan ihr Militärbudget verringern. Sparmaßnahmen in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa wirkten in einigen Ländern dämpfend auf die Militäretats – wenn auch nicht annähernd so stark wie auf die Sozialausgaben. In Asien dagegen stiegen die Rüstungsausgaben in den letzten zehn Jahren um 60% (SIPRI 2013: 241). In Russland und in Afrika wuchsen die Militäraufwendungen ebenfalls stark an. Besonders gefährlich ist das Rüstungstempo in Saudi-Arabien und den anderen Golfmonarchien.

Wie ein Menetekel für die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der kommenden Dekade musste die Auflösung der Arms Control and Disarmament Agency, der Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung der Vereinigten Staaten, am 1. April 1999 wirken. In der Nuclear Posture Review vom Januar 2001 wurde explizit deutlich gemacht, dass die Regierung der USA die nukleare Rüstungskontrolle und die Stärkung internationaler Regime nicht mehr als sicherheitspolitisches Instrumente ansehen (vgl. Schaper 2008: 95). Obama hat in seiner Prager Rede von 2009 verbal eine Gegenposition dazu entwickelt, gleichwohl aber keine Wende zu weiterer nuklearer Abrüstung bewirkt. Der START II-Vertrag trat nicht in Kraft, weil die russische Duma seine Ratifizierung an das Fortbestehen des ABM-Vertrages knüpfte. Russland setzte 2007 die Implementierung des KSE-Vertrages aus. Der 1996 ausgehandelte Vertrag über das vollständige Verbot von nuklearen Tests wird von den USA nicht ratifiziert. Andere Länder wie China setzen die Ratifizierung aus, solange die USA sich ihr entziehen. Im Jahr 2005 scheiterte die Überprüfungs-konferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen an den USA (vgl. ebd.: 95). Im März 2014 wurde die Krim völkerrechtswidrig in die russische Föderation aufgenommen. Durch das Handeln Russlands als auch der EU und der NATO im Ukraine-Konflikt lebte die traditionelle Großmachtpolitik in Europa wieder auf (FEST/INEF/IFSH/HSFK/BICC 2014: 3ff.).

Zum Niedergang nuklearer und konventioneller Abrüstung kommen starke Tendenzen zur Veränderung der Kriegsführung hinzu. Qualitativ neue Waffentechnologien bieten dafür die Voraussetzung. Eine »Revolution in Military Affairs« hat begonnen (Neuneck/Alwardt 2008; Helmig/Schörnig 2008; Neuneck 2014 a; Neuneck 2014 b; Schörnig 2014). Schon heute entfallen auf Drohnen mehr Flugstunden als auf bemannte Militärflugzeuge (Kahl 2014: 66). Die Zahl der unbemannten Systeme unterschiedlichster Art in der Verfügung der US-Armee hat sich von 150 im

Jahr 2004 auf mehr als 12.000 2014 erhöht. Die USA sind dabei, Überschalldrohnen zu entwickeln, die in Hochgeschwindigkeit Vernichtung an jeden Ort der Erde bringen können. Eine fortschreitende Automatisierung von Kriegen zeichnet sich ab.

Zugleich wächst die Bedeutung des Einsatzes von kampfstarken Spezialeinsatzkräften, deren Personal in den USA von 3.300 auf 66.500 aufgestockt wird. Für das United States Special Operations Command waren 2013 mehr als 10 Milliarden US-Dollar vorgesehen (ebd.: 65). Der Einsatz dieser Kräfte erleichtert die Führung irregulärer Kriege im Namen einer Responsibility to Protect, das heißt einer Schutzverantwortung gegen Menschenrechtsverletzungen, die aber bei verdeckten Einsätzen nicht öffentlich nachgewiesen werden muss. Im Rahmen der neuen NATO-Strategie von 2010 wird dadurch ein neuer Interventionismus statt einer Stärkung der Menschenrechte begünstigt.

Auch eine vom Pentagon so bezeichnete »neue Domäne der Kriegsführung«, der Cyberspace, entzieht sich weitgehend dem Einblick der Öffentlichkeit (Neuneck 2014 b). Der Cyberspace ist der Raum vernetzter Computer, ihrer Steuerprogramme, Daten und Nutzer und deren Vernetzung. Cyberwaffen kennen keine Ländergrenzen. Sie sind als Programmcodes zu verstehen, die rund um die Erde in eine logische oder physische Umgebung eindringen und reale Objekte und Systeme blockieren oder zerstören und dadurch auch den Tod von Menschen verursachen können (ebd.: 242). Das kann die Stromversorgung oder Verkehrssysteme eines Landes mit weitreichenden Folgeschäden betreffen, aber natürlich auch militärische Kommandozentralen. Diese Bedrohung kann ihrerseits Angriffe regulärer Streitkräfte auf zentrale physische Knotenpunkte des Cyberraums auslösen. Das Überwachen der Internetkommunikation auf nationaler und globaler Ebene durch die National Security Agency der USA (NSA) und die Geheimdienste anderer Staaten kann sie leicht in ein Moment der Vorbereitung von militärischen Cyberangriffen verwandeln. Götz Neuneck verweist beispielsweise darauf, dass der geschäftsführende NSA-Direktor zugleich Kommandeur des 2010 gegründeten U.S. Cyber Command ist. Das Cyber Command ist für den Schutz der IT-Infrastruktur der US-Streitkräfte, aber auch für die Vorbereitung offensiver militärischer Cyberaktionen zuständig (ebd.: 246). Mögliche künftige Kriege könnten starke Züge eines Cyberkrieges annehmen.

Schließlich gehört zu den relativ neuen Dimensionen der Kriegsführung oder der Kriegsvorbereitung ihre Ausdehnung auf den Weltraum. Als Ronald Reagan in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Vorbereitung der Vereinigten Staaten auf den »Sternenkrieg«

in Gestalt der Strategic Defense Initiative (SDI) verkündete, waren die Falken in den USA auf heftigen weltweiten Widerstand gestoßen. Das SDI-Projekt trat in den Hintergrund. Inzwischen ist das Operieren moderner Armeen ohne Satellitenkommunikation, -aufklärung und -navigation im Weltraum nicht mehr möglich. Ohne spektakulären Widerstand sind kinetische und explosive Weltraumwaffen entwickelt und erprobt worden. Weltraumwaffen können als Raketenabwehrsysteme eine einseitige militärische Überlegenheit der über sie verfügenden Mächte bewirken. Sie können zur Zerstörung von Satelliten in den Weltraum hinein, aber auch aus dem Weltraum heraus gegen Ziele auf der Erde eingesetzt werden.

Die Gesamtheit der jüngeren Entwicklung von Waffensystemen und entsprechender militärischer Strategien deutet darauf hin, dass nicht nur die nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle und Abrüstung ins Abseits geraten sind. Gefährliche neue Waffentypen sind überhaupt noch nicht von internationalen Verhandlungen oder gar Regelungen zu ihrer Kontrolle oder Abrüstung erfasst.

3.5 Zwischenfazit

Erstens: Jeder Schritt vorwärts und jeder Rückschlag in Rüstungskontrolle und Abrüstung spiegelte vor allem den Verlauf der Auseinandersetzung der beiden Blöcke in der Ost-West-Konfrontation wider. Auch die sicherheitspolitischen Differenzen innerhalb der US-Machteliten entwickelten sich vor allem entlang des Ost-West-Konflikts. Die führenden Kreise mussten aber auch auf die internationale und innere Friedensbewegung reagieren. Sie hatten die ökonomischen, sozialen und innenpolitischen Folgen ihrer Sicherheitspolitik abzuwägen. Überdies sahen die USA ihre weltweite militärische Präsenz als Bedingung des Erhalts von Sicherheit und Frieden an. Aber im Zentrum aller sicherheitspolitischen Entscheidungen stand die Polarisierung zwischen den beiden Supermächten und ihren Militärbündnissen. Dieser Fokus ist mit der Implosion des Staatssozialismus verschwunden. Aber die Sicherheitspolitik wird weiter ein Feld bleiben, auf dem unterschiedliche Einschätzungen, Strategien und Handlungsweisen innerhalb der Machteliten aufeinander stoßen werden. Seit dem Ende des Staatssozialismus kann sich ein Konzept kooperativer Sicherheit nicht mehr darauf stützen, dass das militärische Potenzial der Sowjetunion eine Zügelung von militärischen Ambitionen der USA und der NATO bewirkt. Umso größer sind die Her-

ausforderungen für die inneren Friedenskräfte und an die internationale Solidarität.

Zweitens: Die erstaunliche Phase der Überlebensvernunft und Annäherung an das Konzept »Gemeinsamer Sicherheit« in den Jahren intensiver Rüstungskontrollgespräche und substanzieller Abrüstung, die hoffnungsvolle Periode der Schwächung aggressiver Kräfte und des wachsenden Einflusses friedensfähiger Fraktionen in den Machteliten wurde von einer Dekade des Rückfalls dieser Aufbrüche abgelöst. Eine Parallele zum Aufstieg und Niedergang des New Deal drängt sich auf. So wie nach einigen Jahrzehnten des Arrangements der Mächtigen mit sozialer Erneuerung, nach Zeiten gewisser Zuwendung zu gemeinwohlorientierter politischer Gestaltung und des starken Einflusses bürgerlicher Reformkräfte in den Machteliten der New Deal schließlich der neo-liberalen Revolution von oben weichen musste, so erleben wir in den Machteliten auch auf dem Feld der Sicherheitspolitik eine Abkehr von Entspannung und Rüstungsbegrenzung.

Deutet der Umschlag beider großer Hoffungsmomente in der jüngeren Geschichte – des New Deal und der Erfolge von Rüstungskontrolle und Abrüstung – in gegenläufige Entwicklungen darauf hin, dass progressive Differenzierung und Lernprozesse in den bürgerlichen Machteliten zwangsläufig nur verschwindende und zudem seltene Momente in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften sind? Verweist diese ernüchternde Erfahrung darauf, dass von den Machteliten grundsätzlich eine Hinwendung zu demokratischeren, sozialeren, umweltgerechteren und stärker friedensorientierten Formen ihrer Herrschaft gar nicht mehr oder allenfalls als kurze Episode in vorübergehenden Schwächephasen zu erwarten ist?

Waren Roosevelts Ideen von einer Gesellschaft, in der auch der »common man« Gerechtigkeit findet, Eleanor Roosevelts Plädoyer für die Ausweitung von Gerechtigkeit auf die »common woman«, Aurelio Pecceis⁹ Wirken für einen neuen globalen Humanismus, Al Gores Zuweisung von Schuld für die Zerstörung der Erdgleichgewichte an Politiker seiner eigenen Kreise und Obamas Vision einer atomwaffenfreien Welt nur episodische Seifenblasen, nur leerer Wahn jenseits der wirklichen

⁹ Aurelio Peccei war Topmanager bei Fiat und Olivetti, gemeinsam mit Alexander King Gründer des Club of Rome und dessen langjähriger Präsident. Er forderte in seinem programmatischen Buch »Die Zukunft, in unserer Hand« (1981) einen Vorrang der Bewahrung der Natur vor Wachstum und vor den Mythen der Konsumgesellschaft und »Sicherheit nicht durch Rüstung, sondern durch die kulturelle Reife der Individuen und Gesellschaften.«

Machtverhältnisse? Soll die Linke Überlegungen über Allianzen zur Lösung globaler Menschheitsfragen bis zu Teilen der Machteliten aufgeben, weil sie eben doch realitätsfern sind? Soll sie für künftige Zeiten sogar die Möglichkeit abschreiben, dass die kapitalistische Herrschaft Formen annehmen kann, die der Linken mehr Entfaltungsraum ermöglichen als der gegenwärtige neoliberale Kapitalismus?

Oder besteht eine wichtige Aufgabe der gesellschaftlichen und der parteiförmigen Linken darin, die Ursachen, Bedingungen, Triebkräfte und Motive für progressive Transformationsschritte von Teilen der Machteliten zu analysieren, um daran anknüpfend bewusst für ein Herbeiführen genau solcher Bedingungen oder für ein Ausnutzen plötzlich sich auftuender neuer windows of opportunity zu wirken, unter denen sich Teile des herrschenden Blocks zu langfristig progressiven postneoliberalen Transformationsprozessen im Rahmen des Kapitalismus gezwungen sehen könnten? Diese Frage wird hier abermals aufgeworfen, um auf nähere Begründungen einer positiven Antwort im folgenden Kapitel hinzuführen.

Drittens ist festzuhalten, dass auch die gemäßigten Kräfte des Establishments keineswegs allein deshalb zu Entspannungsschritten neigten, weil dies unvermittelt ihrem Friedenswillen und einer prinzipiellen Ablehnung von Rüstung und Krieg entsprang. Gewiss handelten viele von ihnen auch aus politischer Überzeugung und aus moralischen Gründen friedensorientiert. Aber oft kamen ihre entspannungsfreundlichen Positionen über Umwege zustande. Nicht Friedenswille in erster Linie war in vielen Fällen ihre primäre Motivation, sondern beispielsweise wirkten zivile Wirtschaftsinteressen, Interessen an internationalen Handelsgeschäften und internationaler Kooperation, an der Entlastung des Staatshaushalts von überzogenen Ausgaben für militärische Zwecke, um andere Aufgaben eigener Präferenz zu finanzieren, parteipolitische Überlegungen, Reaktionen auf die öffentliche Meinung, Prestigeerwägungen und vieles mehr. Das Verhalten des Establishments auf einem bestimmten Politikfeld ist nicht selten von Interessen abhängig, die keineswegs direkt dieses Feld betreffen. Das kann für alternative Kräfte Vorteile bieten, die bewusst genutzt werden sollten. Genau das war die Hoffnung der SYRIZA-geführten griechischen Regierung, die nicht auf die Sympathie der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und des IWF für die sich abzeichnende linke Alternative zur Austeritätspolitik des herrschenden Blocks rechnete, wohl aber auf andere Interessen, die gegen die totale Ruinierung Griechenlands sprachen und sprechen (siehe Kapitel 1.4).

Kapitel 4

Was bringt die Machteliten in Bewegung?

Nach den Chancen für die Überwindung der neoliberalen Gestalt des Kapitalismus zu suchen, die mit Differenzierungen, Lernprozessen und Reformfähigkeit innerhalb der Machteliten verbunden wären, bedeutet nicht, sich in einem durch die Herrschenden klüger gemanagten Kapitalismus einrichten zu wollen. Das Ziel einer sozialistischen Linken bleibt die freie Entfaltung einer und eines jeden auf der Grundlage sozial gleicher Teilhabe aller an den Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens. Die volle Durchsetzung dieses Ideals erfordert die Überwindung der Profitdominanz in Wirtschaft und Gesellschaft, des Kapitalismus also. Radikale Realpolitik der Linken wird weiter auf eine Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links zielen. Aber wie im Kapitel 1 erwogen wurde: Wenn einem Durchmarsch vom neoliberalen Kapitalismus zum Sozialismus die Größe und Kompliziertheit von Aufgaben, die nur in längeren Prozessen abzulösende Verinnerlichung kapitalistisch geprägter Werte und Verhaltensweisen in großen Teilen der Gesellschaft und vor allem die nicht schlagartig überwindbare internationale Macht des Kapitals entgegenstehen, kann eher die Abkehr von der neoliberalen Gestalt des Kapitalismus gelingen als gleich die Überwindung des Kapitalismus selbst. So wie der Übergang vom privatmonopolistischen Kapitalismus zum sozialstaatlich regulierten fordistischen Kapitalismus das Leben der Bevölkerungsmehrheit in der Minderheit der industriellen entwickelten Ländern verbesserte, ist auch der Übergang vom neoliberalen Kapitalismus zu einem postneoliberalen – demokratischeren, sozialeren und stärker ökologisch orientierten – Kapitalismus vorstellbar. Mehr Demokratie, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Gewicht des Öffentlichen, mehr Geschlechtergerechtigkeit, anspruchsvolle Umweltziele, präventive Konfliktvermeidung und -bearbeitung – das käme nur bei Machtgewinn der gesellschaftlichen Linken und nur durch starken Einfluss linker Politik zu Stande und wäre mit der Herausbildung potenziell sozialistischer Praxen, Elemente, Institutionen und Prozesse verbunden.

Anders ausgedrückt, in der hybriden Struktur des Kapitalismus würde die Kapitaldominanz zugunsten von Verhältnissen zurückgedrängt wer-

den, in denen soziale und ökologische Maßstäbe der Entwicklung stärkeres Gewicht gewinnen, die gestützt auf eine volkswirtschaftlich effiziente Wirtschaft sind. Eine solche Transformation würde sich ebenso innersystemisch vollziehen wie bereits über den Kapitalismus hinausweisen. Sie wäre die Transformation zu einer Übergangsgesellschaft. Sie wäre für voraussichtlich längere Zeit nicht mehr neoliberaler Kapitalismus, aber auch noch nicht Sozialismus.

Differenzierungsprozesse innerhalb der Machteliten, die zu Richtungsänderungen ihrer Politik führen, sind in der Regel das Resultat vieler Faktoren, die entweder zu verstärkt konservativen, autoritären und marktradikalen, oft auch aggressiveren Strategien führen oder unter günstigen Auspizien Entscheidungen für progressive transformatorische Schritte zur Folge haben können. In historischen Wendepunktsituationen zwingen das Versagen herkömmlicher Lösungen, neue Problemlagen, neu auftretende Chancen und veränderte Akteurskonstellationen zu Entscheidungen zwischen mehreren möglichen, oft gegensätzlichen künftigen Wegen (Brie 2007a; Institut für Gesellschaftsanalyse 2011; Randers 2012; Candeias 2014). In diesem Kapitel gilt das Interesse den Hintergründen und Bedingungen für das mögliche Erstarken von weniger konservativen, eher reformoffenen Fraktionen im herrschenden Block, die die bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse durch eine herrschaftssichernde Politik bei stärkerer Beachtung politischer, sozialer und ökologischer Interessen großer Teile der Bevölkerung bewahren wollen und linken Bewegungen damit Ansatzpunkte für eine progressive postneoliberale Transformation bieten könnten. Der New Deal, so wurde oben nachgewiesen, wurde keineswegs nur in einer ganz kurzen Anfangsphase von Teilen der ökonomischen Machtelite unterstützt. Auch der zweite New Deal erhielt teilweise solche Unterstützung. Dieser Befund unterscheidet sich von der Auffassung Heinrich August Winklers: »Der ›Roosevelt-Coalition‹ stand – nach einer kurzen Phase begrenzter Kooperation – seit 1934 als nahezu geschlossene Opposition ›big business‹, an seiner Spitze die New Yorker Banken, gegenüber.« (Winkler 1973: 220) Bei genauerer Analyse zeigt sich, dass in den Machteliten auch eine Richtung wirkte, deren Politik Antonio Gramsci als Politik »passiver Revolution« bezeichnete.

Das Ziel einer solchen Revolution von oben ist, wie Gramsci hervorhob, eine flexible Herrschaftssicherung, die radikalere Entwicklungen durch weitgehende Kompromisse mit den subalternen Klassen abwendet und deren Exponenten mit Zugeständnissen auszumanövrieren sucht. Die Entwicklung des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus trug

Züge einer solchen passiven Revolution. Für den New Deal, die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung in Skandinavien und den sozialstaatlich regulierten Kapitalismus in Westeuropa und anderen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg war ein Klassen- und Verteilungskompromiss kennzeichnend, in dessen Rahmen die Akzeptanz des Kapitalismus seitens der Lohnabhängigen durch starke Einkommenserhöhungen, verbesserte Arbeitsbedingungen und soziale Reformen, insgesamt also durch eine erhebliche Verbesserung ihrer Lebenslagen, entlohnt wurde.

Durch den Druck von unten beeinflusst, wirkt solche Entwicklung aber nicht allein befriedend und integrierend auf oppositionelle Kräfte. Wollen die Mächtigen sich von den destabilisierenden Wirkungen der alten Herrschaftsweisen befreien, so müssen sie Kräfte in der Gesellschaft freisetzen, deren Entfaltung über die machtpolitischen Ziele des Establishments hinausgeht. Denn selbst für moderate Veränderungen, die die ganze Gesellschaft betreffen, bedarf es der Selbstbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Roosevelts New Deal ebenso wie die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats in Schweden waren deshalb nicht nur passive Revolutionen. Freisetzung zivilgesellschaftlicher Kräfte und deren Eindämmung zugleich bestimmten den dort praktizierten Typ von Transformation.

Der Übergang vom fordistischen Typ des Kapitalismus zum neoliberalen Kapitalismus seit den 1970er Jahren trug zwar positive Züge einer passiven Revolution. Doch diese sind überlagert von Sozialabbau, einer Erosion der Demokratie und autoritären Entwicklungen. Die für diese systeminterne Transformation charakteristischen Reformen von oben verkehrten die Öffnung für Forderungen aus dem Unten der Gesellschaft in antisoziale und antidemokratische Daseinsweisen des gewandelten Kapitalismus. Dem Streben nach mehr Individualität wurde entschieden größerer Raum gegeben, doch wurde es gegen den Sozialstaat gerichtet als Selbstverantwortung der einzelnen für ihre eigene Daseinsvorsorge interpretiert und verstärkt in individualistisches Ellenbogenverhalten in der »Ego-Gesellschaft« (Frank Schirrmacher) umgeleitet. Dem Verlangen nach Geschlechtergerechtigkeit und Emanzipation der Frauen wurde durch den partiellen Abschied von konservativen Familienbildern Rechnung getragen. Erwerbsarbeit von Frauen ist zur Normalität geworden. Die weibliche Arbeitskraft wird in der Produktion jedoch zu diskriminierenden Bedingungen der Kapitalverwertung einverleibt. Zugleich bleibt den Frauen der Hauptanteil an der Reproduktionsarbeit im Care-Bereich aufgebürdet, der mit dem Rückbau öffentlicher Daseinsvorsorge sogar noch wächst (Winker 2015). Konservative

Barrieren gegen die sexuelle Revolution wurden abgebaut, aber vielfach wird sie in kommerzialisierte Bahnen gelenkt, bis zu kriminellm Frauen- und Kinderhandel.

Wird es nach der Transformation vom fordistischen Kapitalismus zum neoliberalen Kapitalismus gelingen, in einer nächsten systeminternen Transformation nunmehr den neoliberalen Finanzmarktkapitalismus selbst zu überwinden? Und welche Rolle könnten dabei die Machteliten spielen? Die Annäherung an Antworten auf diese Fragen soll hier nach der Rückschau auf historische Erfahrungen mit einer Verallgemeinerung der Umstände fortgesetzt werden, die im Fall des New Deal und der Rüstungskontroll- und Abrüstungserfolge gegen Ende des 20. Jahrhunderts Teile des herrschenden Blocks zur Überschreitung ihrer bis dahin praktizierten Politik veranlassten, und durch weitere Überlegungen ergänzt werden. Nach dem Rückblick auf progressive Tendenzen in den Machteliten ist jetzt der Blick in die Zukunft zu richten und nach künftigen möglichen Handeln des Establishments zu fragen. Drei große Problemkonstellationen werden zu untersuchen sein, die Teile der Machteliten bisher veranlasst haben oder künftig zwingen könnten, entgegen der gegenwärtig vorherrschenden neoliberalen Richtung ihr Heil in einer erträglicheren Gestalt des Kapitalismus zu suchen.

Erstens sind dies große Wirtschafts- und Systemkrisen, die zu einem spektakulären Einbruch der Kapitalverwertung führen und von den Mächtigen als äußerste Bedrohung empfunden werden. In solchen Krisen schwindet ihre Akzeptanz in der Bevölkerung. Es kommt zu einer Legitimationskrise. Die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse sind gefährdet. Der Kapitalismus als legitime Ordnung ist in Frage gestellt. Die dazu hier vertretene These ist, dass der Kapitalismus auf weitere derartige elementare Kapitalverwertungskrisen mit dem Charakter von Scheidewegkonstellationen zusteuert. Seine Eliten werden an solchen Scheidewegen abermals über ihre Reaktion darüber entscheiden müssen.

Zweitens: Die *conditio sine qua non*, die absolute Grundbedingung dafür, dass Teile der Machteliten die Rettung des Kapitalismus in einer sozial und demokratisch reformoffeneren Gestalt des Systems suchen könnten, ist eine wachsende Widerstands- und Durchsetzungsmacht der pluralen Linken und breiter demokratischer Bündnisse. Ohne eine gravierende Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sich die reformoffenen Teile der Machteliten gegen die konservativ-autoritären Fraktionen des Machtblocks nicht durchsetzen können und dass auch künftig Auswege des

Kapitalismus aus der Zusammenballung ungelöster Widersprüche immer wieder zulasten der Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere der sozial Schwachen gesucht werden.

Ein Nachdenken in linken Bewegungen über mögliche progressive Reformschritte aus dem Establishment führt daher immer und in erster Linie zu Anforderungen an die Linke selbst, an die Selbstermächtigung der Lohnabhängigen und ihrer Verbündeten zur Bestimmung über das eigene Leben und an die Mobilisierung der Subalternen gegen die Herrschenden. Anderenfalls würde die reformistische Anpassung der Mehrheit an die gegebenen Machtverhältnisse das Resultat sein. Diese Voraussetzung in den kommenden Kämpfen erst herzustellen, ist die zentrale Schlussfolgerung aus allen Erfahrungen und Erwägungen zur Friedens- und Reformfähigkeit in den kapitalistischen Machteliten. Diese Voraussetzung zu schaffen, ist die entscheidende Bedingung für die Umsetzung des Konzepts doppelter Transformation in radikale Realpolitik.

Drittens: Das Einschwenken eines Teils der US-Machteliten in den 1980er und 1990er Jahren auf Entspannungsschritte geschah unter dem Eindruck der wachsenden Gefahr eines Atomkrieges. Allgemeiner formuliert, wenn die ganze menschliche Zivilisation in Gefahr ist und damit auch Grundlagen des Kapitalismus und die Lebensweisen der Herrschenden selbst bedroht sind, kann dies zur Umkehr flexibler Fraktionen im Block an der Macht führen.

Um diese drei Problemkonstellationen als Hintergrund von Neugruppierungen und Kämpfen im Establishment, aus denen autoritäre und destruktive Reaktionen, womöglich aber auch postneoliberale Öffnungen in Elitenkreisen resultieren könnten, geht es im Folgenden.

4.1 Gefahren für die Kapitalverwertung

Einbruch der Kapitalverwertung oder gar Gefahr für deren Bestand selbst – das ist eine erstrangige Ursache für lebhafteste Bewegung in den Machteliten, für Differenzierungen ihrer inneren Zirkel in den Auseinandersetzungen über Wege zur Abwendung dieser Gefahr und im günstigsten Fall für das Erstarken einer Fraktion, die in einen bürgerlichen Politikwandel die Beachtung der Interessen breiter Bevölkerungsschichten einschließt.

Es liegt in der Natur des Kapitals als gesellschaftliches Verhältnis der Ausbeutung der Lohnabhängigen durch die Kapitaleigentümer, dass Einbrüche der Kapitalverwertung Anstrengungen der Unternehmer verstärken, die Profiteinbußen zulasten ihrer Beschäftigten und anderer sozialer Gruppen in Grenzen zu halten. Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, von Niedriglohnarbeit, Leiharbeit und Scheinselbstständigkeit bei gleichzeitiger Beschneidung von Sozialtransfers und öffentlicher Daseinsvorsorge folgt genau diesem Muster. Zwangsläufig ruft dies Widerstand und Protest der Betroffenen hervor – auch wenn sie gerade in Krisenzeiten unter ungünstigen Bedingungen handeln müssen.

Die Repräsentanten des Kapitals reagieren also auf Krisen der Kapitalverwertung und auf Profiteinbußen nicht unvermittelt und nicht außerhalb der sozialen Kämpfe. Vielmehr sind wirtschafts- und gesellschaftspolitische Reaktionen der Machteliten auf Gefahren für die Kapitalverwertung in der Regel zugleich herausgefordert durch Kämpfe der subalternen Klassen und Schichten. Wenn daher im Folgenden zunächst Differenzierungen und politische Veränderungen im herrschenden Block als Antwort auf Gefahren für die Kapitalverwertung und im Abschnitt danach als Reaktion auf Klassenkämpfe behandelt werden, so durchdringen sich in der Realität doch beide Entwicklungen wechselseitig.

Marx' Analyse: Selbstgefährdung des Kapitals

Ein für die Politik hoch relevantes Phänomen, dass eine Gefahr für das Fortdauern der Kapitalverwertung Teile der Unternehmerschaft zu einem progressiven Bruch mit ihren bisherigen Handlungsweisen und dem bisher vorherrschenden Reproduktionstyp führen kann, hat bereits Karl Marx in seiner Untersuchung des Kampfes um einen Normalarbeitstag im »Kapital« dargestellt. Sein Ausgangspunkt für die Analyse des Verhaltens von Unternehmern war die Feststellung: »Als Kapitalist ist er nur personifiziertes Kapital. Seine Seele ist die Kapitaleseele. Das Kapital hat aber einen einzigen Lebenstrieb, den Trieb, sich zu verwerthen ... Das Kapital ist verstorbne Arbeit, die sich nur vampirmäßig belebt durch die Einsaugung lebendiger Arbeit, und um so mehr lebt, je mehr sie davon einsaugt.« (MEW 23: 247) Das heißt aber auch, dass die Kapitalistenklasse nur durch ihren Gegenpol, die Klasse der Lohnabhängigen, existiert. Die einen haben ein Grundinteresse an der Verlängerung des Arbeitstages, die anderen an dessen Verkürzung. Die Unternehmer dehnten folglich im frühen Kapitalismus den Arbeitstag für Männer, Frauen und Kinder an Wochen- und Sonntagen maßlos aus. »Das Kapital, das so »gute Gründe« hat, die Leiden der es umgebenden Arbeiter-

generation zu leugnen, wird in seiner praktischen Bewegung durch die Aussicht auf zukünftige Verfaulung der Menschheit ... so wenig und so viel bestimmt als durch den möglichen Fall der Erde in die Sonne.« (ebd.: 285). Die Gesundheit der Arbeiterinnen und Arbeiter wurde schon im Kindheitsalter ohne Rücksicht auf die eigenen Existenzvoraussetzungen des Kapitals untergraben. Der Frühkapitalismus war drauf und dran, die Quelle des Mehrwerts und Profits, die Arbeitskraft der Lohnabhängigen, derart zu schädigen, dass die Kapitalverwertung selbst infrage gestellt wurde. In Preußen forderte sogar die militärische Elite, dafür zu sorgen, dass die Kinderarbeit in den Fabriken die Fähigkeit der Rekruten nicht weiter ruiniere. Die Fabrikarbeiter führten ihren Kampf um eine Verkürzung des Arbeitstages allerdings nicht, um langfristig die Bedingungen der Kapitalverwertung zu sichern, sondern um sich selbst, ihre Frauen und Kinder vor dem physischen Ruin zu schützen. Aber in diesem Kampf der Lohnabhängigen um ihre eigenen Interessen wurde gegen die Interessen der einzelnen Fabrikanten zugleich deren langfristiges Gesamtinteresse an einem leistungsfähigen Arbeitspotenzial zur Geltung gebracht.

Dies geschah, indem der Staat in Gestalt der englischen Fabrikgesetzgebung den Arbeitstag verkürzte und damit dem Druck der Ausgebeuteten Rechnung trug. Staatsbedienstete waren Vermittler in diesem Konflikt: »Die Fabrikinspektoren warnten dringend die Regierung, der Klassenantagonismus sei zu unglaublicher Höhe gespannt.« (ebd.: 309) So wurde das Kapital nach langen Kämpfen »endlich an die Kette gesetzlicher Regulation gelegt« (ebd.: 258). »Die Schöpfung des Normalarbeitstages ist daher das Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkriegs zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse.« (ebd.: 316) Bemerkenswert im Kontext der Frage nach Differenzierungen und Lernprozessen in der herrschenden Klasse ist, dass Marx in seiner Analyse des Kampfes um den Normalarbeitstag auf Umstände hinwies, die künftig auch auf anderen Feldern der Auseinandersetzung erstrangige Bedeutung erlangen können.

Erstens verwies er darauf, dass ein Teil der Unternehmerklasse selbst entgegen seiner ursprünglichen »Kapitalseele« für aufgeklärte Regelungen eintrat: »Ein Teil der Fabrikanten selbst, der den Fabrikbetrieb dem Akt von 1833 gemäß (der ersten gesetzlichen Regelung zur Begrenzung des Arbeitstages in England – D.K.) geregelt hatte, überwarf das Parlament mit Denkschriften über die unsittliche »Konkurrenz« der »falschen Brüder«, denen größere Frechheit oder glücklichere Lokalumstände den Gesetzesbruch erlaubten. Zudem ... die Wortführer und po-

litischen Leiter der Fabrikantenklasse geboten eine veränderte Haltung und eine veränderte Sprache gegenüber den Arbeitern.« (ebd.: 298)

Zweitens hob Marx hervor, dass im Kampf um einen kürzeren Arbeitstag »die Angriffskraft der Arbeiterklasse wuchs mit der Zahl ihrer Verbündeten in den nicht unmittelbar interessierten Gesellschaftsschichten. Daher vergleichsweise rascher Fortschritt seit 1860.« (ebd.: 313) Schon Marx wusste um die Bedeutung von Bündnissen mit gesellschaftlichen Kräften, die aus anderen als den eigenen ökonomischen Interessen für Schritte der Humanisierung eintreten.

Drittens nahm er in seiner Analyse implizit eine Unterscheidung zwischen den von ihren kurzfristigen Verwertungsinteressen getriebenen, für ihre eigenen langfristigen Kapitalinteressen überwiegend blinden ökonomischen Akteuren und den politischen Vertretern der Kapitalistenklasse vor, die sich in prekären Situationen genötigt sehen können, selbst gegen die Einzelinteressen innerhalb des Kapitals dessen künftige Gesamtinteressen durchzusetzen. Zudem hob Marx die Rolle von Verwaltungsakteuren – den Fabrikspektoren in diesem Falle – hervor, die heute als Verwaltungselite bezeichnet werden könnten. Auf die unterschiedliche Rolle der ökonomischen Machtelite, der politischen Machtelite, der Verwaltungselite und anderer Funktionseleiten wird zurückzukommen sein. Dass die Entwicklung des New Deal nur in Übereinstimmung mit bestimmten Teilen der ökonomischen Machtelite möglich war, dass aber das Herausformen des New Deal, seine gesetzgeberische und seine institutionelle Gestaltung überwiegend der politischen Machtelite um Roosevelt zuzuschreiben war und durch die Verwaltung in den staatlichen Apparaten realisiert wurde, liegt auf der Hand.

Hier jedoch ist der Punkt, auf den die Aufmerksamkeit zu lenken ist, dass die Verkürzung des Normalarbeitstages zu Marx' Zeiten überwiegend eine Antwort auf eine akute Gefährdung der Kapitalverwertung war. Genau dies traf später auf die Herausbildung des New Deal zu. Als die kapitalistische Ausbeutung mit der unmenschlichen Zerstörung der Arbeits- und Lebenskraft von Arbeiterinnen und Arbeitern und selbst ihrer Kinder dabei war, die eigenen Verwertungsbedingungen des Kapitals zu zerstören, setzte ein Lernprozess bei einem Teil der Unternehmerschaft im eigenen Interesse ein. Dem Maß der Kapitalverwertung wurden langfristige Kriterien der Entwicklung hinzugefügt, in die auch Interessen der Beherrschten und Ausgebeuteten einfließen. Die Bedingung dafür war deren organisierter und erfolgreicher Kampf. Marx maß diesem Prozess eine solche Bedeutung bei, dass er vom Entstehen einer »politischen Ökonomie der Arbeiterklasse« sprach.

Der New Deal als Reaktion auf die Kapitalverwertungskrise 1929/32

Der New Deal war – wie im Vorangegangenen festgestellt – in erster Linie die Reaktion der US-Machteliten auf die Weltwirtschaftskrise 1929/32. Auf eine Krise, in der abermals die Kapitalverwertung selbst infrage gestellt wurde und das ganze System des Kapitalismus ins Wanken geriet.

Große Krisen bedeuten Gefahr für das Kapital, weil in vielen Unternehmen die Profite einbrechen und weil sie für einen Teil der Unternehmerschaft den Ruin bedeuten. Sie sind aber auch deshalb gefährlich, weil die zunehmende Armut in der Krise oder ihr offenes Sichtbarwerden Fragen nach Gerechtigkeit stärker in das öffentliche Bewusstsein hebt, die in praktische Kämpfe umschlagen können (siehe Kapitel 4.2), wie das in Griechenland und Spanien geschieht. Krisen führen dann zu neuen progressiven Aufbrüchen, wenn aus ihnen eine moralisch-politische Erneuerung als Rückhalt einer politischen Richtungsänderung hervorgeht. Der New Deal war von dem Rückgriff auf moralische Werte des amerikanischen Progressivismus geprägt, von dem Verlangen nach sozialer Verantwortung.

Gefährlich wird es für das Kapital und zumindest für die konservativsten Varianten des Kapitalismus, wenn die Kapitalverwertung infrage steht und wenn die Folgen der Krise zugleich zu politisch-geistigen Umbrüchen führen, in denen vor allem die am meisten antisozialen und antidemokratischen Varianten des Kapitalismus an den Pranger geraten. Genau das trat in den 1930er Jahren in den USA ein. Roosevelt und seine Anhänger erfassten diese Konstellation. Sie machten sich selbst zu Wortführern der anschwellenden Forderungen nach einem Politikwechsel und stellten sich gegen jene Teile der Machteliten, die die Zeichen der Zeit nicht verstanden und an ihrer konservativen Politik festhielten.

Im Vergleich dazu: Als die jüngste Mehrfachkrise mit ihrem Höhepunkt im Jahr 2008 die kapitalistische Welt erschütterte, wurde ihre Tiefe zwar quer durch das gesamte politische Spektrum mit der Weltwirtschaftskrise von 1929/32 verglichen. Aber die strategische Reaktion der politischen Elite in den USA, in Europa und den anderen OECD-Ländern auf die Krise verlief überwiegend konträr zu der der Roosevelt-Administration. Zwar wurden die Banken und die Gier ihrer Manager kurzzeitig als schuldig an dem Desaster öffentlich kritisiert. Aber die entscheidende Konsequenz aus dem Einbruch der Kapitalverwertung in der Krise war nicht wie seinerzeit in den USA eine Abkehr von der Marktfixierung der Politik, sondern waren Rettungsschirme für die Banken und Austeritätspolitik in Europa mit Verweis auf die »Erwartungen der Märkte«. In der Eurozone wurde

nach der Krise mit einer Reihe von Verträgen ein neues Wirtschaftsregime geschaffen. Es hat den Charakter eines autoritären europäischen Mechanismus der Intervention in die nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitiken zur Vollstreckung der Austeritätspolitik. Durch ein enges Netz institutioneller Regelungen mit bisher nicht erreichter Durchschlagskraft werden der Euro-Raum und die EU auf einem neoliberalen Entwicklungspfad festgezurr. Die Kluft zwischen Reichen und Armen wird durch den institutionellen Umbau noch größer.

Reichtum verlieh einst auch dem kaiserlichen Hof, dem Zentrum des römischen Weltreichs, üppigen Glanz. Das verschwenderische Luxusleben der Machtelite zu Lasten der Völker in den unterworfenen Provinzen war einst das Signum ihrer Herrschaft. Maßlosigkeit war die Regel. Dekadenz war ein Moment des Lebensstils der oberen Machtzirkel. So ist es durchaus nicht bedeutungslos, sondern ein aus der Geschichte herauszuhebendes Exempel für die Fähigkeit herausragender Persönlichkeiten unter den Herrschenden, den Pfad des Üblichen in gewissem Maße zu verlassen, wenn Marc Aurel in seinen »Selbstbetrachtungen« in Übereinstimmung mit der eigenen Lebenshaltung schrieb:

- »Den Göttern verdanke ich, ... dass ich einem Herrscher und Vater
- untertan war, der mich zu der Erkenntnis bringen sollte, dass es mög-
- lich ist, am Hofe zu leben, ohne nach der üblichen Leibgarde, nach
- prunkvoller Kleidung, nach Fackeln und Bildsäulen und ähnlichem
- Gepränge zu verlangen, dass es vielmehr möglich ist, sich fast wie
- ein Privatmann einzuschränken und trotzdem den notwendigen Füh-
- rungsaufgaben zum Wohle des Ganzen nicht schwächer oder weni-
- ger besorgt gegenüberzustehen.« (Aurel 1954: 9)

In den USA der 1930er Jahre war es ein den Machteliten selbst Zugehöriger, Präsident Roosevelt, der auf die Kapitalentwertungsprozesse in der Weltwirtschaftskrise mit einer Absage an die Bereicherung der Superreichen und an den Vorrang der vom Big Business bestimmten Marktimperative gegenüber der Politik antwortete.

Zu Beginn der Präsidentschaft Barack Obamas schien eine ähnliche Bereitschaft zum Wandel auf, gestützt auf eine breite Zustimmung im amerikanischen Volk für eine neue Politik. »Change« lautete das Zauberwort, das breiten Widerhall fand. Wandlungsoffene Teile der US-Machteliten stellten sich gegen die Konservativen um George W. Bush. Doch diese Analogie blieb bald im Reich von Hoffnungen und politischen Träumen stecken und verblasste schnell.

Kanzlerin Merkel hat solche Träume nie geweckt. Nie hat sie den Versuch unternommen, Teile der Machteliten vom neoliberalen Kapitalismus abzubringen – auch nicht im historischen Moment sichtbarer Diskreditierung der Laissez-faire-Ideologie durch die jüngste große Mehrfachkrise. Ihre Austeritätspolitik in Europa, besonders eklatant in der Griechenlandkrise, zeugt für das genaue Gegenteil, das Mäntelchen der »Sozialdemokratisierung der CDU« eingeschlossen.

Aber der Blick zurück auf die Lernprozesse in den US-Machteliten unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren birgt im Unterschied zu der ganz verschiedenen neoliberalen Beharrungskonstanz des heutigen Blocks an der Macht die Frage, ob denn in Zukunft mit ähnlich großen Krisen der Kapitalverwertung wie damals zu rechnen ist und ob diese abermals zu ganz anderen Reaktionen in den Machteliten führen könnten als gegenwärtig nach der jüngsten mehrdimensionalen großen Krise mit dem Höhepunkt im Jahr 2008.

Die Wahrscheinlichkeit neuer Verwertungskrisen – Pikettys Analyse

Es ist zu erwarten, dass der Kapitalismus immer wieder in Krisen geraten wird, die durch massenhafte Kapitalentwertung gekennzeichnet sein werden, weil die Kapitalverwertung zwangsläufig zu einer Überakkumulation des Kapitals tendiert. Daran schließt sich hier die Annahme an, dass besonders tiefe Krisen der Kapitalverwertung den herrschenden Block auch künftig zur Suche nach Auswegen zwingen werden – bis zu der heute fernen Möglichkeit, dass Teile der Machteliten ähnlich wie beim Übergang zum sozialstaatlich regulierten Kapitalismus abermals in einer progressiven systeminternen Transformation einen Weg zur Rettung des Kapitalismus suchen könnten.

Andere Fraktionen des herrschenden Blocks werden dagegen heftigsten Widerstand setzen und auch künftig eher eine noch stärker autoritäre, antidemokratische, antisoziale, imperiale und ökologisch weitgehend blinde Variante des Kapitalismus durchzusetzen suchen.

Folglich wird es darauf ankommen, dass sich die Linke auf beide Möglichkeiten vorbereitet und eine Strategie der Erzwingung von progressiven Differenzierungs- und Lernprozessen in der herrschenden Klasse durch radikalen Druck von links entwickelt. Im günstigsten Fall würden von linken Kräften geführte Regierungen den anpassungsfähigen Teil der Machteliten zur Kooperation im Rahmen einer progressiven postneoliberalen Transformation gewinnen.

Eine relative Überakkumulation von Kapital tritt dann zu Tage, wenn zusätzliches Kapital nur zu einer geringeren Profitrate investiert werden kann als zuvor üblich. Absolute Überakkumulation liegt dann vor, wenn zusätzlich akkumuliertes Kapital überhaupt keinen Profit bringt. In solchen Fällen mündet die Konkurrenz um höhere Kapitalverwertung in relative oder absolute Kapitalentwertung. Die weniger konkurrenzfähigen Kapitale machen schlechtere Geschäfte oder sie werden sogar vernichtet. Produzierte Waren können nicht, nur mit geringem Gewinn oder nur mit Verlusten abgesetzt werden. Kapazitäten werden nicht ausgelastet. Millionen Menschen verlieren ihre Arbeitsplätze, weil ihre Beschäftigung in der Krise keinen Profit abwirft. In Krisenzeiten werden von den Unternehmen zum Nachteil von Bankgeschäften weniger Kredite aufgenommen. Die Banken büßen lukrative Geschäftsmöglichkeiten ein. Schuldner – private Haushalte, Unternehmen und Staaten – werden in der Folge von massiven Verlusten für die Gläubiger zahlungsunfähig. In Finanzkrisen werden fiktive Kapitale in Gestalt von Wertpapieren, deren Kurssteigerungen zuvor riesige Reichtumsgewinne vorspiegelten, plötzlich mit dem Kursverfall von Aktien, Anleihepapieren, Derivaten und anderen Finanzprodukten entwertet. Die zuvor verborgene Überakkumulation von Kapital wird manifest. Am härtesten betroffen von solchen Krisen sind jedoch jene, die ihre Arbeitsplätze verlieren, oft ihr geringes Ersparnis dazu, und die nicht selten ins Untere der Gesellschaft abstürzen.

Wichtigste Ursache für das Phänomen der Überakkumulation ist, dass das Kapital ein Ausbeutungsverhältnis ist. Lohnabhängige werden durch die kapitalistischen Eigentümer der Wirtschaftsressourcen nur beschäftigt, wenn ihre Arbeit mehr Wert für die Unternehmen schafft als sie selbst in Gestalt von Löhnen und Gehältern verdienen. Zwar realisieren die Unternehmer Teile dieses Mehrwerts beziehungsweise Profits, wenn sie ihre produzierten Güter und Leistungen an andere Unternehmen oder an den Staat verkaufen. Aber da letzten Endes die Realisierung des geschaffenen Neuwerts von der Kaufkraft der durch das Profitmachen geschröpften Bevölkerungsmehrheit abhängt, tritt schließlich zu Tage, dass das Kapital zu seiner eigenen Grenze wird: in zyklischen und strukturellen Krisen, in Finanzkrisen und anderen Gestalten der Kapitalentwertung bis zu Kriegen. »Die *wahre Schranke* der kapitalistischen Produktion ist *das Kapital* selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das *Kapital* ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel

bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die *Gesellschaft* der Produzenten sind. ... Das Mittel – unbedingte Entwicklung der Produktivkräfte – gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals.« (MEW 25: 260)

In der Geschichte des Kapitalismus fand dieser Widerspruch immer wieder eine vorübergehende Lösung in den periodisch auftretenden Überproduktionskrisen. Die Überakkumulation von Kapital in Hochkonjunkturphasen mündete stets im Zurückbleiben des von der Mehrheitskaufkraft abhängigen Marktes hinter der Überproduktion. Erst der Rückgang der Produktion und die Vernichtung beziehungsweise Entwertung von Kapital in der Krise, bezahlt mit Arbeitslosigkeit und sozialem Absturz vieler abhängig Beschäftigter, führt im Verlauf von Belebung und neuem Konjunkturaufschwung zur relativen Lösung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt.

Dieser Mechanismus zyklisch und später chronisch auftretender Arbeitslosigkeit fesselt die lohnabhängige Klasse an das Kapital, schwächt die Widerstandskraft der Arbeiterklasse und hat im Zusammenspiel mit staatlicher Unterdrückung dazu geführt, dass in den letzten zweihundert Jahren als historischer Grundtrend eine soziale Polarisierung zwischen den Reichen und Superreichen auf Seiten des Kapitals und der großen Mehrheit der Bevölkerung wirkte. Marx' Aktualität besteht nicht zuletzt darin, dass dieser von ihm theoretisch erklärte Grundzusammenhang der Kapitalbewegung bis heute wirkt – wenn auch vielfach modifiziert und in manchen Zeiträumen überlagert als Ergebnis veränderter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, politischer Intervention in die Wirtschaft, technologischer Umwälzungen und Internationalisierung, von Lernprozessen, soziokulturellem Wertewandel und anderer Umstände.

In der jüngeren Zeit ist die längst bekannte Grundkonstellation tiefer sozialer Spaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften neuerlich spektakulär in das öffentliche Bewusstsein gehoben worden. Der französische Ökonom Thomas Piketty hat in seinem umfangreichen Werk »Das Kapital im 21. Jahrhundert« gestützt auf Steuerdaten und eine Fülle anderer Quellen die Entwicklung der Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung in den westlichen Industrieländern, in den BRICS-Staaten und insgesamt knapp 30 Ländern vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart erfasst. Der amerikanische Nobelpreisökonom Paul Krugman schrieb über Pikettys Hauptbefund: »Der Kerngedanke von »Kapital im 21. Jahrhundert« besagt, dass wir nicht einfach nur zu Einkommensungleichheiten auf dem Niveau des 19.

Jahrhunderts zurückkehren, sondern dass wir uns auf dem Rückweg in einen ›Patrimonialkapitalismus‹ befinden. In ihm werden die Kommandohöhen der Wirtschaft nicht von begabten Individuen kontrolliert, sondern von Familiendynastien.« (Krugman 2014: 72) Pikettys Untersuchungen belegen erneut, dass eine extrem kleine oligarchische Vermögenselite kraft ihrer ökonomischen und politischen Macht alle wesentlichen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Prozesse in der Gesellschaft dominiert. Die reichsten 10% der Amerikaner besitzen 75%, das reichste 1% 35% aller Vermögen der USA. In Europa nennen die obersten 10% der Bevölkerung 60% aller Vermögen ihr Eigen; das reichste 1% besitzt 25% der Vermögen.

Den langfristigen Trend der Vermögens- und Einkommensverteilung bringt Piketty auf die Formel $r > g$. Das heißt, die Rendite r auf Privatvermögen ist langfristig größer als das Wirtschaftswachstum g (growth). Nach Pikettys Berechnungen beträgt die langfristige Wachstumsrate entwickelter kapitalistischer Volkswirtschaften durchschnittlich 1 bis 2%, die durchschnittliche Rendite auf Vermögen liegt bei 4 bis 5% vor Steuern. Wenn aber die Erträge auf Vermögen im Durchschnitt schneller als die Wirtschaft wachsen, setzt dies eine permanente Umverteilung zu Gunsten der Vermögenden und zulasten derer ohne oder nur mit geringen Vermögen voraus. Die Formel $r > g$ bringt also zum Ausdruck, dass die Kluft zwischen Reichtum und Armut ein dem Kapitalismus immanenter historischer Grundtrend ist.

Am schnellsten wachsen, wie Saez und Zucman für die USA nachgewiesen haben, die größten Vermögen. Innerhalb des reichsten 1% ist der Vermögens- und Machtzuwachs der 0,01% Superreichen (ca. 16.000 Haushalte mit je über 100 Millionen Dollar) am meisten explodiert (Saez/Zucman 2014). Ihr Anteil am Gesamtvermögen der USA und anderer Länder ist am schnellsten gestiegen, in den Vereinigten Staaten von 3,1% 1960 auf 11,2% 2012 (siehe Abbildung 1). Im Ergebnis des schnelleren Wachstums der bei den Reichen konzentrierten Privatvermögen im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum übertrifft der Bestand der Privatvermögen das jeweilige jährliche Nationaleinkommen um ein Mehrfaches (siehe Abbildung 2).

Vom 18. Jahrhundert bis etwa 1870 übertraf der privatkapitalistische Vermögensbestand das Nationaleinkommen um 600 bis 700%, wobei Piketty – sicher unzulässig – Vermögen, Reichtum und Kapital gleichsetzt. In den USA, wo die kapitalistische Entwicklung anders als in Europa ohne die Ausbeutung von Kolonien verlief, übertraf das bei den Reichen konzentrierte Vermögen das Nationaleinkommen trotzdem noch

Abbildung 1: Vermögensanteile im obersten 1% in den USA

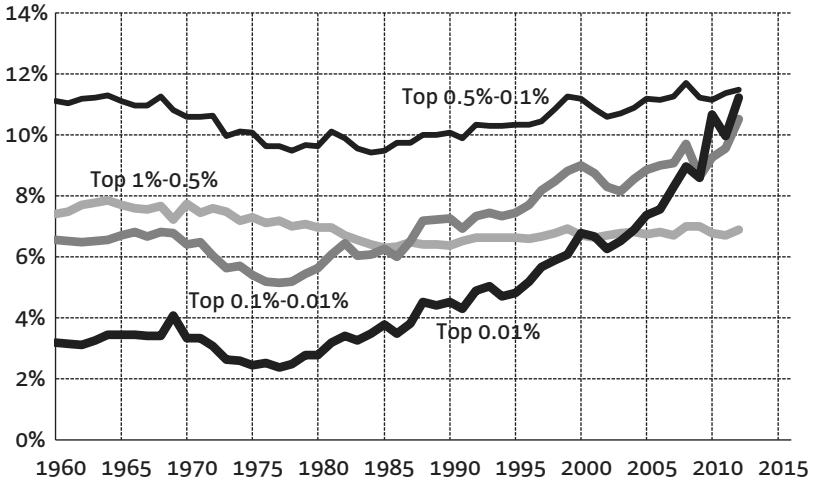
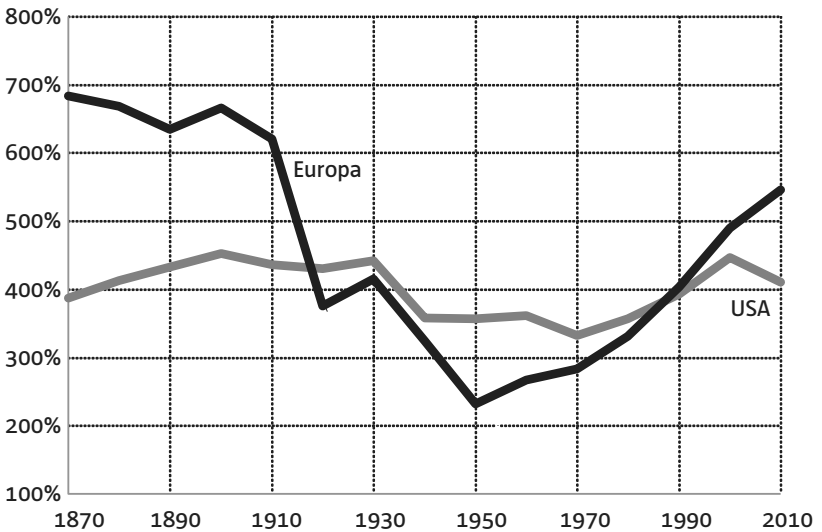


Abbildung 2: Privatvermögen im Verhältnis zum Nationaleinkommen 1870-2010 in Europa und den USA



um rund 400% mit steigender Tendenz bis 1930. Dieser Vermögens-Nationaleinkommens-Relation näherte sich auch die europäische Entwicklung zwischen 1870 und 1930 an. Die beim Kapital konzentrierten Vermögen erfuhren in Europa anders als in den USA durch die Zerstörungen im Ersten Weltkrieg, durch Nachkriegsinflation, Revolutionen, Enteignungen und noch stärker im Zweiten Weltkrieg enorme Entwertungsschübe. Der Verlauf der Europa-Kurve zwischen 1910 und 1950 in der Abbildung 2 spiegelt das wider. 1950 übertraf das Privatvermögen das europäische Nationaleinkommen »nur« noch um rund 240%. Aber selbst in den »goldenen« Jahrzehnten einen starken Wirtschaftswachstums nach dem Zweiten Weltkrieg, der fordistischen Massenproduktion und Massenkonsumtion und von produktivitätsorientierten Lohnsteigerungen blieb das hohe volkswirtschaftliche Wachstum weiter hinter dem noch höherem Tempo des Vermögenszuwachses zurück. Seit den 1970er Jahren vergrößert sich diese Kluft beschleunigt. Das ist das Resultat des Übergangs zum neoliberalen Kapitalismus, zu verstärktem Druck auf die Löhne, zur Erosion des Sozialstaats zu Gunsten privater Daseinsvorsorge und zum Vorteil der Banken und Versicherungskonzerne, der Privatisierung öffentlichen Eigentums und zunehmender Finanzialisierung der Gesellschaft.

Piketty schlussfolgert aus dieser Entwicklung vor allem seit Mitte des 20. Jahrhunderts nach zeitweiliger starker Wirkung einer Gegentendenz, dass die soziale Ungleichheit auch im weiteren Verlauf des 21. Jahrhunderts wahrscheinlich weiter zunehmen und sich auf den extremen Grad sozialer Spaltung der Gesellschaft gegen Ende des 19. Jahrhunderts zubewegen wird. Er prognostiziert die – tatsächlich bereits fortgeschrittene – Rückkehr zu oligarchischen und patrimonialen Strukturen des Kapitalismus: »Das Kapital ist zurück: In den acht entwickelten Volkswirtschaften hat der akkumulierte Reichtum von 200-300 % des Nationaleinkommens im Jahr 1970 auf 400-600 % heute zugenommen. In der Tat nähern sich die heutigen Vermögens-Einkommens-Relationen wieder den hohen Werten, die im 18. und 19. Jahrhundert in Europa zu beobachten waren (nämlich 600-700 %), trotz der sichtbaren Veränderungen in der Natur des Reichtums. Die niedrigeren Relationen im Europa der Nachkriegsjahrzehnte erscheinen aus diesem Blickwinkel als historische Anomalie.« (Piketty/Zucman 2014: 34; Übersetzung von Bischoff/Müller 2014a: 30f.) Der kurze Blick auf Pikettys Analyse der kapitalistischen Reichtumsentwicklung erlaubt wichtige Schlussfolgerungen:

Erstens: Wenn der Reichtumszuwachs das Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahrzehnten dem Trend entsprechend tatsächlich wei-

ter zulasten der großen Bevölkerungsmehrheit überträfe, hätte die fortschreitende Konzentration von Kapitalvermögen bei den Superreichen eine überaus folgenschwere Implikation: Die Überakkumulation von Kapital, das eine seinen Ansprüchen gemäße profitable Möglichkeit nicht mehr findet, würde neue Dimensionen erreichen. Die Verwertung großer Kapitalmassen wäre abermals nicht mehr möglich. Dann geriete das Kapital als Verwertungsmaschine erneut in Gefahr. Ein worst case für das Kapital zeichnete sich ab. Er wäre mit einem worst case für die gesamte Gesellschaft verbunden, mit prekären Lebensbedingungen noch größerer Teile der Bevölkerung, mit noch mehr Armut und Perspektivlosigkeit, womöglich mit irreparablen ökologischen Katastrophen, mit größeren internationalen Spannungen und militärischen Konflikten.

Zweitens: Abermals wäre – nach verpassten früheren Chancen – eine Scheidewegsituation zu erwarten. Entweder vermehrter Einsatz autoritärer Herrschaftsgewalt, noch radikalere Suspendierung der Demokratie, durch Hoffnungslosigkeit bedingte Schwächung des Widerstandes der Opposition, weiterer Aufstieg von Rechtspopulismus und Neonazismus, noch rücksichtslosere Expansion der konkurrenzstärksten Marktakteure, noch größere internationale ökonomische Ungleichgewichte mit wachsenden Gefahren für das internationale Zusammenleben der Völker. Oder alternativen Akteuren gelingt es – nach der Erfahrung bitterer Verluste bei zu späten Einsichten – ihre Segmentierungen zu überbrücken, sich auf realistische Alternativen zu verständigen, ihren Widerstand um ein Vielfaches zu verstärken, breite Bündnisse herzustellen und Teile des herrschenden Blocks zu einer späten postneoliberalen Umkehr zu bewegen – ob bei bürgerlicher Hegemonie oder durch die Gewinnung linker Mehrheiten in der Gesellschaft, in den Parlamenten und bei der Regierungsbildung.

Drittens: Die Ironie, die in dieser Alternative steckt, hat den Kapitalismus in seiner gesamten Geschichte begleitet. Sie besteht darin, dass der Kapitalismus sich selbst längst zugrunde gerichtet und jeder Entwicklungschance beraubt hätte, wenn nicht Gegenmächte ihm Zügel angelegt und eine mehr oder weniger demokratische Verfasstheit, die Erhöhung der Massenkaufkraft, den Sozialstaat, Bildung und Gesundheitsreformen, Schritte zu Geschlechtergerechtigkeit, völkerrechtliche Regeln der Gewaltbegrenzung und Umweltgesetze aufgezwungen hätten – stets gefährdet durch Rücknahmen allerdings. Nun fällt es der gesellschaftlichen Linken und ihren Bündnispartnern zu, der Überakkumulation von Kapital Grenzen zu setzen, ehe sie sich in weiteren opferreichen Krisen entlädt.

Das überakkumulierte Kapital muss entwertet werden, weil die profitablen Anlagemöglichkeiten für die Gesamtheit der aufgehäuften riesigen Vermögen Unternehmerprofite nach kapitalistischen Maßstäben nicht ausreichen. Bleibt der Verlauf der Kapitalentwertung den spontanen Marktmechanismen und kapitalistischer Politik überlassen, so verläuft er in krisenhafter, vielfältig destruktiver und antisozialer Weise. Die Entwertung von Aktien und anderen Wertpapieren in Finanzkrisen, Spekulationsverluste, Verluste durch den Absturz von Immobilienpreisen, Nichtauslastung von Produktionskapazitäten und Produktionseinbrüche in Überproduktionskrisen, Zerstörungen im Gefolge von Kriegen und Umweltschäden sind die bei solchem Verlauf vielfach erfahrenen Formen von Kapitalentwertung, die sämtlich mit oft katastrophalen Verschlechterungen für die Bevölkerungsmehrheit verbunden sind.

Die Linke dagegen zielt darauf, die unvermeidbare Entwertung großer Kapitalmassen in konstruktive, sozial und ökologisch progressive Bahnen zu lenken. Sie fordert, die Überakkumulation von Kapital durch Umverteilung von oben nach unten zu stoppen. Wenn die Einkommen und Geldvermögen der Superreichen und nichtinvestierte Unternehmensgewinne hoch besteuert werden, wenn die Schädigung der Umwelt mit hohen Abgaben belegt wird, kann das Vermögen der Superreichen gar nicht erst wieder maßlos wachsen.

Der Staat würde durch seine Einnahmen in die Lage versetzt, das umverteilte Kapital in solche Bereiche der Gesellschaft zu lenken, die das private Kapital meidet, weil sie unprofitabel sind, also Entwertung des Kapitals bedeuten. Dem Staat wird ermöglicht, die Sphäre menschlicher Reproduktion beziehungsweise der Care-Arbeit (Gesundheit, Pflege, Betreuung, soziale Arbeit, Bildung, Kultur, öffentliche Mobilität) zu fördern. Er kann langfristige, dem Privatkapital ebenfalls als Kapitalentwertung geltende Investitionen in die Abwendung einer Klimakatastrophe, in den Erhalt der Biodiversität, der Böden und Wasserreserven finanzieren.

Eine wesentliche Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge, vom Standpunkt der Einzelkapitale eine Sphäre der Kapitalentwertung, ist ein Grundinteresse der Bevölkerungsmehrheit. Notwendig sind ein starker öffentlicher Bankensektor, die Überwindung der Übermacht »systemrelevanter« privater Großbanken und von Energiekonzernen, die die Energiewende entweder verzögern (Kemfert 2013) oder/und ihrer Herrschaft so einverleiben, dass die Chancen erneuerbarer Energien für Dezentralisierung, Bürgernähe und Demokratisierung der Energiewirtschaft verspielt werden.

Eine neue Weltwirtschaftsordnung hätte auf volkswirtschaftliche Gleichgewichte zwischen Staaten, Wirtschaftsvereinigungen und Erdregionen hinzuwirken, wo notwendig für einen sozial beherrschten Schuldenchnitt zulasten der privaten Profiteure der Staatsverschuldung zu sorgen und eine harte Regulierung des internationalen Finanzsystems zu sichern. Regionale und globale Kooperation, Strukturpolitik, deren internationale Abstimmung und demokratische indikative Planung würden großes Gewicht gewinnen. Die Wirtschaft wäre in einen umfassenden Erneuerungsprozess der Demokratie einzubetten, der auch Formen der Wirtschaftsdemokratie einschließen würde. Die Demokratisierung der Demokratie würde den Möglichkeitsraum für permanente gesellschaftliche Lernprozesse öffnen, die für einen Vorstoß in das Neuland einer Gesellschaftsalternative unverzichtbar sind. Denn es gibt kein sicheres Vorauswissen über eine bisher unbekannte gesellschaftliche Zukunft.

Diese Andeutungen notwendiger Richtungsänderungen in Politik und Wirtschaft erhalten ihren Sinn vor dem Hintergrund eines Blicks im nächsten Abschnitt auf jene ganz entgegengesetzten Richtungen, die in den letzten Jahrzehnten die Suche der Machteliten nach Auswegen aus den Sackgassen der Kapitalverwertung bestimmt haben.

Streck über eine Folge von Fluchtversuchen vor der nächsten großen Krise

Insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren führten günstige Wachstumsbedingungen dazu, dass die Überakkumulation von Kapital zurückging und hohe Akkumulationsraten einen langen Wirtschaftsaufschwung trugen. Das Entstehen und die Ausweitung neuer Industrien – der Automobilindustrie, der Petrochemie, der Kunststoff- und Kunstfaserindustrie, der beginnenden Expansion der Verbraucherelektronik und der starken Ausweitung der Konsumgüterindustrien – führten zu einem kräftigen Wachstum der Massenproduktion. Starke Gewerkschaften erzwangen einen fordistischen Verteilungskompromiss zu Gunsten einer Massenkonsumtion, die wiederum der Massenproduktion Absatz sicherte. Hoher Produktivitätszuwachs durch den Skaleneffekt großer Produktionsserien, produktivitätsorientierte Lohnentwicklung, hohe Steuereinkommen für den Staat, der sich als Sozialstaat entfalten konnte und durch seine Ausgaben wiederum das Wachstum förderte, waren die Hauptkomponenten dieser »goldenen Jahrzehnte« (Busch/Land 2013: 17-38; Klein 2003: 26-43).

Als dieser Typ des sozialstaatlich regulierten Teilhabekapitalismus an seine Grenzen stieß (Busch/Land 2013: 39-58; Klein 2003: 44-52), als die

Wachstumsraten zurückgingen und abermals eine Überakkumulation von Kapital zunahm, suchten die herrschenden Eliten Auswege in der Inflation, in steigender Staatsverschuldung, in wachsender Privatverschuldung und gegenwärtig in einer Austeritätspolitik, die durch Senkung von Sozialausgaben und Löhnen das Kapital stärken und ihm wieder mehr Investitionen ermöglichen soll. Wolfgang Streeck hat diese Abfolge in seiner Erzählung über die Suche der kapitalistischen Machteliten nach immer neuen Wegen des Kaufs von Zeit bis zur nächsten Krise des Kapitalismus beschrieben (Streeck 2013), allerdings ohne dies explizit auf die Überakkumulation des Kapitals zurückzuführen.

1. Die inflationistische Vergrößerung der Geldmenge vor allem in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, die das Wachstum ankurbeln sollte, sicherte zwar zeitweilig weiter eine hohe Beschäftigungsquote, entwertete jedoch die Lohnzuwächse, begrenzte so die Nachfrage und führte schließlich zu gleichzeitiger Inflation und Stagnation, zur sogenannten Stagflation (vgl. ebd.: 61-65).

2. Als die Inflation in die Sackgasse führte, wurde ein neuer Ausweg gesucht – in der verstärkten Verschuldung der Staaten. Die Banken konnten Kapital, dem Überakkumulation durch Mangel an Anlagemöglichkeiten drohte, durch profitable Kreditvergabe an Staaten verwerten. Die Kreditaufnahme bei den Banken ermöglichte eine – wenn auch bereits verminderte – Fortsetzung sozialstaatlicher Leistungen, die aber noch gar nicht erwirtschaftet waren. Mit steigender Staatsverschuldung stiegen jedoch auch die Zinsen, die die Gläubiger einforderten, als unsicherer wurde, ob der Schuldendienst auf die Dauer leistbar bleiben würde. Die Staaten begannen, der Staatsverschuldung vor allem durch Kürzung der Sozialleistungen entgegenzuwirken (vgl. ebd.: 64f.). Auch die Staatsverschuldung erwies sich als untaugliches Mittel gegen die Überakkumulation von Kapital.

3. Als nächster Ausweg wurde mit Hilfe einer verstärkten Liberalisierung der Kapitalmärkte eine lange Welle der Verschuldung privater Haushalte eingeleitet. Die Massenkonsumtion konnte weiter aufrechterhalten werden. Die Banken machten neue Geschäfte, nunmehr durch Kreditvergabe an private Kunden. Der Gipfel dieser Scheinlösung für die Überakkumulation von Kapital war erreicht, als vor allem in den USA, in Spanien, Irland, Schweden und anderswo Kredite für den Bau oder Kauf von Häusern auch an Millionen Haushalte vergeben wurden, deren Einkommen die Rückzahlung der Kredite gar nicht erlaubten. Auf dem Wege der Verwandlung der einfachen Kreditverträge in Derivate durch die Kombination mehrerer Wertpapiere und durch den Verkauf

dieser Derivate auf den internationalen Finanzmärkten blieb die Finanzblase, die durch die Vergabe von faulen Krediten in Milliardenhöhe entstand, eine Zeitlang verdeckt. Schließlich führte das Platzen dieser Blase 2007/2008 zu einer Immobilienkrise, mit der eine weltweite Finanzkrise begann. Überakkumulation von Kapital trat nun im Stocken der unsicher gewordenen Kreditvergabe, in der Zurückhaltung der Banken bei der Kreditierung anderer Banken, im milliardenfachen Zutage treten von Schrottpapieren, in der Entwertung von Vermögen an die Oberfläche. Die Bankenkrise verflocht sich mit einer Realwirtschaftskrise.

4. Die Staaten sprangen mit Milliarden schweren Bankenrettungsschirmen und Konjunkturprogrammen ein. Die Staatsverschuldung erreichte einen derartigen Umfang, dass eine Reihe von Staaten insbesondere in Südeuropa in eine Staatsschuldenkrise geriet, die sie an den Rand des Staatsbankrotts und die Europäische Union an die Grenzen des Krisenmanagements in der Eurozone geführt hat. Abermals erwies sich ein Ausweg aus dem Widerspruch zwischen dem Anwachsen der Konzentration riesiger Kapitalvermögen und dem Fehlen profitabler Anlagemöglichkeiten für diese Vermögen nur als eine Verlagerung der Widersprüche auf eine andere Ebene.

5. Die aktuelle Antwort der Machteliten darauf ist in Europa die Austeritätspolitik (Lehndorff 2014). Sie soll durch die Kürzung von Staatsausgaben – vorrangig von staatlichen Sozialleistungen und von Löhnen und Gehältern der Staatsbediensteten – die Staatsschulden verringern, ohne die Unternehmen und große Vermögen durch Steuererhöhungen auf der Einnahmenseite des Staatsbudgets zu belasten. Durch Ausweitung des Drucks auf die Löhne auch in der Privatwirtschaft und weitere »Reformen« zur Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen sollen ein neues Wachstum und neue Möglichkeiten für gewinnträchtige Kapitalanlagen erreicht werden. Aber Arbeitslosigkeit und Begrenzung der Masseneinkommen als Ergebnis der Austeritätspolitik wirken erneuertem Wachstum entgegen. Eine neue Sackgasse öffnet sich.

Für die Marktführer in der globalen Verdrängungskonkurrenz und für die Superreichen ist es rational, dass die Lasten der Krisenfolgen auf die Lohnabhängigen, auf die prekarierten Schichten und selbst auf die Mittelschichten abgewälzt werden, dass die Gewinne weiter privatisiert und die Lasten sozialisiert bleiben. Doch diese privatkapitalistischer Rationalität ist eingelagert in die Irrationalität der geschilderten Abfolge von zyklischen Krisen, inflationistischer Geldpolitik, Staatsverschuldung, Privatverschuldung, noch stärkerer Staatsverschuldung und schließlich Austeritätspolitik als der kapitalistischen Weisheit untauglicher jüngster

Schluss. Innerhalb des beschränkten Horizonts neoliberaler Politikvarianten ist nun zumindest bisher kein Fluchtweg mehr vor der Überakkumulation von Kapital, vor der Kluft zwischen riesiger Vermögensanhäufung und begrenzten Möglichkeiten ihrer Verwertung erkennbar.

Fatal ist die Tendenz im herrschenden Block, auf die Erosion sozialer Integration in der Gesellschaft, auf Legitimationsverluste für die Mächtigen und auf den Widerstand gegen die Austeritätspolitik mit dem Übergang zu nur noch scheindemokratischen Verhältnissen und zunehmend autoritärer Herrschaft zu reagieren. Äußerst bedrohlich ist, dass der soziale Abstieg und die Ängste davor wachsende Teile der Bevölkerung für rechtspopulistische und neonazistische Ideologien anfällig machen.

Grüner Kapitalismus als konflikthafter Ausweg auf Zeit

Die globalen Finanzvermögen auf der Suche nach Profitmöglichkeiten hatten im Jahr 2010 einen Umfang von 211 Billionen Dollar. Das waren 356% des globalen Sozialprodukts von 59 Billionen Dollar in diesem Jahr. Der von Piketty nachgewiesene und in unterschiedlichen globalen Reichtumsberichten bestätigte Trend ist die weitere Zunahme von Kapitalmassen, denen Entwertung droht, wenn sich dem Kapital nicht neue Horizonte auftun werden.

Gefahr für die Kapitalverwertung, für den Lebensnerv des Kapitals, ist aber die erste der hier behandelten Ursachen für Bewegung in den Machteliten selbst, für deren Suche nach herrschaftssichernder Transformation der Gesellschaft – und im glücklichsten Falle für eine Transformation, in der bei ausreichendem Druck seitens alternativer Akteure auch den Interessen der Bevölkerungsmehrheit teilweise Rechnung getragen wird. Es ist höchst wahrscheinlich, dass dem Kapitalismus erneut eine schwere Krise der Kapitalverwertung droht. Offen ist, ob unter deren Druck die Gewerkschaften und generell alternative Bewegungen wie in der Mehrfachkrise seit 2008 derart in die Defensive geraten werden, dass den Machteliten abermals ein modifiziertes »Weiter so« gelingen wird. Oder ob es der pluralen gesellschaftlichen Linken in breiten Allianzen gelingen wird, eine erneut zu erwartende Scheidewegkonstellation für eine postneoliberale progressive Transformation zu nutzen. Offen ist auch, ob unter dem Druck der Umstände auch Teile der Machteliten einen solchen Weg mittragen werden.

Die gesellschaftlichen Kräfte für eine postneoliberale nachhaltige Solidargesellschaft besitzen in diesem Spannungsfeld eine unschätzbare Trumpfkarte. Die hier vorgelegte Darstellung hat deutlich gemacht, dass der herrschende Block nach immer wieder neuen Varianten einer Flucht

vor der Überakkumulation von Kapital in eine Lage geraten ist, in der er – zumindest gegenwärtig – keinen neuen Fluchtweg mehr sieht. Die Austeritätspolitik wird den enormen Geldvermögen, die ihrer Verwertung als Kapital harren, kein neues Feld der Verwertung öffnen. Im Gegenteil, die Beschneidung der Massenkauftkraft und die Kürzung von Staatsausgaben, die sinnvolle Investitionen ermöglichen könnten, stehen dem entgegen.

In dieser für das Kapital mittelfristig durchaus bedrohlichen Situation, in der es tatsächlich als seine eigene Schranke erscheint, öffnet sich jedoch eine – allerdings höchst widersprüchliche – zeitweilige Perspektive, die Streeck in seiner Erzählung über die Abfolge von Inflation, Staatsverschuldung, privater Verschuldung, neuer Staatsverschuldung und Austerität merkwürdigerweise unbeachtet lässt. Alle von ihm skizzierten Versuche, Zeit bis zu neuen Krisen zu erkaufen, verlaufen vorwiegend in der Sphäre von Geld und Finanzen. Tatsächlich sind es aber die Produktion und humanorientierte Dienstleistungen, die ein riesiges Feld der Kapitalakkumulation versprechen – unter der Voraussetzung der Konzentration von Investitionen auf den ökologischen Umbau. Der Überakkumulation könnte entgegengewirkt werden, wenn anstelle der Schröpfung der Bevölkerungsmehrheit das Großkapital und die Vermögen der Superreichen höheren Steuern und Abgaben unterworfen würden, um Mittel auf nationaler, europäischer und globaler Ebene in die Energiewende und Klimapolitik, in die Rettung der Biodiversität, der Böden und der Wasserhaushalte zu lenken. Das wäre nicht ein Ausweg bis in die nächste Sackgasse, sondern *für eine Übergangszeit der ökologischen Erneuerung des Produktionsapparats* die Chance für Kapitalinvestitionen in Überlebensgrundlagen der Menschheit.

Grüner Kapitalismus also als der neue Wunderweg einer Versöhnung von kapitalistischem Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit? (Adler/Schachtschneider 2010; Candeias 2014: 308-312) Nach Jahrzehnten von Lösungen für das Problem der Überakkumulation von Kapital, die sich innerhalb kurzer Zeiträume in Wahrheit als Wege in neue Krisen erwiesen haben, endlich die Quadratur des Kreises? Das ist tatsächlich die Verheißung der Anhänger eines grünen Kapitalismus. Ralf Fücks schrieb: »Die Debatte über die Postwachstumsgesellschaft grenzt an Realitätsflucht. ... Aller Voraussicht nach wird sich die globale Wirtschaftsleistung in den kommenden 20 Jahren glatt verdoppeln. ... Nur ein Snob kann diese Entwicklung bedauern. Für die große Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten bedeutet wirtschaftliches Wachstum indes den Weg zu sozialem Fortschritt. ... Genau darauf zielt das Konzept eines

European Green New Deal: Massive Investitionen in Bildung und Wissenschaft, in den Ausbau der europäischen Energienetze, die Modernisierung des Bahnverkehrs, in Elektromobilität und die energetische Sanierung unserer Städte sollen eine lange Welle nachhaltigen Wachstums sichern.« (Fücks 2015: 146f.)

Mit der gleichen Vehemenz, mit der die Wortführer eines grünen Kapitalismus dessen Perspektive beschwören, lehnen ihn seine Kritiker ab. »Die globale Privatwirtschaft, die immer noch von einem unbegrenzten Wachstum ausgeht, ist zu einer permanenten Kriegswirtschaft geworden, einer Wirtschaft im Konflikt mit der Erde und den Menschen. Ihre Wirtschaftsmethoden sind die Waffen in diesem Krieg«. (Shiva 2015: 79) »Für die hochentwickelten Volkswirtschaften der westlichen Welt ist Wohlstand ohne Wachstum kein utopischer Traum mehr, er ist eine finanzpolitische und ökologische Notwendigkeit.« (Jackson 2015: 190) Beide Standpunkte können Rationalität für sich geltend machen. Beide Standpunkte stehen jedoch zugleich einer nachhaltigen Perspektive im Wege.

Der rationale Kern einer Strategie, die auf einen grünen Kapitalismus setzt, besteht darin, dass die Ersetzung ressourcenaufwändiger Technologien durch Ressourcen sparende Technologien, der Übergang von fossilen und atomaren zu erneuerbaren Energien, die Erhöhung der Energieeffizienz sowie eine erhebliche Ausweitung der Care-Arbeit das Wachstum des Ressourcenverbrauchs dämpfen und der Belastung der Umwelt entgegenwirken würden. Diese positive Wirkung würde enorme Investitionen erfordern, für das Kapital also erhebliche Akkumulationsmöglichkeiten eröffnen.

Im Stern-Report von 2006 zur Lösung des Klimaproblems wurde im günstigsten Fall der Aufwand von 1% des Weltsozialprodukts, in einem Nachfolgebericht von 2% pro Jahr erwartet (Stern 2006). Jorgen Randers verweist auf OECD-Berechnungen, nach denen der Aufwand für die Abkehr von einer fossilen Energiebasis in den reichen Mitgliedstaaten jährlich 4% ihres Sozialprodukts ausmachen wird (OECD 2009). Die Internationale Energieagentur (IEA) hat die erforderlichen Gesamtinvestitionen in die Weltenergieinfrastruktur von 2011 bis 2035 auf 38 Billionen Dollar geschätzt, davon 10 Billionen, um das Szenario zu sichern, dass die globale Erwärmung unter 2°C halten soll (IEA 2011). Natürlich ergeben sich die künftigen umweltrelevanten Investitionen nicht nur aus einer Energiewende. Allein für die weltweite Bereitstellung von sauberem Wasser wird ein Aufwand von 19 Billionen Dollar geschätzt. Das entspricht etwa einem Drittel des jährlichen Weltsozialprodukts oder

verteilt auf 30 Jahre jährlich 1% des BSP. Der sozial-ökologische Umbau wird folglich mit erheblichen Wachstumsanstößen verbunden sein, die auch neue Arbeitsplätze mit sich bringen.

Ein grüner Kapitalismus wäre also rational für die Kapitalakkumulation. Er würde der Überakkumulation von Kapital sowie ihrer Entladung in neuen Krisen der Kapitalentwertung entgegenwirken und würde Investitionen hervorbringen, die die Gefahren für die Umwelt dämpfen. Der grüne Kapitalismus wäre die einzige reale Chance für die Machteliten, riesige Felder der Kapitalverwertung mit Antworten auf globale Gefahren zu verbinden. Eine pauschale Ablehnung aller Prozesse, die einen grünen Kapitalismus ausmachen, ist daher falsch. Aber ebenso gibt es keinen Grund für die Linke, einen grünen Kapitalismus als gute Antwort auf die Umweltkrise, als nachhaltig zu betrachten und ihn kritiklos und ohne eigene Alternativen zu unterstützen.

Investitionen in die Minderung ökologischer Gefahren sind zwar besser als die weitgehende Folgenlosigkeit einer nicht endenden Serie von Weltgipfeln ohne richtungsändernde Ergebnisse zum Klimawandel, zum Erhalt der Biodiversität, zur Abwendung der globalen Wasserkrise und zu einer solidarischen Entwicklungspolitik. Aber Kapitalismus ist definiert durch Profitdominanz. Im Rahmen eines grünen Kapitalismus bliebe auch die Umweltpolitik dem Profitprinzip untergeordnet. Sie begreift Umweltinvestitionen als Teil der dem expansiven Charakter des Kapitalismus gemäßen Wachstumspolitik. In dem Grundsatzdokument der EU-Kommission »Europa 2020. Eine Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum« (Europäische Kommission 2010) wird von drei möglichen Entwicklungsszenarien die auf ein größtmögliches Wachstum orientierte Variante als zielbestimmend definiert (ebd.: 18). »Die Steigerung der Ressourceneffizienz würde sehr dazu beitragen, die Emissionen zu begrenzen, Geld zu sparen und das Wirtschaftswachstum anzutreiben. Dies betrifft alle Wirtschaftszweige, nicht nur die emissionsintensiven.« (ebd.: 18) Ein ökologischer Umbau soll das Wachstum aller Wirtschaftszweige beschleunigen. Das aber bedeutet, dass eine verbesserte Ressourceneffizienz durch den wachstumsbedingten Mehrverbrauch wieder aufgefressen wird. Der sogenannte Rebound-Effekt wird wirksam (Santorius 2015). Zwar findet permanent eine relative Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch statt. Die einzelnen Produkte werden mit geringerem Material- und Energieaufwand hergestellt. Doch Wachstum heißt nach den gewohnten Vorstellungen, dass mehr Güter produziert werden, neue Güter zumal, die die Konkurrenten zur Erzeugung von noch mehr noch neuen Waren zwingen – und so fort.

Deshalb ist eine absolute Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch eine Illusion. Der Standpunkt von Experten des Wuppertal Instituts ist daher: »Es wäre tollkühn, nur auf das unbekanntes Potenzial von Entkopplung zu vertrauen.« (Wuppertal Institut 2008: 109)

Das aber bedeutet, dass ein grüner Kapitalismus durch den Profit- und Konkurrenzmechanismus zwangsläufig zu Wachstum getrieben wird. Im Verhältnis zu einem reinen neoliberalen »Weiter so« kann er Züge einer progressiven innersystemischen Transformation annehmen. Aber er ist keine nachhaltige Antwort auf die Umweltkrise. Wie Tazio Müller daher schreibt: »Der Kapitalismus zwingt zu ständiger Akkumulation. Ökologische Wachstumskritik muss deshalb Kapitalismuskritik sein.« (Müller 2014) Sie muss auch Kritik eines grünen Kapitalismus als Perspektive sein, weil auf einer endlichen Erde kein endloses Wachstum möglich ist. Als Perspektive ist ein grüner Kapitalismus eine Chimäre. Aber er ist gleichwohl ein Fortschritt, soweit er einen *Übergang* von einem insgesamt die Umwelt extrem belastenden Produktivkraftsystem zu einer neuen, die Ressourcen, Energie und Natur entlastenden Produktions- und Dienstleistungsbasis der Gesellschaft vorantreiben kann. Grüner Kapitalismus ist ein Widerspruch in sich: Grüne Entwicklung bietet sich als ein letzter progressiver Entwicklungspfad des Kapitalismus an. Aber der Kapitalismus ist als profitdominierte Wachstumsmaschine ein System, das die technologischen Chancen für eine umweltschonende Entwicklung durch die ihm eigenen Wachstumszwänge überlagert. Das schließt eine *umfassende* ökologische und erst recht eine *soziale* Transformation aus.

Die Linke hat sich auf künftige Scheidewegkonstellationen einzustellen

Eine Zusammenfassung zu der in diesem Kapitel aufgeworfenen Frage nach künftigen Gefahren für das Kapital durch Grenzen der Kapitalverwertung und nach möglichen Reaktionen der Machteliten darauf lautet:

Erstens: Die Kapitalakkumulation wird auch künftig zur Konzentration riesiger Vermögen in der Verfügung einer kleinen Gruppe global agierender Unternehmen und Superreicher führen – wenn nicht ein enormes Erstarken von Gegenkräften diesen Trend zu brechen vermag. Erneut werden die ökonomischen und politischen Machteliten von der Entwertung von liquidem Geldkapital in Billionenhöhe betroffen sein, wenn sie dafür keine produktive Anlage finden. Kapital ist sich verwertender Wert. Stillstand des Verwertungsprozesses ist der Tod für ungeheure Kapitalmassen. Darauf steuert der Kapitalismus erneut zu.

Zweitens: Mit einer solchen Möglichkeit vor Augen könnten sich die Herrschenden verhalten wie viele Menschen angesichts drohender Katastrophen. Sie könnten das Kommende verdrängen, bis die Krise ausbricht. In den Turbulenzen der Krise könnten sie sich abermals für den Versuch entscheiden, der Krise marktradikal, autoritär und imperial zu begegnen. Genau dies ist die gegenwärtig dominierende Strategie der Herrschenden. Nicht auszuschließen ist aber auch, dass sich in Teilen der Machteliten nach all den von Streeck nachgezeichneten vergeblichen Versuchen, Zeit zu kaufen, und unter der keineswegs sicheren Voraussetzung eines Erstarkens von Gegenmächten eine Öffnung für progressive Transformationsprozesse durchsetzt, für eine stärker ökologische, sozialere und demokratischere Variante des Kapitalismus.

Drittens: Diese Variante wäre aber von vornherein begrenzt durch die Zwänge der Kapitalverwertung. Viele Umweltinvestitionen sind, wenn überhaupt, erst langfristig profitabel. Dem Kapital allein überlassen, würden sie nur sehr begrenzt stattfinden. Erdölkonzerne, Kohleinvestoren und die Atomwirtschaft fürchten die Entwertung ihrer Kapitalanlagen durch die Wende zu erneuerbaren Energien und verzögern sie daher (vgl. Kemfert 2013). Die Verwandlung eines großen Teils der Böden in Spekulationsobjekte zugunsten liquider Geldvermögen und in latifundistische landwirtschaftliche Monokulturflächen für den Export ist kurzfristig profitabler als die Unterstützung nachhaltiger Land- und Forstwirtschaft im globalen Süden. Der Übergang zu maßvollen und die Umwelt schonenden Lebensweisen ist den Produzenten einer konsumistischen Wegwerfgesellschaft zutiefst fremd. Das Ausklammern der Kosten, die durch rücksichtslosen Extraktivismus und durch die Überforderung der Natur in Gestalt langfristiger Vernichtung natürlicher Gleichgewichte entstehen, aus den betriebswirtschaftlichen Rechnungen ist gut für die Unternehmensgewinne, aber vernichtend für die Umwelt. Partizipative Demokratie, die den Bürgerinnen und Bürgern Einfluss auf die soziale Bewältigung des ökologischen Umbaus gäbe und ihn in der Lebenswelt verankern kann, stößt auf die Erosion der Demokratie durch die Unterwerfung der Politik unter das »Wohlwollen der Märkte«.

Viertens: Kurz, eine bürgerliche postneoliberale grüne Transformation wäre ein im Rahmen des Kapitalismus nicht ausgeschlossener historischer Fortschritt gegenüber dem neoliberalen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Aber dieser Fortschritt bliebe begrenzt durch den Verbleib im Kapitalismus und könnte nur so weit ausgeschöpft werden, wie es gelingt, den Kapitalismus zu bändigen und ein stets drohendes Rollback bereits erreichter Reformen zu verhindern.

Gegen eine Rücknahme möglicher sozial-ökologischer Wandlungen gibt es nur eine Sicherung: das Überschreiten herkömmlicher sozial-demokratischer Reformen, das Ausschöpfen aller bereits in bürgerlich begrenzten progressiven Transformationsprozessen enthaltenen Tendenzen, Elemente, Praxen und Institutionen für eine systemüberschreitende Große Transformation zu einer solidarischen, gerechten Friedensgesellschaft im Einklang mit der Natur.

Fünftens: Worauf es in diesem Kapitel ankam: Künftige Entwicklungen werden erneut zu Gefahren für die Kapitalverwertung selbst führen. Wenn aber das Innerste des Kapitalismus bedroht wird, wenn genau dazu die sich vertiefende Kluft zwischen Reichtum und Armut und die daraus folgende Überakkumulation von Kapital tendiert, stehen neue Scheidewege in der Geschichte des Kapitalismus bevor. Die Wege werden sich abermals gabeln. Dann mehren sich auch Anstöße für Differenzierungsprozesse innerhalb der Machteliten. Dann wird sich erweisen, ob die gesellschaftliche Linke anders als in den Schicksalsmonaten für die SYRIZA geführte griechische Regierung so viel an Macht gewinnen kann, dass sie Teile der Machteliten zu progressiven innersystemischen Transformationsprozessen zu bewegen vermag.

Oder es gelingt der Linken gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften der Zivilgesellschaft in einer genügend großen Zahl von Ländern sogar, Regierungsmacht zu erringen, gestützt auf eine breite Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger Teile der Bourgeoisie auf einen weniger marktradikalen und sogar postneoliberalen Weg zu drängen und diese Entwicklung längerfristig für den Einstieg in die Überschreitung des Kapitalismus zu öffnen.

4.2 Druck der Subalternen – Bedingung aller progressiven Bewegung in den Machteliten

Welche Umstände und historischen Konstellationen auch immer Teile der Machteliten in Zukunft zu einer progressiven postneoliberalen Transformation des Kapitalismus veranlassen könnten – sie werden dies nur bewirken, wenn ein extremer Problemdruck mit einer kritischen Massenstimmung zusammenfällt, die eine einfache Fortsetzung der Politik nicht mehr erlaubt.

Die beweglichen Fraktionen im Machtblock versuchen, auf neue Problemkonstellationen und Konflikte neue Antworten zu finden und in diesem Sinne ihre Hegemonie statt bloße Herrschaft zu bewahren. Aber sie werden dies umso mehr tun, je größer auch der Druck alternativer Akteure ist und je mehr sie den Verlust der Hegemonie riskieren, wenn sie deren Forderungen nicht beachten.

Das Regierungshandeln in der Zeit des New Deal war eine innovative Reaktion Roosevelts und seiner Anhänger auf die entstandenen Probleme in der Gesellschaft und immer auch auf Massenstimmungen und Kämpfe der Lohnabhängigen. In dem American Social History Project »Who built America?« von Joshua Freeman und anderen Autoren, in Howard Zinns Werk »People's History of the United States« und in Edward Robb Ellis' »A Nation in Torment« wird dies überzeugend nachgewiesen (siehe Kapitel 2.3 und 2.4). Howard Zinn schreibt verallgemeinernd: »Wo Labor stark war, machte Roosevelt eine Reihe von Konzessionen an das arbeitende Volk. Aber: Wo die Arbeiterschaft schwach organisiert war, war Roosevelt nicht darauf eingestellt, dem Einfluss der Sprecher der Industrie auf die NRA-Codes zu widerstehen.« (Zinn 1990: 383)

Dies ist die entscheidende Schlussfolgerung für die Linke aus den Erfahrungen des New Deal: Nur unter der Voraussetzung gravierender Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links und breiten demokratischen Bündnissen wird es gelingen, entweder durch linke Regierungsmehrheiten auch Teile der Machteliten zu progressiver Kooperation zu bewegen oder auf die Machteliten solchen Druck auszuüben, dass bürgerliche Regierungen vergleichbar der Roosevelt-Regierung die Führung in einem – wenn auch bürgerlich begrenzten – demokratischen sozial-ökologischen Transformationsprozess übernehmen.

Bemerkenswert sind manche Parallelen zwischen den Kämpfen der Rebellierenden zu New Deal-Zeiten und der Gegenwart. Heute wie damals wurden starke Initiativen von Arbeitslosen und vom Prekariat getragen. Ähnlich den solidarischen Nachbarschaftshilfen, dem organisierten Widerstand gegen die Räumung von Wohnungen und der Selbsthilfe von Arbeitslosenorganisationen in und nach der Weltwirtschaftskrise 1929/32 ging von der Besetzung des Zuccotti-Parks im Bankenzentrum von New York und von der Besetzung anderer öffentlicher Plätze durch die Bewegung Occupy Wall Street, die Organisation oder Stärkung von alternativen Netzwerken in den Stadtvierteln und zwischen ihnen eine starke Mobilisierung aus. Kampagnen gegen Zwangsräumungen und für die Wiederaneignung von Wohnraum, für die Entschädigung der von widerrechtlichen Räumungen betroffenen Familien durch die Banken

und solidarische Kampagnen für Familien, die durch die Kosten für medizinische Versorgung in Privatinsolvenz getrieben werden, mobilisieren heute in den USA viele, die früher abseits gesellschaftlicher Bewegungen standen. In lokalen Versammlungen werden Aktionen zu einer Fülle von Alltagsproblemen beschlossen. Initiativen des »transformative organizing« zum Beispiel in Los Angeles versuchen, Projekte zur Lösung konkreter Probleme mit einer Transformationsperspektive zu verbinden (Candeias/Völpel 2014: 76). Partiiell gelingt es, ganz unterschiedliche Kräfte für ein gemeinsames Ziel zu mobilisieren, beispielsweise bei der siebzehntägigen Besetzung des Abgeordnetenhauses im Bundesstaat Wisconsin durch Tausende Menschen mit mobilisierenden Wirkungen bis in Ohio, Michigan, Indiana und Maine. Die Besetzung richtete sich gegen eine Gesetzesvorlage, die auf die Zerstörung der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst von Wisconsin zielte, und war zeitweilig begleitet von einer Kundgebung mit über 100.000 Teilnehmern. Erik Olin Wright, Professor an der University Wisconsin-Madison, schrieb: »In den Protesten wurde für viele die Berufung auf Demokratie, Anstand und Diskussionskultur vorrangig. Für kurze Zeit entstand das Gefühl, dass einfache Menschen es mit der politischen und ideologischen Offensive des korporatistisch organisierten Kapitalismus aufnehmen können.« (Wright 2011: 35)

Die Widerstands- und Protestbewegungen in den USA der Gegenwart haben mit dem Slogan »We are the 99%« einen gemeinsamen Nenner gefunden, der die Klassengegensätze auf den Punkt bringt. Aber sie haben keine stabilen und gemeinsamen Strukturen hervorgebracht. Organische Verdichtungen der Kämpfe blieben aus. Wellen alternativer Aktionen verebben immer wieder. In den 1930er Jahren setzte eine starke Arbeiterbewegung die Reformregierung Roosevelts unter ständigen Druck. Das fehlt heute. Damals fürchteten die Eliten, die Massenbewegungen könnten den kommunistischen und sozialistischen Einfluss auf den Gang der Dinge bedrohlich verstärken. Dazu trug die Anziehungskraft der Industrialisierungserfolge in der Sowjetunion auf viele linke Intellektuelle bei, die dazu neigten, die terroristischen Bedingungen des staatssozialistischen Aufstiegs als Kinderkrankheiten der Revolution zu verdrängen.

Weit stärker vernetzt als in den USA entwickeln sich gegenwärtig – wenn auch ebenfalls aufsteigend und wieder abflachend – die Protestbewegungen in Spanien und erfassen einen viel größeren Teil der Bevölkerung. Nach der Besetzung der Puerta del Sol am 15. Mai 2011 in Madrid, wo auf dem Höhepunkt der Bewegung der Empörten bis zu

30.000 Menschen kampierten, weitete sich die Besetzung von Plätzen auf das ganze Land aus. Die davon ausgehende übergreifende Bewegung M15 reichte in ganz unterschiedliche Sphären des Protests hinein (Candeias/Völpel 2014: 97ff). Dazu gehören die Bewegungen der Prekären, die Bewegung gegen Zwangsräumung und Verdrängung, Jugendbewegungen, die zu monatelangen Bildungsstreiks und Universitätsbesetzungen führten, gewerkschaftliche Jugendorganisationen, Bewegungen im Gesundheitssektor und von Arbeitslosen, das Wirken von Cyberaktivisten und quer dazu die Organisation von Frauen für Geschlechtergerechtigkeit. In den Städten koordinieren Stadtteilversammlungen alternative Projekte.

Immer wieder verdichteten sich die alltäglichen Kämpfe zu großen Manifestationen des Widerstands. Beispiele dafür sind das Treffen von 130.000 Menschen anlässlich des ersten Jahrestages der 15M-Bewegung, die Teilnahme von etwa zehn Millionen Menschen, einem Viertel der gesamten spanischen Bevölkerung, an Demonstrationen und anderen Aktionen im Frühjahr 2012, der Empfang des Bergarbeitermarsches auf Madrid im Mai 2012 durch Hunderttausende dort und die Aktion »Umzingelt den Kongress!« gegen Austeritätspolitik trotz des Aufgebots von rund 13.000 Polizisten.

Unter Spannungen zwischen den verschiedenen Segmenten der Protestbewegungen wirkt die Tendenz, auf die Taubheit der Regierungen gegenüber den Forderungen der Bevölkerung mit der Orientierung auf die Übernahme gesellschaftlicher und institutioneller Macht zu reagieren (ebd.: 138). Ausdruck dessen sind das rasche Erstarken von Podemos und eine offensive Neuorientierung der Gewerkschaften nach den Jahren der Sozialpartnerschaft.

In Griechenland hat die Radikalisierung des Widerstands gegen die Austeritätspolitik, gegen Korruption und gegen das neoliberale Diktat des internationalen Kapitals und seine Institutionen zur Regierungsübernahme durch SYRIZA geführt, wie im Kapitel 1 dargestellt. Aber die griechische Erfahrung ist auch, dass ein Sieg der Linken im nationalen Rahmen durch eine Niederlage in der folgenden Konfrontation mit der internationalen neoliberalen Übermacht zunichte gemacht wird, solange internationale Solidarität dies nicht verhindert.

Die Linke befindet sich international in der Defensive. Aber auch die Funktionsweise des Kapitalismus bröckelt. Immer wieder regt sich Widerstand von unten gegen die Herrschenden. In der Vergangenheit mündete dies in Fraktionskämpfe innerhalb der Machteliten, in Lernprozesse der herrschenden Klasse und schließlich sogar in die Transformation vom

monopolistisch-oligopolistischen Kapitalismus zum immer noch monopoldominierten, jedoch sozialstaatlich regulierten Kapitalismus. Offen ist, ob in Zukunft dem neoliberalen Kapitalismus eine Ablösung durch eine progressivere Gestalt des Kapitalismus droht – da ein direkter Übergang zum Sozialismus eher unwahrscheinlich ist (Klein 2013, 2015).

Jedenfalls, jene Kraft der Gegenmächte, die diese Umwälzung erzwingen könnte, fehlt gegenwärtig. Aber sie ist nicht gebrochen. Sie ist nicht abzuschreiben. Unter der kapitalistischen Oberfläche existiert sie rhizomartig. Entweder wird dieses Gegenmachtpotenzial aus der Defensive herauswachsen und Linksregierungen als Träger von postneoliberalen demokratischen Transformationsprozessen hervorbringen. Oder – solange es dazu nicht kommt – Teile der Machteliten könnten sich doch bereits gezwungen sehen, selbst Wege zur Bewahrung ihrer Herrschaft einzuschlagen, die den neoliberalen Kapitalismus schwächen oder sogar über ihn hinausgehen.

4.3 Globale Gefahren für die Menschheit

Außer dem Druck von unten auf die Herrschenden, außer großen Krisen der Kapitalverwertung, aber verquickt mit ihnen, gehören zu den bisher beobachteten Ursachen für Differenzierungen und Lernprozesse in den Machteliten globale Großgefahren, die die Existenzgrundlagen großer Teile der Menschheit oder den erreichten Stand der Zivilisation bedrohen, der inzwischen zu den Bedingungen des modernen Kapitalismus gehört.

Atomare Bedrohung und Kriege

Als sich die Welt im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts auf einen Atomkrieg zubewegte, so wurde in der hier vorliegenden Arbeit festgehalten, sahen auch die Herrschenden ihr System und ihre eigene Existenz in Gefahr. In einem großen atomaren Krieg wären mit der menschlichen Zivilisation auch die Grundlagen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften zerstört worden. Die Drohung eines Kernwaffenkrieges wurde in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre und zu Beginn der Neunziger Antrieb für Teile der Machteliten, sich auf einschneidende Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozesse einzulassen. Dies geschah angesichts der atomarstrategischen Parität der Sowjetunion, unter dem wachsenden Druck der internationalen Antiatomkriegsbewegung, getrieben durch die Abkehr von Wählermehrheiten von atomarer Rüstungspolitik und unter

dem Einfluss öffentlichkeitswirksamer wissenschaftlicher Aussagen über die furchtbaren Folgen eines möglichen Atomkrieges.

Barack Obama entwickelte in seiner Prager Rede vom 5. April 2009 die Vision einer Welt ohne Atomwaffen. Dies darf sicher als Ausdruck des Willens von Kreisen in den US-Machteliten gedeutet werden, globale Interessen der USA ohne den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verfolgen und sich selbst und die Menschheit vor einem atomaren Krieg zu bewahren. Allerdings räumte Obama ein, eine atomwaffenfreie Welt werde möglicherweise nicht zu seinen Lebzeiten zu erreichen sein. Er versprach, die Rolle von Atomwaffen in der nationalen Sicherheitsstrategie der USA zu reduzieren, einen neuen strategischen Abrüstungsvertrag, den New Start-Vertrag, mit Russland abzuschließen, endlich die Ratifizierung des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) seitens der USA unter Dach und Fach zu bringen und auf einen Vertrag über das Ende der Herstellung von spaltbarem waffenfähigen Material hinzuwirken.

Das relative Gewicht nuklearer Waffen in der amerikanischen Sicherheitsstrategie wird tatsächlich vermindert – allerdings unter anderem zu Gunsten von extrem schlagkräftigen nichtatomaren Waffensystemen, die jederzeit jeden Ort der Welt mit zerstörender Wirkung erreichen können (Conventional Prompt Global Strike), wie Kampfdrohnen und anderen Vernichtungssystemen. Der New Start-Vertrag wurde im März 2010 abgeschlossen und ist im Februar 2011 in Kraft getreten. Aber die Ratifizierung des CTBT durch die USA steht immer noch aus. Zur Verringerung der Menge waffenfähigen Nuklearmaterials fanden seit 2009 drei Nukleargipfel statt. Aber Götz Neuneck resümiert: »Der Genfer Conference on Disarmament gelang es bisher trotz mehrerer Anläufe nicht, ein verhandlungsfähiges Mandat zu verabschieden.« (Neuneck 2014c: 23)

Schlimmer noch, wie Wolfgang Ischinger, Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, in einem Interview mit der Zeitung »Die Welt« im Umfeld der Sicherheitskonferenz 2016 erklärte, ist die Atomkriegsgefahr eher wieder gestiegen. Mit Verweis auf den ehemaligen US-Verteidigungsminister William Perry, der die Gefahr eines nuklearen Krieges so hoch wie noch nie seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion einschätzte, erklärte Ischinger: »Ich teile diese Einschätzung und muss leider sagen: Wir haben zu Beginn des Jahres 2016 die gefährlichste Weltlage seit dem Ende des Kalten Krieges.« Er verwies auf den Abschuss eines russischen Kampfflugzeugs durch das türkische Militär und fragte: »Was wäre denn passiert, wenn die Russen auf diesen Zwischenfall an der türkisch-syrischen Grenze auch überreagiert und womöglich ein US-Flugzeug ab-

geschossen hätten? Eine sicherheitspolitische Großkatastrophe hätte daraus werden können.«¹⁰

William Polk, Berater John F. Kennedys während der Kuba-Krise, bezeichnete in einem Artikel für den Informationsdienst »Consortium for Independent Journalism« die Gefahr eines Kernwaffenkrieges als eines der wichtigsten Probleme internationaler Sicherheit auch in der Gegenwart.¹¹ Auch Alan Robock, Klimaforscher an der Rutgers University/ New Jersey und Mitautor des 5. Sachstandsberichts des Weltklimarats, geht von einem Andauern der Gefahr eines Atomkrieges aus. Ein Versagen, das Versagen von Sicherheitssystemen, Hackerangriffe auf die relevanten Computersysteme oder irrationale Entscheidungen, wenn beispielsweise die Sicherheitssysteme Pakistans oder Indiens in falsche Hände gerieten, könnten, so Robock, einen atomaren Krieg auslösen (Frankfurter Rundschau 5.8.2015).

Im Dezember 2013 stellten die »Internationalen Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW)« im Fachblatt Climate Change eine unter Leitung des US-amerikanischen Mediziners Ira Helfand entstandene Studie zu den Folgen eines möglichen regionalen Atomkriegs vor. Darin wurde das Szenario eines Krieges zwischen Pakistan und Indien entwickelt und angenommen, dass von beiden Seiten 50 Kernwaffen mit der Stärke des Hiroshimatyps eingesetzt würden. Millionen Menschen fänden sofort den Tod. Weitere Millionen würden an ihrer Verstrahlung leiden und an Krebs sterben. Zwar wäre kein absoluter atomarer Winter zu erwarten. Aber bei einer durchschnittlichen Wetterlage würden etwa fünf Millionen Tonnen Ruß und Staub in die Atmosphäre und Stratosphäre gelangen und dort auf unbestimmte Zeit verbleiben. Eine Abkühlung der Erde und eine Verminderung der Niederschläge würden mindestens für zehn Jahre die Mais- und Reisernten um 10 bis 30% im Verhältnis zum gewohnten Niveau senken. Die Lebensmittelpreise würden steigen und für große Teile der Bevölkerung nicht zu bezahlen sein. Hunderte Millionen Menschen würden hungern. Mindestens 215 Millionen mehr als ohnehin wären unterernährt und besonders krankheitsanfällig. Ein Atomkrieg wäre die rascheste und tödlichste Gestalt des Klimawandels.¹²

¹⁰ www.huffingtonpost.de/2016/01/20ischinger-gefahr-des-atom_n9035140.html

¹¹ de.sputniknews.com/politik/201550902/3041100500.html

¹² globalmagazin.com/themen/klima/studie-nach-dem-atomkrieg-verhungern-milliarden/

Das Andauern der Möglichkeit eines atomaren Konflikts existiert gegenwärtig auf dem Hintergrund von Kriegsgefahren und Kriegen unterhalb der atomaren Schwelle, die ebenfalls Millionen Menschen das Leben und die Gesundheit kosten, die zum Staatenzerfall wie in Syrien und im Irak führen oder beitragen, zur Flucht von Millionen Menschen, zu Armut und daraus resultierender Gewalt bis zu internationalem Terrorismus. Solche Destabilisierungsprozesse sind zumindest regional eine Gefahr für die bürgerlich-kapitalistische Herrschaft. Größere Kriege wie die gegen den Irak und in Afghanistan fügen nicht nur den mit Krieg überzogenen Ländern enorme Verluste zu, sondern führen auch in den intervenierenden Staaten zu schweren wirtschaftlichen und sozialen Schäden und schwächen deren internationale Stellung. Sie verursachen immense Kosten.

Joseph Stiglitz und Linda Bilmes haben in ihrem Buch »Die wahren Kosten des Krieges« die Folgen des Irakkrieges für die USA analysiert. Ab 2008 lagen die direkten operativen Ausgaben der Vereinigten Staaten für den Krieg gegen den Irak monatsdurchschnittlich bei 12,5 Milliarden US-Dollar, erreichten also 150 Milliarden im Jahr. Stiglitz und Bilmes schätzten die gesamten Haushaltsausgaben für den Irak-Krieg während der 2008 überschaubaren und angekündigten Gesamtdauer auf 2,7 Billionen Dollar. Bei Berücksichtigung der Zinsen für den weitgehend kreditfinanzierten Krieg, der Aufwendungen für Lebensversicherungen und Sterbegeld der fast 4.000 bis Anfang August 2008 gefallenen US-Soldaten, der Kosten für die Invalidenversorgung und für die medizinische Behandlung von Kriegsveteranen, der durch den Krieg erhöhten Ölpreise, des Ausfalls einer Gesamtproduktion von mindestens 1,1 Billion Dollar durch die Minderung öffentlicher Ausgaben für zivile Zwecke und der Wiederherstellungskosten der Kampffähigkeit der Truppen auf Vorkriegsniveau nach Ende des Einsatzes ergeben sich nach den Berechnungen von Stiglitz und Bilmes Gesamtkosten des Irakkrieges in Höhe von rund fünf Billionen allein für die USA (vgl. Stiglitz/Bilmes 2008).

Darin sind die Aufwendungen der anderen Invasionsstaaten nicht enthalten, vor allem nicht die Verluste des Irak selbst. Nicht zu beziffern bleibt die Tragik von 654.965 »zusätzlichen Todesfällen« im Irak durch Kriegsumstände allein bis Ende 2007 (New England Journal of Medicine, 31.1.2008).

Ein großer Teil dieser Kosten ist die Kehrseite wachsender Gewinne der Rüstungskonzerne, der Ölmultis, der Versicherungsunternehmen und anderer Kriegsprofiture. Gleichwohl handelt es sich um gesell-

schaftliche Verluste. Das heißt, Kriege unterhalb der atomaren Schwelle mögen nicht die Existenz selbst der zum führenden Teil der Machteliten gehörenden Personen gefährden.

Aber sie fordern derart große Opfer, dass Wirtschaft und soziale Inklusion Schaden nehmen und die kriegführenden Eliten Akzeptanz in der Gesellschaft verlieren. Der Vietnamkrieg rief seinerzeit in den USA, in Europa und darüber hinaus eine mächtige kapitalismuskritische Friedensbewegung auf den Plan. Der Irakkrieg trug erheblich zur Abwahl der Bush-Administration bei. Kriege und Rüstung bergen weiter ein so großes Destruktions- und Destabilisierungspotenzial und sind überdies mit anderen ungelösten Menschheitsfragen so verquickt, dass ihre Folgen durchaus Teile der Machteliten künftig zu militärisch zurückhaltender Politik veranlassen könnten – wenn sie überdies durch Friedenskräfte dazu wirksam gedrängt werden.

Armut als Bedrohung für die Herrschenden

Zu den unbewältigten globalen Problemen der Menschheit gehört die Armut. Rund 850 Millionen Menschen sind im Jahr 2015 von nacktem Hunger betroffen. In der jüngsten mehrdimensionalen Krise mit dem Höhepunkt im Jahr 2008 war die Zahl der Hungernden auf über eine Milliarde angestiegen. Zwei Milliarden Menschen leiden an Mangelernährung, die sie anfällig für Krankheiten macht und der Entwicklung von hunderten Millionen Kindern schweren Schaden zufügt. Im Jahr 2005 hatten mehr als 152 Millionen Säuglinge bei ihrer Geburt Untergewicht. Die Hälfte von ihnen wird lebenslang an unzureichender psychomotorischer Entwicklung leiden (vgl. Ziegler 2005: 32).

In Bangladesch beispielsweise erblinden jährlich etwa 30.000 Kinder wegen des Mangels an Vitamin A. (ebd.: 103). Im Durchschnitt der 49 ärmsten Länder der Erde ist bei 30% der Babys die Entwicklung der Hirnneuronen durch Eisenmangel beeinträchtigt – mit der Folge lebenslanger geistiger Defizite (ebd.: 114).

Mehr als 10 Millionen Kinder unter fünf Jahren sterben jährlich an Unterernährung, Seuchen und Wasserverschmutzung, 50% davon in den sechs ärmsten Ländern. Jean Ziegler, langjähriger Sonderberichterstatter der UN für das Recht auf Nahrung, klagt an: »Das Massaker an Millionen Menschen durch Unterernährung und Hunger ist und bleibt der größte Skandal zu Beginn des dritten Jahrtausends.« (ebd.: 102). Natürlich ist die Armut ein Leiden der Armen. Sie ist die Kehrseite des Reichtums der Reichen.

Reicher Mann
Und armer Mann
Standen da und
Und sahn sich an.
Und der Arme
sagte bleich:
Wär ich nicht arm,
wärst du nicht reich.
(Bertolt Brecht)

Aber die Armut ist ein höchst widersprüchliches Phänomen. In ihr steckt nicht nur der Reichtum der Mächtigen, sie führt zugleich zu Momenten der Destabilisierung für die Herrschaft der Reichen.

Der von Roosevelt inspirierte Kurs des New Deal war nicht allein eine Antwort auf die größte Wirtschaftskrise in der Geschichte des Kapitalismus. Die von Roosevelt repräsentierten Teile der Machteliten reagierten auch auf die Bedrohungen für das kapitalistische System durch die sich in der Krise ausbreitende Armut. Sie reagierten auf die skandalös sichtbare Kluft zwischen sozialem Absturz von Millionen Amerikanern und dem Reichtum der ökonomisch Mächtigen, auf die Kluft zwischen dem in die amerikanische Geschichte eingeschriebenen Glauben an individuelle Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger, dem Ideal einer auf moralische Prinzipien gegründeten Gesellschaft und der Armutsrealität für einen wachsenden Teil der US-Bevölkerung.

Nach seiner zweiten Wahl zum Präsidenten der USA rückte Roosevelt in das Zentrum seiner Inaugurationsrede vom 20. Januar 1937 eine progressive Antwort auf diese Kluft in der amerikanischen Gesellschaft. Durchaus im strategischen Interesse der Elite, zu der er selbst gehörte, sprach er zugleich als Anwalt des common man und des forgotten man, wenn er appellierte: »Ich sehe ein Drittel der Nation in schlechten Wohnverhältnissen, schlecht gekleidet, schlecht ernährt. Ich male Ihnen dieses Bild nicht aus Verzweiflung. Ich male es mit Hoffnung – weil die Nation, die Ungerechtigkeiten darin sieht und versteht, sich vornimmt, dies zu ändern. Wir sind dazu bestimmt, jeden Amerikaner zum Subjekt der Interessen und Angelegenheiten seines Landes zu machen; und wir werden niemals eine ehrliche, friedliche Gruppe in unserem Rahmen als überflüssig ansehen. Der Maßstab für unseren Fortschritt ist nicht, ob wir in dem Überfluss derer, die viel haben, noch mehr hinzufügen, sondern ob wir genug für die anbieten, die zu wenig haben.« (Roosevelt 1966-1969: 5)

Roosevelt formulierte dieses soziale Bekenntnis aus eigener Überzeugung als progressiver Demokrat. Zugleich verwies er die eigene Klasse, aus der er stammte, wiederholt auf die drohenden Folgen der Missachtung des Maßstabs von Gerechtigkeit. Schon im Frühjahr 1930 hatte er mit Blick auf Reformen, die er für notwendig hielt, gewarnt: »Es steht für mich außer Frage, dass das Land für mindestens eine Generation ziemlich radikal werden muss. Die Geschichte lehrt, dass Nationen, in denen das gelegentlich passiert, Revolutionen erspart bleiben.« (zitiert nach Junker 1989: 70) Damit brachte er auf den Punkt, was vorausschauende Teile der Machteliten zu progressiven innersystemischen Transformationsprozessen veranlassen kann: das Interesse, revolutionäre Entwicklungen durch weitgehende staatliche Verantwortung für Kompromisslösungen dringlicher ökonomischer, sozialer und ökologischer Probleme abzuwenden.

Dieses Interesse sollte für die Linke kein Grund für eine Ablehnung progressiver bürgerlicher Reformpolitik sein. Doch leider ist das gegenwärtig ihre Sorge nicht. Die Herrschenden sind weit entfernt davon, die antisozialen neoliberalen »Reformen« durch echte soziale Reformen abzulösen. Aber warum sollten Einsichten wie die Roosevelts oder Olof Palmes für alle künftigen Zeiten aus den Köpfen der Mächtigen verbannt bleiben?

In der Europäischen Union leben rund 80 Millionen Menschen in Armut. In der reichen Bunderepublik sind etwa 40% der Beschäftigten von der einen oder anderen Gestalt prekären Daseins betroffen. In Deutschland sind 1,7 Millionen Kinder arm oder sind armutsgefährdet. Armut und Kriege spülen Millionen Flüchtlinge und Asylsuchende nach Europa. Rechte Kräfte reagieren darauf mit Nationalismus, Populismus und Rassismus. Die globale Kluft zwischen Reichtum und Armut vertiefen die Umweltkrise und wirken als Nährboden für internationalen Terrorismus.

Der Aufstieg der AfD in Deutschland ist überwiegend auf zwei Gründe zurückzuführen. Erstens wird er vom Frust und Protest beachtlicher Teile der Bevölkerung getragen. Die neue rechtspopulistische Partei findet einen Nährboden in der Unzufriedenheit mit der vorherrschenden Politik, mit wachsender sozialer Ungleichheit, mit der relativen Armut vieler im Verhältnis zu den Reichen. Die Ängste vor der Zukunft in einer Gesellschaft, die kaum noch Sicherheit kennt, und das Gefühl der Ohnmacht treiben ihr eine wachsende Anhängerschaft zu. Zweitens bedient der Rechtspopulismus die Suche nach Schuldigen an allem, was die Menschen als Bedrohung empfinden und was sie wütend macht. Als vermeintlich schuldig werden Flüchtlinge und überhaupt alles dem eigenen

Dasein Fremde betrachtet, Menschen mit anderer Hautfarbe, Homosexuelle, Obdachlose und andere von der Norm Abweichende.

In den USA treiben Ängste der unteren weißen Mittelschicht vor künftigen sozialen Absturz, Armut und Wut auf die reiche Oberschicht schon seit langem viele Amerikaner der Tea-Party-Bewegung, der religiösen Rechten und generell dem Neokonservatismus in die Arme. Die Anziehungskraft des Milliardärs Donald Trump beruht überwiegend darauf, dass er diese Gefühle populistisch, rassistisch und sexistisch bedient.

Die gemäßigteren Fraktionen innerhalb der Machteliten betrachten diese Entwicklung mit Sorge. Sie erkennen, dass der Rechtspopulismus für die Probleme, die ihre Herrschaft bedrohen, keine Lösung bietet. Vielmehr werden die Probleme durch diese Kräfte verschärft, die Gesellschaft wird noch stärker gespalten. Unzufriedenheit und Frustration in den subalternen Klassen und Schichten werden zunehmend das Regieren durch den herrschenden Block erschweren. Ein Anschlag wie jener auf Charlie Hebdo im Januar 2015 und die Terrorakte des Pariser November 2015 können sich überall in Europa ereignen. Das Gefühl, dass die Welt aus den Fugen gerät, ergreift wachsende Teile der Bevölkerung. Warum in aller Welt sollten sich im herrschenden Machtblock nicht abermals Köpfe finden, die klug genug sind, ihre Macht auf weniger polarisierende Weise, auf postneoliberalen Pfaden nämlich, erhalten zu wollen? Geschichte wird nicht allein durch Strukturen diktiert, sondern von Menschen in den Zwängen von Strukturen gemacht, die zumindest in dem von ihnen bestimmten Rahmen beträchtliche Möglichkeiten für deren Wandel besitzen.

In »passiven Revolutionen« (Antonio Gramsci) ist stets offen, wie radikal das Moment der Herrschaftssicherung die neue Entwicklung prägt und wie weit zugleich Interessen der subalternen Bevölkerungsmehrheit zur Geltung kommen. Deshalb stehen der gesellschaftlichen Linken und anderen demokratischen Kräften große Kämpfe bevor, um den herrschenden Block von der gegenwärtig dominierenden neoliberalen, finanzmarktgetriebenen Politik abzubringen und eine postneoliberale Richtungsänderung der Politik zu erreichen.

Das ist auch die Lehre aus den Wirkungen des Great Society-Reformprojekts Präsident Lyndon B. Johnsons (1963 bis 1969). Es war das anspruchsvollste soziale Gesetzgebungsprogramm in den USA seit dem New Deal im engeren Sinne und kann als dessen schwache Fortsetzung angesehen werden. Worauf es hier ankommt: Ausgangspunkt für dieses soziale Gesellschaftsprojekt der von Johnson repräsentierten Fraktionen der US-Machtelite waren die negativen Wirkungen auf den sozialen Zu-

sammenhalt der Gesellschaft und die damit verbundenen Destabilisierungswirkungen, die von der verbreiteten Armut und der Rassendiskriminierung in den USA ausgingen.

Das Great Society-Programm umfasste unter anderem Job Corps, die Jugendliche beschäftigungsfähig machen sollten, Verbesserungen der Vorschulerziehung, Programme zur Vorbereitung der Schüler auf die Universität, Lehrerweiterbildungsprogramme, Trainingsprogramme für Arbeitslose, die Einführung der – wenn auch begrenzten – öffentlichen Krankenversicherungen Medicare und Medicaid, die Bildung von Nachbarschafts-Gesundheitszentren, Maßnahmen der Stadtentwicklung in ausgewählten Armutsvierteln in Gestalt von »Model Cities« und die Stärkung der Kommunen als untere Ebene, auf der ein demokratisches Bürgerengagement gefördert werden sollte, ohne allerdings gesellschaftliche Grundstrukturen anzutasten. Durch die Verabschiedung des Civil Rights Act von 1964 im Kongress wurde die Abschaffung der öffentlichen Rassentrennung und die Gleichberechtigung der afroamerikanischen Bevölkerung deklariert. Mit dem Voting Act wurde Schwarzen und anderen Minderheiten ausdrücklich das Wahlrecht zuerkannt. Als Ergebnis dieser Anstrengungen wurden in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die Ausgaben für soziale Sicherheit und Transfers auf 61 Milliarden Dollar verdoppelt, das heißt von 4,6 auf 6,1% des Bruttosozialprodukts gesteigert. Die Zahl der in Armut Lebenden wurde fast halbiert.

Ira Katznelson hat in der Studie »Was the Great Society a Lost Opportunity?« diesen Erfolg allerdings stark relativiert. Im Gegensatz zum frühen New Deal als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise fiel Johnsons Great Society in die Phase einmalig hohen Wachstums nach dem Zweiten Weltkrieg. Die vorherrschende Überzeugung war, dass durch starkes marktgetragenes Wachstum alle noch offenen Probleme grundsätzlich lösbar seien, wenn die subjektiven Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger zur Wahrnehmung ihrer Chancen nur ausreichend ausgebildet würden. Daher wurde das Projekt Great Society vorwiegend auf die Qualifizierung der bisher im Abseits Lebenden konzentriert, ohne die Grundstrukturen anzutasten, aus denen soziale Ungleichheit, Bildungsmonopol, Armut und Rassismus entspringen.

Nach Auffassung Ira Katznelsons stärkte die Politik der Great Society Charakterzüge der US-Politik, die schon in den 1940er Jahren zu Tage traten: die Reduzierung der Arbeiterbewegung auf eine Interessengruppe, die nicht mehr als bestmögliche Aushandlungsergebnisse im Rahmen der bestehenden Verhältnisse anstrebt. Verspielt wurden die Chancen für weitreichende Veränderungen, die sowohl in der friedlichen Bür-

gerrechtsbewegung als auch in den zum Teil blutigen Ghetto-Rebellionen der schwarzen Bevölkerung sichtbar wurden (vgl. Katznelson 1989: 187ff.). Der bestimmende Kopf für den Entwurf des Great Society-Projekts, Daniel Patrick Moynihan, zog am Ende der von Präsident Johnson geprägten Dekade der Sechziger die Bilanz, dass die Johnson-Administration die immense Chance vergab, entschieden Weiterreichendes als mehr oder weniger permanente soziale Veränderungen zu erreichen (ebd.: 185).

Hier taucht wieder ein Grundproblem progressiver Transformation auf: das Verhältnis von – naturgemäß begrenzten – Reformen im Einverständnis mit flexiblen Teilen der Machteliten und einer tiefergehenden Verbindung von Reformen und Brüchen, die von der Linken in breiten Bündnissen gegen die Beharrungskräfte des herrschenden Machtblocks durchgesetzt werden müssen. Die Inkonsequenz der Linken zur Zeit der Great Society, die in der Hoffnung auf problemlösendes Wachstum und systemgerechte Reformen ihren kapitalismuskritischen und antikapitalistischen Geist überwiegend suspendierte, hatte nach Katznelsons Einschätzung langfristige Folgen, die schließlich Reagans neoliberale Konterrevolution begünstigten.

Die Hoffnung der Johnson-Ära, dass es nur noch um die wohlfahrtsorientierte Feinjustierung eines im Prinzip gut funktionierenden Systems ginge, ist inzwischen geplatzt. Die Arabellion in Nordafrika war nicht allein der Versuch eines demokratischen Aufbruchs, der tragi-scherweise von Gegenreaktionen weitgehend zunichte gemacht wurde. Der Hintergrund waren die sozialen Nöte großer Teile der Bevölkerung und die seit Langem andauernde Perspektivlosigkeit der Jugend. In Griechenland hat die Austeritätspolitik der Troika unter starkem Einfluss der deutschen Regierung große Teile der Bevölkerung in nackte Armut gestürzt. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei fast 60% – eine Armutskatastrophe für die junge Generation. Diese Erfahrung gehörte zu den Hauptgründen für die Wahl SYRIZAs als Regierungspartei. Auch in Spanien und Portugal sind mehr als 50% der Jugendlichen arbeitslos und leben damit in Armut.

Armut ist in großen Erdregionen des globalen Südens, aber auch in den USA und Europa nach wie vor eine Ursache für Risse in den Herrschaftsverhältnissen. Auch in den Machteliten rumort dieses Bewusstsein. André Dosé, langjähriger CEO der Swiss-Air, gab in einem Interview über das Gefälle zwischen Arm und Reich zu Protokoll: »Das ist meiner Meinung nach das größte Problem, das wir in Zukunft überhaupt haben«. »Die heutige Situation weltweit mit diesem Gefälle wird früher

oder später zu einer Eskalation führen, die ein globales Ausmaß haben wird. In Amerika zum Beispiel hat eine gewisse Schicht fast keine Chance zum Aufstieg. ... Ich habe auch in Bahrain und in Saudi-Arabien gearbeitet. Was ich dort gesehen habe, kann keine zehn Jahre mehr gut gehen. Man spricht immer über die religiösen Konflikte. Aber das Gefälle Armut – Reichtum ist das tatsächliche Problem. ... Auf die Dauer wird man diese Probleme nicht mit Gewalt lösen können.« (Mäder/Aratnam/Schilliger 2010: 188f.)

Gewiss treten bereits in den gegenwärtigen Kämpfen Fragen der Würde des Menschen, der Gerechtigkeit, nicht zuletzt zwischen den Geschlechtern, der Demokratie und Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungen, der Informationsfreiheit und informationellen Selbstbestimmung weit stärker als in der Vergangenheit hervor. Diese Tendenz wird sich fortsetzen. Aber die wachsende Kluft zwischen Armut und Reichtum bleibt ein ungelöstes Menschheitsproblem, ein Feld kommender Kämpfe, die die Machteliten zwangsläufig zum Handeln zwingen werden. Gegenwärtig allerdings zeichnet sich nicht ab, dass sie sich progressiven Transformationsprozessen öffnen werden. Ob dies geschehen wird, bleibt eine Frage der Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Umweltkrise und Klimawandel – verdrängter Handlungsdruck für die Machteliten

Kriege, die außer Kontrolle geraten, und Armut als Nährboden sozialer und politischer Konflikte, die für die Machteliten gefährlicher werden könnten als gegenwärtig, sind zwei globale Menschheitsprobleme, die in das Handeln alternativer Akteure mit erstrangigem Gewicht eingeschrieben sind und die auch im Establishment Bewegung erzwingen. Die Umweltkrise und in deren Zentrum mittel- und langfristig der Klimawandel sind eine dritte globale Großgefahr. Naomi Klein schreibt über den Klimawandel: »Er ist ein Weckruf für die Zivilisation. Eine machtvolle Botschaft – überbracht in der Sprache von Feuern, Überschwemmungen, Dürren und Artensterben –, die uns sagt, dass wir ein von Grund auf neues Wirtschaftsmodell brauchen, eine neue Art, die Erde miteinander zu teilen.« (Klein 2014: 36) Diese Botschaft hat zu Engagement und Kämpfen rund um die Erde gegen die drohende Klimakatastrophe geführt. Sie hat auch die Machteliten aufgeschreckt. Seit der Verabschiedung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) 1992 haben Regierungschefs, Repräsentanten internationaler Wirtschaftsgremien, Spitzenvertreter der Wirtschaft, Experten und in

widersprüchlicher Kooperation NGOs auf einer kaum noch überschaubaren Zahl von Gipfeltreffen und Konferenzen über den Klimawandel verhandelt. Das Wissen über die Gefahren des Klimawandels ist in den Zirkeln der Macht angekommen. Aber es verpufft ohne adäquates Handeln. Schlimmer noch, dort, in den Zentralen des Profitmechanismus, liegt die Hauptverantwortung für die Erwärmung der Erdatmosphäre, für die Zerstörung der Artenvielfalt, die Erosion, Versalzung und Verstepung der Böden, für die Störung des Wasserhaushalts der Erde und für verlustreiche extreme Wetterereignisse.

Alle Vorstöße der Klimabewegung für eine radikale Abkehr von der gegenwärtigen fossilen und atomaren Grundstruktur der Energiewirtschaft haben per Saldo nicht vermocht, die Herrschenden zu einem Bruch mit ihrer Klima- und Energiepolitik zu zwingen, der eine Erwärmung der Erdatmosphäre um mehr als 2°C gegenüber dem vorindustrielle Niveau verhindern würde. Nach den Befunden prominenter Expertengutachten für die Vereinten Nationen müsste der Ausstoß von Klimagasen bis 2050 um 50% gegenüber 1990 sinken, damit dieses Ziel erreicht wird. Tatsächlich übertraf der weltweite CO₂-Ausstoß bereits 2013 das Niveau von 1990 um 61%. Der Weltklimarat erwartet nach seinem Sachstandsbericht von 2007 im günstigsten von sechs Szenarien mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit eine Erderwärmung um 2,5°C und im ungünstigsten Fall von 4,8°C in diesem Jahrhundert gegenüber dem vorindustriellen Status. Im Pariser Klimaabkommen, das am 12. Dezember 2015 beschlossen wurde, lautete eine der zentralen Festlegungen, dass »eine Balance zwischen menschengemachten Emissionen aus Quellen und ihrer Aufnahme durch Senken für Treibhausgase in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts angestrebt« werde. Alle produzierten Treibhausgase müssten also von Ozeanen und Wäldern absorbiert werden, damit »Klimaneutralität« erreicht wird. (Wobei die dafür gefundene Formulierung die unterirdische Verpressung von CO₂ mittels der umstrittenen und keineswegs ausgereiften CCS-Technologie nicht ausschließt.) Aber gegenwärtig sind die jährlichen Treibhausgasemissionen doppelt so hoch wie die Menge, die von Meeren und Wäldern absorbiert werden kann.

Jorgen Randers, Mitverfasser des spektakulären Berichts »Die Grenzen des Wachstums« von 1972, hat versucht, 40 Jahre nach Erscheinen dieses Berichts eine auf einer Fülle von Studien und auf Computersimulationen beruhende Prognose für die nächsten 40 Jahre zu wagen (Randers 2012). Eine seiner Kernaussagen ist, dass in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts mit den für die Abwendung einer Klimakatastrophe

notwendigen Brüchen in der gesamten globalen Politik nicht zu rechnen ist. »Meine Prognose lässt für mich nur den Schluss zu, dass eine Lösung erst dann kommen wird, wenn wir unseren Kindern und Kindeskindern in der Mitte der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts eine Welt hinterlassen haben, in der die Temperatur um 2,8° angestiegen ist. Das wird ironischerweise genau der Zeitpunkt sein, zu dem völlig offen ist, ob wir einen Klimawandel auslösen, der sich selbst (irreversibel – D.K.) verstärkt, oder ob uns die Umkehr gelingen wird.« (Randers 2012: 300) Die Chancen würden dann 50 zu 50 stehen.

Für eine positive Wende müsste die Menschheit in der zweiten Jahrhunderthälfte, wie Randers formuliert, ein Wunder vollbringen. Dieses Wunder würde, wenn überhaupt, unter dem Druck »von riesigen regionalen und Klassenunterschieden« (ebd.: 80), von »explosionsartigen illegalen Zuwanderungen nach Europa aus Asien und Afrika«, von »gesellschaftlichen und politischen Unruhen« (ebd.: 235f.) geschehen. Rettende Entscheidungen seien höchstens zu erwarten, »nachdem die globale Gesellschaft eine weitere Dekade von außergewöhnlichen Wetterereignissen und sozialen Spannungen erfahren hat.« (ebd. : 115) Die zu erwartenden Folgen zu spätem Handeln sind so bekannt, dass sie hier nur der Andeutung bedürfen:

Ernährung: Schon gegenwärtig hungern etwa 850 Millionen Menschen, zwei Milliarden leiden an Unterernährung. Hitzewellen, Dürren, Versteppung, Ausweitung der Wüsten, Überflutungen und Waldbrände führen zu Ernteaufällen und sinkenden Ernteerträgen vor allem in ohnehin armen Ländern des globalen Südens und werden mit großer Wahrscheinlichkeit für weitere Hunderte Millionen Menschen Hunger und Mangelkrankheiten zur Folge haben.

Wasser: Der Klimawandel führt in vielen Regionen zu einer ausgeprägten Niederschlagsvariabilität, das heißt sowohl zu Überflutungen als auch zu Dürren und generell zur Verringerung der verfügbaren Wassermenge durch Verdunstung. Das Abschmelzen der Gletscher wird im Himalaja und Karakorum, in Bolivien, Ecuador und Peru die Wasserversorgung von ebenfalls Hunderten Millionen Menschen beeinträchtigen. Langfristig ist mit ernstesten Wasserkrise zu rechnen, die in Wasserkonflikte und innerstaatliche Gewalt zu münden drohen. Bereits gegenwärtig haben mehr als 780 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser und es leiden rund zwei Milliarden Menschen unter chronischer Wasserknappheit, die Hälfte davon unter akutem Wassermangel. Deren Zahl könnte sich innerhalb von 15 Jahren mehr als verdoppeln. Eine in den Stern-Report eingegangene Studie prognostiziert Wasserknappheit

für zusätzlich mehr als eine Milliarde Menschen in den 2080er Jahren. Gleichzeitig könnte die Zahl der von Überschwemmungen in Küstengebieten betroffener Menschen um 180 bis 230 Millionen ansteigen. Das Grundwasseraufkommen könnte in Küstenregionen durch das mit steigenden Meeresspiegeln eindringende Salzwasser geschädigt werden.

Artenschwund: Bei einer durchschnittlichen Erderwärmung von 3°C wären 20 bis 30% der Arten einem hohen Risiko des Aussterbens ausgesetzt. Allein die Lage vieler Millionen Menschen, deren Ernährung und Einkommen vor allem vom Fischfang abhängen, wäre drastisch bedroht.

Migration: Vor dem Hintergrund wachsender Flüchtlingsströme im Gefolge von existenzieller sozialer Not, von Kriegen und Terror ist zu erwarten, dass auch die Umweltmigration erheblich, womöglich explosionsartig, zunehmen wird. Obwohl die Annahmen über die gegenwärtige und die künftig zu erwartende, stark durch Klimaveränderungen beeinflusste, Umweltmigration stark differieren, besteht kein Zweifel an der Wirkungskette Klimawandel – Umweltmigration – migrationsbedingte Konflikte – Gewalt. Bis zum Jahr 2050 könnte die Zahl der Umweltmigranten von 50 Millionen im Jahr 2010 auf bis zu 150 Millionen ansteigen.

Ökosysteme: Die größte Gefahr ist, dass ganze Ökosysteme ihren Dienst versagen und dass es zu einer Kumulation solchen Systemversagens kommt (vgl. Wuppertal Institut 2008: 118, 470). Die Weltbank sieht bereits mit dem 2°C-Ziel unkalkulierbare Gefahren heraufziehen: »Während sich die globale Erwärmung der 2-Grad-Marke nähert und diese überschreitet, besteht das Risiko, dass nichtlineare Kippelemente ausgelöst werden. Ein Beispiel dafür ist der Zerfall des westantarktischen Eisschildes, der zu einem schnellen Anstieg des Meeresspiegels führt, oder ein großflächiges Baumsterben im Amazonas-Regenwaldgebiet, das eine einschneidende Beeinträchtigung von Ökosystemen, Flüssen, Landwirtschaft, Energiegewinnung und unserer Lebensgrundlagen zur Folge hat. Das würde zusätzlich zur Erderwärmung im 21. Jahrhundert beitragen und ganze Kontinente betreffen.« (Weltbank 2012) Nach dem im Auftrag des UN Generalsekretärs erarbeiteten »Millennium Ecosystem Assessment« gelten zwei Drittel der von den natürlichen Ökosystemen geleisteten Funktionen als gefährdet. Den Amazonas-Regenwäldern oder zumindest Teilen davon, neben den Ozeanen der wichtigste Kohlenstoffspeicher der Erde, droht der Beginn eines Kollaps. Die Ozeane leiden bereits gegenwärtig unter zunehmender klimabedingter Übersäuerung, die die Aufnahmefähigkeit des Wassers für CO₂ vermindert. Der asiatische Monsun könnte mit unkalkulierbaren Folgen für die be-

troffenen Gesellschaften ausbleiben (vgl. IPCC: Sachstandsberichte des Intergovernmental Panel on Climate Change. www.ipcc.ch; Stern 2006; Randers; WBGU 2008).

Angesichts dieser extremen Gefahren kommt Naomi Klein zu dem begründeten Schluss, »dass der Klimawandel zur Existenzkrise für die menschliche Gesellschaft geworden ist«. (Klein, N. 2015: 26) Die Grundthese in ihrem jüngsten Bestseller »Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima« lautet, dass eine Klimakrise des sich abzeichnenden Ausmaßes einfach alles ändert. »Sie ändert, was wir tun können, worauf wir hoffen können, was wir von uns und unseren Politikern verlangen können. Sie bedeutet, dass all die Dinge, die angeblich unvermeidlich sind, aufhören müssen. Und sie bedeutet, dass viele Dinge, die angeblich unmöglich sind, jetzt sofort passieren müssen« (ebd.: 42), »dass sie eine treibende Kraft für die Menschheit werden könnte«, »ein Katalysator für positiven Wandel« (ebd.: 16). Michael Brie ist der Frage nachgegangen, ob der Klimakrise tatsächlich die von Naomi Klein erhoffte bündelnde Wirkung zukommt, die alle alternativen Kräfte zu einem einzigen großen Strom des Umsturzes zu vereinen vermag. Er hält für möglich, dass sie solche Wirkung für die aufgeklärten Teile der Mittelschichten entfalten kann, denen nicht andere Fragen dringender erscheinen müssen. Aber er gibt zu bedenken, dass weltweit große Bevölkerungsgruppen von ganz anderen Problemen bewegt werden: ihr Leben vor dem Krieg zu retten, nicht zu verhungern, Arbeit und ein Dach über den Kopf zu bekommen, Selbstbestimmung von Frauen zu erkämpfen und vieles mehr. Ganz unterschiedliche Konflikte können zu archimedischen Punkten emanzipatorischer Kämpfe werden. Entscheidend wird jedoch sein, ob es gelingt, auf aufbrechende Widersprüche mit machtwirksamen Alternativen zu antworten (Brie 2015c: 243-251).

Im Kontext der in diesem Buch behandelten Frage nach der Lernfähigkeit der Machteliten ist zu fragen, was denn noch mehr passieren soll als heraufziehende Gefahren für das Leben von Hunderten Millionen Menschen und womöglich für die gesamte menschliche Zivilisation, damit Teile des herrschenden Blocks sich zu gravierenden Korrekturen des gegenwärtigen Kapitalismus aufraffen. Immerhin – als ein nukleares Inferno zu einer realen Bedrohung geworden war, bewirkte dies für etwa zwei Jahrzehnte erhebliche Veränderungen in der westlichen Sicherheits- und Nuklearpolitik, die substanzielle Rüstungskontrolle und internationale Abrüstungsvereinbarungen ermöglichten (siehe Kapitel 3).

Charakter und Verlauf des Klimawandels und die Tiefe von Veränderungen, die ihn aufhalten könnten, unterscheiden sich jedoch gravie-

rend von der Gefahr eines Atomkrieges. Harald Schumann, Harald Welzer, Klaus Leggewie und andere haben auf Zusammenhänge verwiesen, die den Mächteliten, aber auch den subalternen Klassen und Schichten erleichtern, die Gefahren des Klimawandels einstweilen zu verdrängen. Gegenwärtige Klimaschäden sind häufig das Ergebnis weit zurückliegenden Handelns. Ein Umsteuern heute wird in der Regel erst nach Jahrzehnten spürbare Wirkung zeigen; nicht beim nächsten Börsengang und nicht innerhalb von ein oder zwei Wahlperioden. Die industriell entwickelten Länder als Hauptverursacher des Klimawandels können sich dank ihrer Wirtschaftskraft vor vielen Folgen ihrer die Umwelt schädigenden Wirtschafts- und Lebensweisen schützen. Hauptsächlich betroffen ist die Bevölkerungsmehrheit in den ärmeren Ländern, die am wenigsten zum Wandel des Klimas beiträgt und die geringsten Ressourcen für den Schutz vor ihm besitzt. Selbst ein umweltbewusstes Alltagsverhalten der einzelnen vermag die systembedingten destruktiven Veränderungen von Umwelt und Klima nicht spürbar zu stoppen. Eine Klimakatastrophe abzuwenden, erfordert derart tiefe Einschnitte in den durch Wachstum, Konsumismus und kurzfristiges Denken bestimmten Lebensweisen in den wohlhabenden Ländern, dass der notwendige Wandel der Alltagskultur den einzelnen mehr abfordert, als die meisten in kurzer Zeit leisten können. Wo der Klimawandel nicht wie von Teilen der amerikanischen Bevölkerung ganz und gar geleugnet wird, wird er meist als eine diffuse Gefahr wahrgenommen, die das Wirtschaftswachstum nicht hemmen darf und deren Folgen sogar durch noch stärkeres Wachstum zu bekämpfen seien.

Das prozesshafte Heraufziehen des Klimawandels, seine verschlungenen und meist verborgenen Wirkungsketten, sein globaler Charakter bei gleichzeitiger regionaler Differenziertheit und Vielfalt seiner Folgen erschweren eine breite Mobilisierung von Akteuren gegen die extreme Gefahr der Klimaveränderung. Zwar verlaufen rund um den Erdball Kämpfe gegen die Verursacher der Zerstörungen durch den Klimawandel. In Deutschland gab die Anti-Atomkraft-Bewegung den entscheidenden Anstoß für den Einstieg in die Energiewende, die allerdings inzwischen nur noch verlangsamt und deformiert zu Gunsten der großen Energiekonzerne vorankommt. In Großbritannien votierten in einer Umfrage vom November 2013 66% der Befragten für die Überführung der Energieunternehmen in Staatsbesitz. In Ecuador leisten Bewegungen der indigenen Bevölkerung und andere Initiativen zähen Widerstand gegen die extraktive Regierungspolitik (zur Ambivalenz dieser Politik siehe Klein/Wahl 2015: 18-27). In den USA kämpft eine Koalition von Viehzüch-

tern und Ureinwohnern unterstützt von Klimaaktivisten gegen die quer durch ihren Lebensraum geplante Pipeline Keystone XL. Sie soll das Öl transportieren, das aus dem Teersand von Alberta gewonnen wird. Das würde dazu führen, dass eine Fläche von der Größe Großbritanniens in unbewohnbare Ödnis verwandelt wird, um eine Ölsorte zu extrahieren, die drei- bis fünfmal so klimaschädlich ist wie konventionell gefördertes Öl (Klein 2014: 174ff.). In den internationalen Klimaverhandlungen wurde das Projekt daher zu einer schweren Belastung für den – ohnehin fragwürdigen – Anspruch der USA auf eine herausragende Rolle im Klimaschutz. Das US-Außenministerium empfahl dem Präsidenten deshalb die Ablehnung des Vorhabens. Am 6. November 2015 stoppte Obama unter dem inneren und äußeren Druck den geplanten Bau der Pipeline, der damit vermutlich keine Chance mehr hat. Er verwies dabei ausdrücklich darauf, dass die Genehmigung der Pipeline einer angemessenen Rolle der USA in der Vorbereitung der Pariser Klimakonferenz widersprechen würde. In Richmond/Kalifornien widersetzte sich ein Bündnis von Umweltgruppen dem Plan von Chevron, dem größten Arbeitgeber der Stadt, die dortige Erdölraffinerie stark auszubauen, um die umweltschädlichen Teersandöle zu verarbeiten. Chevron verlor den Kampf, auch in zwei Prozessen vor Gericht.

Die Vertreter von über 130 First Nations unterzeichneten im Dezember 2011 in Fortsetzung vieler Aktionen die Save the Fraser Declaration, in der sie gelobten, auf dem Territorium von British Columbia/Kanada den Bau der Northern Gateway Pipeline und jedes andere Teersandprojekt zu verhindern. Die Northern Gateway Pipeline würde den Fraser, den längsten Fluss British Columbias, und andere Gewässer mit der Ölpest bedrohen, die die Lachsfischerei und andere Lebensgrundlagen der dort Lebenden zerstören würde. Frankreich, die Niederlande, Bulgarien und Tschechien haben Fracking-Moratorien verhängt. Unter dem Druck aus der Bevölkerung erließ die Regierung Costa Ricas 2010 ein landesweites Verbot neuer Kohletagebaue. In Indien wurde der Bau einer Reihe von Kohlekraftwerken abgebrochen – erzwungen von Protesten der Bevölkerung. Naomi Klein berichtet beispielsweise über einen rotierenden Hungerstreik von städtischen Bürgern, Kleinbauern und Fischern im indischen Sompeta, der Anfang 2014 bereits 1.500 Tage währte und schließlich nach blutigen Zusammenstößen von Demonstranten mit der Polizei und einer Unterstützung im ganzen Bundesstaat Andrah Pradesh die Behörden gezwungen hat, die Planung eines Kraftwerks einzustellen (Klein 2014: 422).

Jedoch, insgesamt sind die Klimabewegung und ihre Bündnisse mit anderen kapitalismuskritischen Kräften bisher zu schwach, um die Macht-

eliten von ihrer fossilen-atomaren Energiepolitik und von der insgesamt klimafeindlichen Wachstumsstrategie abzubringen. Noch immer werden 80% des globalen Primärenergieverbrauchs aus Kohle, Öl und Gas gedeckt. Prognosen gehen sogar von einer jährlichen Steigerung des fossilen Energieverbrauchs um 1,6% aus (vgl. Leggewie/Welzer 2009: 38).

Das zähe Festhalten des herrschenden Machtblocks an seiner klimafeindlichen Politik trotz voraussehbarer und bereits fortschreitender Zerstörung der Lebensgrundlagen erheblicher Teile der Menschheit und der davon zu erwartenden Instabilität der gesamten Weltordnung ist über die genannten Zusammenhänge hinaus auch aus der extrem starken Stellung fossiler Monopole bzw. Oligopole innerhalb der Machteliten zu erklären. Von den 100 größten Unternehmen der Welt haben 22 ihr Hauptgeschäftsfeld in der Öl- und Gasbranche und fünf von ihnen sind unter den ersten zehn. Entsprechend intensiv ist ihr politischer Einfluss.

1. Die Verankerung mächtiger Weltunternehmen in der Öl- und Gasbranche sowie in der Kohle und ihr dort fixiertes Kapital wirken als Blockade gegen den Umstieg in erneuerbarer Energien. In einer Studie des Center for American Progress von 2009 wurde nachgewiesen, dass von fast 100 Milliarden Dollar Gewinn der weltgrößten fünf Ölgesellschaften nur 4% in erneuerbare und alternative Energien investiert werden. Claudia Kemfert vom Potsdam Institut hat in ihrem Buch »Kampf um Strom« den Widerstand der großen Energiekonzerne gegen die Energiewende in Deutschland deutlich gemacht. Auch wenn Eon sich vom Kohlegeschäft trennen will und EWE dem folgt, wenn auch andere Unternehmen dies erwägen und damit die Tendenz zur – viel zu späten – Hinwendung herkömmlicher Energieversorger zu erneuerbaren Energien Ausdruck findet, ist dies kein Zeichen konsequenter Neuorientierung. Denn die Kohlesparte soll verkauft und dann von den Käufern weiterbetrieben werden. Der notwendige Ausstieg aus der Kohle sieht anders aus.
2. Als mächtigste Blockade gegen ein den Klimagefahren gemäßes rettendes Handeln der Machteliten wirkt jedoch der Umstand, dass die erforderliche Umwelt-, Klima- und Energiepolitik mit Grundstrukturen gegenwärtigen neoliberalen Wirtschaftens kollidiert. Wirksame klimapolitische Entscheidungen bedürfen eines zeitlichen Horizonts bis 2050 und mehr. Aber der Funktionsmechanismus des gegenwärtigen Kapitalismus ist von Kurzfristigkeit bestimmt. Das zeitliche Maß des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ist bestenfalls der Abstand zwischen den Quartalsberichten börsennotierter Gesellschaften, die eine positive Profitentwicklung vorzuweisen haben, wenn ihre Aktien

nicht an Wert verlieren sollen. Im computergesteuerten Wertpapierhandel werden Entscheidungen über millionenschwere Kapitalbewegungen in Sekunden getroffen und von langfristiger Anlage abgehalten. Selbst strategische Konzernplanungen über Jahrzehnte sind an kurzfristige Imperative gebunden. Der Marktwert von Unternehmen in der fossilen Energiewirtschaft beispielsweise hängt stark davon ab, ob sie mindestens ebenso viele neue erkundete Kohlenstoffreserven in ihrer Verfügung vorweisen können, wie sie derzeit ausbeuten. Sie brauchen eine Reserveerneuerungsrate von mindestens 100%, um ihren Marktwert stabil zu halten. Das heißt, sie sind ständig rund um den Erdball dabei, den Extraktivismus auf die Spitze zu treiben, um etwa für neue Kohlekraftwerke zumindest eine Laufzeit von 40 Jahren zu sichern und um der Erde durch schmutzige Innovationen ihre letzten Ressourcen zu entreißen – ob durch Tiefseebohrungen, durch Fracking aus hartem Schiefergestein oder durch das Ausquetschen von Teersand (Klein 2015: 183f.).

3. Deregulierung gehört zu den Grunddogmen neoliberaler Politik, die einer nachhaltigen Klima- und Energiepolitik entgegenstehen. Ein so fundamentaler Wandel der Volkswirtschaftsstrukturen und der Lebensweisen wie die Energiewende bedürfte aber weitgehender Regulierung anstelle von Deregulierung. Um die Reproduktion des Fossilismus zu stoppen, müsste der Bau neuer Kohlekraftwerke verboten werden, ebenso der von Exportterminals für Flüssiggas, besonders dringlich in den USA, Kanada und Australien. Pipelines, durch die aus Teersand gewonnenes Öl fließen soll, und die Gasgewinnung durch Fracking dürften nicht zugelassen werden. Oder eine so harte Kohlendioxidsteuer müsste eingeführt werden, dass die Verlängerung des Fossilismus unprofitabel wird. Wie in der Bundesrepublik müsste der Ausstieg aus der Kernenergie politisch verfügt werden. Aber neoliberaler Politik gilt der Übergang zu einer anderen Regulationsweise als Verstoß gegen die geheiligten Marktregeln.
4. Eine weltweite Einführung des Verursacherprinzips wäre das genaue Gegenteil gegenwärtiger Verantwortungslosigkeit der Hauptverursacher des Klimawandels. Das Verursacherprinzip würde zu so starken Belastungen des Kohlenstoffeinsatzes führen, dass eine Energiewende erzwungen wird. Das wäre zulasten der Verursacher das Gegenteil von der Externalisierung der Langzeitkosten fossiler und atomarer Energieerzeugung.
5. Wider den kaum gebändigten Wachstumsfuror würde zumindest ein Wirtschaftswachstum zu Lasten der Klimastabilität, der ökologischen

- Funktionen der Meere und der Wälder, der Biodiversität und der Fruchtbarkeit der Böden beendet werden. Das muss im Zuge der Finanzierung des Kapitals auf Wachstum jedoch unerträglich erscheinen.
6. Um die Finanzmittel zu mobilisieren, die für die Lösung unprofitabler Aufgaben der Klima- und der Energiepolitik erforderlich sind – beispielsweise für die Unterstützung einer klimaschonenden Entwicklung armer Länder – wäre gegen den Grundtrend des Kapitalismus eine gerechte Umverteilung von Reichtum geboten. Naomi Klein hat Vorschläge dafür zusammengefasst (Klein 2014: 144f.):
- Einführung einer 1% Millionärssteuer, vorgeschlagen von den Vereinten Nationen: 46 Milliarden Dollar jährliches Aufkommen.
 - Besteuerung je Tonne Kohlendioxidemission mit 50 Dollar: 450 Milliarden Dollar Einnahmen pro Jahr.
 - Schließung von Steuerparadiesen: nach Schätzungen des in Großbritannien angesiedelten Tax Justice Network würde eine 30% Besteuerung der Gewinne aus den hinterzogenen Steuern jährlich etwa 190 Milliarden Dollar Einkommenssteuer erbringen.
 - Weltweite Einführung einer geringfügigen Finanztransaktionssteuer: Aufkommen von fast 650 Milliarden Dollar.
 - Einstellung der Subventionen für die Fossilwirtschaft weltweit: Ersparnisse von 775 Milliarden Dollar pro Jahr nach Schätzungen von Oil Change International und des Natural Resources Defense Council.
 - Kürzung der Militärhaushalte der zehn Länder mit den höchsten Militärbudgets um 25%: 325 Milliarden Dollar nach Berechnungen des SIPRI.

Dass solche Umverteilungsprozesse und Strukturveränderungen, die ohne zusätzliches Wachstum erheblich zur Finanzierung einer alternativen Klima- und Energiepolitik beitragen würden, der Grundverfasstheit des gegenwärtigen Kapitalismus fundamental widersprechen, liegt auf der Hand und erklärt den Widerstand der Herrschenden gegen solche Alternativen. Der Klimawandel geht an die Substanz der Menschheit, ihn zu stoppen geht an die Substanz des Kapitalismus. Eine Klimakatastrophe abzuwenden, erfordert kategorisch, dass der Kapitalismus zumindest nicht bleibt wie er ist.

Allerdings – strategisches langfristiges Handeln setzt nicht gleich die Beseitigung des Kapitalismus voraus. Darauf verweisen beispielsweise das Tennessee-Projekt zu New Deal-Zeiten, das Apolloprogramm der USA, der Marshall-Plan, die Weltraumprogramme mehrerer Staaten, die europäische Verkehrswegeplanung und andere Langfristprojekte.

Staatliche und sozialstaatliche Regulierung ist zwar unverträglich mit Marktradikalismus, würde aber den fordistischen Sozialstaatskapitalismus stabilisieren und könnte den Kapitalismus erneut vor dem Abgrund bewahren, in den seine finanzmarktgetriebene Gestalt gegenwärtig führt. In Teilbereichen der Umweltpolitik gilt durchaus bereits gegenwärtig das Verursacherprinzip. Skandinavische Staaten haben mit einer weit stärkeren Besteuerung großer Vermögen und hoher Einkommen als in anderen Ländern eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung erreicht – trotz starker jüngerer Gegentendenzen (Heintze 2005; Gurksdies 2006; Felfe 2008; Anxo 2014).

Kurz, zwar kollidieren wesentliche Grundbedingungen einer dringlichen Wende in der Klima- und Energiepolitik stark mit der gegenwärtigen Form des Kapitalismus und mit dem Profitmechanismus generell. Ihre Durchsetzung ist daher nur in heftigsten Kämpfen erreichbar. Aber unter dieser Voraussetzung kann eine klima- und energiepolitische Alternative durchaus bereits im Rahmen progressiver Transformationsprozesse des Kapitalismus erheblich vorangetrieben werden. Auch auf diesem Feld gilt: Der Umgang mit dem Klimawandel hängt vom Kräfteverhältnis zwischen den gegensätzlichen Akteuren ab.

Zugunsten alternativer Kräfte in den Auseinandersetzungen um die Klima- und Energiepolitik könnten folgende für das Kapital fatale Umstände wirken, die ihm Lernprozesse und Anpassungsfähigkeit abfordern.

Erstens: Wie oben bereits in einem anderen Zusammenhang festgestellt, steigen die Kosten der Umkehr zu einer Wirtschaft jenseits des Fossilismus und einer drohendem Klimakatastrophe mit jedem Jahr verlorener Zeit an. Nach OECD-Schätzungen werden sie für die reichen Länder bei jährlich 4% des Bruttoinlandsprodukts liegen. Bei einer schlecht gehandelten Zukunft jedoch, so Jorgen Randers, könnten die Kosten für die Abwendung einer Klimakatastrophe jährlich 10% des Welt-Bruttoinlandsprodukts erreichen, nach dem Stern-Report sogar bis zu 20%. Ein Fünftel der Haushaltsausgaben nicht mehr für die gewohnten Aufgaben des Staates verfügbar zu haben – das könnte den Abbau öffentlicher Daseinsvorsorge derart verstärken, dass ein soziales Aufbegehren in der Bevölkerung nicht auszuschließen ist. Ein Teil dieser Kosten sind zwar Aufwendungen für Investitionen zur Anpassung an den Klimawandel und für die Begrenzung der durch ihn verursachten Schäden, aber für die Auftragnehmer können sie sogar ein glänzendes Geschäft sein. Doch ein großer Teil der Kosten sind Aufwendungen, die kurz- und mittelfristig nicht profitabel sind. So oder so werden sie die Staatshaus-

halte belasten. Wenn sie in den voraussehbaren Größenordnungen wie üblich auf die Bevölkerungsmehrheit abgewälzt werden, könnte das zu enormer Zuspitzung der sozialen Kluft in der Gesellschaft bis zu erheblicher politischer Instabilität beitragen. Würden Sie daher etwa zu merklicher steuerlicher Belastung auch der großen Unternehmen und Vermögen führen, wäre das zwar eher ein Grund für die ökonomischen Eliten, dem Profit weiter den Vorrang vor wirksamer Klimapolitik einzuräumen, könnte aber unter großem Druck von unten Teilen der politischen Eliten auch vorsorgende Klimapolitik abverlangen, um den konfliktbeladenen Anstieg der Klimakosten zu dämpfen.

Zweitens: Der Klimawandel gefährdet besonders stark die Wirtschaft und die Lebensbedingungen in den ohnehin wirtschaftsschwachen armen und politisch instabilen Ländern. Im Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen »Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel« heißt es: »Nicht alle Länder oder Weltregionen sind dem Risiko von Destabilisierung und gewalttätigen Konflikten aufgrund des Klimawandels gleichermaßen ausgesetzt. ... Landwirtschaftlich geprägte Ökonomien sind anfälliger für die Wirkungen des Klimawandels als Dienstleistungsgesellschaften; reiche Gesellschaften können die Kosten des Klimawandels eher bewältigen als Entwicklungsländer; leistungsfähige Regierungen können die Folgen von Umweltdegradation und Klimawandel besser verarbeiten als schwache Staaten; gut organisierte Zivilgesellschaften können eher Risikovorkehr treffen als fragmentierte, möglicherweise bereits von Gewalt charakterisierte Gesellschaften. Der Klimawandel verschärft daher die sozialen, politischen und ökonomischen Ungleichheiten in der Weltgesellschaft.« (WBGU 2008: 17)

Derart aufgeladene Ungleichheiten könnten die durch den Klimawandel besonders stark betroffenen Länder und Regionen zu radikaleren finanziellen, technischen und politischen Forderungen an die reichen Staaten treiben. Bisher existierende Abhängigkeiten und Bündnisse könnten infrage gestellt werden. Direkte Bedrohungen für die etablierten Machtverhältnisse auch in den Zentren des Kapitalismus könnten sich ergeben, wenn der Klimawandel in etlichen der rund 40 failing states den wirtschaftlichen und sozialen Niedergang beschleunigt und die Auflösung von Ordnungsstrukturen, den Zerfall staatlicher Autorität sowie die Eskalation von Gewalt noch verstärkt. Dann könnten Armut, Hunger, Perspektivlosigkeit und Verzweiflung dem Terrorismus neuen Nährboden geben und ihn verstärkt gegen die Welt der Reichen richten. »Ranghohe Ex-Generäle der USA veröffentlichten im April 2007 eine Studie, in der

der Klimawandel als ernste Gefahr für die Sicherheit der USA bezeichnet wird, der insbesondere in instabilen Regionen Extremismus und Terrorismus fördern wird (CNA Corporation 2007).« (ebd.: 15)

Drittens: Trotz wachsender Aufwendungen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Minderung der durch ihn hervorgerufenen Schäden ist damit zu rechnen, dass nicht nur wirtschaftlich schwächere Länder von oft katastrophalen Folgen des Klimawandels betroffen sein werden. Auch die Industrieländer werden zunehmend von außergewöhnlichen Wetterereignissen heimgesucht werden. Der Katastrophensturm Sandy verursachte Kosten von geschätzten 65 Milliarden Dollar, ein Jahr zuvor erreichten die Schäden durch den Hurrikan Irene die Höhe von 10 Milliarden Dollar (Klein 2014: 136). Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umwelt formuliert dazu: »Wie der Hurrikan Katrina in den USA demonstriert hat, haben zum Beispiel Sturmkatastrophen durchaus das Potenzial, die öffentliche Ordnung selbst in hoch entwickelten Gesellschaften zumindest kurzfristig außer Kraft zu setzen. Geht man davon aus, dass sich derartige Katastrophen künftig häufen, an Stärke zunehmen und an mehreren Stellen gleichzeitig auftreten können, könnte dies langfristig auch für Industrieländer zum Problem werden ... So befinden sich in Küstenregionen typischerweise eine dichte Versorgungsinfrastruktur (zum Beispiel Pipelines für Energie- und Wasserversorgung, regionale Konzentration von Energieinfrastruktur oder Versorgungshäfen) oder Strukturen des internationalen Handels (z.B. Abhängigkeit von Just-in-time-Produktion und hohe Mobilität durch Verkehrsnetze, wodurch signifikante Anfälligkeiten gegenüber den Risiken des Klimawandels entstehen).« (WBGU 2008: 43) Wenn sich solche Wirkungen weiter verstärken, können die Machteliten ihnen auf die Dauer womöglich doch nicht allein mit Halbherzigkeit begegnen.

Viertens: Unmittelbare Betroffenheit durch den Klimawandel, der auch die Herrschenden nicht ohne Konflikte ausweichen können, folgt aus klimabedingter Migration. Der WBGU stellt fest, »eine massive Einwanderung aus Gebieten mit großen Umwelt- und Konfliktproblemen brächte erhebliche sicherheitsrelevante Herausforderungen mit sich.« (ebd.: 17) Beispielsweise sind zusätzliche erhebliche Anstöße für eine noch weit stärkere Migration nach Europa als bereits gegenwärtig zu erwarten. Schon der im Jahr 2015 sprunghaft angeschwollene Strom von Flüchtlingen hat zu erheblichen Konflikten geführt. Zwischen den Mitgliedstaaten ist auf dem Rücken der Hilfesuchenden ein entlarvender Streit um deren Verteilung auf die einzelnen Staaten ausgebrochen. Das soziale Europa erwies sich als Schimäre. Die europäische Einheit

verschwand auch zwischen den nationalen Eliten selbst und verkehrte sich in abgrenzende Stacheldrahtzäune. Die auf gemäßigte Herrschaftsformen setzenden Fraktionen der Machteliten sehen sich mit der Forderung anderer Fraktionen nach Internierungslagern an den Grenzen konfrontiert. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus haben Aufwind. Der WBGU rechnet in solchen Zusammenhängen mit einem Gewaltpotenzial, das in den Jugendunruhen von 2005 in Frankreich schon deutlich geworden sei (ebd.: 144).

Der Klimawandel untergräbt bereits gegenwärtig wesentliche Lebensbedingungen vieler Millionen Menschen. Er wird dies immer stärker tun. Als Individuen sind sicher nicht wenige in den Machteliten davon berührt, beunruhigt und für manche Gegenmaßnahme offen. Als Repräsentanten des kapitalistischen Profitsystems sind sie jedoch in der Regel Akteure ungezügelter Wachstums, des Fossilismus, des Raubbaus an Naturressourcen, des Extraktivismus, der Überkonsumtion der Reichen und Wohlhabenden und der Reproduktion von Armut, die wiederum mit Schäden für die Umwelt korrelieren.

Bisher tritt nur eine Minderheit der Kapitaleliten im Interesse langfristiger Kapitalherrschaft für eine einschneidend veränderte, rettende Klimapolitik ein. Aber immerhin gibt es Stimmen aus dem Establishment, in denen die widersprüchlichen Tendenzen auch innerhalb der Machteliten Ausdruck finden. Nur wenige äußern sich allerdings so kritisch wie Carlos Joly, Investmentmanager und Vorsitzender des Climate Change Scientific Committee of Natixis Asset Management in Frankreich. Im Rahmen einer Expertenbefragung durch Jorgen Randers erklärte er: »Insgesamt erwarte ich, dass die internationale Gemeinschaft keine robusten Emissionsbegrenzungen einführen wird, bevor das Unheil über uns herein bricht, und dann werden Strategien und finanzielle Mittel in Notfallmaßnahmen und Sanierung investiert werden, da man Prävention nicht mehr für machbar hält.« (Randers 2012: 37) »Die notwendige umfassende Transformation in den Bereichen Energie, Landwirtschaft, Verkehr und Produktion wird allerdings nicht rechtzeitig – nämlich deutlich früher als 2052 – stattfinden, was der erfolgreichen politischen Opposition von Seiten eigennütziger Interessen geschuldet sein wird und zwar in der Kohle-, Öl-, Schiefergas-, Petrochemie- und Automobilindustrie und den von ihnen abhängigen Energieversorgern und ähnlichen Unternehmen.« (ebd.: 38)

Größer ist die Zahl derer im Kreis der Mächtigen, die sich betroffen von den Gefahren des Klimawandels zeigen, jedoch nur halbherzig reagieren. Naomi Klein verweist auf eine Reihe charakteristischer Bei-

spiele dafür. Sie schildert, dass sich etwa Richard Branson, Milliardär und Gründer der Virgin Group, von einer Power Point-Präsentation Al Gores vor Big Business-Leuten tief beeindruckt zeigte. Er schrieb über diese Veranstaltung: »Als ich da saß und Gore zuhörte, erkannte ich, dass wir Armageddon vor Augen hatten.« Bald danach verpflichtete er sich auf der Jahrestagung der Clinton Global Initiative, in der folgenden Dekade drei Milliarden Dollar zu spenden, um Öl und Gas durch Bioenergie zu ersetzen. Abgesehen von der Fragwürdigkeit des Plantagenanbaus von Bioenergiepflanzen zulasten der Ernährung einheimischer Bevölkerungen und kleinbäuerlicher Wirtschaften stammen die Milliarden, die Branson für den ökologischen Umbau vorsah, aus dem Profit der Transportsparte von Virgin, die enorme Mengen fossiler Energie verbraucht. Warren Buffet, der in die Umwelt-, Gesundheits- und Bildungsprojekte der Belinda und Bill Gates-Stiftung mehrere Milliarden Dollar einbrachte und für Milliardäre eine höhere Besteuerung fordert, investierte im Jahr 2009 Milliarden ausgerechnet in die Burlington Northern Santa Fe, in eines der größten Kohle transportierenden Unternehmen der USA (vgl. Klein 2014: 232, 243). Aber selbst dann, wenn Milliardäre Umweltinvestitionen aus den Profiten in weniger CO₂-lastigen Branchen finanzieren, tun sie es doch als besonders erfolgreiche Akteure eines die Umwelt zerstörenden Wachstums. Naomi Klein gab daher einem Kapitel in ihrem jüngsten Buch die Überschrift »No Messiahs: The Green Billionaires Won't Save Us«.

Sie werden uns wirklich nicht retten. Aber bedeutet das, dass die Machteliten die Gefahren des Klimawandels auch in Zukunft unter allen Umständen ohne wirksame Gegenstrategien verdrängen werden? »An sich«, im Wissen um das Gefahrenpotenzial des Klimawandels, gibt es kaum einen anderen Prozess, der die Machteliten auf längere Sicht dringlicher zu einem Gegensteuern herausfordert. Ein starkes Zeichen dafür war der Bericht »Unsere gemeinsame Zukunft« der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, zu deren Mitgliedern neben SpitzenwissenschaftlerInnen zwei frühere Ministerpräsidenten, zehn frühere Minister oder Staatssekretäre und zehn ehemalige Inhaber höchster Ämter in internationalen Organisationen, angefangen mit dem UN-Sicherheitsrat, befanden. Der Erdgipfel von 140 Staats- und Regierungschefs in Rio 1992 und die Verabschiedung der UN-Klimarahmenkonvention, das nachfolgende Kyoto-Protokoll, die alarmierende wissenschaftliche Arbeit des Weltklimarates, die Abfolge von UN-Klimagipfeln und von Gipfeltreffen zur Bewahrung der Artenvielfalt, das Wirken nationaler Regierungsbeiräte wie des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale

Umweltveränderungen und von UN- und Regierungskommissionen zur Erarbeitung neuer Entwicklungsmaßstäbe anstelle des puren Bruttoinlandsprodukts – dieser gesamte Aufwand beweist: die Mächtigen dieser Erde sind unter Druck geraten. Sie sind nicht mehr ahnungslos. Aber sie tun nicht, was sie tun müssten, und nicht einmal, was sie tun könnten.

Die Vorbereitung, der Verlauf und die Ergebnisse der Pariser Weltklimakonferenz vom Dezember 2015 können als Ausdruck dieser wachsenden Spannung, aber auch von erzwungenen Lernprozessen und einer begrenzten Öffnung der Mächtigen für einschneidende Veränderungen in der Klimapolitik verstanden werden.

Zum ersten Mal nach Jahrzehnte währenden Klimaverhandlungen haben sich die Repräsentanten von 195 Staaten auf das Ziel geeinigt, die Erderwärmung »weit unter« zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu halten. Die Nettoemission von Treibhausgasen – die Differenz zwischen den durch Menschen verursachten Emissionen und der Bindung der Klimagase durch die Natur – soll in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auf null gesenkt werden. 2020 sollen die Staaten nationale Klimapläne zunächst für 2025 bis 2035 vorlegen. Ab 2023 sollen die Klimaziele im Abstand von fünf Jahren überprüft und neu angepasst werden. Die Staaten werden ein gemeinsames System von Berichtspflichten und Transparenzregeln vereinbaren und Bilanzen ihres CO₂-Ausstoßes vorlegen. Das Pariser Abkommen sichert Entwicklungsländern, die vom Klimawandel besonders stark betroffen sind, besondere Unterstützung durch die Industrieländer zu. Diese haben sich in einer begleitenden Entscheidung verpflichtet, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar als Klimahilfe für arme Länder zur Verfügung zu stellen.

In diesen Festlegungen finden bemerkenswerte Veränderungen Ausdruck. Das zeigt ein vergleichender Blick auf die lange Vorgeschichte des Pariser Abkommens. Die USA hatten das erste Kyoto-Protokoll zur Umsetzung der Klimarahmenkonvention nie in nationales Recht übernommen. Australien ratifizierte das Kyoto-Abkommen ebenfalls nicht, und Kanada verließ das Abkommen im Jahr 2011. China weigerte sich, einem internationalen Abkommen zur CO₂-Reduzierung beizutreten, solange die USA keine verbindlichen Verpflichtungen eingingen. Die USA verwiesen ihrerseits auf die Explosion der chinesischen Treibhausgasemissionen, die erst einmal vertraglich zu bremsen wären. Die Entwicklungsländer und die Schwellenländer waren in der UN-Klimarahmenkonvention von 1992 gar nicht in die Pflicht zur Begrenzung ihrer Emissionen genommen worden, sie verwiesen zu Recht auf die Hauptverantwortung der Industrieländer für die Klimagefahren. In Kopenha-

gen war 2009 der Anlauf zu einem Kyoto-Nachfolgeabkommen gescheitert (Götze/Staude 2016).

Im Vergleich zu dieser Vorgeschichte der Pariser Klimakonferenz verweisen deren Ergebnisse auf Bewegung und mobilisierbare Reformfähigkeiten in den internationalen Machteliten, aber zugleich auf deren Begrenztheit. Die im Vorfeld der Pariser Konferenz erarbeiteten 188 nationalen Klimapläne blieben unverbindlich. Sie reichen zudem für das Ziel, die Erwärmung der Erdatmosphäre bis zum Ende des Jahrhunderts auf 1,5 bis 2 Grad Celsius zu begrenzen, nicht aus. Selbst wenn alle gegenwärtigen Klimapläne realisiert werden, würde dies zu einer Erderwärmung um 2,7 bis 3,3 Grad führen. Nach den bisher vorliegenden Erfahrungen mit Finanzierungsversprechen der reichen Länder ist keineswegs sicher, ob die in Paris zugesagten 100 Milliarden Dollar für einen Green Climate Fund zugunsten armer Länder tatsächlich fließen werden. Ein Schadensersatz für besonders bedrohte Staaten, beispielsweise Inselstaaten, zu zahlen durch die Industrieländer als Hauptverursacher der Klimakrise, wurde in einer begleitenden Entscheidung ausdrücklich ausgeschlossen.

Die Klimakonferenz in Paris hat gezeigt: Die Machteliten können den Gefahren des 21. Jahrhunderts nicht mehr ausweichen. Weitergehend als je zuvor haben sie sich für klimapolitisches Umsteuern entschlossen – und sich schließlich selbst dafür gefeiert. Aber die Beschlüsse bleiben weit hinter den notwendigen Maßnahmen gegen eine Klimakatastrophe zurück, und ob sie tatsächlich durchgesetzt werden, hängt von den Klima- und Energiekämpfen von unten in der kommenden Zeit ab, von dem Druck der Klimabewegung, von den kapitalismuskritischen und antikapitalistischen Kräften. Aus eigener Kraft nehmen die Machteliten nicht einmal wahr, was sie im Rahmen des Kapitalismus für dessen Bewahrung vor den schlimmsten Zuspitzungen der Umwelt- und Klimakrise leisten könnten, wenn sie den Weitblick und die Entschlossenheit der New Deal-Politiker der Roosevelt-Ära aufbrächten.

Allerdings, die regierenden bürgerlichen Reformkräfte der klassischen New Deal-Zeit handelten eben – so wurde in den Kapiteln 2 und 4.2 dieses Buches deutlich – unter erheblichem Druck von Massen rebellierender Arbeitsloser, kämpferischer Teile der noch beschäftigten Lohnabhängigen, sich organisierender Gewerkschaften, notleidender Farmer und einer großen Zahl kritischer und zum Teil linksorientierter Intellektueller. Ein vergleichbarer Druck auf die heutigen Machteliten existiert gegenwärtig nicht. Er flammte auf in Gestalt zeitweiliger Aneignung öffentlicher Plätze in den USA, Spanien, Griechenland, der Türkei und in Nordafrika.

Dieser Druck scheint in der Bewegung der Indignados in Südeuropa, der Occupy-Bewegung und ihrer Ausbreitung in die Stadtteile, in den Erfolgen von SYRIZA und Podemos, in den Klima- und Energiekämpfen, in der wachsenden Zustimmung zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und in dem Widerstand gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Neonazis auf. Aber die Vielzahl demokratischer Initiativen und Projekte ist nicht in gemeinsamen solidarischen Zielen verbunden. Eine verbindende Linke zu schaffen und in breiten Bündnissen zu realisieren, wie sie in der Praxis von SYRIZA und Podemos trotz deren Rückschlägen existiert, ist eine zentrale Herausforderung der Gegenwart, nicht zuletzt durch die Umweltkrise und den Klimawandel. Wird ihr nicht in absehbarer Zeit entsprochen, so drohen Katastrophen nicht bekannten Ausmaßes.

4.4 Zwischenfazit

Der Rückblick auf die Gründe, die in der Vergangenheit zu Differenzierungen in den Machteliten, zu Lernprozessen bei einem Teil von ihnen und zur Reformfähigkeit des Kapitalismus führten, sowie konzeptionelle Überlegungen zu möglichen künftigen Problemkonstellationen, die dem herrschenden Block progressive Transformationsschritte abnötigen könnten, hat ein widersprüchliches Resultat ergeben. Einerseits waren vorausschauende Fraktionen der Machteliten zu weitgehender und progressiver Transformation des Kapitalismus in der Lage. Andererseits wurden diese Wandlungen durch konservative Gegenbewegungen wieder zurückgenommen oder überlagert.

Der Kapitalismus hat sich als reformfähig erwiesen, wenn auf andere Weise Gefahren für die Macht der Herrschenden nicht abzuwenden oder zu mindern waren. Dann waren problemoffene Kreise im Machtblock auch in der Lage, weitgehende soziale Reformen zu realisieren und friedensorientierte Schritte zu unternehmen. Im Jahr 1987 kam ein damals mit großer Aufmerksamkeit bedachtes Dialogpapier von SPD und SED zu Stande (Reißig 2002). In diesem Dokument wurden als gemeinsam und kooperativ zu bewältigende Menschheitsaufgaben bezeichnet:

1. Frieden durch gemeinsame Sicherheit und Bannung der nuklearen Kriegsgefahr,
2. Sicherung eines menschenwürdigen Daseins für alle,
3. Überwindung der ökologischen Krise,
4. Überwindung von Hunger, Not und Verschuldung in den Entwicklungsländern.

Als Voraussetzung dafür wurde die Friedens- und Reformfähigkeit der beiden sich damals gegenüberstehenden Systeme betrachtet. Der Staatssozialismus in Europa ist an seiner strukturellen Reformunfähigkeit gescheitert. Der Westen hat seine Reformfähigkeit erfolgreicher unter Beweis gestellt – gemessen an seiner Potenz für systeminterne und systembewahrende Veränderungen. Darauf verweisen der New Deal, die wohlfahrtstaatliche Entwicklung skandinavischer Staaten und ein sozialstaatlich regulierter Kapitalismus (Fordismus) nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre in der überwiegenden Zahl der OECD-Staaten. Darauf deutet die Hoffnungsphase von Rüstungskontrolle und Abrüstung gegen Ende des 20. Jahrhunderts hin. Jedoch gemessen an den Herausforderungen, eine Friedenswelt, soziale Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben für alle zu schaffen, die Biosphäre zu bewahren und Solidarität mit den Armen und Benachteiligten der Erde zu üben, hat der Kapitalismus eine dauerhafte Reformfähigkeit bisher nicht bewiesen.

In der pluralen Linken schlussfolgern die einen daraus, dass die Lern- und Reformfähigkeit des Kapitalismus beziehungsweise seiner Machteliten eine Schimäre sei. Andere ziehen daraus die Schlussfolgerung, dass ihnen gemeinsam mit allen demokratischen Akteuren zufällt, diese Reformfähigkeit in kommenden Zeiten in Gestalt einer nachhaltigen postneoliberalen Transformation durch die eigenen Kämpfe zu erneuern und die im Rahmen des Kapitalismus auch dann nicht überwindbaren Grenzen durch eine Große Transformation zu einem demokratischen grünen Sozialismus zu sprengen.

Drei Konstellationen wurden in diesem Kapitel erörtert, die Teile der Machteliten zu progressiven Transformationsschritten veranlassen könnten:

Erstens tiefe Einbrüche der Kapitalverwertung, die auf eine Systemkrise hindeuten;

zweitens Druck von demokratischen Gegenmächten auf das Kapital;

drittens Gefahren für die menschliche Zivilisation, die auch die Grundlagen des Kapitalismus zerstören können.

Auf solche Überlegungen reagieren radikal konservative Kreise des herrschenden Blocks und radikal linke Kräfte in gewisser Weise ähnlich. Die Konservativen betrachten progressive Reformen als etwas, was nicht sein darf. Sie halten sie für den Weg in den Untergang des Kapitalismus, weil die Konservativen fortschrittliche Reformen als unvereinbar mit seiner Grundkonstitution ansehen. Obamas Pläne für eine Gesund-

heitsreform etwa wurden von der Tea-Party-Bewegung und anderen extrem Rechten als bedrohlich sozialistisch diffamiert. Linksradikale sehen in der Ablösung des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus durch die neoliberale Gegenrevolution die Bestätigung ihrer Auffassung, dass eine progressive systeminterne Transformation im Kapitalismus eine Illusion sei. Eine Transformation könne demnach nicht stattfinden, weil sie unvereinbar mit dem Wesen des Kapitalismus sei.

Also ist im folgenden Kapitel 5 der Frage weiter nachzugehen, ob die Grundstrukturen des Kapitalismus seinen Übergang von einer gegenwärtigen neoliberalen Gestalt zu einem progressiven postneoliberalen Typ tatsächlich ausschließen. Empirisch wurde das bereits aufgrund der Analysen des New Deal und der Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozesse gegen Ende des letzten Jahrhunderts verneint. Nun ist diese Einsicht theoretisch zu prüfen. Und umgekehrt ist theoretisch in den Blick zu nehmen, welche Strukturen und Prozesse real existieren, die für Lern- und Reformfähigkeit kapitalistischer Machteliten sprechen.

Kapitel 5

Was macht Lern- und Reformfähigkeit in den Machteliten möglich?

Theoretische Überlegungen

5.1 Ökonomische Gesetze – aber ein breites Spektrum von Handlungsmöglichkeiten

Die Machteliten strapazieren immer wieder ein Mantra, dass sie genauso handeln müssten, wie sie es tun. There Is No Alternative! Den in der DDR Sozialisierten ist das nicht neu. Die GesellschaftswissenschaftlerInnen unter ihnen erinnern sich sicher an das Standardwerk »Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR«. Dem Buch lag ein autoritäres Diktum zu Grunde: Die Gestaltung des Wirtschaftssystems in der DDR und die Wirtschaftspolitik von Partei und Regierung, genauer des Politbüros, entspräche exakt den Erfordernissen der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Diese bestimmten das notwendige Handeln. Abweichende Ideen zur Konstruktion des Wirtschaftsmechanismus und zur Wirtschaftspolitik wären folglich gegen die objektive Wirkung der ökonomischen Gesetze gerichtet und seien daher zum Scheitern verurteilt. Schon im Staatssozialismus galt: There Is No Alternative!

Es entbehrt nicht gewisser Ironie, dass die Machteliten bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften in aller Regel die gleiche Grundfigur der Argumentation benutzen. Besonders prägnant hat das Meinhard Miegel, langjähriger Leiter des Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft und ein prominenter Berater in Politik und Wirtschaft, formuliert. Der Westen hätte in den großen Umbrüchen des 21. Jahrhunderts nur noch dann eine Chance, »wenn sich die Erwerbstätigen überall ... den Bedingungen des Weltmarkts unterwerfen. Wer dies nicht oder nicht ausreichend tut, wird gnadenlos vom Markt gefegt.« »Im Klartext: Erwerbstätige in den frühindustrialisierten Ländern müssen auf ihre gewohnte Arbeitsplatzsicherheit verzichten, hochmobil sein, fast jede sich bietende Arbeitsgelegenheit nutzen und vor allem bereit sein Einkommenseinbußen hinzunehmen.« (Miegel 2005: 78) »Für die seit Jahrzehnten einkommensverwöhnten Westler ist dies ein Schock. Aber es sind die Gesetze des Marktes, die der Westen die Welt gelehrt hat. Sie jetzt än-

den zu wollen, ist nicht nur doppelzünftig, sondern auch aussichtslos.« (ebd.: 98)

An die Stelle früherer Beschwörung des von Gott Gewollten ist die Berufung auf ökonomische Gesetze getreten – ob einst im Staatssozialismus oder heute im Kapitalismus. Hans-Werner Sinn, bis vor kurzem Chef des Münchner ifo-Instituts, bekräftigte in einem Interview mit Spiegel ONLINE das Dogma vom naturgesetzgleichen Charakter der ökonomischen Gesetze. Gegen die – durchaus zahme – Kapitalismuskritik des damaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering gerichtet erklärte er: »Die Entrüstung über die Gesetze des Kapitalismus ist müßig. Auch wenn diese Entrüstung die Fallgesetze beträfe, hätte Gott dafür nur ein müdes Lächeln übrig.« (Spiegel Online 13.4.2005)

Einerseits drückt die Berufung auf ökonomische Gesetze aus, dass das Handeln der ökonomischen Subjekte tatsächlich unter richtungsbestimmenden Zwängen steht. Ökonomische Gesetze sind allgemeine, wesentliche und bei gleichbleibenden Bedingungen notwendige Zusammenhänge im wirtschaftlichen Handeln von Menschen. Sie schließen Handlungszwänge ein. Bei gegebenem Privateigentum an Wirtschaftsressourcen müssen sich die kapitalistischen Eigentümer der Ressourcen als Konkurrenten zueinander und als Aneigner der Arbeitskraft der Lohnabhängigen und eines Teils von deren Resultaten verhalten. Die Konkurrenz um höchstmöglichen Profit unterwirft sie einem Wachstumsfuror, der die Umwelt zerstört, Sozialeistungen auf ein möglichst geringes Niveau drückt und Care-Arbeit in humanorientierten Diensten vor allem Frauen aufbürdet – als Hausarbeit ohne Kosten für das Kapital oder als niedrig bezahlte Erwerbsarbeit. Die Begründung kapitalistischer Handlungsweisen mit den Zwängen durch die Gesetze der Ökonomie hat also einen starken rationalen Gehalt. Ökonomische Gesetze des Kapitalismus setzen in der Tat strukturelle Grenzen für systeminterne Transformationsprozesse. Die Unterwerfung der kapitalistischen Akteure unter sie blockiert ohne Zweifel ihre Reformfähigkeit – einerseits.

Andererseits jedoch steckt in den durch ökonomische Gesetze bestimmten Produktionsverhältnissen das millionenfache Verhalten von Menschen. Verhältnisse werden durch Verhalten konstituiert, wie das Verhalten durch die Verhältnisse. Dieses Verhalten jedoch ist weit vielschichtiger als allein von ökonomischen Zwängen determiniert. Und selbst die ökonomischen Zwänge sind widersprüchlich und schließen gegensätzliche Wirkungen ein. In seiner Analyse des Profits beispielsweise spricht Marx ausdrücklich vom Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. »Es müssen entgegenwirkende Einflüsse im Spiel sein, wel-

che die Wirkungen des allgemeinen Gesetzes durchkreuzen und aufheben und ihm nur den Charakter einer Tendenz geben, weshalb wir auch den Fall der allgemeinen Profitrate als tendenziellen Fall bezeichnet haben.« (MEW 25: 242) Hier verblasst die Annahme eindeutiger Gerichtetheit im Wirken der ökonomischen Gesetze, weil diese stets die Bewegung von Widersprüchen einschließen. Privates Eigentum unterwirft die Einzelkapitale dem Gesetz der Konkurrenz. Aber die Konkurrenz bringt ihren eigenen Gegenpol, das Monopol und die Kooperation, hervor. Die Konkurrenz exekutiert den Zwang, Mehrwert beziehungsweise Profit zu erzielen, um zu akkumulieren. Aber der gleiche Druck zwingt die Lohnabhängigen, dagegen Widerstand zu leisten. Die Konkurrenz um die Erhöhung des Profits nötigt zur Kostensenkung, nicht zuletzt durch die rücksichtslose Ausbeutung und Überlastung der Natur. Aber die Verknappung der Naturressourcen und die Überforderung der Natur bei der Aufnahme von Schadstoffen tendieren wiederum zur Erhöhung der Kosten und rufen eine Gegenteilstendenz zur Entwicklung ressourcenschonender und damit kostensenkender Umwelttechnologien hervor.

Die Nichteigentümer sind gezwungen, sich bei den Eigentümern zu verdingen, aber auch, sich gegen ihre Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Marx hob daher, die Vorstellung vom richtungsbestimmenden Wirken eherner ökonomischer Gesetze relativierend, hervor, dass die Art und Weise der Durchsetzung struktureller Handlungszwänge und das Maß ihrer Auswirkungen durchaus vom Handeln der sie konstituierenden Akteure abhängt. Als er die Bewegung der Profitrate analysierte, schrieb er: »Die Fixierung ihres faktischen Grades erfolgt nur im unaufhörlichen Ringen zwischen Kapital und Arbeit ... Die Frage löst sich auf in die Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden.« (MEW 16: 149). Hans-Werner Sinn hat sich übrigens auf 50 Seiten mit dem Marxschen Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate auseinandergesetzt (Sinn 1975). Über weite Passagen hat er das in Gestalt komplizierter mathematischer Formeln getan. Aber Marx' Kerngedanke über die Abhängigkeit der wirklichen Bewegung von den Kämpfen der antagonistischen Klassen hat er über seiner mathematisierten Abstraktion schlicht übersehen.

Wie weit ökonomische Handlungszwänge zur Geltung kommen, so hatte Marx festgestellt, ist eine Sache des Handelns der Beteiligten und der Machtverhältnisse zwischen ihnen. Eine Dialektik von Handlungszwängen und Widerstand gegen diese Zwänge sowie das Konstituieren dieser Zwänge und ihres Wandels durch widerstreitende Akteure gerät hier in den Blick. Voll entfaltet wird die Darstellung dieser Ambivalenz in Giddens' Dualitätstheorem (vgl. Giddens 1988: 78ff.; 227ff.).

Progressive Veränderungen mussten in der Regel gegen die Unternehmer errungen werden. Aber zugleich wurden diese dabei gezwungen, ihren eigenen langfristigen Klasseninteressen an der Reproduktion des Arbeitspotenzials, an der Qualifikation und Subjektivität der Lohnabhängigen zu entsprechen. Deshalb hatten weitsichtige Teile der Unternehmerschaft und des Staates stets Anteil an den Reformen, die diese Gegentendenzen institutionalisierten. Das ist für die Entwicklung des Sozialstaats vielfach belegt (vgl. de Swan 1993: 207-240).

Der New Deal verblieb im Rahmen der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus. Profit, Zins und Rente zu realisieren, in der Konkurrenz der Kapitale gegeneinander und durch die Ausbeutung der Lohnabhängigen, Kapital zu akkumulieren und zu expandieren – dass bestimmte das Handeln der US-Machteliten auch weiter. Aber dies mit der Stärkung der Massenkaufkraft zu verbinden, Arbeiterrechte zu garantieren, die es in Amerika bis dahin nicht gab, soziale Sicherungssysteme zu etablieren, die Unternehmer zu deren Finanzierung heranzuziehen, extreme Monopolisierungsprozesse zu beschneiden, Elemente staatlicher Planung zu stärken und eine humanistische Kulturförderung zu institutionalisieren – das modifizierte die Wirkungsweise, die Wirkungsrichtung und die Resultate der Wirkung der ökonomischen Gesetze. Und diese Modifikation geschah unter der Führung von weitsichtigen Teilen des herrschenden Blocks. Eine Alternative war möglich – im Rahmen der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus. Je stärker weitere Dimensionen des Zivilisationsprozesses – innerer und äußerer Frieden, ökologische Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, internationale Solidarität, Toleranz und Empathie gegen die Profitdominanz zur Geltung gebracht werden, desto ausgeprägter werden Modifikationen im Wirken der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus hervortreten.

Dagegen wird eingewendet: »Weder der amerikanische New Deal, noch der schwedische Wohlfahrtssozialismus oder die Erhardsche soziale Marktwirtschaft ... haben die Entfaltung eines immer brutaler werdenden Kapitalismus aufhalten können.« Das beweise »die Unmöglichkeit einer transformatorischen Umgestaltung eines entwickelten kapitalistischen Systems« und die »Absurdität und Naivität« transformationstheoretischer Überlegungen (Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden/OKV 2015). Es trifft zwar nicht zu, dass der neoliberale Kapitalismus die gesamte sozialstaatliche Entwicklung wieder beseitigt habe. Richtig ist aber, dass der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus per Saldo nach rund vier Jahrzehnten durch den neoliberalen Kapitalismus abgelöst wurde. Abermals fand eine Modifikation in der Durchsetzung der

ökonomischen Gesetze des Kapitalismus statt – diesmal mit sozial und politisch negativen Vorzeichen. Diese Erfahrung würden die Vertreter des Konzepts einer doppelten Transformation in den Wind schlagen; ihre Aussage laute nach der fantasievollen Interpretation von Klaus Blessing: »Bürger, macht Euch keine Sorgen. Grundlegende Veränderungen sind sowieso nicht möglich. Sie sind auch gar nicht notwendig. Seht Ihr nicht, wie die neue, bessere Welt schon im Heute tanzt? Tanzt einfach voller Freude mit. Allein Eure Teilnahme ist wichtig, nicht wohin der Tanz führt. Das, liebe Bürgerinnen und Bürger, ist radikale Realpolitik.« (Blessing 2015: 161)

In Wahrheit schließt das Konzept doppelter Transformation die theoretische und politische Verarbeitung sowohl der Tiefe real möglicher Veränderungen des Kapitalismus wie den Rollback des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus durch den Neoliberalismus ein. Die Schlussfolgerung ist eine doppelte: dass tiefgreifende Reformen bis zur Herausbildung eines sozialen Typs des Kapitalismus stattgefunden haben, also möglich und gegen den neoliberalen Kapitalismus erneut zu erkämpfen sind. Und dass der Niedergang des New Deal, die Schwächung der skandinavischen Wohlfahrtsstaatlichkeit und des Sozialen in der gesamten OECD-Welt auf die kapitalistischen Grenzen systeminterner progressiver Transformationsprozesse bis zu Rückfällen in nackte Profitorientierung verweist. So dass daher innersystemische Reformen im Kapitalismus vor Rücknahmen bewahrt werden müssen, indem sie weiter getrieben und mit dem Einstieg in tiefere Brüche, in eine Große Transformation in Richtung einer nachhaltigen Solidargemeinschaft verbunden werden. In dieser künftigen Gesellschaft wird die Dominanz des großen Kapitaleigentums durch den Vorrang gesellschaftlichen Eigentums beispielsweise im Finanz- und Energiesektor und in der öffentlichen Daseinsvorsorge und durch einen Mix unterschiedlicher Eigentumsformen überwunden sein. Aber der Weg zur Verwirklichung dieser konkreten Utopie wird wohl mit einem langen Prozess postneoliberaler Transformation zu einer sozialeren, nachhaltigen Variante des Kapitalismus beginnen. Die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus machen ein großes Spektrum von varieties of capitalism und unterschiedliche Optionen für die Machteliten möglich – in Abhängigkeit von »dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden« und der daraus resultierenden Politik.

5.2 Produktivkraftentwicklung und Transformationsspielräume für die Machteliten

Die Entwicklung der modernen Produktivkräfte fordert den Machteliten Entscheidungen ab, die Tendenzen progressiven Wandels einschließen können, wenn auch unter begrenzenden Wirkungen der herrschenden Produktionsverhältnisse und um genau diese zu bewahren (Haug 2003; Nuss 2006). Die Produktivkraftentwicklung wird gegenwärtig jedoch in hohem Maße reaktionär und destruktiv genutzt, wie beispielsweise die Entwicklung neuer automatischer Waffensysteme und die Tätigkeit der NSA zeigen.

Erstens umfasst die Produktivkraftentwicklung ein wachsendes Gewicht von Forschung, Entwicklung und Bildung. Im Jahr 2013 wurden in Deutschland rund 80 Milliarden Euro oder fast 3% des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aufgewendet. Nach dem Bildungsfinanzbericht 2013 wurden für Bildung im Jahr 2011 177 Milliarden, das heißt 6,7% des Bruttoinlandsprodukts ausgegeben. Diese Ausgaben stärken den Standort Deutschland, die Konkurrenzkraft der deutschen Unternehmen und ihre Profitchancen. Sie bedeuten aber zugleich enorme Entfaltung subjektiver Fähigkeiten eines großen Teils der Bevölkerung. Die moderne Produktivkraftentwicklung schließt in hohem Maße Zuwachs von Wissen, Innovationsfähigkeit, Kreativität, Flexibilität, Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit, Einsicht in Zusammenhänge und Entscheidungskraft einer großen Zahl von Lohnabhängigen, Selbstständigen und freiberuflich Tätigen ein.

Forschung und Entwicklung, also das Denkpotezial der dort Tätigen, rücken immer mehr in das Zentrum der Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen. Die Vernetzung in den Firmen und zwischen ihnen erfordert Kooperations- und Kommunikationsfähigkeiten der einzelnen. Die Arbeit an hochwertigen Maschinensystemen, Dezentralisierung und computergestützte Flexibilität fordern den Beteiligten mehr Selbstverantwortung ab. Flachere Unternehmenshierarchien stellen Anforderungen an die Selbstorganisation der Beschäftigten. Mit der Komplexität und Kompliziertheit der Produktionsabläufe, mit ausgeklügelten Zeitregimen, mit der Abhängigkeit von zeitgenauen Zulieferungen und der Vertragspflicht zu eigenen exakt zeitgebundenen Leistungen wächst die Störanfälligkeit in den Unternehmen. Das führt zu hohen Ansprüchen an die Qualifikation und die Entscheidungsfähigkeit der Beteiligten, damit Störungen möglichst gar nicht erst auftreten oder schnell überwunden werden.

Kurz, die moderne Produktivkraftentwicklung drängt die Unternehmensspitzen und auch die politischen Eliten, auf Seiten der Lohnabhängigen wichtige Seiten der Persönlichkeitsentwicklung zu fördern. Mehr als zu Marx' Zeiten gilt dessen Überlegung: Das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital »an sich, nur noch in verklärter, auf den Kopf gestellter Form schon enthält die Auflösung aller bornierten Voraussetzungen der Produktion, und schafft ... die unbedingten Voraussetzungen der Produktion, daher die vollen materiellen Bedingungen für die totale, universelle Entwicklung der Produktivkräfte des Individuums«. (MEW 42: 422) Indem es die Produktivkräfte entwickelt, in Sonderheit den Menschen als gesellschaftliche Hauptproduktivkraft, bringt das Kapital unter den gegenwärtigen Bedingungen eine wesentliche Potenz progressiver Transformation der Gesellschaft hervor. Es entwickelt in nie zuvor gekannter Weise geistiges Potenzial, »an sich« fähig auch zu gesellschaftlicher Erneuerung. Und das ist nicht nichts für künftige transformatorische Aufbrüche! Aber noch ist dieses Potenzial überwiegend der Konservierung der längst umwälzungsbedürftigen Grundstrukturen des Kapitalismus dienstbar gemacht. Förderung der Selbstverantwortung gerät unter dem Druck sozialer Entsicherung, verinnerlichter betriebswirtschaftlicher Denkweisen und oft auch neotayloristischer Zwangsmechanismen zur Selbstanpassung der Beschäftigten an die Unternehmerinteressen. Selbstentscheidung wird zunehmend zum Selbstmanagement der Beschäftigten im Rahmen der Kapitalverwertung. Der große neoliberale Anspruch, der freien Persönlichkeit Entfaltungsraum zu schaffen, wird nur amputiert, verwirklicht und verkommt häufig zu der Freiheit, die eigene Unterwerfung unter das Profitregime selbst zu organisieren.

Aber der Anspruch, über das eigene Leben tatsächlich selbst zu bestimmen, und die Forderung nach sozial gleicher Teilhabe an den Bedingungen dafür wirken weiter. Die Akkumulation von Wissen, Fähigkeiten und Verantwortung nährt den subversiven Traum davon, solch' Erworbenes endlich nach eigenem Willen für das eigene Leben zur Geltung zu bringen. Die in Selbstanpassung verkehrte Selbstverantwortung gerät in alternativen Projekten, Initiativen und Bewegungen zu einer abermaligen Verkehrung in Selbstermächtigung.

Kluge Repräsentanten der Machteliten könnten wie einst im sozialstaatlich regulierten Kapitalismus – Busch und Land (2013) nennen ihn Teilhabekapitalismus – versuchen, diese in der Produktivkraftentwicklung angelegte Gefahr für den Kapitalismus noch einmal abzuwenden, indem sie sich einer progressiven postneoliberal-bürgerlichen Transformation öffnen und das in den Menschen steckende Entwicklungs-

potenzial vermehrt freisetzen. Konservative Teile der Eliten sorgen dagegen verbissen und erfolgreich für den Erhalt ihres Bildungsprivilegs (Hartmann 2002) und verspielen eher Leistungspotenziale von Belegschaften, als den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen mehr Mitbestimmung einzuräumen. Hier verläuft durchaus eine Konfliktlinie innerhalb der Machteliten.

Zweitens hat die Entwicklung der Produktivkräfte – wie in Kapitel 4 bereits dargestellt –, im Gegensatz zu den gegenwärtig dominierenden, die Umwelt zerstörenden Prozessen unschätzbare Möglichkeiten einer stärker nachhaltigen Entwicklung selbst unter kapitalistischen Bedingungen hervorgebracht. Auch dieser Gegensatz ist mit Spannungen innerhalb der Machteliten verbunden. Unternehmen, die riesige Kapitalmassen in Öl, Kohle, Gas und Atomenergie investiert haben, blockieren den konsequenten Übergang zu einer Energiewirtschaft auf Grundlage erneuerbarer Energien und verbesserter Energieeffizienz. Imperiale Verhältnisse, die im globalen Süden der Überwindung von Armut entgegenstehen, konservieren den Zusammenhang von Armut und Umweltzerstörung. Kurzfristige Markthörigkeit hindert strategisches naturbewahrendes Umsteuern. Die dem Kapital eigene Wachstumsfixierung unterläuft den notwendigen Übergang zu einer Ökonomie, die der Endlichkeit der Naturressourcen gemäß ist.

Aber die Ironie im Lauf der Dinge ist – wie bereits dargestellt –, dass gerade die Umweltkrise ein neues, riesiges grünes Akkumulationsfeld eröffnen könnte, indem sie weitgehende Strukturbrüche in der globalen Wirtschaft herausfordert. Die Gesamtheit umweltbelastender Produkte und Technologien muss durch umweltfreundliche, Ressourcen sparende und mit neuen Umwelttechnologien hergestellte Güter und durch einen nachhaltigen Produktionsapparat ersetzt werden. Längst hat die Produktivkraftentwicklung die wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten eines ökologischen Umbaus hervorgebracht. Hinter einem Green New Deal stehen auch Teile von Kapitalgruppen wie Internet- und IT-Unternehmen (Google, MySpace, Microsoft), die Branche der regenerativen Energien (einschließlich der grünen Departements großer Energieversorger und des Maschinenbaus), Versicherungskonzerne, wichtige Abteilungen in Automobilkonzernen wie Toyota oder Renault, Nanotech-Firmen und Sparten von Chemieunternehmen wie BASF, die neue leichte und energieeffiziente Werkstoffe entwickeln, sowie einige Venture-Capital-Fonds oder die kleine, aber wachsende Branche der Fonds für ethische Investitionen. Das bedeutet, dass nicht allein strategische Herrschaftsinteressen, sondern auch unternehmensbezogene Gewinn-

interessen eine Fraktion innerhalb der herrschenden Klassen stärken, die für den Übergang zu einer mehr ökologisch orientierten kapitalistischen Produktionsweise eintreten. Das schließt durchaus ein, dass in ein-und-denselben Konzernen, beispielsweise den Energiekonzernen, diese Tendenz auf das Gegeninteresse des Festhaltens an einer fossilen Energiebasis mit allen Mitteln trifft. Die Begrenztheit und Widersprüchlichkeit grüner Investitionen wurde daher im Kapitel 4 ausdrücklich hervorgehoben.

Drittens ist mit der Produktivkraftentwicklung der verfügbare Reichtum gewaltig angewachsen. Seine Konzentration bei transnationalen Unternehmen, Großbanken und Superreichen vertieft die Klassenspaltung der Gesellschaften rund um die Erde. In der Verfügung der Machteliten vergrößert er deren Macht zur Behauptung der gegebenen neoliberalen Verhältnisse. Aber »an sich« würde dieser Reichtum bei entsprechender Verteilung innerhalb einer kurzen Zeitspanne zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit allen auf Erden ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Den Herrschenden ist mit diesem Reichtum ein Handlungsspielraum wie nie zuvor zugewachsen. Viele Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit könnten befriedigt werden, ohne dass dies einen Umsturz aller Herrschaftsverhältnisse bedeutete. Es ist genug da zum Verteilen. Eine systeminterne progressive Transformation ist in diesem Sinne ökonomisch möglich. Die Machteliten könnten sich auf eine Transformation einlassen, die viele Bedürfnisse der subalternen Klassen und Schichten befriedigen würde, ohne den Kapitalismus selbst infrage zu stellen. Diese Option wird allerdings prinzipiell dadurch begrenzt, dass in letzter Instanz der Profit der Maßstab für Wirtschaft und Gesellschaft bleibt – nicht die Entfaltung der Persönlichkeit einer und eines jeden.

Viertens ist die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit in den industriell und postindustriell entwickelten Ländern so gestiegen, dass sich die Voraussetzungen für die Stärkung allgemeiner Bedingungen der Reproduktion des Kapitals und der Gesellschaft entschieden verbessert haben. Die hohe Produktivität der materiellen Produktion erlaubt einem wachsenden Teil der Bevölkerung, in Bereichen zu arbeiten, die sich betriebswirtschaftlich zumindest dann nicht rechnen, wenn alle unabhängig von ihrem Geldbeutel an den Ergebnissen dieser Arbeit teilhaben würden. Einerseits ist die Ausweitung nicht oder wenig profitabler Sphären dem Kapital ein Gräuel. Andererseits erlaubt die gestiegene gesellschaftliche Produktivität den Machteliten aber in gewissem Maße über den eigenen Schatten zu springen, um durch den Ausbau von Non-Pro-

fit-Bereichen den Einzelkapitalen bessere infrastrukturelle Bedingungen für ihre Profitabilität zu verschaffen. Ein solcher Strukturwandel könnte zu einem wichtigen Prozess innerhalb einer postneoliberalen Transformation werden. Doch auch in dieser Frage sind die Herrschenden gespalten. Ihre Minderheit hat im Rahmen sozialstaatlicher Entwicklung zugelassen oder sogar unterstützt, das allgemeine infrastrukturelle Bedingungen des Kapitalismus verbunden mit einer Ausweitung des Öffentlichen ausgebaut wurden. Die neoliberal orientierte Mehrheit ist dabei, alles Öffentliche zu privatisieren, auch wenn damit wichtige allgemeine Reproduktionsbedingungen des Kapitals beschnitten werden.

Per Saldo eröffnet die durch den Kapitalismus vorangetriebene Produktivkraftentwicklung den Machteliten Spielräume für eine progressive Transformation jenseits neoliberaler Verhältnisse. Doch sie werden gegenwärtig in den Wind geschlagen und vielfach gegen die Menschen gewendet.

5.3 Allgemeine Reproduktionsbedingungen des Kapitals als Konfliktfeld innerhalb der Machteliten

So oder so müssen die Machteliten auf die zunehmende Bedeutung allgemeiner Reproduktionsbedingungen des Kapitals reagieren. Die moderne Produktivkraftentwicklung, eingeschlossen an erster Stelle die Reproduktion eines leistungsfähigen Arbeitskraftpotenzials, erfordert, dass ein hohes Niveau der Bildung, von Gesundheitsleistungen, der Kommunikation, Mobilität und der gesamten Infrastruktur gesichert wird. Zu den Eigenschaften dieser Sphären gehört, dass sie, wenn überhaupt, erst langfristig Gewinn versprechen. Zumindest wenn allen Bürgerinnen und Bürgern – auch denen mit niedrigem Einkommen – die Teilhabe an bestmöglicher Bildung ermöglicht werden soll, ist der Bildungssektor kein profitabler Bereich. Wenn ein hoher Gesundheitsstand für alle erreicht werden soll – auch für nicht zahlungsfähige Patientinnen und Patienten – bietet das Gesundheitswesen ebenfalls kein lohnendes Geschäft nach Profitmaßstäben. Das gilt auch für Pflege- und Betreuungsdienste, kurz für den gesamten Care-Sektor. Profit ist kein Maßstab für die Sorge um Menschen. Nicht zufällig vollzog sich historisch auch der Ausbau von Eisenbahnnetzen zumindest in Europa in Staatsregie. Zu lang sind die Umschlagzeiten der in die Verkehrsinfrastruktur zu investierenden Mittel, um für das Privatkapital attraktiv zu sein. In den Machteliten gab und gibt es daher Kräfte, die für die Sicherung der allgemeinen Repro-

duktionsbedingungen des Kapitals und der gesamten Gesellschaft bereit sind, deren Charakter als öffentliche Güter anzuerkennen und sich für entsprechende Reformen zu öffnen. In den Jahrzehnten des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus war dies eine Grundlage für die Verwirklichung großer Reformprojekte.

Im Widerspruch dazu steht die Haltung der heute dominierenden neoliberal orientierten Fraktionen des herrschenden Blocks. Zu den Grundtendenzen des neoliberalen Kapitalismus gehört es, allgemeine Reproduktionsbedingungen des Kapitals und der Gesellschaft zu privatisieren, dem Profitmechanismus einzuverleiben und sie so ihres Charakters von öffentlichen Gütern zu berauben. Doch der Preis dafür ist hoch. Die Barrieren im Bildungswesen gegen große Teile der Bevölkerung und insbesondere elitäre Strukturen in den höheren Bildungsstufen führen dazu, dass ein erhebliches Bildungs- und Produktivkraftpotenzial in der Gesellschaft unausgeschöpft bleibt und auch dem Kapital verloren geht. Das gleiche trifft für die Verluste an menschenwürdigem Dasein durch die krassen Unterschiede im Gesundheitswesen zu, die Verluste an Leistungspotenzial eingeschlossen. Zu den allgemeinen Bedingungen der Kapitalreproduktion gehörten ferner schon immer die Dienstleistungen der Natur. Die kapitalistische Produktionsweise und die von ihr bestimmten Lebensweisen sind dabei, die Naturkreisläufe so hochgradig zu zerstören, dass auch die Verwertung vieler Einzelkapitale bedroht ist. Wichtige Ressourcen werden knapp. Die Kosten für sie steigen folglich an und verringern die Kapitalrentabilität. Je mehr die Umwelt zerstört wird, desto höher steigt der Aufwand für Gegenmaßnahmen, die auch Unternehmer mittragen müssen. Je stärker die Natur belastet ist, desto weniger wird es den Unternehmen möglich, Emissionen, Abfälle, Elektronikschrott und anderen Müll ohne eigene Kosten auf die Gesellschaft abzuwälzen. Die Kosten der Versicherung gegen Umweltschäden steigen sprunghaft an. Imageschäden bei umweltschädigendem Verhalten von Unternehmen können zu erheblichen Geschäftseinbrüchen führen. Kurz, die Praxis der neoliberalen Machteliten, ausnahmslos alle Sphären der Gesellschaft und sogar die gesellschaftlichen Naturverhältnisse dem Maßstab des Profits zu unterwerfen, untergräbt – wie im Kapitel 4 dargestellt – mit den natürlichen Lebensgrundlagen der Gesellschaft auch Funktionsbedingungen des Kapitals selbst. Deshalb nehmen mahnende Stimmen aus dem Block an der Macht zu, die sich dem Druck für eine Wende in der Klimapolitik und insgesamt für einen ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch der Einsicht in die destruktiven Wirkungen neoliberaler Austeritätspolitik vor-

aussichtlich kaum auf Dauer verschließen können. Eine Chance für die Linke zeichnet sich ab, unter Nutzung dieser Differenzen im Establishment die Konflikte um die allgemeinen Reproduktionsbedingungen des Kapitals in progressive Transformationsprozesse umzusetzen. Allerdings – sie muss entschlossen genutzt werden.

Zumindest gilt aber, dass öffentliche Formen der Sicherung allgemeiner Reproduktionsbedingungen des Kapitals in der Gesellschaft zwar neoliberalen Prinzipien widersprechen, aber keineswegs unverträglich mit einer postneoliberalen Gestalt des Kapitalismus wären.

5.5 Ausdifferenzierung als Chance für eine postneoliberale Entwicklung

Auf eine Chance für Klimarettung wie anderer ökologischer und sozialer Reformen in einem unter den Druck der Umstände und von Gegenmächten geratenen Kapitalismus verweisen ferner Theorien, die die Ausdifferenzierung moderner bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften hervorheben (vgl. Luhmann 1984; Willke 1993). Diese Ausdifferenzierung in zusammenhängende, aber doch relativ selbstständige gesellschaftliche Teilsysteme bedeutet, dass die Machteliten mit Rücksicht auf unterschiedliche Logiken und Ziele dieser Subsysteme handeln müssen. Die Folge sind Differenzierungen innerhalb des herrschenden Blocks – je nachdem, mit welchem Teilsystemen die verschiedenen Fraktionen des Machtblocks besonders verbunden sind, ob mit der Wirtschaft, der Justiz, den sozialen Sicherungssystemen, dem Gesundheitswesen, der Bildung, dem Rüstungssektor usw.

Diese Chance wurde in den Jahrzehnten einer neoliberalen Entwicklung des Kapitalismus weitgehend und zunehmend überdeckt. Der Marktradikalismus und besonders die Herausbildung des Finanzmarktkapitalismus führten dazu, dass der das Teilsystem der Wirtschaft regulierende Profit und insbesondere der Shareholder-Value noch weit mehr als in der vorangegangenen Phase des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus die gesamte Gesellschaft, Politik und Rechtswirklichkeit, Bildung und Wissenschaft, Moral und Kultur beeinflusst und bestimmt. Die eigenen Maßstäbe dieser Subsysteme der Gesellschaft traten stärker hinter dem »Terror der Ökonomie« (Forrester 1997) zurück. Entsprechend schwächer ist eine progressive Reformfähigkeit der Machteliten geworden. Gleichwohl sind die gesellschaftlichen Teilsysteme nach wie vor auf eigene Codes oder Kriterien programmiert, die von Profit- und

anderen Herrschaftsinteressen nicht völlig niedergewalzt werden können. In der Politik beispielsweise geht es um Machtgewinn oder Machtverlust; aber ohne soziale Zugeständnisse der Herrschenden und ohne Rücksicht auf die Bewahrung unserer natürlichen Lebensbedingungen ist keine Elite auf Dauer vor dem Verlust ihrer Macht sicher. Die Missachtung von Hunderten Umwelt- und Klimastudien unter dem Druck profitdominierter wirtschaftlicher Wachstumsinteressen hat für die Machteliten erheblich delegitimierende Folgen.

In jedem der gesellschaftlichen Teilsysteme ist deren relative Selbstständigkeit gegenüber der Kapitallogik und sind Momente der Abhängigkeit der Herrschenden von der Beachtung der spezifischen Logik der gesellschaftlichen Subsysteme angelegt. Diese Abhängigkeit wirkt nicht automatisch. Das leitende Personal in den gesellschaftlichen Teilsystemen, die dort wirkenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Expertinnen und Experten und die höhere Beamtenschaft sind einerseits Teil der politischen Klasse. Aber sie sind andererseits eben auch beruflich und nicht selten emotional bedingt mit den besonderen Problemen und Maßstäben ihrer Tätigkeitsfelder verbunden. Nicht wenige der im Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit Tätigen waren früher engagiert als Entwicklungshelfer. Im Umweltministerium wirkt durchaus auch professionelles Interesse am Umweltschutz. In der politischen Klasse, die um den inneren Kern der Machtelite gruppiert ist (vgl. Krysmanski 2004: 57), wirkt also der Widerspruch zwischen reinen Herrschaftsinteressen und subsystemspezifischem Wissen um strategische Gemeinwohlinteressen. Was sich dabei durchsetzt, ist in hohem Maße abhängig von der Entwicklung gesellschaftlicher Gegenmacht und der Wirkungskraft alternativer Akteure.

In Abhängigkeit von der Bedeutung der in verschiedenen Apparaten und Bürokratien repräsentierten politischen Felder für das gesamte Herrschaftssystem, von der Heftigkeit oder Schwäche der politischen Kämpfe auf diesen Feldern und von ihrer Betroffenheit durch Krisen und andere Probleme »weisen die einzelnen Apparate (Ministerien, Behörden) unterschiedliche und teilweise auch widersprüchliche ›Selektivitäten‹ gegenüber politischen Kräften auf«. Sie sind also in unterschiedlichem Maße politisch druckempfindlich. So interpretiert Lars Bretthauer Nicos Poulantzas' Analyse staatlicher Verhältnisse (Bretthauer 2006: 93). Zum Teil kommen in Differenzen zwischen den verschiedenen Apparaten unterschiedliche Positionen verschiedener Kapitalfraktionen zum Ausdruck (vgl. Poulantzas 2002: 164). Das zeigten in Deutschland beispielsweise die Meinungsverschiedenheiten zwischen Umweltministerium und Wirt-

schaftsministerium über Emissionsstandards für Autos, Laufzeiten von Atomkraftwerken und über den Beginn einer Energiewende. In den letzten Jahrzehnten sind die dramatische Gefährdung der Naturbedingungen menschlicher Existenz und die Suche nach Auswegen immer mehr zum Gegenstand der in ganz verschiedenen gesellschaftlichen Subsystemen Handelnden geworden. Dies treibt die Wirtschaftswelt um. Dieser Wandel hält Einzug in die Bildungsinhalte. Er ist ein explodierendes Feld der Rechtssetzung, mit welchen Vorzeichen auch immer und ein erstrangiges Medienthema. In Moral und Religion gilt der Erhalt der Schöpfung als Gebot. In der Politik ist die Umwelt das Thema einer Kette von Weltkonferenzen und von Kämpfen in der Zivilgesellschaft.

Die inneren Zirkel der Macht bleiben nicht unberührt von den Divergenzen innerhalb der ihnen verbundenen Dienstklasse. Sie sind auf deren Fachkompetenzen angewiesen. Das kann Differenzierungen innerhalb der Machteliten verstärken. In den noch immer vorwiegend neoliberal bestimmten Zeitgeist hat sich als Folge dieser Prozesse eine Gegentendenz hineingeschoben.

Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft in Teilsysteme mit eigenen Logiken der Entwicklung kann bei Kräfteverhältnissen, die die eigenen Maßstäbe der Sphären von Bildung, Kultur, Recht, Moral und Umwelt stärker gegen ihre Vermarktlichung zur Geltung bringen, zu einer Grundlage vielfältiger »Bindestrich-Gesellschaften« werden. Der Kapitalismus könnte durch Umstände, die ein stärkeres Eigengewicht dieser gesellschaftlichen Subsysteme erfordern, zu neuen Kompromissen zwischen Ökonomie und Sozialem, Umweltgemäßem, Kulturellem usw. gedrängt werden – zu neuen Bindestrich-Konstellationen.

Den Ausdifferenzierungsprozessen der Moderne entspreche eine postneoliberale Transformation des Kapitalismus weit mehr als die marktradikale Verdrängung der spezifischen Rationalitäten der gesellschaftlichen Subsysteme durch die finanzmarktgetriebene Ökonomie.

5.6 Die vorrangige Rolle der politischen Funktioneliten in gesellschaftlichen Umbrüchen

Eine besonders wichtige Achse von Divergenzen innerhalb des herrschenden Blocks ergibt sich aus den unterschiedlichen Funktionen der verschiedenen Teileliten. Die Machteliten in modernen Gesellschaften sind auch deshalb kein monolithischer Block, weil sie aus unterschiedlichen Funktioneliten zusammengesetzt sind. Deren Verschiedenheit

spiegelt die Ausdifferenzierung der Gesellschaft in relativ eigensinnige Subsysteme wider. Das dominierende gesellschaftliche Teilsystem ist im Kapitalismus das ökonomische System. Die ihm zu Grunde liegenden Eigentumsverhältnisse finden ihren Ausdruck in dem alles überlagernden zentralen Ziel der kapitalistischen Produktionsweise, der Erzielung von Mehrwert beziehungsweise Profit. Das größte Gewicht innerhalb des herrschenden Blocks hat daher die ökonomische Funktionselite. Die politische Teilelite ist in vielschichtiger Weise abhängig von den ökonomisch Mächtigen. Viele prominente Autoren, beispielsweise Jürgen Habermas, beklagen die Erosion der bürgerlichen Demokratie durch die Übermacht des internationalen Finanz- und Industriekapitals.

In kritischen Situationen tiefgreifenden Wandels innerhalb des kapitalistischen Systems können sich jedoch die Dominanzverhältnisse zwischen Ökonomie und Politik umkehren. Die Exkurse in der hier vorliegenden Arbeit über historische Konstellationen, in denen Teile des Establishments anders als gegenwärtig die Fähigkeit zu einschneidenden progressiven Veränderungen innerhalb des kapitalistischen Systems aufbrachten, haben auf eine vorrangige Rolle der politischen Machteliten im Verhältnis zu den ökonomischen Eliten in solchen Prozessen verwiesen. Roosevelt konnte sich zwar in wechselndem Maße auf unterschiedliche Interessengruppen der ökonomisch Mächtigen stützen, wenn er von anderen Gruppen des Big Business erbittert angefeindet wurde. Aber er handelte eben an der Spitze des politischen Personals. Er nutzte die legislative Macht der gewählten Politiker im parlamentarischen Gefüge. Er setzte politische Entscheidungen oft gegen enge ökonomische Interessen von wichtigen Kapitalfraktionen durch. Soweit es ihm gelang, gegen das Diktat großer Marktakteure politische Rahmensetzungen für die Wirtschaft durchzusetzen, verwirklichte er ein Primat der Politik über die Ökonomie.

Zwar ist die Grundkonstellation des Kapitalismus jene, die Bill Clinton auf den Punkt gebracht hat: »It's the economy, stupid.« Denn auch in die ausdifferenzierten Teilsysteme des modernen Kapitalismus wirkt in »normalen« Zeiten die Ökonomie stark hinein. Aber die Subsysteme Wirtschaft, Politik, Recht, Wissenschaft, Bildung, Moral usw. funktionieren nach eigenen Regeln und programmiert auf eigene Codes. Die Wirtschaft ist fixiert auf das Ziel, Profit zu machen – bei Strafe des Untergangs der einzelnen Kapitale in der Konkurrenz. Die Politik ist getrieben von Kämpfen um Macht oder Machtverlust. In der Wissenschaft geht es um vertieftes Wissen, um Erkenntnis gegen Unwissen und falsche Deutung der Realität. Aber im Gegensatz zu Niklas Luhmanns Annahme voll-

ständiger Unabhängigkeit der einzelnen Subsysteme der Gesellschaft stehen sie in enger Wechselbeziehung, in der unter kapitalistischen Bedingungen der Wirtschaft dominanter Einfluss auf die anderen Teilsysteme zukommt.

Die Politiker handeln unter dem Druck von Drohungen der Unternehmer, in andere Länder abzuwandern, wenn sie ihre Interessen etwa in der Steuer-, Sozial- und Umweltpolitik verletzt sehen. Griechenland ist ein Paradebeispiel für die Erpressung von Regierungen durch Institutionen des internationalen Kapitals. Die Lobby des Kapitals nimmt schon im Vorfeld politischer Entscheidungen intensiven Einfluss auf sie. Wahlentscheidungen der Bürgerinnen und Bürger werden durch die Medien erheblich beeinflusst, doch die befinden sich überwiegend im Besitz privater Medienkonzerne. Der Einfluss der profitbestimmten Ökonomie auf die Politik ist übermächtig. Aber in großen gesellschaftlichen Umbrüchen wird diese kapitalistische Normalität durchbrochen. Die Dominanzverhältnisse werden umgekehrt. Dann gewinnt die Politik Vorrang. Neuen Ideen in den kulturellen Diskursen kommen umwälzende Bedeutung zu.

In der ökonomischen Logik des Kapitalismus ist die Profitdominanz unantastbar. Kapitalismus ist durch sie definiert. Deshalb ist von den ökonomischen Machteliten nicht zu erwarten, dass sie bei Veränderungen innerhalb des Blocks an der Macht führend wirken – obwohl dies einen Sinn in wichtigen Fraktionen der ökonomisch Mächtigen für heranreifende Herausforderungen und entsprechendes Handeln nicht ausschließt.

Die politischen Machteliten dagegen stehen nicht unmittelbar unter dem Druck der ökonomischen Konkurrenz. Zwar handeln sie im Rahmen eines staatlichen Gefüges, das als materielle Verdichtung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wiederum stark dem Einfluss wirtschaftlicher Macht unterliegt. Aber sie sind viel unmittelbarer als die Wirtschaftsakteure abhängig von Wählerstimmen, von der öffentlichen Meinung und auch vom Einfluss alternativer zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Ergebnisse der etablierten Elitenforschung bestätigen dies.

In der jüngsten repräsentativen Elitenstudie des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), für die 999 Spitzenrepräsentanten der deutschen Machteliten in einstündigen Interviews befragt wurden, werden Differenzen in den Einstellungen und politischen Überzeugungen der Wirtschaftselite und der politischen Elite sehr deutlich. Michael Hartmann hat dies in seiner Auswertung dieser Studie herausgearbeitet. Eine der wichtigsten Fragen in der WZB-Studie war die danach, ob die sozialen

Was macht Lern- und Reformfähigkeit von Machteliten möglich? 211

»Die sozialen Unterschiede sind gerecht« (Antworten nach Sektoren/
Funktionseliten und sozialer Herkunft der Befragten in %)

		A	M	B	GB	Gesamt
Gesellschaft	falsch	86,7	81,3	100,0	–	84,8
	richtig	0,0	12,5	0,0	–	6,1
Politik	falsch	75,0	44,4	42,9	0,0	52,0
	richtig	0,0	22,2	28,6	0,0	16,0
Verwaltung	falsch	57,1	38,9	29,7	18,2	34,1
	richtig	42,9	27,8	51,4	63,6	42,9
Justiz	falsch	0,0	70,0	45,5	60,0	55,6
	richtig	100,0	10,0	27,3	20,0	22,2
Wirtschaft	falsch	37,5	33,3	36,4	22,6	31,1
	richtig	62,5	40,5	40,9	64,5	49,5
Wissenschaft	falsch	25,0	50,0	37,5	100,0	45,0
	richtig	25,0	38,9	43,8	0,0	37,5
Gesamt	falsch	61,4	48,2	37,3	27,5	43,5
	richtig	25,0	28,8	42,2	56,9	36,6

A = Arbeiterschaft, M = Mittelschicht, B = Bürgertum, GB = Großbürgertum

Quelle: Hartmann 2013: 124

Unterschiede in der Bundesrepublik gerecht oder ungerecht sind. Die Tabelle oben zeigt die Ergebnisse.

Die Antworten der Wirtschaftselite und die Antworten aus der politischen Elite unterscheiden sich erheblich. 49,5% aus der Wirtschaftselite sehen die sozialen Unterschiede in Deutschland als gerecht an, darunter 64,5% der aus dem Großbürgertum Stammenden, dagegen nur 16% der politischen Elite. Nur 31,1% aus der Wirtschaftselite halten die Aussage, die sozialen Unterschiede seien gerecht, für falsch, dagegen denken das 52% aus der politischen Elite.

In der Bevölkerung der Bundesrepublik finden rund drei Viertel die sozialen Unterschiede ungerecht. Diese Mehrheitsüberzeugung setzt die politische Elite viel unmittelbarer unter Handlungsdruck als die ökonomische Elite. Das harte Insistieren der Merkel-Regierung auf eine europäische Austeritätspolitik zeigt allerdings, dass daraus keineswegs zwangsläufig Schlussfolgerungen für eine sozial gerechtere Politik gezogen werden. Der Druck der Wirtschaftsmächtigen ist trotz mancher Einsichten in den politischen Führungskreisen stärker als der aus der Bevölkerungsmehrheit. Als allerdings die mehrdimensionale Krise gegen

Soziale Herkunft der Wirtschaftselite und der politischen Elite in Deutschland (in %)

	Groß- bürgertum	Bürgertum	Mittel- schichten	Arbeiter- schaft
Wirtschaftselite	38,5	37,4	18,3	5,9
Politische Elite	5,5	37,3	35,5	21,8

Quelle: Hartmann 2013: 48

Ende der ersten Jahrhundertdekade die neoliberalen Dogmen für kurze Zeit schwer erschütterte und auch zur Legitimations- und Akzeptanzkrise wurde, wich die herrschende Politik in einigen europäischen Staaten zeitweilig, wenn auch nur in Maßen, von diesen Dogmen ab. In Österreich und Frankreich wurden die Löhne mitten in der Krise erhöht. In Schweden wirkten erhebliche staatliche Infrastrukturinvestitionen und hohe Mittelzuweisungen an die Kommunen dämpfend auf die Krise. In Irland wie in Frankreich wurden sozialstaatliche Leistungen gegen den Wirtschaftseinbruch eingesetzt. In Deutschland wurde vorübergehend die Sozialpartnerschaft in Gestalt eines »Krisenkorporatismus« reaktiviert. Umfangreiche staatliche Konjunkturprogramme wurden aufgelegt, und Vereinbarungen über staatlich gestützte Kurzarbeit halfen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu bremsen (Lehndorff 2014).

Das lässt ahnen: wenn die gegebenen Verhältnisse ins Wanken geraten und wenn den Regierenden in großen Teilen der Bevölkerung der Verlust ihrer Akzeptanz droht, können die politischen Eliten ihren ignoranten Kurs nicht ohne jede Einschränkung durchhalten. Im Falle der jüngsten Mehrfachkrise hielt sich ihre Beweglichkeit allerdings in Grenzen – viel zu schwach waren die Gegenkräfte, die sich wie die Gewerkschaften in der Krise mit dem Rücken zur Wand sahen. Gleichwohl – der neoliberale Kurs ist nicht ein für alle Mal unantastbar.

Nach den Ergebnissen empirischer Elitenstudien kommt hinzu, dass sich die soziale Herkunft der wirtschaftlichen und der politischen Machtelite deutlich unterscheiden und dass die Herkunft Wirkung auf deren Weltbild, Gesamthabitus und Meinung zu konkreten politischen Fragen hat (siehe Tabelle oben).

Die Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzenden der Privatunternehmen kommen sogar zu über 83% aus dem Bürger- und Großbürgertum. Auch die soziale Herkunft mit deutlichen Unterschieden in der Zusammensetzung der politischen und ökonomischen Eliten trägt in beschei-

denem Maße dazu bei, dass in der Regel eher aus den oberen Etagen der Politik als von Führungskräften der Wirtschaft eine Öffnung für Interessen der Bevölkerungsmehrheit zu erwarten ist. Individuell kann es durchaus umgekehrt sein. Am deutlichsten tritt der Einfluss der sozialen Herkunft auf das politische Weltbild und auf Haltungen im konkreten politischen Fragen bei den Wenigen in den Machteliten zu Tage, die aus Arbeiterkreisen stammen (Hartmann 2013: 124; 138f.; 153; 156). Aber in den Toppositionen der privaten Wirtschaft kommen eben nur knapp 6% aus der Arbeiterklasse, in politischen Spitzenämtern immerhin rund 20%. Michael Hartmann fasst seine Analyse dazu zusammen: »Die größten Unterschiede in der sozialen Rekrutierung verlaufen dementsprechend entlang der Trennlinie zwischen jenen Bereichen, wo die Verfügung über das Eigentum ausschlaggebend ist, und jenen, wo die breite Bevölkerung durch Wahlen und/oder Mitgliedschaft Einfluss nehmen kann.« (ebd.: 167f.) Der empirisch konstatierte Einfluss sozialer Herkunft auf den Habitus einer Person, auf politische und andere Einstellungen und Haltungen wird allerdings dadurch deutlich geschwächt oder gar ausgelöscht, dass ein Aufstieg in die Machteliten erhebliche Anpassungsleistungen der einzelnen an die herrschenden Verhältnisse verlangt.

Gleichwohl – die politischen Machteliten sind druckempfindlicher als die ökonomischen. Auch deshalb liegt nahe, dass linke Parteien eher Anteil an der politischen Macht erringen können als an ökonomischer Macht, dass die Eroberung linker Regierungsmacht in der Regel mit dem Andauern ökonomischer Macht der bisher Herrschenden zusammenfällt. Auch dies verweist darauf, dass selbst weitgehende politische Machtverschiebungen allenfalls lange Prozesse der Zurückdrängung kapitalistischer ökonomischer Macht erst einleiten. In linksregierten Ländern Lateinamerikas ist das deutlich zu beobachten.

Die politisch Einflussreichen zur Ausübung von staatlichem Zwang auf die Wirtschaft zu bewegen, darin sieht der schon zitierte Investmentmanager Carlos Joly die einzige Chance: »Nur ein Kraftakt unter der Führung der Regierungen, in der Größenordnung des Industrialisierungsschubs im Zweiten Weltkrieg und eines Marshall-Planes kann es richten.« (Randers 2012: 39) Gar nicht so wenige aus den Spitzenetagen der Wirtschaft erwarten von den Politikern, dass sie außer der Sicherung guter Verwertungsbedingungen für das Privatkapital Entscheidungen treffen, die geeignet für die Stabilisierung des Gesamtsystems erscheinen. So gibt es beispielsweise Vorstöße von Unternehmerinitiativen für eine höhere Besteuerung großer Einkommen und Voten aus Unternehmerkreisen für stärkere Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte.

Doch es bleibt dabei, auch die politischen Funktionseliten werden sich erst dann sozialem und ökologischem Wandel in ihren Grenzen öffnen, wenn ihre im Vergleich zu den ökonomischen Eliten größere Abhängigkeit vom Willen der Wählerinnen und Wähler und von den außerparlamentarischen Bewegungen und Kämpfen seitens linker Akteure und ihrer Bündnispartner entschlossen genutzt wird, um postneoliberale Transformationsprozesse herbeizuführen. Aber strukturell ausgeschlossen ist solche Transformation auch mit Blick auf die Eigenheiten der verschiedenen Funktionseliten nicht. Das ergibt auch eine Zwischenbilanz zu allen hier dargestellten sechs Aspekten des Blicks auf das pro und contra Lern- und Reformfähigkeit der Machteliten.

5.7 Zwischenbilanz

Was ist das Resultat theoretischer Überlegungen zu Hintergründen für Differenzierung, Lern- und Reformfähigkeit in den Machteliten des entwickelten Kapitalismus? Es lässt sich in vierfacher Weise beschreiben.

Erstens: Die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, geprägt von der Profitdominanz in Wirtschaft und Gesellschaft, setzen seiner Reformfähigkeit nicht allein Grenzen, sondern gegenwärtig entfesselt die neoliberale Politik des »Weiter so« den negativen Charakter des Kapitalismus in bisher kaum gekannter Weise. Die bestimmenden neoliberalen Fraktionen der Machteliten sind dabei, alle Regulierungen zu beseitigen, die bisher dem spontanen Wirken der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus politische, moralische und kulturelle Grenzen setzten.

Selbst in tiefsten Krisen ihres Systems wie in der Mehrfachkrise mit dem Höhepunkt im Jahr 2008, angesichts von Gefahren für die gesamte menschliche Zivilisation und im Besitz wissenschaftlicher Einsichten in die Wahrscheinlichkeit kommender Katastrophen sind die neoliberalen Machteliten seit rund vier Dekaden nicht willens oder nicht in der Lage, anstelle der marktradikalen und finanzmarktgetriebenen Entwicklung des Kapitalismus zu einer weniger destruktiven, weniger gefahrenschwangeren Gestalt des Kapitalismus überzugehen. Die wunderbaren innovativen Potenziale auch des gegenwärtigen Kapitalismus werden dem Erhalt des neoliberalen Regimes und allenfalls dessen Modifikationen unterworfen. Die Kraft des Umsteuerns, die Teile der herrschenden Klasse in der Ära Roosevelts besaßen, scheint endgültig verloren. Vorbei die Zeiten gesellschaftlicher Experimente zur Überschreitung der Dominanz vermachteter Märkte – das ist der Eindruck aus den letzten

Jahrzehnten. Ein Aufbruch zu moralischer Erneuerung der Gesellschaft scheint von den Machteliten in der festgefahrenen Ego-Gesellschaft kaum noch zu erwarten.

Vieles spricht dafür, die neoliberale Praxis der letzten vier Jahrzehnte als Beleg für den Verlust jener Lern- und Reformfähigkeit des kapitalistischen Machtblocks zu deuten, die er zu Zeiten des New Deal, der sozialstaatlich regulierten Kapitalismus in der Welt während der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg und in der Rüstungskontroll- und Abrüstungsphase gegen Ende des letzten Jahrhunderts noch besaß. Der Niedergangprozess des Kapitalismus scheint so weit fortgeschritten, dass er auf die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft nicht mehr mit progressiven Transformationsprozessen zu reagieren vermag. Auch manche in den Machteliten selbst haben dieses Gefühl. Der frühere Volksbankdirektor und Facility-Service-Unternehmer Dagobert Kuster resümiert: »Da wären die Eliten gefragt, wirtschaftliche, politische, intellektuelle und kirchliche Eliten. Zur Elite zu gehören ist ein Privileg, das verpflichtet. Aber ist sich unsere heutige Elite dieser Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft bewusst? ... Oder vergrößert sie nicht, solange sie kann, bewusst oder unbewusst ihre wirtschaftliche, soziale und intellektuelle Distanz zu den weniger Privilegierten? Und das so lange, bis ihr Turm zu Babel zusammenbricht?« (Mäder/Aratnam/Schilliger 2010: 228) Eine aktive Rolle des Blocks an der Macht für einen Übergang zu einer neuen kapitalistischen Formation oder Entwicklungsstufe mit größerer Hinwendung zu den ungelösten sozialen und ökologischen Problemen zeichnet sich nicht ab.

Was also ergibt sich zum ersten als Erwartung an das künftige Verhalten der Machteliten? Zu erwarten ist für die nächsten Jahrzehnte, dass sie in den entscheidenden OECD-Ländern und insgesamt in der Europäischen Union am neoliberalen und finanzmarktgetriebenen Kapitalismus festhalten werden. Damit werden sie der Grundtendenz im Wirken der ökonomischen Gesetze, der Kapitalverwertung, der Realisierung von Profit, Zins und Rente, der Konkurrenz und einer permanenten Akkumulation des Kapitals folgen. Die Schwäche von alternativen Akteuren wird ihnen das erlauben – wenn die Linke und ihre Verbündeten nicht entschieden mehr Einfluss und Gestaltungsmacht gewinnen. Denn diese Schwäche führt dazu, dass die Herrschenden die »entgegenwirkenden Faktoren« (Marx) schleifen, die das Wirken des Profit- und Konkurrenzmechanismus dämpfen, einschränken und zum Teil überlagern könnten: sozialstaatliche Regulierung; Regulierung der Finanzmärkte; öffentliche Daseinsvorsorge; gesellschaftliches Eigentum dort,

wo Eigentum Herrschaft über die Gesellschaft verleiht; öffentliche Beschäftigung und öffentliche Räume; partizipative Demokratie und gewerkschaftlichen Einfluss.

Karl Polanyi hatte die Entwicklung des Kapitalismus als Doppelbewegung charakterisiert, als ständigen Widerstreit zwischen dem »Prinzip des Wirtschaftsliberalismus, das auf die Schaffung eines selbstregulierenden Marktes abzielte«, und dem »Prinzip der Schutzes der Gesellschaft, das auf die Erhaltung des Menschen und der Natur sowie der Produktivkräfte abzielte« (Polanyi 1978: 185). Polanyi hob hervor, dass der Abbau der Schutzmechanismen gegen das unregulierte Wirken des kapitalistischen Marktes in einer gesellschaftlichen Katastrophe münden müsste. Insbesondere Arbeit, Natur und Geld ohne Einschränkung und Schutz in Waren zu verwandeln, müsste die Gesellschaft zerstören. Genau auf diesen Zustand steuern die machtbesessenen neoliberalen Machteliten zu.

Arbeit: Der Schutz für die Arbeitenden wird durch wachsenden Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen und durch Privatisierung bisher öffentlicher Daseinsvorsorge abgebaut. Im »Euro-Plus-Pakt« von 2011 werden die Löhne ausdrücklich als zentraler Anpassungsmechanismus zur Überwindung makroökonomischer Ungleichgewichte und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bezeichnet. Gemeint sind damit unter anderem Lohnkürzungen und Lohnstopps im öffentlichen Dienst, Umgehung von Tarifverhandlungen durch staatliche Verordnungen, Aushöhung von Tarifverträgen, Abwehr ihrer Allgemeinverbindlichkeit, Dezentralisierung der Lohnfindung, mehr Leiharbeit und andere Formen prekärer Beschäftigung. Aber solche Reduzierung der Arbeitskraft auf pure Ware löst den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft auf.

Geld: Der Übergang zu einem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus hat auch die Verwandlung des Geldes in bloße Ware auf die Spitze getrieben. Geld in Gestalt von Derivaten, Swaps, Optionen, Finanzkontrakten, Verbriefungen von Kreditforderungen und anderen so genannten innovativen Finanzprodukten ist zum globalen Spekulationsobjekt geworden. Der Umsatz dieser verwandelten Formen des Geldes als Ware übertrifft den Umsatz von stofflichen Gütern um ein Vielfaches. Das Destruktionspotenzial der Verwandlung von Geld in pure Ware unter Bedingungen der Deregulierung der Finanzmärkte wurde sichtbar, als der Finanzmarktkapitalismus 2008 in die größte Wirtschaftskrise seit der Weltwirtschaftskrise 1929/32 mündete.

Natur: Schon Polanyi schrieb: »Die Natur würde auf ihre Elemente reduziert werden, die Nachbarschaften und Landschaften verschmutzt, die

Flüsse vergiftet, die militärische Sicherheit gefährdet und die Fähigkeit zur Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zerstört werden. Schließlich würde die Marktverwaltung der Kaufkraft zu periodischen Liquidierungen von Wirtschaftsunternehmen führen, da sich Geldmangel (bei großen Teilen der Bevölkerung – D.K.) und Geldüberfluss (bei den Reichen und Superreichen – D.K.) für die Wirtschaft als ebenso verhängnisvoll auswirken würden, wie Überschwemmungen und Dürreperioden für primitive Gesellschaften.« (ebd.: 108f.)

Indem der neoliberale Kapitalismus Korrektoren schwächt oder abbaut, die seinen Verwertungsfuror zügeln und ihn dadurch stabilisieren, treibt er seine eigene Destabilisierung massiv voran. Wolfgang Streeck zieht daraus die Schlussfolgerung, »dass der Kapitalismus von sich aus, von innen heraus kollabiert.« (Streeck 2015: 106) Aber könnten sich lernfähige Fraktionen des Machtblocks bei heftigem Ansturm alternativer Akteure nicht auch darauf besinnen, dass ihre Herrschaft eher durch die Zügelung der systemischen Destruktionsprozesse gelingen könnte als durch Profitdominanz pur?

Zweitens: Die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus lassen nämlich gleichwohl eine große Bandbreite seiner Daseinsweisen mit erheblichen Möglichkeiten sozialer und ökologischer Reformen zu. Das beweisen die Erfahrungen mit vier Jahrzehnten sozialstaatlicher Regulierung vor allem in West- und Nordeuropa, und das begründen die hier vorgelegten theoretischen Überlegungen. Die Gesetze des Kapitalismus schließen auch eine postneoliberale systeminterne Transformation und die Öffnung eines Teils der Machteliten dafür nicht aus. Es hängt von der Politik aller beteiligten Akteure ab, ob das Wirken der ökonomischen Gesetze die ihm immanent barbarischen Züge stärkt oder ob alle im Kapitalismus nur möglichen zivilisatorischen Fortschritte ausgeschöpft werden.

Zu bedenken ist, dass die Verhältnisse nicht so bleiben, wie sie sind. Der Problemdruck auf den herrschenden Block wächst enorm an – ebenso allerdings für die gesellschaftliche Linke und die gesamte demokratische Zivilgesellschaft in dem Bewusstsein, dass ohne eigene entschiedene Stärkung eine Wende zum Besseren nicht zu erwarten ist. Der zunehmende Problemdruck folgt aus der Kluft zwischen Arm und Reich, aus der Überakkumulation von Kapital, dessen profitträchtige Anlage durch die begrenzte Massenkaufkraft und durch mangelnde Investitionen der austeritätsgeschwächten Staaten beschränkt ist. Er folgt aus der Erosion der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit durch die Umwelt- und Klimakrise und aus vielen anderen Widersprüchen (Harvey 2015). Vor allem aber ist die *Kumulation unterschiedlicher*

Krisen und Gefahrenlagen wahrscheinlich, die sich schon in der jüngsten Mehrfachkrise 2008 und danach abzeichnete. Hyperreichtum, Wachstumswahn und Klimawandel; Armut und Umweltkrise; Armut und Staatenzerfall; Armut, Klimawandel und Migrationsströme; Armut, Gewalt, Flüchtlingsströme, Rechtsextremismus und Rassismus; Klimawandel, Artenschwund, Verlust ertragreicher Böden und Wasserkrisen; weltwirtschaftliche Ungleichgewichte und internationale Spannungen; Kriege um Ressourcen und als geopolitische Mittel – alle diese Momente des neoliberalen Kapitalismus hängen zusammen und tendieren zur Eskalation systemischer Widersprüche.

Was ergibt sich zum zweiten aus diesen Zusammenhängen für das mögliche Verhalten der Machteliten? Ob Schocks der Kapitalentwertung in Finanz- und Wirtschaftskrisen, ob wachsende soziale Ungleichheit und Armut, ob Staatenzerfall und die Stabilisierung ganzer Regionen bis zu Kriegen oder Gefahren durch den Klimawandel und andere Umweltkrisen – die hier vorgelegten Skizzen dieser Phänomene haben immer wieder auf empfindliche Verluste, Einbußen, Erschütterungen und trübe Aussichten auch für die herrschende Klasse verwiesen. Die unge lösten und sich verschärfenden gesellschaftlichen Großprobleme sind nicht allein katastrophal für die subalternen Klassen, sie sind gefährlich für die Machteliten.

Es wirken keineswegs nur Tendenzen, die ein ignorantes »Weiter so« vorteilhaft für das Establishment erscheinen lassen, sondern andere Tendenzen gefährden seine Macht so unübersehbar, dass ein Nachdenken in den Eliten über andere Entwicklungspfade kaum dauerhaft verdrängt werden kann.

Mahnende und warnende Stimmen aus den Etagen der Macht werden in der absehbaren Zukunft wahrscheinlich in der Minderheit bleiben. Aber sie mehren sich. Wenn die destabilisierenden Wirkungen des neoliberal-finanzkapitalistischen Entwicklungspfades – wie zu erwarten ist – häufig noch stärker hervortreten, könnten sie lauter und erneut politkmächtig werden (vgl. Klein 2015: 287-289):

Paul Feuermann, Schweizer Banker und von 1999 bis 2005 Direktor der internationalen Großbank UBS, gab in einem Interview zu Protokoll: »Aus einem Monopolkapitalismus hoch kartellisierter Märkte wurde immer mehr ein Ungeheuer von Kasinokapitalismus mit Möglichkeiten, die sehr tief in die Wahrnehmung einer ganzen Generation hineinwirken etwa in dem Sinne: ›the limit is the sky‹ oder alles ist erlaubt, was

liquide Mittel schafft zum Zwecke von Finanzgeschäften, meist hoch spekulativen.« »Die Systemkrise ist weiter in die Tiefe und in die Breite gewachsen. Die Bankenkrise ist in keiner Weise unter Kontrolle. Dafür sind die Bilanzen der großen Finanzintermediäre viel zu groß und mit dubiosen Risiken aufgefüllt!« »Wir werden Volksaufstände, Verelendung, Ungerechtigkeiten, Willkür, Fatalismus, Mangelerscheinungen erleben, die heute in unserer Spaß- und Blödelgesellschaft unvorstellbar sind ... Die Krise wird mindestens zwei Jahrzehnte dauern.« (Mäder/Aratnam/Schilliger 2010: 245f.)

Noch tiefer greift die Analyse Carlos Jolys. Nach seiner Erwartung »bewegen wir uns auf ein neues Dunkles Zeitalter zu, dass für die Mehrheit schwere Zeiten, für einige Wenige aber unverhältnismäßige Privilegien und Reichtümer bringt.« »Wir haben nur noch 40 Jahre bis zur Katastrophe. Im Jahr 2052 wird sich die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre auf ein Niveau zubewegen, das unumkehrbaren Schaden in großem Ausmaß auslösen wird.« Und gewiss nicht repräsentativ für die Einsicht in den Kreisen der Macht, aber auch nicht als singuläre Erkenntnis formuliert Joly: »Sehr vereinfacht gesagt, liegt die Ursache für die wiederholten Krisen im Westen im Triumph des Finanzkapitalismus, unterstützt und begünstigt durch seine neoliberalen Institutionen – die US-Notenbank, das US-Finanzministerium, den Internationalen Währungsfonds, die Europäische Zentralbank, das internationale Patentrecht – und verbunden mit der Regierungsübernahme durch eine Oligarchie aus Unternehmen und Finanzwirtschaft.« (Joly 2012: 36ff.)

Moritz Suter, langjähriger CEO der Swiss Air, meint, »wir leben heute in einer Zeit, in der wir alle zu Piranhas geworden sind, ob es uns bewusst ist oder nicht.« (Mäder/Aratnam/Schilliger 2010: 198) David Rothkopf, ehemals in der Clinton-Administration angestellt, zuvor im Finanzsektor und als Geschäftsführer der von Henry Kissinger gegründeten internationalen Beratungsfirma Kissinger Associates tätig, hat über 100 international führende Persönlichkeiten interviewt. Zur Spende des Multimilliardärs Warren Buffet in Höhe von 31 Milliarden Dollar für soziale Zwecke der Gates-Foundation bemerkt Rothkopf: »Möglicherweise versucht die Elite eines Zeitalters, das atemberaubende Ungleichheiten hervorgebracht hat, Schadensbegrenzung zu betreiben, bevor die unvermeidliche Gegenbewegung Fuß fasst.« (Rothkopf 2009: 46) Nicht wenige aus der internationalen Elite würden, so Rothkopf, die zunehmende soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit als die größte Herausforderung und Bedrohung für die kapitalistische Gesellschaft ansehen. Eine solche Auffassung vertritt beispielsweise auch Robert Reich, Arbeitsmi-

nister der Clinton-Administration. Al Gore, Vizepräsident Bill Clintons und bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 trotz seiner Stimmenmehrheit George W. Bush umstritten unterlegen, sieht die größte Gefahr in einer globalen Erwärmung der Erde und anderen Umweltkatastrophen. »Wir stehen vor einer Umweltkrise globalen Ausmaßes. Die Zeit der Konsequenzen ist gekommen.« (Gore 2007: 281) »Wir stehen an einem Scheideweg.« »Dies ist keine politische, sondern eine moralische Frage, bei der es letztlich um den Bestand der menschlichen Zivilisation geht.« (ebd. : 286)

Alan Greenspan, 20 Jahre als Chef der US-Notenbank einer der mächtigsten Männer der Vereinigten Staaten, gestand in einer Anhörung vor einem Kongressausschuss am 23. Oktober 2008, dass er die im Finanzsystem lauenden Gefahren nicht erkannt habe und vom Finanzcrash 2008 total überrascht war. »Was aussah wie ein sehr solides Gebäude, wie ein tragender Pfeiler des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs und der freien Märkte, ist zusammengebrochen. Und ich glaube, ... dass mich das geschockt hat.« (Greenspan 2008). Edzard Reuter, Vorstandsmitglied seit 1976 von Daimler-Benz und Vorstandsvorsitzender des Konzerns von 1987 bis 1995, hält es für einen Grunddefekt des gegenwärtigen Kapitalismus, dass der Erfolg von Wirtschaftsunternehmen nicht mehr an langfristiger Sicherung ihres Bestehens und ihrer Arbeitsplätze, sondern am Börsenwert, dem Shareholder-Value, gemessen werde (Reuter 2013: 20). Er spricht von der »Seuche eines von allen Fesseln befreiten Investment-Bankings« (ebd.: 79) und von der Dringlichkeit, die Spekulanten mit weit mehr Mut in die Schranken zu verweisen (vgl. ebd.: 104).

In seinem 2006 erschienenen Buch »The Audacity of Hope«, im Deutschen mit dem Untertitel »Gedanken zur Rückbesinnung auf den American Dream«, beklagt Barack Obama, dass er auf einen »Absolutismus der Marktwirtschaft, der Steuerfreiheit, der radikalen Deregulierung und der Abschaffung aller Sicherheitsnetze« stoße, auf einen »Absolutismus, der den Staat tatsächlich nur noch zum Schutz des Privateigentums und für die nationale Verteidigung in Anspruch nehmen möchte.« (Obama 2007: 56) Aufschlussreich ist seine Erfahrung: »Im persönlichen Gespräch wird diese Diskrepanz zwischen der Politik, die wir haben, und der Politik, die wir brauchen, von den politischen Entscheidungsträgern durchaus eingestanden.« Aber: »Trotzdem ist in der Öffentlichkeit kaum etwas davon zu spüren, dass in den feindlichen Lagern so etwas wie Selbstkritik eingesetzt hätte und man wenigstens einen kleinen Teil der Eigenverantwortung für den Stillstand erkennen würde.« (ebd.:

37) Obama war jedoch nicht fähig, die von ihm beobachteten Einsichten eines Teils der politischen Eliten für den zu Beginn seiner Präsidentschaft deklarierten Wandel zu mobilisieren.

Nicht die Mehrheit der Machteliten, aber doch nicht wenige im Machtblock erkennen als Individuen durchaus, dass der Kapitalismus so, wie er ist, auf Abgründe zusteuert, die für das System selbst gefährlich sind. Nicht auszuschließen ist, dass solche Einsichten in Situationen verdichteter Konflikte stärker politikwirksam für progressive Transformationsprozesse werden können – obwohl gegenwärtig und vermutlich in der nächsten Zukunft das neoliberale »Weiter so« dominiert.

Drittens: Selbst wenn nach weiterem Andauern neoliberaler Entwicklung schließlich die in den letzten Jahrzehnten gründlich verdrängte Gegen Tendenz wieder die Oberhand gewinnen und längere Zeit andauern sollte, wenn hoffentlich also die Erwartung einer postneoliberalen kapitalistischen Entwicklung bessere Wirklichkeit wird, so wird auch dies kein Dauerstatus sein.

Selbst wenn alles ausgeschöpft wird, was Lern- und Reformfähigkeit der Machteliten stärken kann – emanzipatorische Potenzen der Produktivkraftentwicklung, Chancen grüner Akkumulation, Prozesse der Ausdifferenzierung, wachsende Bedeutung allgemeiner Reproduktionsbedingungen des Kapitals, besondere Druckempfindlichkeit der politischen Funktionseliten – bedeutet die Dominanz des Kapitaleigentums und des Profits im Kapitalismus, dass progressiven Transformationsprozessen Grenzen gesetzt sind und dass Schritte sozial-ökologischen Wandels ständig durch die Politik der konservativen Kräfte des herrschenden Machtblocks bedroht bleiben – womöglich bis zur konservativen Rücknahme progressiver Entwicklungen.

Die zentrale Schlussfolgerung aus dieser Konstellation ist auf den Begriff einer doppelten Transformation zu bringen: Ausschöpfung aller in dem hybriden Charakter des Kapitalismus enthaltenen progressiven Evolutionspotenziale in Gestalt einer systeminternen postneoliberalen Transformation, aber kein Verbleib in herkömmlichen Reformen.

Stattdessen ist die Linke gehalten, bereits im Rahmen des Kapitalismus nach Ansätzen für den Einstieg in systemüberschreitende Veränderungen zu suchen, nach Projekten, die in eine Große Transformation zu einer nachhaltigen Solidargesellschaft münden können. Auf diese Aussage führen die in dieser Schrift vorgelegten Analysen und theoretischen Überlegungen immer wieder zurück.

Der New Deal hat durch die Institutionalisierung von Arbeiter- und Gewerkschaftsrechten und durch sozialstaatliche Korrekturen des kapitalistischen Konkurrenzmechanismus die Dominanz der Kapitalverwertung in der Gesellschaft geschwächt. Aber er hat sie nicht gebrochen. Das Resultat war die Rücknahme bereits erreichter sozialer und demokratischer Standards durch die neoliberale Transformation des Kapitalismus. Die daraus resultierende Wahrscheinlichkeit neuer großer Krisen, das Andauern von Hunger, Kriegen und militärischen Eskalationen, das Heraufziehen neuer großer Gefahren wie einer Klimakatastrophe, der Reduzierung der Artenvielfalt, einer Wasserkrise, des internationalen Terrorismus und einer politischen Rechtsentwicklung in vielen Ländern haben zu einer gegenüber dem New Deal erheblich veränderten Situation geführt. In dieser neuen Problemkonstellation ist eine einfache Rückkehr zum sozialstaatlich regulierten Kapitalismus weder möglich noch genügend problemlösend. Herangereift ist mehr als nur eine Relativierung der Kapital- und Profitdominanz. Erforderlich ist eine Strategie doppelter Transformation und deren Durchsetzung in den kommenden Kämpfen. Und dies mit höchster Dringlichkeit. Denn:

Viertens durchzieht ein Widersinn die kapitalistische Welt und schreit förmlich nach seiner Überwindung. Die Zentren des Kapitalismus haben sich zu Überflusgesellschaften entwickelt. Der in der Verfügung einer kleinen Oberschicht konzentrierte Reichtum übertrifft das jährliche Weltsozialprodukt um ein Mehrfaches. Das Wachstum zerstört nicht nur die Umwelt, es führt, belegt durch die Glücksforschung (Wilkinson/Pickett 2010; Layard 2005) für große Teile der Bevölkerung nicht einmal oder nur für kurze Zeit zu einer höheren Lebenszufriedenheit. Die Wohlhabenden fühlen sich nicht wohler, und das bezahlen die Armen mit andauernder Armut mitten im Überfluss. Das US-Census Bureau zählte für 2013 45,3 Millionen Amerikaner, die unterhalb der offiziellen Armutsgrenze leben. Das ist die vierthöchste Armutsquote seit Beginn der Datenerhebung vor 54 Jahren. Sie betrifft 14,5% der US-Bevölkerung. Andere Berechnungen weisen sogar 60,2 Millionen als arm aus.¹³ In Deutschland sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 16,1 Millionen Menschen oder 20,3% der Bevölkerung armutsgefährdet, in der Europäischen Union 24,5% (Die Welt 16.12.2014). Selbst in den reichsten Ländern wachsen die Existenzängste. Mit ihnen breiten sich psychische Erkrankungen aus. Trotz eines Bildungsstands wie nie zuvor explodieren primitiver Fremdenhass und Rassismus. In Deutsch-

¹³ www.verschuesse.de/usa-daten-der-schande-2013/

land jöhlt der Mob beim Abfackeln von Flüchtlingsheimen. Empathie wird vielerorts erschlagen von Rückfällen in die Barbarei. Wohin soll es ohne Bruch noch gehen?!

Fünftens: Entscheidend für die künftige Entwicklung wird – wie immer wieder betont – nicht allein der Ausgang der Auseinandersetzungen innerhalb der Machteliten sein, sondern dieser hängt selbst von der Entwicklung der Kräftegewichte zwischen Machteliten und alternativen Kräften ab.

Entscheidend wird sein, ob ein Zusammenspiel zwischen der Stärkung alternativer Kräfte und veränderter Politik in den Machteliten selbst zustande kommt. Der neoliberalen Offensive gegen die schon einmal erreichten sozialen und ökologischen Standards wird nur zu widerstehen sein, eine postneoliberale Transformation wird nur vorankommen und Schritte zur Überwindung des Kapitalismus durch eine bessere Gesellschaft werden nur erfolgreich sein unter einer zentralen Grundbedingung: alles Voranschreiten hängt von einer so gravierenden Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ab, dass ein sozialökologischer friedensorientierter Richtungswechsel der Politik gelingt.

Alle möglichen Ursachen und Anstöße für progressive Veränderungen in der Politik der Machteliten werden umso mehr zu wirksamer Geltung kommen, wenn links geführte Regierungen flexible Kreise des Establishments für positive Veränderungen der Politik gewinnen oder sie dazu per Gesetz veranlassen oder/und wenn populäre Bewegungen von unten dem progressiven Flügel im Machtblock Aufwind gegen die konservativen Machtzirkel geben.

Wer also will, dass die, die gegenwärtig die Macht haben, den möglichen Raum bürgerlich-kapitalistischen Fortschritts beschreiten und die Ressourcen ihrer Herrschaft wenigstens innerhalb der eigenen Schranken für soziale und ökologische Reformen anstelle totaler neoliberaler Umkehr des Vorwärts-Inhalts von Reformen einsetzen, sollte die Linke und breite Bündnisse für demokratische progressive Transformationsprozesse stärken.

Diese Ansicht korrespondiert mit Überlegungen dazu, wo in der Gesellschaft gegenwärtig das »Prinzip Verantwortung« (Jonas 2003) und das »Prinzip Hoffnung« (Bloch 1985) strukturell verankert sind und vorwiegend ihre Heimat haben. Hans Jonas stellte fest, »dass ein Gegenstand von gänzlich neuer Ordnung, nicht weniger als die gesamte Biosphäre

des Planeten, dem hinzugefügt worden ist, wofür wir verantwortlich sind, weil wir die Macht darüber haben. Und ein Gegenstand von welcher überwältigender Größe, wogegen alle früheren Gegenstände menschlichen Handelns zwerghaft erscheinen!« (Jonas 2003: 27) Das Wesen des menschlichen Handelns selbst müsse sich verändern, um diese universelle Verantwortung schultern zu können (ebd.: 13ff.). »... dann muss Moralität in die Sphäre des Herstellens (der Wirtschaft – D.K.) eindringen, von der sie sich bisher ferngehalten hat, und sie muss dies in der Form öffentlicher Politik tun.« (ebd.: 32) Dann muss, wenn die Verantwortung nunmehr der »Biosphäre als Ganzes und in ihren Teilen«, nicht dem eigenen Selbst, sondern letztlich dem Wohl aller auf Erden und dem Sein künftiger Generationen gilt, »der neue Imperativ sich viel mehr an öffentliche Politik als an privates Verhalten« richten (ebd.: 37).

Anders formuliert, die dem Menschen zugewachsene technische Fähigkeit, weltweite Naturzusammenhänge und damit die Existenzgrundlagen großer Teile der Menschheit zu zerstören, erlegen ihm eine neue Dimension der Verantwortung auf, die privatkapitalistische Konkurrenz und finanzkapitalistisches Kurzfristhandeln grundsätzlich nicht aufbringen können. Das Prinzip Verantwortung unter den neuen Existenzbedingungen der Menschheit wahrzunehmen, geht vorrangig an die Akteure auf dem Gegenpol zum kapitalistischen Machtblock über. An ihnen liegt es, durch die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den Kämpfen der Gegenwart und Zukunft auch die Flexibleren unter den Herrschenden zur Verantwortung zu drängen.

Verantwortung ist von der Hoffnung getragen, dass menschliches Handeln die Welt positiv verändern kann. Ernst Bloch schrieb: »Es kommt darauf an, das Hoffen zu lernen. Seine Arbeit entsagt nicht, sie ist ins Gelingen verliebt statt ins Scheitern. ... Der Affekt des Hoffens geht aus sich heraus, macht die Menschen weit, statt sie zu verengen, kann gar nicht genug von dem wissen, was sie inwendig gezielt macht, was ihnen auswendig verbündet sein mag. Die Arbeit dieses Affekts ... erträgt kein Hundeleben, das sich ins Seiende nur passiv geworfen fühlt, in undurchschautes, gar jämmerlich anerkanntes. Die Arbeit gegen die Lebensangst und die Umtriebe der Furcht ist die gegen ihre Urheber, ihre großenteils sehr aufzeigbaren, und sie sucht in der Welt selber, was der Welt hilft; es ist findbar.« Hoffnungsträger sind für Bloch unzweifelhaft Akteure des »Sozialismus, er ist die Praxis der konkreten Utopie« (Bloch 1985: 16). Ihnen schreibt er zu, »Erwartung, Hoffnung, Intentionen auf noch ungewordene Möglichkeit« (ebd.: 5) zur Geltung zu bringen. Dagegen gilt: »Einzig in Zeiten einer niedergehenden alten Gesellschaft, wie

Was macht Lern- und Reformfähigkeit von Machteliten möglich? 225

der heutigen im Westen, läuft eine gewisse partielle und vergängliche Intention nur abwärts.« (ebd.: 4)

Das Prinzip Hoffnung sieht Bloch bei denen aufgehoben, die das schlechte Seiende nicht mehr akzeptieren, die sich gegen die sehr aufzeigbaren Urheber von Lebensangst – Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut, Angst vor sozialem Absturz, Angst vor Gewalt, Angst vor dem Verlust natürlicher Lebensbedingungen, Angst vor Kriegen – organisieren, gegen die Machteliten der westlichen Welt. Wer also an der Hoffnung auf eine bessere Welt festhält, wird sie bei den alten und neuen sozialen Bewegungen, in der Vielzahl der Bürgerinitiativen zur Überwindung von bedrückenden Lebensbedingungen und bei linken Parteien angesiedelt sehen, die sich der Verbindung der vielen zivilgesellschaftlichen demokratischen Akteure zu einer Einheit in der Vielheit zuwenden.

Kapitel 6

Von der Defensivlinken zur Transformationslinken

Zwei Fragen verbleiben als Gegenstand des letzten Kapitels zum Ende der hier präsentierten Überlegungen. Erstens, wenn eine entscheidende Stärkung der gesellschaftlichen Linken in breiten Bündnissen mit anderen demokratischen Kräften zum archimedischen Punkt für die Ablösung des neoliberalen, finanzmarktgetriebenen Kapitalismus durch eine progressive Transformation zu einem demokratischeren, sozialeren und mehr umweltorientierten Kapitalismus und für die Verschränkung einer solchen systeminternen Transformation mit einer systemüberschreitenden Großen Transformation geworden ist: Wird es ein solches Erstarren der dem herrschenden Machtblock entgegengesetzten Kräfte tatsächlich geben? Und vor allem, auf welche Weise kann die Linke in die Offensive gehen? Zweitens, wenn die hier entwickelte Erwartung einer längeren postneoliberalen progressiven Entwicklung im Rahmen eines sich wandelnden Kapitalismus zuträfe, wenn es zu einem wesentlichen Moment linker Politik würde, Teile der Machteliten in diese Richtung zu drängen: Was würde es für Programmatik, Strategie, Profil, Erkennbarkeit, Politikfähigkeit und Kultur, kurz, für das Selbstverständnis der gesellschaftlichen und der parteiförmigen Linken bedeuten?

6.1 Und sie ist doch nicht abzuschreiben!

Wird die Linke sich von einer Linken in der Defensive zur Transformationslinken wandeln können? Wird die Linke die Kräfteverhältnisse gemeinsam mit allen anderen demokratischen Akteuren derart verändern können, dass – ähnlich dem Übergang vom überwiegend privatmonopolistischen Kapitalismus zum sozialstaatlich regulierten Monopolkapitalismus – noch einmal eine progressive Transformation zu einer anderen Gestalt, zu einer anderen Formation des Kapitalismus gelingt? Wird sie selbst an Kraft so gewinnen können, um dafür die entscheidende, mobilisierende Kraft zu werden? Diese Frage kann nicht mit Sicherheit beantwortet werden – so wie die gesamte Entwicklung der Gesellschaft offen ist.

Für den herrschaftlichen Mainstream in den gesellschaftlichen Diskursen existiert diese Frage nicht. So wie einst den staatssozialistischen Machteliten gilt auch dem heutigen Establishment die gegebene Ordnung als die einzig denkbare für die Zukunft. Wer sich immerhin in den gegenwärtigen Verhältnissen eingerichtet hat, muss sich ebenfalls nicht nach Akteuren der Veränderung umsehen. Wer unter den Verhältnissen so leidet, dass der Glaube an ihre Veränderbarkeit verloren ist, sucht auch nicht nach Gegenmächten. Die Gewerkschaften gelten als weitgehend domestiziert – was Vorkehrungen der Herrschenden zu ihrer weiteren Schwächung und auf Seiten der Gewerkschaften Anstrengungen einer autonomen Revitalisierung durchaus einschließt (Urban 2014: 303-325).

Bürgerbegehren und Volksentscheide werden als Vehikel der Bürgerbeteiligung an der Durchsetzung der herrschenden Politik gehandhabt – was keineswegs immer gelingt. Die zunächst ungeliebten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) werden inzwischen als effizienzsteigernde und stabilisierende zivilgesellschaftliche Elemente in das System der Global Governance integriert – ohne dass dies Protest- und Widerstandspotenziale vieler NGOs ausschließt (Brand ua. 2000: 134-138).

Die plurale gesellschaftliche Linke, die parteiförmige Linke eingeschlossen, befindet sich international in der Situation, in der die herrschende Politik in eine Sackgasse geraten ist, ebenfalls in einer Schwächephase. Manche Autoren diagnostizieren eine Krise der Linken, andere sogar einen längerfristigen Niedergangsprozess (Wahl 2015a). Peter Wahl nennt als Indikatoren dieses Niedergangs den kontinuierlichen Rückgang der Wahlergebnisse linker Parteien seit den 1980er Jahren, den Rückgang der Mitgliederzahlen von linken Parteien und Gewerkschaften sowie die Überalterung ihrer Mitgliedschaft, den Bedeutungsverlust oder die Einstellung linker Zeitungen und Publikationen, das Austrocknen linker Positionen im akademischen Bereich, das Wegbrechen eines Teils der Vorfeld- und Umfeldorganisationen von Linksparteien und die Transformation sozialdemokratischer Parteien in New Labour-Formationen bei Übernahme wesentlicher neoliberaler Positionen. Er konstatiert eine Erosion von Grundlagen linken Denkens durch den Einfluss einer Vielfalt theoretischer Strömungen und postmoderner Denkhaltungen – obwohl deren Aufnahme in die Diskurse zugleich ein Gewinn an Vielfalt und auch an Erkenntnis ist.

Ferner beklagt Wahl, dass die traditionelle Linke zu spät und zu profillos auf neue Themen reagiert hat – ob auf ökologische Probleme, auf die Genderfrage, auf die Herausbildung einer digitalen Ökonomie, auf

das Handeln in globalen und EU-Zusammenhängen über den nationalen Rahmen hinaus oder auf Demokratiefragen, die mit Big Data verbunden sind. Meist haben neue soziale Bewegungen und Strömungen solche neuen Problemlagen zuerst aufgenommen, starke Anziehungskraft gewonnen und der Linken nur eine weniger authentische Rolle auf den neuen Politikfeldern übrig gelassen.

Die Wahlenthaltung oder Protestwahlverhalten zugunsten rechtspopulistischer Kräfte ist in der Regel bei sozialen Schichten zu finden, die an den gesellschaftlichen Rand gedrängt wurden. Sie fühlen sich von der herrschenden Politik im Stich gelassen und wären eigentlich ein Stimmenreservoir für linke Parteien, verschieben nun aber die Wahlarithmie nach rechts (Kahrs 2015).

Solche oder ähnliche Befunde verweisen auf den schwerwiegenden Umstand, dass ein Einlösen der in dieser Schrift immer wieder betonten Grundvoraussetzung für progressive Transformationsprozesse im Kapitalismus oder gar über ihn hinaus keineswegs selbstverständlich für die Zukunft zu erwarten ist. Es wird ungeheurer Selbstmobilisierungsanstrengungen der Linken, intensivsten Wirkens in Projekten praktischer Veränderung der Gesellschaft, innovativer theoretisch-konzeptioneller Arbeit, der Offenheit für neue Fragestellungen, größerer Beweglichkeit auf neuen Politikfeldern, breiter Bündnisarbeit und kommunikativer Kultur bedürfen, um zu jener Kraft zu werden, die dazu beitragen kann, die Krise der herrschenden Politik postneoliberal zu wenden.

Einflussreiche Intellektuelle halten die Linke jedoch bereits für unumkehrbar abgeschrieben. Wolfgang Streecks Befund lautet, dass »die neoliberal-globalistische Revolution die Fähigkeit zu kollektivem Handeln (alternativer Kräfte – D.K.), ja selbst die Hoffnung darauf zerstört hat.« (Streeck 2015: 107) Der Kapitalismus näherte sich in einem permanenten Krisenprozess seinem Ende. Aber nicht Gegenmächte seien es, die dieses Ende herbeiführen würden: »Man könnte meinen, dass sich im Verlauf einer lang anhaltenden Krise dieser Art immer wieder Gelegenheiten für reformistisches oder revolutionäres Handeln öffnen werden. Es sieht jedoch so aus, als desorganisierte der desorganisierte Kapitalismus nicht nur sich selbst, sondern gleichzeitig auch seine Gegenkräfte, wodurch er diese der Fähigkeit beraubt, ihn entweder zu überwinden oder, alternativ, zu retten. Damit der Kapitalismus sein Ende findet, muss er deshalb selbst für seine Zerstörung sorgen – und genau das erleben wir heute.« (ebd.: 109) Dieser Auffassung könnte eine Überlegung des Marc Aurel entgegengehalten werden, der den Pessimisten seiner Zeit zurief:

- »Wie kannst du sagen, die bisherige Entwicklung sei in jeder Bezie-
- hung unerfreulich gewesen und es werde auch weiterhin alles un-
- erfreulich bleiben und trotz der Götter gebe es keine Kraft, die Ord-
- nung schaffe.« (Aurel 1954: 132)

Drei Einsprüche gegen Streecks Annahmen seien hier festgehalten. Der *erste* Zweifel richtet sich gegen seine Auffassung: »Es ist ein marxistisches – oder besser: modernistisches – Vorurteil, dass der Kapitalismus als historische Erscheinung nur dann enden könne, wenn eine neue, bessere Gesellschaft in Sicht ist – und mit ihr ein revolutionäres Subjekt, bereit und in der Lage, diese um des Fortschritts der Menschheit willen zu verwirklichen.« (ebd. : 107) Zwar wird es gewiss nicht ein einziges Subjekt sein, das wie einst vom Proletariat erwartet Träger der Überwindung des Kapitalismus sein kann. Und die neue Gesellschaft wird sicher das Ergebnis langer, schwieriger Such- und Experimentierprozesse ohne klaren Bauplan von Beginn an sein. Aber dass der Kapitalismus sich ohne die Selbstermächtigung vereinter Gegenkräfte, ohne sie als Zuständige für den Abbau überlebter Herrschaftsstrukturen, ohne sie als Schöpfer neuer gesellschaftlicher Verhältnisse verabschieden wird, ist höchst zweifelhaft.

Zu bezweifeln ist *zweitens* auch, dass alternative Akteure ohne eigene wirkungsmächtige Erzählung von den möglichen Konturen einer nachhaltigen Solidargesellschaft die Fülle von Projekten des Wandels, von Initiativen und alternativen Praxen zu einem gemeinsamen progressiven Strom der Geschichte zusammenführen und die erforderliche Mobilisierungskraft für kommende Transformationsprozess aufbringen könnten (Klein 2013: 55-109).

Drittens ist der Einschätzung zu widersprechen, dass die antikapitalistischen Gegenmächte nicht nur geschwächt sind, sondern dass sie durch den Erfolg des neoliberalen Kapitalismus praktisch bereits ausgelöscht seien. Die erzwungene Unterwerfung der SYRIZA-geführten griechischen Regierung unter die neoliberale Austeritätspolitik trotz des zweimaligen Wahlerfolgs der Linken in Griechenland scheint Streecks Einschätzung zwar zu bestätigen. Selbst dort, wo die Linke siegt, ist sie zurzeit in Gefahr, in einer Niederlage zu enden. Der gesamte institutionelle Ausbau des Wirtschaftsmechanismus der Eurozone und der EU zur Zwangsvollstreckung der Austeritätspolitik und zur Sanktionierung jedes Widerstands dagegen (Schulten/Müller 2014: 273-301) scheint Streecks Einschätzung ebenfalls zu stützen. Gleichwohl wird gegen sie im Folgenden Einspruch erhoben.

Noch grundsätzlicher als Streeck hat Frank Schirrmacher in seinem letzten Buch begründet, wie sich der neoliberale Kapitalismus seiner Gegner zu entledigen sucht. Seine Grundthese ist, dass der Marktradikalismus den Menschen auf ein Ego-Wesen reduziere, das im Grunde nur noch zwei Gene habe, »eines für Egoismus und eines für Profit (und vielleicht noch ein drittes für Angst)« (Schirrmacher 2013: 140). »Dass man nur ist, was man tut, und dass man nur tut, wofür es einen Markt gibt, und dass es nur einen Markt gibt für das, wofür man bezahlt wird, ist das Mantra der neuen Identität.« (ebd.: 249) Der solchermaßen durch einen »mental Imperialismus« reduzierte Mensch gelte als selbstverantwortlich für alles, was ihm geschieht. Gefeierte wird, wer seine Ellenbogen am erfolgreichsten gegen andere einsetzt. Die finanzmarktgetriebene Gesellschaft ist so konstituiert, dass sie belohnt, was Marc Aurel schon in entfernten Vorzeiten verurteilte:

- »Ein Verbannter ist der, der sich dem Gesetz der Gemeinschaft entzieht.« An sich selbst an der Spitze der römischen Machteliten hatte Aurel den Anspruch, »alles, was ich aus eigener Kraft oder mit einem anderen zusammen schaffe, soll ausschließlich auf das eine Ziel gerichtet sein: das Gedeihen und der Wohlstand der Gemeinschaft.«
- »Alles aber, was dem Ganzen dient, ist immer schön und kommt stets zur rechten Zeit:« (Aurel 1954: 41, 86, 175)

Was für ein Abstieg der Ego-Gesellschaft im Vergleich zu diesem Anspruch des Philosophenkaisers aus der Antike! Schirrmachers Befund lautet: »Solange man für den Misserfolg äußere Mächte verantwortlich machen konnte – Götter, Könige oder Regierungen –, entstanden aus dieser Enttäuschung regelmäßig Revolten und Revolutionen. Der neue Kapitalismus aber hat es geschafft, die Verantwortung auf das Ich der Menschen abzuwälzen.« (Schirrmacher 2013: 234) Verfliegen daher alle Hoffnung auf Selbstermächtigung zur Veränderung der Welt – anstelle dessen Selbstvermarktung jeder und jedes einzelnen, die Gesellschaft eine einzige große Ego-Maschine. »Wie soll man so ein Leben leben?« So schließlich die ratlose Frage Frank Schirrmachers (ebd.: 251). Und doch – in einigen Passagen seiner ebenso entlarvenden wie pessimistischen Anklageschrift scheint im Widerspruch zur Grunddiktio Schirrmachers die Schwäche neoliberaler Allmacht auf: »Erstaunlich, wie widerspenstig die Menschen sind, wenn man sie zu Egoisten machen will. Man hat ihnen das hochmoderne Menschenbild des Eigennutzes präsentiert, aber die meisten spielen nicht richtig mit. Im Gegenteil: Es zeigt

sich, dass zwischen dem, wie sie sein sollen, und dem, wie sie sind, ein fast unüberbrückbarer Abgrund klafft.« (ebd.: 146)

Dieser Abgrund wird in den praktischen Kämpfen alternativer Kräfte manifest. Occupy Wall Street, die Bewegung der Empörten in Südeuropa, die Wahlsiege von SYRIZA in Griechenland, der Aufstieg von Podemos in Spanien, die von einer linken Mehrheit getragene Regierung Portugals nach den Wahlen 2015, die zeitweilige Ausbreitung des Gezi-Widerstandes auf die ganze Türkei, die Arabellion in Nordafrika, die demokratischen Elemente in den Massendemonstrationen in Brasilien und schon seit langem postneoliberale – wenn auch gegenwärtig akut gefährdete – Entwicklungen in linksregierten Ländern Lateinamerikas belegen in der politischen Realität die Wirkungsmacht von Werten und Wünschen, die dem Verhalten des konkurrenzgetriebenen Egomenschen, der seine eigene Ausbeutung managed, ganz entgegengesetzt sind. Alle diese Bewegungen müssen auch schwere Rückschläge hinnehmen. Aber Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit, Inklusion und Anerkennung, Partizipation und Sicherheit, Frieden mit der Natur und Mitmenschlichkeit bleiben verbreitete Vorstellungen.

Hierzu zählen vielfältigen Formen emanzipatorischer Praxen: Massendemonstrationen und lokale alternative Projekte, Generalstreiks und Vernetzungen von Graswurzelinitiativen, die Wahl linker Parteien und das Abhalten öffentlicher Asambleas auf den Plätzen, Fortschritte in der Geschlechtergerechtigkeit, Tarifikämpfe und die Bewegung für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie, Formen solidarischer Ökonomie, die Selbstverwaltung besetzter Betriebe, die Rekommunalisierung privatisierter Unternehmen, eine wachsende Zahl von Energiegenossenschaften und den Kämpfen für öffentliche Daseinsvorsorge anstelle privater Selbstvorsorge.

6.2 Zunahme von Empathie – ein linkes Hoffnungspotenzial

In der vielgestaltigen Suche nach Alternativen wird zweierlei praktisch manifest. *Erstens* hat der neoliberale Kapitalismus zwar die alternativen Kräfte geschwächt, die ihn davor bewahren könnten, ohne Abstriche und Kompromisse als Turbokapitalismus zu funktionieren – aber er hat seinen eigenen Gegenpol nicht auslöschen können. Rund um die Erde rumoren Gegenmächte und brechen bei unvorhersehbaren Anlässen mit einer Heftigkeit auf, die auf weit größeres Widerstandspotenzial schließen lässt als gegenwärtig sichtbar.

Zweitens und keineswegs weniger wichtig: Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und andere Vorstellungen der widerständigen gesellschaftlichen Kräfte sind nicht allein in politischen Kämpfen geborene Werte und Orientierungen. Sie bringen tiefer im Menschen Angelegtes zum Ausdruck. Dies wird hier bewusst stark hervorgehoben. Richard Wilkinson und Kate Pickett schrieben in ihrem auf eine Fülle empirischer Studien gestützten Werk »Gleichheit ist Glück«: »Menschen sind nicht nur zu Auseinandersetzungen fähig, sie besitzen auch die einzigartige Gabe, zusammenzuarbeiten, voneinander zu lernen, sich zu lieben und in jeder Weise zu unterstützen. ... Menschen können die schlimmsten Gegner für einander sein, aber ebenso auch Sicherheit und Wohlergehen untereinander stiften.« (Wilkinson/Pickett 2010: 226)

Johannes R. Bechers Gedanken kreisen in seiner Schrift »Der Aufstand im Menschen« um eben diesen so schockierenden wie hoffnungsgeladenen Widerspruch, »dass wir oft unendlich erschrocken und betroffen sind von der Unendlichkeit des Verbrecherischen, wozu der Mensch als Einzelner und als Gemeinschaft imstande ist, aber ebenso unendlich erstaunt und beglückt sind wir über die Unendlichkeit des menschlichen Verhaltens, welches der Mensch als Einzelner und als Gemeinschaft zeigen kann.« (Becher 1983: 125f.)

Selbst nach Auschwitz ist dieser Widerspruch nicht einmal in Europa positiv aufgelöste Geschichte geworden. In Srebrenica, in einer Politik, die Tausende Menschen im Mittelmeer in den Tod treibt, in den Morden an Zuwanderern und in brennenden Flüchtlingsheimen auf deutschem Boden, in der Lieferung deutscher Waffen an Länder, die in mörderische Kriege verwickelt sind, bricht er wieder auf. Profitinteressen auch deutscher Unternehmen waren im Spiel, als der Krieg im Kongo 3,5 bis 4 Millionen Todesopfer forderte. Und doch ist die Unendlichkeit menschlichen Verhaltens lebendig. Sie lebt in der Selbstlosigkeit von Tausenden, die sich um die Aufnahme von Flüchtlingen kümmern. Sie ist lebendig im freiwilligen Einsatz von Ärzten für Kranke, deren Leben in armen Ländern von solcher Solidarität abhängt. Und wie viel Zuwendung zu Menschen steckt in der alltäglichen Care-Arbeit von Millionen für Kinder, Kranke, Ältere und Schwächere aller Art. In Freundschaften und Liebe finden die wunderbarsten menschlichen Empfindungen ihren Ausdruck.

Doch die Gefahr ist groß, dass auch die liebevolle Mutter, der sorgende Vater und gute Nachbar in Gleichgültigkeit verfallen, wenn es um die existenzielle Not von etwas ferner Stehenden oder gar von Menschen in anderen Erdregionen geht. Zutiefst menschliches Verhalten

und Abschottung der eigenen Wahrnehmung gegen unmenschliche Verhältnisse oder sogar Mittäterschaften wohnen oft eng nebeneinander (Welzer 2013). Aber solche Verhältnisse werden nur zu überwinden sein, wenn Millionen Menschen für sich beschließen, nicht mehr über sie hinwegzusehen, sondern gegen sie aufzustehen. Die empathische Anlage im Menschen wartet darauf, durch das Verhalten anderer vor allem in ihrem eigenen Umfeld bestärkt zu werden, Anerkennung zu finden durch die geistig-moralische Hegemonie humanistischer Werte und gestärkt zu werden durch härteste Zurückweisung aller Missachtung der Menschenwürde.

Nicht zufällig gehörten zum New Deal Anstrengungen einer moralischen Erneuerung der Gesellschaft (siehe Kapitel 2.5). Die Friedensbewegung der 1980er Jahre erhielt starke Impulse durch Film- und Fernsehproduktionen, die bei den einzelnen ihre emotionale Ablehnung von Rüstung und Kriegsgeschrei stärkten und ein Gefühl individueller Verantwortung für den Frieden in der Welt anstieß. Konzeptionelle Denkarbeit korrespondierte in New Deal-Zeiten und in der Phase erfolgreicher Rüstungskontrolle und Abrüstung stets mit emotionalen Veränderungen in der Gesellschaft. Günter Gaus schrieb: »Die Erkenntnis Jean Pauls, von ihm auf die Dichtkunst gemünzt, aber doch allgemeingültig: dass jeder Gedanke Nachbar eines Gefühls ist, jede Gehirnkammer an eine Herzkammer stößt – die Wahrheit dieses Satzes ist uns nicht verschlossen.« (Gaus 1988: 67f.)

Sicher werden die Einzelnen die Welt nicht allein durch das eigene Denken, Fühlen und Tun verändern, kollektives Handeln ist unverzichtbar. Aber dazu gehört immer die individuelle Entscheidung, sich menschlich zu verhalten, also dazu beizutragen, dass Unrecht abgewendet wird und allen Menschen gleiche Möglichkeiten für ein Leben in Würde gegeben werden.

Eine Anekdote über den berühmten Rabbi Sussja verdeutlicht dies. Es wird erzählt, dass Rabbi Sussja starb und in den Himmel kam. Er hatte alle Gesetze erfüllt und sein Name ist im Buch des ewigen Lebens eingeschrieben. Da fragt ihn Gott nach der Stadt, in der er gelebt hat: »Gab es dort nicht ein schreckliches Massaker?« Rabbi Sussja: »Ja, es war furchtbar.« »Und, hast Du dagegen protestiert?« fragt ihn Gott. Sussja antwortet: »Hätte mein Protest etwas genützt?« Darauf Gott: »Ich weiß es nicht, aber Dir selbst hätte es genützt.«

Wir leben in einer Zeit solcher Gefahren, dass diese individuelle Entscheidung von hunderten Millionen Menschen zwischen zivilisatorischer Transformation oder Entzivilisierung zukunftsbestimmend wird. Deshalb

gewinnt der Kampf um die innere Verfasstheit des Menschen so zentrale Bedeutung für eine emanzipatorische Transformation.

Jeremy Rifkin setzt in seinem Buch »Die empathische Zivilisation« dem als homo oeconomicus ausgeprägten Egotyp des Menschen ein Plädoyer für die Förderung des homo empathicus entgegen und fragt: »Ist es möglich, dass Menschen ein vollkommen anderes – empathisches – Wesen haben und dass alle anderen Charakterzüge, die wir als primäre Triebe angesehen haben – Aggressivität, Gewalttätigkeit, Egoismus und Habgier –, sekundäre Triebe sind, die ihren Ursprung in der Unterdrückung unseres elementarsten Wesenszuges haben?« (Rifkin 2010: 26) Auf die Annahme, die in dieser Frage steckt, verweisen unter anderem die Forschungen von Boehm, Erdal und Whiten zur Evolution von egalitärem Verhalten (Boehm 1999; Erdal/Whiten 1996). An ihre Erkenntnisse anknüpfend heben Wilkinson und Pickett hervor: »Mehr als 90% unserer Menschheitsgeschichte lebten wir fast ausnahmslos in sehr egalitären Gesellschaften. Etwa die letzten zwei Millionen Jahre – also den überwiegenden Teil unserer Geschichte als ›anatomisch moderne‹ Menschen mit etwa unserem heutigen Aussehen – verbrachten die Menschen als Sammler und Jäger oder Nahrungssucher in bemerkenswert egalitären Gruppen. ... In den egalitären Gesellschaften dürften ganz andere Eigenschaften als erfolgversprechend gegolten haben als in Dominanzhierarchien.« (Wilkinson/Pickett 2010: 234) Die Menschen waren aufeinander, etwa wegen gleicher Aufteilung der Nahrung und auf »Dominanzabwehrstrategien« angewiesen. Erst mit der Entstehung eines Mehrprodukts über das absolut notwendige Lebensminimum hinaus, mit der Aneignung dieses Mehrprodukts seitens der Durchsetzungsfähigsten, mit der Entstehung und Entwicklung von ungleichen Klassengesellschaften traten jene Charakterzüge der Menschen im Kampf »aller gegen alle« hervor, die Thomas Hobbes im 17. Jahrhundert als ihren Naturzustand betrachtete und die nach seiner Theorie nur durch einen starken Staat zu unterdrücken seien (vgl. Hobbes 1996).

Nach jüngeren Forschungen jedoch (u.a. Sahlin 2003) »lebten unsere Vorfahren keineswegs in dauerndem Konfliktzustand, sie hatten ihre eigenen Verfahren zur Friedensstiftung. Um jenen ›Krieg aller gegen alle‹ zu vermeiden, beruhte ihr soziales und wirtschaftliches Leben auf Systemen des Austauschs von Geschenken (siehe auch Polanyi 1978: 77ff. – D.K.) und der Aufteilung der Nahrung – und auf einem hohen Maß an Gleichheit. Mit diesen Mitteln konnten Feindseligkeiten weitgehend verhindert und die Beziehungen freundlich gestaltet werden.« (Wilkinson/Pickett 2010: 227).

Die optimistische Botschaft anthropologischer Evolutionsforschung lautet also, dass gegenwärtige Forderungen nach Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit nicht gegen die innere Natur des Menschen durchgesetzt werden müssen, sondern Anlagen entsprechen, die sich in hunderttausenden Jahren herausgebildet haben. Die Zurichtung des Menschen zu Egomaschinen dagegen beruht auf evolutionsgeschichtlich weit jüngeren und fragileren Grundlagen.

Die Hirnforschung bestätigt aus Sicht einer ganz anderen Disziplin diesen Befund der Anthropologie. Auch daran knüpfen Wilkinson und Pickett mit ihren soziologischen Forschungen an, wenn sie schreiben: »Spiegelneuronen sind ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie schon unsere biologische Verfassung uns zu zutiefst sozialen Wesen macht.« (ebd.: 239) In den Spiegelneuronen des Gehirns ist die Fähigkeit des Menschen angelegt, in den eigenen Gefühlen die Gefühle der anderen Menschen zu spiegeln und sich entsprechend einfühlsam zu verhalten. Beispielsweise rief die Welle von Kriegsflüchtlingen und Asylbewerbern im Jahr 2015 zwar größte Anstrengungen konservativer, rechtspopulistischer und neonazistischer Kräfte hervor, in den Zielländern der Zuwandernden Konkurrenzverhalten, Exklusionspraxen und Fremdenfeindlichkeit zu mobilisieren. Aber zugleich treten in großen Teilen der Bevölkerung Mitgefühl und Betroffenheit vom Schicksal der Hilfesuchenden zu Tage. Tausende freiwillige Helferinnen und Helfer leisten den Ankömmlingen praktische solidarische Hilfe – nicht primär politisch geleitet, sondern von ihrem Menschsein, von ihren empathischen Fähigkeiten und von ihrer Moral. Schon Marc Aurel mahnte an, was die Mehrheit der Bevölkerung heute bei den Mächtigen, die über ihre Sorgen vielfach hinweggehen, vermisst:

- »Gewöhne dich daran, ganz bei der Sache zu sein, wenn da jemand zu-
- hört, und versetze dich nach Möglichkeit in die Seele des Redenden!«
- (Aurel 1954: 83)

Norbert Elias hat in seinem Hauptwerk »Über den Prozess der Zivilisation« für den Zeitraum von etwa 800 bis 1900 den langfristigen Wandel von Persönlichkeitsstrukturen in Europa untersucht und als Grundtrend die Zivilisierung der Menschen festgestellt (Elias 1969). Er beschreibt, dass in den Sozialstrukturen im Gefolge des technischen Fortschritts, von Differenzierungsprozessen und anderer Faktoren eine wachsende wechselseitige Abhängigkeit der einzelnen entsteht, die er »Interdependenzverhalten« nennt. Die Menschen sehen sich in den »Figuratio-

nen«, die sie miteinander bilden, zu zunehmender Selbstkontrolle und Selbstdisziplin gedrängt und vielfach auch durch die Entwicklung zentraler Herrschaftsstrukturen dazu gezwungen. Zu den Verhaltenseigenschaften, die daraus folgen, zählt Elias die »Psychologisierung« als Fähigkeit, die Gedanken und Gefühle in anderen Menschen zu verstehen und mit dem eigenen Handeln in Beziehung zu setzen. Diese als Empathie bezeichnete Fähigkeit versteht er als Teil des historischen Zivilisierungsprozesses der Menschheit. Empathie ist in den Spiegelneuronen des Gehirns biologisch angelegt, erfährt aber, wie Elias zeigt, zugleich in sozialen Lernprozessen ihre Ausprägung. Sie ist eine biosoziale Eigenschaft des Menschen.

Allerdings hat Elias auch ausdrücklich das Wirken von Gegentendenzen, von »Entzivilisierungsschüben«, hervorgehoben. In seinen »Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert« hat er den Nationalsozialismus als exemplarisch für solche Entzivilisierung behandelt (Elias 2005). Dem relativen hundertjährigen Frieden (1815 bis 1914) des 19. Jahrhunderts folgte das 20. Jahrhundert mit zwei Weltkriegen, faschistischer Barbarei und stalinistischem Terror (Hobsbawm 1995: 38ff.; Polanyi 1978: 19ff.). Aber in die zweite Hälfte dieses Katastrophenjahrhunderts fielen in Europa auch die »goldenen Jahrzehnte« nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihren demokratischen Neuaufbrüchen und sozialen Reformen im Westen und international die Gründung der UNO mit der Deklaration der Menschenrechte als Rahmensetzung künftiger globaler Entwicklung – ehe der neoliberale Kapitalismus den Kampf aller gegen alle wieder neu erweckte.

Im Rückgriff der politischen Kombattanten auf gegensätzliche Charaktere und Verhaltensweisen – egoistische Neigungen, Konkurrenzverhalten, Rücksichtslosigkeit, Aggressivität, Gewaltbereitschaft, Menschenverachtung oder solidarisches Verhalten, Empathie, Verantwortung, Toleranz, Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe – steckt also entschieden mehr als der Versuch politischer Akteure, das Innere des Menschen für ihre jeweiligen Ziele zu mobilisieren. Es geht abermals um die Entscheidung, welche Qualitäten des Menschen die Zukunft bestimmen werden.

Den neoliberalen Machteliten und den mit ihnen verbundenen konservativen Kräften unterschiedlicher Provenienz geht es darum, die einzelnen marktkonform und hierarchiekompatibel zuzurichten und alle psychischen Anlagen des Menschen entsprechend zu selektieren – mit oder ohne Kompromisse je nach den gesellschaftlichen Umständen. Die Gefühlswelt des Menschen ist längst zum Objekt eines »mental Imperialismus« geworden.

Die gesellschaftliche Linke hat in ihren langen Kämpfen gegen mythische Verklärungen von Herrschaftsverhältnissen, gegen konservativen bis faschistischen Missbrauch von Emotionen, gegen irrationale Haltungen, die gegenwärtig beispielsweise angesichts des Zustroms von Asylsuchenden aufbrechen, der Rationalität eigenen Handelns in der Regel den Vorzug gegeben. Aber sie hat dabei oft aus dem Blick verloren, dass Menschen biologische, soziale und psychische Wesen zugleich sind (Wessel 2015). Peter Wahl beklagt daher ein »rationalistisches Missverständnis« der Linken: »Eigene Emotionen wie Hass, Rechthaberei, narzisstische Kränkung, Ehrgeiz, Schmerz und affektive Zuneigung in den eigenen Motivationen werden unterschätzt oder gar tabuisiert und mit dem Standardhinweis, man möchte sich nicht psychiatrisieren lassen, abgewehrt. Andererseits macht die Linke für menschliche Bedürfnisse wie die nach Harmonie, Wärme, Geborgenheit, aber auch nach Fun und Rausch, nach symbolischer Sinnggebung und Transzendenz keine oder zu wenige Angebote. Auffällig ist auch, dass im Gegensatz etwa noch zur 68er und Friedensbewegung, die Linke heute kaum noch künstlerische Hervorbringungen aufzuweisen hat, also Weltdeutungen, die aus einem hohen Anteil an Affekten bestehen und diese wiederum bei den Rezipienten ansprechen.« (Wahl 2015a: 21)

Natürlich ändert dies nichts an der Notwendigkeit sachlicher Analyse und rationaler Politik, gerichtet auf die große von Marx formulierte und den ganzen Menschen mit seiner Gefühlswelt betreffende Zielsetzung, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtes, ein verlorenes, ein verächtliches Wesen ist«. (MEW 1: 385)

Um diese Umwälzung der Verhältnisse zu erreichen, ist zu einer erst-rangigen Herausforderung geworden, in den kommenden gesellschaftlichen Kämpfen auf die Empathiefähigkeit und alle anderen positiven Emotionen der Menschen einzugehen und sie zu wecken, wo sie unter Egoismen, Konkurrenzverhalten und Fremdenfeindlichkeit verborgen sind. Das Mitempfinden der Nöte von Menschen in prekären Lebenslagen, etwa der Kummer von Eltern, die ihre Kinder aufgrund ihrer dürftigen Einkommen von sozialen Einbindungen, etwa von Ausflügen, Veranstaltungen und Kindergeburtstagen, ausgeschlossen sehen, das Leiden von Kriegsflüchtlingen, der Hunger von hunderten Millionen im globalen Süden, all das ist häufig solidarischem Handeln schon ganz nahe und bedarf nur noch solcher Politikangebote von machbaren Schritten zu besserem Leben, die Verstand und Gefühl potenzieller Akteure gleichermaßen erreichen.

Empathie ist ein entscheidender Zugang zu solidarischem Verhalten. Denn erst das Mitempfinden des Leidens und der Bedürfnisse anderer löst – im Verein mit politischen Überzeugungen – in den eigenen Gefühlen der einzelnen den individuellen Wunsch, ja den Drang aus, zu helfen, Beistand zu leisten, solidarisch zu sein. Häufig ist es nicht der Appell einer Partei, sind es nicht öffentliche Aufrufe zu Spenden oder dergleichen, sondern es ist der bloße Anblick etwa einer hilflosen Mutter mit ihrem hungernden Kind in einer Fernsehsendung, der als innerer Impuls zu solidarischem Handeln wirkt. Die so von Empathie getragene praktische Solidarität ist der Schlüssel zur Freiheit aller durch Gleichheit, durch das Erlangen von gleichem Zugang zu den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens. Auf sich allein gestellt werden die Menschen kein besseres Leben erreichen. Entweder Mehrheiten verschließen sich entmutigt durch ihre Lebensbedingungen, verbittert durch den Mangel an Lebensperspektiven für ihre Kinder und enttäuscht von der Politik empathischen Gefühlen, die zu gesellschaftlichem Engagement für ein eigenes besseres Leben und des Lebens anderer drängen würden. Oder es gelingt, die empathischen Anlagen des Menschen massenhaft in Energien für mitmenschliches Verhalten zu verwandeln, es gelingt die Abkehr von einem Dasein der einzelnen als Teilchen einer großen marktgetriebenen Egomaschine.

Empathischer Aufbruch oder neoliberale Gratwanderung am Rande der Entzivilisierung – das ist eine Kernfrage in der gegenwärtigen Scheidewegkonstellation. Es kommt darauf an, die durch Überlebenssorgen im Alltag, durch Stress, Leistungsüberforderung und Ängste aller Art verdeckten Empathiepotenziale in der Gesellschaft freizusetzen – als eine bei weitem noch nicht ausgenutzte Zukunftsreserve radikaler Realpolitik.

Längst existiert eine unübersehbare Menge von Initiativen und Projekten, die den Umschlag von bloßer empathischer Disposition des Menschen in praktisches Handeln verkörpern (Candeias/Völpel 2014; LuXemburg 2/2011, 3/2011, 1/2012, 1/2013, 3-4/2013). Die Existenz dieser alternativen Realität ist ein starkes Argument gegen die von Streeck und anderen vertretene These vom Verschwinden geschichtsmächtiger anti-kapitalistischer Kräfte. Aber nicht minder wichtig in der Auseinandersetzung mit dieser These ist, dass in diesen vielfältigen alternativen Praxen ein unausgeschöpftes Potenzial menschlicher Qualitäten für eine bessere Gesellschaft aufscheint. Das sind Empathie und Solidarität als eine andere Art von erneuerbaren Energien als die auf technischer Ebene ausschöpfbaren regenerativen Energiequellen.

Immer wieder weist die Geschichte Wellen der Betonung von Mitgefühl und Zuwendung zu anderen Menschen auf. Rifkin zitiert den im Geiste des Konfuzius wirkenden chinesischen Philosophen Menzius (372-289 v. Chr.), der auf die Bedeutung einfühlsamer Haltungen für das alltägliche Zusammenleben der Menschen verwies: »Dass jeder Mensch barmherzig ist, meine ich also: Wenn Menschen zum ersten Mal ein Kind erblicken, das im Begriff ist, auf einen Brunnen zuzugehen, so regt sich in aller Herzen Furcht und Mitleid. Nicht weil sie mit den Eltern des Kindes in Verkehr kommen wollten, nicht weil sie Lob von Nachbarn und Freunden ernten wollten, nicht weil sie üble Nachrede fürchteten, zeigen sie sich so. Von hier aus gesehen, zeigt es sich, ohne Mitleid im Herzen ist kein Mensch« (Rifkin 2010: 156). Menzius – mit beträchtlichem Einfluss auf die chinesische Kultur – hielt den Menschen von Natur aus für gut und einen Herrscher zu Mitgefühl mit seinen Untertanen verpflichtet.

Das frühe Christentum war über Jahrhunderte mit empathischen Ansprüchen der Nächstenliebe verbunden (ebd.: 179ff.). Die Kreuzzüge im Namen Christi allerdings förderten mit der eifernden Verachtung fremder Kulturen und blutiger Gewalt zur Unterwerfung Andersgläubiger Charakterzüge der Kreuzzügler und ihrer Anhänger, die das genaue Gegenteil von christlicher Nächstenliebe waren. In der Renaissance, die ihre Hochzeit im 15. und 16. Jahrhundert hatte, wurde das gotteszentrierte Weltbild des Mittelalters weitgehend durch ein anthropozentrisches Weltbild abgelöst. Der Humanismus wurde anknüpfend an den Idealen der Antike zu einer wesentlichen Geistesströmung. Zu ihr gehörten eine neue Betonung von Individualität und das Nachdenken über die Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens. Die *conditio humana* war ein zentraler Bezugspunkt geistiger Diskurse. In den Künsten nahm die Darstellung des nackten menschlichen Körpers in idealisierten Formen großen Raum ein. Die Schönheit des nackten Menschen wurde als Ausdruck seiner ursprünglichen Unschuld betrachtet. Von Denkern wie Erasmus von Rotterdam wurden Moral und Selbstreflexion hochgehalten. Aber diese neuen progressiven Denkweisen mussten sich in Gesellschaften Raum verschaffen, die durchaus noch von barbarischen Zügen gekennzeichnet waren. Die von Aberglauben, Fanatismus und Grausamkeit bestimmten Hexenverbrennungen sind eines der Zeichen dafür.

Ein Kulminationspunkt der Zuwendung zu solidarischem Verhalten und ihm zu Grunde liegendem empathischen Denken war die Französische Revolution 1789 bis 1794 mit der Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. »Während die bürgerliche Auffassung das Pri-

vateigentum zur Quelle von Freiheit und Gleichheit macht, ist bei den Sansculotten die lebendige, aktive Brüderlichkeit der Ausgangspunkt. Stellt erstere das egoistische Privatindividuum ins Zentrum, so letztere den sich für andere engagierenden Mit-Bruder, den Genossen, wobei es auch eine erste starke Frauenbewegung in der Revolution gab, die Brüder und Schwestern als Akteure der Politik und Gesellschaft sah.« (Brie 2009: 2) Jean Jacques Rousseau vertrat die Überzeugung, dass alle Menschen von Natur aus gleichermaßen gut geboren würden. Erst gegenläufige gesellschaftliche Umstände würden sie auf Abwege führen. Der Gedanke der fraternité, der Solidarität, wurde zu einem Grundmotiv aller emanzipatorischen Bewegungen seit der französischen Revolution. »Es gibt Begriffe, die aus der politischen Sprache nicht mehr wegzudenken sind. Selbst wenn man sie für einen Irrtum halten sollte, so bleiben sie doch als Herausforderung für die eigene Position so fundamental, dass ein Verlust das ganze Selbstverständnis infrage stellen würde. Solche Begriffe sind die Zentrumsbegriffe der Moderne, ein solcher Begriff ist jener der Solidarität.« (Metz 1998: 172)

Für die Epoche der Romantik, die sich nach der französischen Revolution entfaltete, stellte Eric Hobsbawm eine allgemeine Tendenz zur »empathischen Säkularisierung« fest (Hobsbawm 1978: 383). Als Gegengewicht zur Betonung der Vernunft und des materiellen Fortschritts durch die Köpfe der Aufklärung betonten die Romantiker die soziale und liebevolle Natur des Menschen und die Kraft seiner Fantasie. Wie andere auch sah Schopenhauer das Hineindenken in andere Menschen und das Mitleid als wesentlichen Anstoß für ein Handeln zur Beseitigung von erkanntem Leid an: »Es ist das alltägliche Phänomen des Mitleids, das heißt der ganz unmittelbaren, von allen anderweitigen Rücksichten unabhängigen Theilnahme zunächst am Leiden eines Anderen und dadurch an der Verhinderung oder Aufhebung dieses Leidens, als worin zuletzt alle Befriedigung und alles Wohlsein und Glück besteht.« (Schopenhauer 1977: 248) Schopenhauer formulierte damit einen wichtigen Zusammenhang: Eingreifendes Handeln zur Überwindung von Nöten wird getragen vom Mitleiden mit den Betroffenen. Die Solidarität mit ihnen entspringt nach Schopenhauers Überzeugung aus der Fähigkeit, sich in bedrückende Situationen anderer Menschen hineinzusetzen, diese mitzuempfinden und auf solche Weise emotional in Bewegung gebracht verändernd in Verhältnisse einzugreifen, die das Leben belasten.

Empathie und Solidarität stehen in engem Zusammenhang. Und jene Gleichheit der Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens jeder und jedes einzelnen, die Freiheit für alle ermöglicht, ist nur im Ergebnis von

Solidarität erreichbar. Diese Korrelation ist der Gegenpol zur Betrachtung der »Anderen« als fremd, bedrohlich, mit verdächtigen und gefährlichen Neigungen und daher im schlimmsten Falle auszugrenzen aus einem Menschsein nach dem herrschaftlich diktierten Normenkodex.

Diese Ausgrenzung führt bis zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Vernichtung der Juden durch den Holocaust, koloniale Völkermorde und in der Gegenwart Kriegsverbrechen und wiederum Völkermorde wie in Ruanda bedürfen der Verwandlung normaler Menschen in Massenmörder. Dies geschieht vor allem durch die Indoktrinierung der Täter, deren unmenschliches Handeln schließlich von der verinnerlichten Suggestion gelenkt wird, die Auszulöschenden seien »Untermenschen«, die die eigene »Rasse«, das eigene Dasein, die eigene Religion oder auch die eigene »historische Mission« bedrohen und die aufgrund ihres Andersseins nicht wert seien zu leben. Welzer schreibt über die Handlanger für die Umsetzung der faschistischen Blut- und Bodenideologie in millionenfachen Mord: »Sie mordeten gewissermaßen nicht als Person, sondern als Träger einer historischen Aufgabe, hinter der ihre persönlichen Bedürfnisse, Gefühle, Widerstände notwendig zurückstehen mussten. Das heißt, sie mordeten mithilfe einer subjektiven Distanz von der Rolle, die sie ausfüllen.« (Welzer 2013: 38) Sie mordeten und morden, weil sie darin einen höheren Sinn sehen. Der kann schon mit der Ausgrenzung des Fremden beginnen. Jede Art von Diskriminierung und Herabsetzung anderer ist deshalb mit äußerster Sensibilität auszuschließen.

Die öffentliche Diskussion über den Sinn allen Handelns dagegen hat zentrale Bedeutung für gesellschaftliche Weichenstellungen. Deshalb kommt auch einer modernen Erzählung so großes Gewicht zu, weil sie im Grunde vom Sinn des Lebens handelt. Empathie und Moral bilden den Gegenpol zu menschlicher Kälte, Menschenverachtung und moralischer Degradierung. In Zeiten gesellschaftlicher Krisen und Umbrüche wie den gegenwärtigen ergreift das Gespür für die Umwälzungen, die alle betreffen, Millionen Menschen. Aber der Zeitgeist kommt janusköpfig daher. Furcht vor Veränderungen und Verlangen nach Erneuerung, Unsicherheit, Ängste und Aufbruchshoffnung, Hass auf das anders Erscheinende und Suche nach Gemeinsamem, Neigung zu Gewalt und der Wunsch nach Versöhnung liegen im Widerstreit.

Die realen Konflikte und Gefahren und Positionsgewinne der Konservativen und Rechtspopulisten erhöhen die Dringlichkeit für die demokratische Zivilgesellschaft, die Hegemonie humanistischer Werte gegen antihumanistische Einstellungen und Handlungsweisen zu erreichen. Die ökologische Krise schreitet fort. Zwischen der NATO und Russland ver-

härten sich die Fronten. Mentalitäten des Kalten Krieges flammen erneut auf. Unbelehrbar wird auf Kriege gesetzt, wo es um soziale, ökologische und demokratische Problemlösungen ginge. In Europa vertieft die Austeritätspolitik die sozialen Klüfte. Der Flüchtlingszustrom wird zum Katalysator zwischenstaatlicher Widersprüche. Der Rechtspopulismus gewinnt an Einfluss.

In Argentinien wurde durch die Wahlen im November 2015 die soziale, auf wichtigen Politikfeldern postneoliberale Politik der Kirchner-Präsidentschaften nach zwölf Jahren durch einen Sieg des rechtskonservativen Mauricio Macri beendet. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die Rückkehr zu einer neoliberalen antisozialen Politik die Folge sein.

In Brasilien konnte die Partido dos Trabalhadores (PT) die Wahlen im Oktober 2014 zwar noch äußerst knapp gewinnen. Aber das neue Abgeordnetenhaus gilt mit 248 Millionären unter 513 Abgeordneten als das konservativste seit 1964. In der Regierungskoalition haben Vertreter einer Austeritätspolitik so starken Einfluss gewonnen, dass Dilma Rousseff zunehmend von einer eher links orientierten Politik abging, sich häufig antisozialen Kräften beugte und schließlich in einem putschartigen Amtsenthebungsverfahren aus dem Präsidentenamt verdrängt wurde. Dies geschieht unter dem Druck einer massiven Wirtschaftskrise, starker öffentlicher Kritik von links und von rechts, der Instrumentalisierung verbreiteter Korruption gegen die Linkskräfte in der Regierung seitens der Rechten und ihrer Medien und des Übergangs der nationalen Bourgeoisie von der Kooperation mit der PT auf die Seite der Finanzbourgeoisie. Ein Rückfall in einen hochgradig neoliberalen Entwicklungspfad ist nicht mehr ausgeschlossen (Wahl 2015b: 14-32).

Venezuela steckt ebenfalls in einer tiefen Wirtschaftskrise. Die Industrie außerhalb der Erdölgewinnung ist unterentwickelt. Der Fall des Erdölpreises reißt riesige Lücken in den Staatshaushalt und begrenzt die unter Chavez so erfolgreiche Politik gegen die Armut. Wie in Brasilien werden die großen sozialen Fortschritte für die Masse der armen Bevölkerung von sozialen Rückentwicklungen bedroht. Starke Inflation mindert die Realeinkommen. Staatlich subventionierte Güter des Grundbedarfs verschwinden zu großen Teilen auf dem Schwarzmarkt. Korruption und Veruntreuung staatlicher Gelder breiten sich aus. Das rechte oppositionelle Parteienbündnis nutzt die Defizite und Fehler in der Regierungspolitik aus und konnte in den Wahlen vom Dezember 2015 mit dem ersten Wahlsieg seit dem Amtsantritt von Hugo Chavez 1999 eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit erobern. Auch in Venezuela droht das vorläufige Ende eines postneoliberalen Zyklus.

Erste Anzeichen einer Neuformierung der Linken markieren den Gegenpol zu diesen Entwicklungen. Bemerkenswert ist die Wahl des Linken Jeremy Corbyn an die Spitze der Labour Party in Großbritannien. In den Vorwahlen der USA gelang es Bernie Sanders, in der Konkurrenz innerhalb der Demokratischen Partei um die Präsidentschaftskandidatur mit seinen sozialistischen Positionen in einer unerwartet großen Zahl von Bundesstaaten Hillary Clinton zu schlagen.

Ein pures »Weiter so« ist nicht mehr wahrscheinlich, die Zeit der relativen Stabilität des letzten Vierteljahrhunderts ist zu Ende. Konservative, Rechtspopulisten und Neonazis appellieren in gefährlicher Weise an die Emotionen der Bürgerinnen und Bürger. Die Linke setzt eine Politik der Rationalität und Vernunft dagegen. Aber um aus der Defensive herauszukommen, muss sie auch die Herzen der Einzelnen erreichen. Sie ist herausgefordert, mit ihren Politikangeboten das Innere der Menschen zu berühren und deren humane Qualitäten zu praktischem Tun zu wecken.

Jane Austen hatte in dem 1790er Jahren in ihrem Roman »Verstand und Gefühl« das damals verstärkt hervortretende Spannungsverhältnis zwischen beiden Motiven menschlichen Handelns eingefangen – in der Erzählung von Elinor, der vernunftgeleiteten Hauptfigur, und ihrer vor allem von Gefühlen bewegten Schwester Marianne (Austen 1972). Gegenwärtig sollte die Gefühlswelt der Menschen nicht den Konservativen und Rechtspopulisten überlassen werden, sondern es wäre zu versuchen, mit emanzipatorischer Politik Verstand und Gefühl der Bevölkerungsmehrheit zu erreichen. Das ist in der Zeit großer Umbrüche zu einer erstrangigen Aufgabe geworden und eine große Chance für demokratische Akteure.

Zusammengefasst: Die Verhältnisse in den urgesellschaftlichen Menschengruppen, die die Evolution des Menschen über lange Zeiträume prägten, der zivilisatorische historische Trend und immer wieder Schübe empathischen Verhaltens in der jüngeren Geschichte, die in der Hirnforschung belegten biologischen Grundlagen empathischer Fähigkeiten und der Aufstieg der stark auf Empathie beruhenden Solidarität zu einem zentralen Wert der Moderne verweisen die Linke und alle anderen humanistischen Kräfte auf ein längst nicht ausgeschöpftes unschätzbare Kraftreservoir emanzipatorischer Aufbrüche.

So betont denn David Harvey den Zusammenhang zwischen dem notwendigen Widerstand gegen die neoliberale Verwandlung der gesamten

natürlichen und gesellschaftlichen geschaffenen Umwelt des Menschen in Waren und der Entscheidung für zwischenmenschliche humanistische Werte, »was auch bedeutet, dass Werte wie Würde, Achtung, Mitleid, Fürsorge und Liebe zu revolutionären Kampfbegriffen werden. ... Diese Revolte erfasst das ganze politische Spektrum. Über die Kommodifizierung, Monetarisierung und Kommerzialisierung aller Aspekte der Natur sind ländliche Konservative genauso empört wie städtische Liberale und Anarchisten. Die Saat ist damit ausgebracht – für eine humanistische Revolte gegen die Unmenschlichkeit, die in der Reduzierung der Natur und des Menschen auf die reine Warenform zum Ausdruck kommt.« (Harvey 2015: 165)

Um den Sinn des Lebens geht es in letzter Instanz. In den kommenden Auseinandersetzungen darum haben die Linke und alle anderen humanistischen Kräfte die besseren Karten. Aber sie müssen auch ausgespielt werden.

6.3 Wie übergehen zu einer machtpolitischen Offensive von links?

Das Plädoyer für eine weit stärkere Zuwendung alternativer Akteure zur psychischen Verfasstheit der Individuen und von gesellschaftlichen Gruppen ist nicht als Vorschlag zum Wechsel von der Politik zum Psychologismus zu verstehen. Auf der Suche nach Hoffnungspotenzialen für ein Erstarken alternativer Kräfte gerieten allerdings Empathie und Solidarität und insgesamt solche psychischen Anlagen des Menschen in den Blick, die einem Ich-zentrierten Konkurrenzhabitus entgegenstehen. Die Auffassung wurde stärker gemacht als bei Linken üblich, dass Jeremy Rifkins These über Chancen zur Durchsetzung des homo empathicus gegen den homo oeconomicus auf eine reale Perspektive für die Herausbildung einer solidarischen Gesellschaft verweist.

Das heißt jedoch keineswegs, dass nun das Heil vorwiegend in der Beschwörung von Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe zu suchen ist. Wohl aber ist darüber nachzudenken, welchen Platz die empathischen Anlagen des Menschen in der Gesamtheit von Bedingungen einnehmen können, die zu einem Übergang von der Defensive der Linken in eine transformatorische Offensive führen könnten. Um diese Frage geht es im Folgenden. Wie kann der Übergang zu einer machtpolitischen Offensive von links gelingen?

Erstens: Die Arbeit an konkreten Projekten, mit denen Bürgerinnen und Bürger in der Arbeitswelt, in den Kommunen, Stadtvierteln und Kiezen ihren Lebensalltag verbessern, ist der wohl entscheidende Zugang für jene Breite von Alternativen, aus der ein gesamtgesellschaftlicher Aufbruch entstehen kann.

Das betrifft beispielsweise die bessere Betreuung der Kinder, die Pflege der Älteren und Kranken, Initiativen der Nachbarschaftshilfe, Umwelt- und Kulturprojekte, zum Beispiel das City Gardening, Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs bis zu Experimenten mit Nulltariflösungen, den Erhalt und den Ausbau von Massensportmöglichkeiten, Jugendklubs und Seniorentreffs, die Eroberung öffentlicher Räume und generell die Aufwertung und Förderung aller Bereiche der Sorge- oder Care-Arbeit, partizipative Haushalte, die Integration von Zugewanderten, Praxen der Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit und Initiativen gegen Rechtspopulismus und Neonazis. Das Wirken der Gewerkschaften für gute Arbeit und erweiterte Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie, Formen der solidarischen Ökonomie und Vorstöße zur Durchsetzung von Energiedemokratie sind zentrale Felder der Kämpfe von unten.

Die moderne Linke hat sich von der Vorstellung verabschiedet, dass aus Ausbeutung und Prekarität direkt Klassenbewusstsein und klassenkämpferisches Handeln für gesamtgesellschaftliche emanzipatorische Ziele entspringen. Aus der Zustimmung zu Werten wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität, zu Frieden und Nachhaltigkeit folgt keineswegs unvermittelt ein entsprechendes Handeln. Klaus Leggewie und Harald Welzer schreiben: »Das Pathos des Weltuntergangs, der Weltgemeinschaft und der Betroffenheit durch den Klimawandel, die an Ländergrenzen nicht haltmacht, hat kaum Handlungsrelevanz – man kann es nicht auf die erlebte Wirklichkeit herunterbrechen.« (Leggewie/Welzer 2009: 81) Allzu viele Umstände im sozialen Umfeld der einzelnen wirken oft einem Verhalten entgegen, das erkannten Problemlagen und akzeptierten Zielen entspräche. Ökologische Einsichten, Gesundheitsbewusstsein und Tierschutz geraten zum Beispiel leicht ins Abseits, wenn ein armutsverdächtiges Einkommen den Griff nach Billigfleisch-Angeboten steuert.

Wenn aber Menschen beispielsweise einen Vorteil für sich darin erkennen, kraft eigener Entscheidungen erneuerbare Energien dezentral in kommunaler Hand oder in Energiegenossenschaften zu erzeugen und Strom und Wärme zu günstigeren Preisen als von den großen Energiekonzernen beziehen zu können, wird der Zugang zu den übergreifenden Fragen der Energie und Klimapolitik schon leichter. Schlecht bezahltes

Pflegepersonal in Krankenhäusern, Selbsthilfegruppen von Angehörigen Demenzkranker, überlastete Beschäftigte in Pflegeheimen, Verantwortliche im öffentlichen Dienst für die Unterbringung von Asylbewerbern und Sozialarbeiter schlagen sich mit ihren jeweils spezifischen Sorgen herum. Als das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung aber mehr als 60 Initiativen, Projekt- und Betroffenengruppen zu der Tagung »Care-Revolution« zusammenführte, stellten sie im Verlauf ihres Erfahrungsaustauschs eine sie gemeinsam betreffende Gering-schätzung der gesamten Sorge-Arbeit durch die marktorientierte Politik als tiefere verbindende Wurzel ihrer Probleme fest. Gleichermäßen sind sie alle von der Unterfinanzierung der Daseinsvorsorge und in der Regel durch die besondere Belastung und Diskriminierung von Frauen im Care-Bereich betroffen. Das Erleben dieser Gemeinsamkeit änderte die Wahrnehmung der Probleme. Diese erscheinen nicht mehr als ganz und gar verschieden, sondern werden erkennbar als unterschiedliche Gesichter ein und desselben Grundübels: dass für die neoliberal geprägte Gesellschaft das Sich-rechnen-Müssen und nicht die Sorge um den Menschen entscheidend ist. Aus dieser Erkenntnis erwachsen eine bundesweite Vernetzung von TagungsteilnehmerInnen, Betroffenen und Aktiven sowie darüber hinaus wechselseitige und solidarische Aktionen (Dück/Fried 2015) Allerdings gehört zu solcher Vernetzung die Bereitschaft, sich in die Probleme, Sorgen und Anliegen der jeweils anderen Akteure hineinzudenken, sie mitzuempfinden und aus solcher Empathie Solidarität zu entwickeln.

Gewiss entstehen lokale und andere Projekte der Selbsthilfe oder des Protests und Widerstandes oft spontan. Um aber erfolgreich zu sein, um möglichst viele Menschen einzubeziehen und ganz unterschiedliche alternative Praxen miteinander zu vernetzen, bedarf es systematischer Organisation von Gegenmacht. Organizing wird zu einem wichtigen Ausgangspunkt der Offensive linker Kräfte. Am erfolgreichsten verlaufen Mobilisierungen für klar umrissene begrenzte Ziele, wenn Initiativen von unten sich mit der Unterstützung von erfahrenen hauptamtlichen und nebenamtlichen Aktivist:innen aus Gewerkschaften, Linksparteien oder anderen sozialen Bewegungen verbinden (Candeias/Völpel 2014: 58f.). Eines von vielen Beispielen solcher erfolgreichen Bündelung von Selbstermächtigung und professioneller Organisationsarbeit ist aus dem ver.di-Bezirk Stuttgart bekannt. Anknüpfend an Kampferfahrungen im Einzelhandel – zum Beispiel aus Streiks bei Schlecker, H&M und Zara und aus der Lidl-Kampagne – hat ver.di dort eine Task Force Organizing (TFO) gebildet. Eine langfristig arbeitende Gruppe von ver.di-Mitgliedern

sucht die Beschäftigten im Einzelhandel auf, insbesondere in Discountern mit besonders belastenden Beschäftigungsbedingungen, erkundet in dauerhafter Verbindung mit ihnen die Sorgen der Belegschaften und unterstützt sie bei der Organisierung von Widerstand und bei der Durchsetzung ihrer Forderungen (vgl. Vogel/Bayram 2013: 90ff.). Organizing wird zu einer Grundbedingung für den Übergang der Linken zu einer strategischen Offensive und beschränkt sich bereits nicht mehr auf viele Einzelbeispiele. In den USA riefen am 15. Februar 2012 über 40 Organisationen zu einer neuen Welle der Organisierung von Aktionen und zu ihrer Vernetzung auf. Dafür wurden mindestens 50.000 Aktivist:innen in einer breiten Bildungs- und Aktionsplanungskampagne trainiert. Trotz vieler Einzelerfolge dieser Kraftanstrengung gelang es allerdings nicht, eine langfristig stabile Bewegung zu konstituieren (vgl. Candeias/Völpel 2014: 73ff.).

Zu einer großen Aufgabe ist geworden, die begrenzten einzelnen Mobilisierungaktionen in einem Prozess des »transformative organizing« zusammenzuführen. Das heißt, die Erfahrungen aus praktischen Projekten und Initiativen mit theoretischen Einsichten in größere gesellschaftliche Zusammenhänge zu verbinden und im Rahmen einer Transformationsstrategie einzuordnen, die nach der hier vertretenen Auffassung eher als Strategie einer doppelten Transformation zu charakterisieren ist.

Eine Voraussetzung dafür ist, dass neben den greifbaren unmittelbaren Verbesserungen durch eigene Aufbrüche von unten das Selbstbewusstsein der Beteiligten wächst. Der gemeinsame Übergang vom Erleiden zum Aufstehen birgt die Erfahrung, dass Veränderungen auf dem Wege der Selbstermächtigung möglich sind und dass sie umso weiter reichen können, je mehr sie miteinander vernetzt und durch eine transformative Perspektive auf größere Ziele gerichtet werden. Hier fällt linken Parteien eine besondere Verantwortung zu, die Rolle einer verbindenden Partei und einer Partei mit strategischen Angeboten.

Die einzelnen Reformprojekte mögen den Rahmen des Kapitalismus nicht sprengen. Teile der Machteliten können sich daher durchaus dazu durchringen, sie hinzunehmen, um sie dem Funktionieren des kapitalistischen Systems einzuverleiben. Aber die Gesamtheit von Reformschritten, die dem Wohle der Menschen dienen und postneoliberale Tendenzen in sich tragen, statt dem rechenhaften Geist des Kapitalismus und gar seiner neoliberalen Gestalt zu entsprechen, stößt auf harten Widerstand der Herrschenden. Vor allem gilt er dem Selbstermächtigungspotenzial in den Reformen von unten, das der »marktkonformen Demokratie« widerspricht.

Um diesen Widerstand in den kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen brechen zu können, ist eine Verknüpfung der von unten wachsenden Initiativen und Projekte dringlich. Erforderlich ist aber auch ein Aufnehmen der auf dieser Ebene offen bleibenden und nur auf nationalstaatlicher und supranationaler Ebene lösbaren Fragen durch linke Parteien und übergreifende Bewegungen wie etwa Occupy oder der Bewegung für Klimagerechtigkeit und die Verdichtung der verschiedenen Kämpfe zu gesamtgesellschaftlichen Transformationsstrategien. Dieses Zusammenführen von Protest, Widerstand und alternativen Projekten geschieht in Praxen wechselseitiger Solidarität. Dazu gehörten und gehören die Besetzung öffentlicher Plätze, Generalstreiks, Demonstrationen, die Bildung von Netzwerken gesellschaftlicher Akteure in ganz verschiedenen Politikfeldern und andere Formen des Aufscheinens einer kommenden solidarischen Gesellschaft. Die Herausbildung einer Einheit in der Vielfalt findet aber auch auf einer anderen unverzichtbaren Ebene statt, auf der Ebene gesellschaftlicher Diskurse über Ziele und Wege zu einer besseren Gesellschaft, in denen Erzählungen über das Kommende entstehen.

Zweitens: Der Übergang der Linken zur strategischen Offensive gegen den neoliberalen Kapitalismus bedarf einer modernen linken Erzählung, die die Zustimmung breiter Bevölkerungskreise zu gewinnen vermag und dadurch veränderungsmächtig wird.

Ein solches Korrelat zu vielen konkreten alternativen Projekten, das für diese orientierende Werte und Ziele bietet, ist für eine strategische Offensive der Linken unverzichtbar, weil Menschen sich wohl nur dann in gesellschaftliches Neuland aufmachen, wenn sie sich darüber verständigen können, in welche Richtung der Weg führen soll. Wenn eine linke Erzählung das leistet, wird sie zum verbindenden Stoff zwischen den vielen Praxen alternativen Handelns. Sie hebt das Gemeinsame zwischen ihnen hervor, das Bündnisse nahelegt und ermöglicht.

Die Machteliten des neoliberalen Kapitalismus verfügen über eine Erzählung, die von ihren Spindoktoren in konservativen Denkfabriken, Universitäten und Stiftungen über Jahrzehnte entwickelt wurde und die inzwischen seit mehr als vier Dekaden praktisch umgesetzt wird. Es ist die Erzählung vom Markt als universellem Steuerungs- und Problemlösungsmechanismus, der staatliche Bevormundung überflüssig und jede und jeden zu seines eigenen Glückes Schmied mache. Das ist die längst real praktizierte Erzählung von Privatisierung, Deregulierung, Liberali-

sierung, Finanzialisierung und Austerität. Trotz katastrophaler Krisen, in die der Marktradikalismus geführt hat, ist der Glaube an die Alternativlosigkeit der Marktgesellschaft weiter tief im Mehrheitsbewusstsein verinnerlicht.

Alternativen zum Kapitalismus werden sich nur durchsetzen, wenn eine Gegenerzählung das Innere von Millionen Menschen erreicht und hegemonial in der Arena der politisch-geistigen Diskurse wird. Die Linke muss in den konkreten Praxen vor Ort verankert sein, wo Bürgerinnen und Bürger ihre Lebensumstände in die eigene Hand zu nehmen versuchen. Sie muss aber zugleich in den großen gesellschaftlichen Diskursen um Reichtum und Armut, um Krieg und Frieden, um die Rettung der Umwelt, um Geschlechtergerechtigkeit, um die Informationsrevolution, um Abschottung oder internationale Solidarität, um Demokratie oder Rechtspopulismus und Neonazismus, um die Zukunft die Oberhand gewinnen, wenn einer progressiven Transformation im Denken und Fühlen von Mehrheiten der Weg geöffnet werden soll. Aber noch ist die Linke weit entfernt von einem hegemonialen Einfluss auf die öffentlichen Auseinandersetzungen. Eine strategische Offensive der Linken bedarf einer modernen Erzählung von den Konturen einer solidarischen Gesellschaft, die auch als demokratischer grüner Sozialismus definiert werden kann, und von möglichen Wegen dahin.

Eine solche Erzählung wird nicht in Parteizentralen und allein von Intellektuellen erfunden. Sie entsteht – durchaus auch mit dem Zutun linker Think Tanks – durch die Annäherung der vielen besonderen Erzählungen alternativer Akteure in ihren wechselseitigen Diskursen. Ähnlich wie Ton Veerkamp über die Bibel als Erzählung der Juden und Christen schrieb: »So wird aus den vielen Texten das Ganze der Großen Erzählung, so heterogen ihre Ausrichtung und ihre Herkunft gewesen sein mag.« (Veerkamp 2012: 22)

Eine linke Erzählung, die viele Menschen bewegt, muss wohl die wissenschaftliche Analyse des Gegenwärtigen und theoretisch fundiertes Nachdenken über das Kommende in sich aufnehmen. Sie beruht auf rationalen Grundlagen. Sie ist vernünftig. Aber das gilt auch für Lehrbücher und Parteiprogramme – im günstigen Fall jedenfalls. Eine moderne linke Erzählung dagegen atmet zugleich starke Emotionen, weil sie ja aus Diskursen erwächst, in denen Menschen ihre Gefühle nicht verbergen. Johannes R. Becher schrieb: »Haltet weniger Vorträge, sprecht nicht zu euren Zuhörern von oben her – setzt Euch zu ihnen und mitten unter sie und erzählt. Erzählt ihnen, was ihr auf dem Herzen habt, vielleicht werden sie dann auch euch ihre Anliegen kundtun. Erzählt ihnen eure Ge-

danken, lasst Euch von ihnen erzählen, was sie denken. Lehrt sie nicht Politik, Wissenschaft und Literatur – erzählt ihnen davon. Lehrt nicht Geschichte – erzählt. Das Gute soll nicht so sehr gelehrt als erzählt werden.« (Becher 1983: 10)

Die Herausbildung einer gemeinsamen, breite Bevölkerungskreise ergreifenden und sie deshalb bewegenden Erzählung, weil sie sich in ihr wiederfinden, bedarf wechselseitigen Mühens aller Beteiligten um Verständnis für die Vorstellungen anderer. Sie bedarf der Empathie für die Interessen, Gefühle, Ängste und Wünsche, die in den verschiedenen Narrativen stecken. Eine parteiförmige Linke, die die Rolle einer verbindenden Partei annimmt, die Funktion des Verbindenden aber nicht für sich allein beansprucht, muss solche Empathie in besonders hohem Maße entwickeln.

Wenn eine Große Erzählung viele Narrative in sich aufheben soll, muss sie ihre eigene Mitte finden, jene zentrale Idee, in der sich viele unterschiedliche Vorstellungen von einer besseren Gesellschaft glücklich treffen. Als Mitte der neoliberalen Erzählung gilt der Markt, der nach Adam Smith mit unsichtbarer Hand optimale ökonomische Ergebnisse für das Wohl aller zu Wege bringe. Er kommt in den neoliberalen Suggestionen als gleichsam allwissendes Überwesen daher, dessen Vertrauen durch Unterwerfung zu gewinnen sei. Die wahre Mitte neoliberalen Denkens allerdings wird meist schamhaft verschwiegen. Das ist der Profit, um den sich die ganze Marktkonkurrenz und letzten Endes die Marktgesellschaft dreht. Das ist aber auch die Achillesverse dieser Erzählung – sie muss ihr Innerstes verbergen. Sie gerät ins Wanken, wenn wie in der Mehrfachkrise 2008 und in den Jahren danach der Profit der transnationalen Unternehmen und vor allem der großen Banken und Investmentfonds als tiefste Ursache der Katastrophen unserer Zeit kaum noch zu leugnen ist. Trotz dieser elementaren Schwäche des Marktliberalismus kann er seine Stärke aus den Eigeninteressen der Marktteilnehmer, aus den Gewinninteressen der Unternehmer, aus den Bedürfnissen und dem Prestigedenken der Konsumenten ziehen und sich auf eine tief verinnerlichte Wachstumsfixiertheit der Bevölkerungsmehrheit stützen. Und die neoliberale Ideologie ist durchaus erfolgreich dabei, diese Eigenschaften des Menschen so zu fördern und ihr Fehlen so zu bestrafen, dass egozentrisches Ellenbogenverhalten die ganze Gesellschaft durchzieht.

Die Mitte einer alternativen Gesellschaftserzählung liegt nach der Erfahrung staatssozialistischer Fehlentwicklungen keineswegs selbstverständlich auf der Hand. Was Sozialismus im Kern ausmacht, wurde lange Zeit verdeckt durch die marxistisch-leninistischen Propagierung des un-

eingeschränkten Machtmonopols der kommunistischen Partei, durch die Deklaration eines in Wirklichkeit den Entscheidungen des Politbüros unterliegenden gesellschaftlichen Eigentums und darauf beruhender zentralistischer Planung. Eine demokratisch-sozialistische Linke wird mit ihrem Verständnis der Mitte einer modernen linken Erzählung im Bruch mit diesen Konstruktionen an ganz anderen menschlichen Qualitäten als die neoliberale Ideologie anknüpfen, vor allem an dem allgegenwärtigen Wunsch nach freier Selbstbestimmung über das eigene Leben und nach gesicherten elementaren Bedingungen dafür. Eine linke Erzählung muss ihre zentrale Idee allerdings in solcher Weise auf den Punkt bringen, dass große Teile der Bevölkerung in ihr die eigenen Wünsche und Träume von einem besseren Leben wiedererkennen und ihr daher zustimmen können. Ernst Bloch hat dies mit Bezug auf den schottischen Essayisten und Historiker Thomas Carlyle wunderbar ausgedrückt. Carlyle schrieb: »Was der geistige Vorkämpfer sagt, waren alle Menschen schon nicht weit entfernt zu sagen, sehnten sich danach, es auszusprechen. Die Gedanken aller fahren wie aus einem schmerzlichen Zauberschlaf bei seinem Gedanken auf und erwidern ihn mit Zustimmung.« Und Bloch kommentierte diese emphatische Vorstellung: »Kommt ihre Zustimmung oft auch erst bei der nächsten Generation oder auch noch später, so lag doch das Pulver zum Schuss schon vorher bereit, und die Publizität der Zeit hat den Schuss nur nicht gehört, eben weil er an ihrem Horizont geschah.« (Bloch 1985: 143)

Das »Lösungswort der Zeitahnung« (ebd.) im Zentrum einer modernen linken Erzählung ist längst ausgesprochen: »Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen« (MEW 42: 91). Die Freiheit eines selbstbestimmten Lebens im Einklang mit der Natur zu haben – das ist das Bestimmende für ein alternatives Gesellschaftsprojekt. An die Stelle des Profits tritt das Wohl eines jeden Menschen als zentrales Maß gesellschaftlicher Entwicklung, als Orientierung aller wichtigen Entscheidungen in einer künftigen solidarischen Gesellschaft und auf dem Weg zu einem demokratischen grünen Sozialismus. Doch das »Zauberwort« (Bloch) einer alternativen Erzählung hat ein merkwürdiges Schicksal.

Bei näherem Hinsehen steckt die Sehnsucht nach den Bedingungen freier Persönlichkeitsentfaltung in allen Poren der Gesellschaft. Sie begegnet uns in den gewerkschaftlichen Kämpfen um bessere Löhne, Arbeitsbedingungen und Wirtschaftsdemokratie, in den feministischen Aufbrüchen gegen patriarchale und andere hierarchische Herrschaftsverhältnisse, in dem Engagement von Umweltaktivisten für den Erhalt

der gefährdeten natürlichen Lebensbedingungen der Menschheit, in den Friedensbewegungen, in der Solidarität mit Migrantinnen und Migranten und in den Ansätzen partizipativer Demokratie. Dieses Zauberwort von freier IndividualitätSENTFALTUNG rumort in allen Kämpfen für soziale Gleichheit der Teilhabe an den Leistungen des Gesundheitswesens, Bildung, Kultur und anderen Sozialleistungen, an menschenwürdigen Wohnverhältnissen, Mobilität, Information und nicht zuletzt an gesellschaftlichen Entscheidungen, eben an den Freiheitsgütern, ohne die es keine Freiheit gibt (Brie 2003: 120-132).

Das Zauberwort ist längst da, aber in seiner Vielgestaltigkeit wird es kaum als die orientierende Mitte der vielen Gestalten des Morgen im Heute wahrgenommen. Im öffentlichen Bewusstsein und auch im Bewusstsein vieler Linker wird das verbindende Gemeinsame in allen diesen Bewegungen nicht in aller Schärfe als zentraler Gedanke einer linken Gesellschaftsalternative und der Erzählung davon erkannt. Dieser Gedanke, dass Menschen ein Menschenrecht auf die Bedingungen ihrer individuellen Entfaltung haben, ist so zwingend, dass er in der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen, in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, in vielen Verfassungen und in das Vokabular von Parteien und Bewegungen aller Couleur Eingang gefunden hat und daher als Allerweltsutopie erscheint. Dieser ambivalente Erfolg überdeckt die Stellung des »Lösungsworts der Zeitahnung« im Zentrum linker Alternativen.

Aber nur dort hat er verbunden mit der Mobilisierung gegen die Dominanz von Kapitaleigentum, das Herrschaft über die Gesellschaft und Profitdominanz bedeutet, verbunden mit der Forderung nach sozialer Gleichheit der Teilhabe an den entscheidenden Freiheitsgütern und verbunden mit der Solidarität in den Kämpfen darum seinen gesellschaftsverändernden Ort.

Es ist diese Grundidee von einer solidarischen Gesellschaft der Persönlichkeitsentfaltung einer und eines jeden, die in vier Leitgedanken einer linken Erzählung Ausdruck findet:

- gerechte Neuverteilung von Lebenschancen und Macht,
- sozial-ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft,
- demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft,
- umfassende Friedenssicherung und internationale Solidarität.

Die großen Projekte einer linken Agenda müssen diesen vier Leitgedanken entsprechend profiliert werden. Solche Projekte sind der erhebliche Ausbau des Öffentlichen – der öffentlichen Daseinsvorsorge, eines öffentlichen Wirtschaftssektors, der öffentlichen Beschäftigung, öffent-

licher Räume und der Beteiligung der Öffentlichkeit an wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen –, die Integration von Zugewanderten, die Entwicklung einer mixed economy in sinnvoller Kombination verschiedener Eigentumsformen und nicht zuletzt europäische Zukunftsinvestitionsprogramme zur Sicherung eines hohen wissenschaftlich-technischen Niveaus nachhaltiger Produktion und sozialer Infrastrukturen als materielle Basis aller anderen gesellschaftlichen Veränderungen.

Ausführlicher wurden Vorstellungen über eine Erzählung einer modernen Linken in dem Buch »Das Morgen tanzt im Heute« entwickelt (Klein 2013: 55-109). Hier geht es nur darum festzuhalten, dass eine moderne linke Erzählung eine wesentliche Komponente des Übergangs vom Status einer Linken in der Defensive zu einer offensiven Transformationslinken ist. Eine solche Erzählung muss gleichermaßen Köpfe und Herzen großer Teile der Bevölkerung für eine progressive Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus öffnen. Sie darf sich nicht in purer Rationalität erschöpfen. Sie muss den heißen Atem des Aufbegehrens gegen überlebte Zustände mit der emotionalen Kraft heftigster Wünsche nach einem besseren Leben und mit realitätsbezogenen Fantasien über Möglichkeitshorizonte verbinden. Die Herausbildung solcher Erzählung ist Teil des Kräftesammelns für eine Offensive gegen den neoliberalen Kapitalismus.

Drittens sind breite demokratische Unten-Mitte-Bündnisse ein weiterer wesentlicher Zugang zu offensivem Handeln alternativer Kräfte. Eine solidarische Gesellschaft wird nicht von Minderheiten für die Mehrheit erkämpft. Sie kann nur entstehen, wenn sich ein breites Bündnis von Akteuren aus ganz verschiedenen Milieus auf den Weg macht. Erfolgreiche Bündnispolitik ist daher der dritte Zugang zur strategischen Offensive gegen den neoliberalen Kapitalismus.

Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung entstand eine Studie, in der neun politische Milieus der Bundesrepublik charakterisiert werden (vgl. Neugebauer 2007). Michael Brie hat auf dieser Grundlage Möglichkeiten eines breiten progressiven Bündnisses ausgelotet (vgl. Brie 2007b: 13-45). Zu den neun in der Studie »Gesellschaft im Reformprozess« untersuchten Milieus sind nach dieser Studie vier der oberen Mittelschicht (45% der Bevölkerung), zwei der unteren Mittelschicht (29%) und drei den unteren Schichten (26%) zuzuordnen (ebd.: 18f.).

Zu der oberen Mittelschicht gehören einerseits die marktwirtschaftlich orientierte und gemäßigt autoritäre Gruppe von etablierten Leis-

tungsträgern und Leistungsindividualisten, die überwiegend mit hohem sozialen Status im privaten Bereich tätig sind, und andererseits die sozial-libertäre Gruppe, sie umfasst vor allem in öffentlichen Bereichen beschäftigte kritische Bildungseliten und das engagierte Bürgertum. Die erste Gruppe ist unmittelbar der Verwertungslogik des Kapitals unterworfen. Die zweite Gruppe funktioniert eher im Rahmen einer Soziallogik. Sie dient zwar ebenfalls der Reproduktion des Kapitals, hat zugleich aber in Bildung, Kultur und Information, im Gesundheitsbereich und in der Umweltpolitik sowie auf den Feldern Sicherheit und Mobilität Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu sichern. Sie ist damit konfrontiert, dass die von ihr zu lösenden Probleme immer wieder mit dem Maßstab des Profits kollidieren. Aufgrund ihrer Erfahrung entwickelt sie partizipative Ansprüche an die Demokratie. Ihr Bildungsniveau ist mit libertären Auffassungen zum Verhältnis der Geschlechter, gegenüber Homosexuellen, Zugewanderten und anderen oft Benachteiligten verbunden.

Zumindest diese zweite Gruppe, die einer sozialen Demokratie, ökologischem Denken und zum Teil auch demokratisch-sozialistischen Vorstellungen zuneigt, kann als – oft noch potenzieller – Bündnispartner linker Kräfte angesehen werden. Selbst unter den jüngeren Leistungsindividualisten existieren Neigungen zu sozial-libertärer Entwicklung. Aber der gehobene Status dieser Gesamtgruppe und ihre verhältnismäßig sichere Stellung in der Gesellschaft bieten auch den neoliberalen Kräften Ansatzpunkte für die Einbindung dieser Milieus in den Status quo der Gesellschaft. Für den neoliberalen Machtblock sind die oberen Mittelschichten eine wichtige soziale Basis ihres Oben-Mitte-Bündnisses. Für eine alternative Entwicklung geht es darum, zumindest die zweite Gruppe der oberen Mittelschichten in ein Unten-Mitte-Bündnis einzuschließen.

Ambivalent ist auch die Stellung der unteren Mittelschichten, zu denen die von Einbußen und Abstieg bedrohte Arbeitnehmermitte und die zufriedenen Aufsteiger gehören. Letztere sind dem marktwirtschaftlichen Denken zugeneigt, weisen vielfach aber auch solidarisches Verhalten auf. Die Lohnabhängigen, meist Facharbeiter und einfache Angestellte und sozial auf dem Gegenpol zum Kapital angesiedelt, sind seit langem stark verunsichert und fordern für ihre soziale Absicherung einen regulierenden Sozialstaat. Sie gehören damit zu den Hauptadressaten linker Politik, der Organisation von Widerstand und der Herausbildung eines Unten-Mitte-Bündnisses. Aber ihre Verunsicherung korrespondiert auch mit autoritären und ethnozentristischen Vorstellungen, macht sie also auch für die Neoliberalen gewinnbar.

Die unteren Schichten umfassen nach den Befunden der Studie aus der Friedrich-Ebert-Stiftung die selbstgenügsamen Traditionalisten, die autoritätsorientierten Geringqualifizierten und das abgehängte Prekariat. In der Regel wollen sie, in Unsicherheit mit niedrigem Einkommen und ständigen Existenzängsten lebend, einen gemeinwohlorientierten Staat, der ihnen Sicherheit gibt. Aber sie erhoffen mehr Sicherheit oft auch von autoritärer Politik und neigen zu ethnozentristischer Abgrenzung von Zuwandernden und zu Fremdenfeindlichkeit.

Jüngere Untersuchungen zur Lage des Prekariats, zu seiner Zusammensetzung und zu seinen Widerstandspraxen deuten jedoch auf ein weit größeres Gegenmachtspotenzial dieser Gruppe hin als in der Friedrich-Ebert-Studie angenommen. In dieser Studie ist vom Prekariat nur als »abgehängtem Prekariat« die Rede. Dessen Umfang wird auf 8% der Gesamtbevölkerung geschätzt. Candeias, Völpel, Brinkmann und andere definieren das Prekariat breiter. »Tatsächlich arbeiten zusammengekommen bereits fast 40% der Arbeitskräfte in Deutschland unter Verhältnissen, die zumindest einige Dimensionen von Prekariat in sich vereinen, also keine dauerhafte existenzsichernden Einkommen hervorbringen, mit Dequalifikation und Überarbeit verbunden sind, aus den üblichen betrieblichen Abläufen und Kooperationsbeziehungen ausgegliedert sind, die notwendige Weiterbildung verunmöglichen, die Aufrechterhaltung von Sozialkontakten unterminieren, kaum Ansprüche auf Sozialleistungen mit sich bringen etc.« (Candeias/Völpel 2014: 44). Die erzwungene Flexibilität und ständige Unsicherheit zerstören viele Partnerschafts- und Familienbeziehungen und belasten die Erziehungs- und Sorgearbeiten. Das Alltagsleben von beachtlichen Teilen der Bevölkerung ist zunehmend von einer Krise der Reproduktion betroffen (vgl. Winker 2015: 91-118). Das heißt, was die Lebenswelt menschenwürdig macht, ist für viele nicht mehr sicher. »Dies ist der Boden, auf dem Unzufriedenheit und Scham angesichts der skandalösen Rettung der Finanzinstitute sich zur Wut entwickeln und sich bei Teilen der Bevölkerung in politisches Engagement übersetzt – und zur Mobilisierung von Occupy Wall Street geführt hat.« (ebd.: 19) Auch in Spanien und Griechenland ist das Prekariat stark an den Kämpfen gegen die Austeritätspolitik beteiligt.

Zwar bleibt ein erheblicher Teil der den unteren Milieus Zugehörigen aus Resignation, enttäuscht von der Politik oder aus Protest Wahlen fern. In Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit, niedrigem Einkommen und geringer Bildung liegt die Wahlbeteiligung bis zu 40% niedriger als in Stadtbezirken mit einer überwiegend wohlhabenden Bevölkerung. Ge-

rade diejenigen, die mit ihren Stimmen Linksparteien stärken könnten, von denen tatsächlich eine Vertretung ihrer Interessen zu erwarten ist, bleiben den Wahlen oft fern und schwächen damit das linke Lager (vgl. Kahrs 2015: 74ff.). Traditionalistisches Denken, Autoritätsfixierung und Ängste vor Konkurrenz durch Fremde machen die unteren Schichten besonders anfällig für Rechtspopulismus und Rassismus. Doch zu dieser Tendenz steht die Gegentendenz der Herausbildung einer neoliberalen Klassenfraktion im Widerspruch. Die unteren Schichten der Gesellschaft sind von den herrschenden Verhältnisse besonders hart betroffen. Sie erfahren die soziale Kälte des Kapitalismus intensiver als andere Teile der Bevölkerung. Und sie haben begonnen, sich dagegen zu wehren. Eine Rolle spielt dabei die wachsende Zahl der »kreativen Prekären«, einer – oft akademisch – gebildeten sozialen Gruppe, in der viele ihre prekäre Lage ohne feste Beschäftigung und sichere Einkommen für ein intensives gesellschaftliches Engagement nutzen und ihre Einmischung in gesellschaftliche Entscheidungen durch die Forderung nach einem bedingungslosen existenzsichernden Grundeinkommen stabilisieren wollen. Die gesellschaftliche Linke ist der Solidarität mit denen im »Unten« der Gesellschaft und ihrer Mobilisierung im Rahmen eines Unten-Mitte-Bündnisses besonders verpflichtet.

Durch alle diese Milieugruppen gehen – unterschiedlich ausgeprägt – Gegensätze zwischen alternativen Werteeinstellungen. Soziale Gerechtigkeit und die soziale Kälte des Marktradikalismus, Libertarismus und Autoritarismus, ökologische Verantwortung und umweltvergessene Wachstumsfixiertheit sind die Gegenpole. Die neoliberale Politik produziert und mobilisiert die eine Grundorientierung für ein Oben-Mitte-Bündnis. Die solidarische Politik der Linken ist herausgefordert, die andere Grundtendenz im Denken und Handeln zu einem Unten-Mitte-Bündnis zur Geltung zu bringen. Dies ist eine der Grundvoraussetzungen für eine machtpolitische Offensive der linken und demokratischen Kräfte der Gesellschaft.

Für den Übergang zu einer solchen Offensive sind schließlich noch die Aussagen oder die Quintessenz der hier vorgestellten Überlegungen zu Differenzierung, Lern- und Reformfähigkeit in den Machteliten festzuhalten.

6.4 Quintessenzen zu Differenzierung und Reformfähigkeit in den Machteliten

Erstens: Doppelte Transformation

In diesem Buch wurde die für linke Strategien gewichtige Frage erörtert, ob nach dem Übergang vom entfesselten privatmonopolistischen Kapitalismus zum New Deal in den USA, zu den Wohlfahrtsstaaten Skandinaviens und zum sozialstaatlich regulierten Kapitalismus in der gesamten OECD-Welt nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal eine ähnliche innerkapitalistische progressive Transformation durchsetzbar ist. Das schließt die Frage ein, ob Teile der Machteliten nochmals dazu bewegt werden können, ihr eigenes Heil in sozialeren Formen des Kapitalismus zu suchen.

Manche – selbst unter den konzeptionellen Wegbereitern der Agenda 2010 – sehen für den gegenwärtigen neoliberalen und finanzmarktgetriebenen Kapitalismus nur noch seinen krisenhaften Niedergang (exemplarisch Streeck 2015). Andere erwarten von enorm beschleunigten wissenschaftlich-technischen Umwälzungen bis zu den Wirkungen künstlicher Intelligenz im Verein mit gewaltiger Ausweitung der Märkte durch den Aufstieg der heute noch armen Entwicklungsländer zu neuen Zugpferden des Welthandels abermals einen gewaltigen Wachstumsschub für den Kapitalismus. Einen Schub allerdings, der durch die explodierende Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Nahrungsgütern einer Neun-Milliarden-Weltbevölkerung und durch die desaströsen ökologischen Folgen der neuen Wachstumswelle schließlich an den Rand des Abgrunds gerät: irgendwie zu Lösungen fünf nach zwölf oder in einen dritten Weltkrieg (exemplarisch Cattin 2011).

Oder wird der Mainstream-Hoffnung entsprechend ein künftiges Wachstum dem Kapitalismus ohne wesentliche Brüche auf wunderbare Weise ein von seinen Krisen überwiegend befreites neoliberales Weiter so bescheren? (exemplarisch Paqué 2010)

Wohin die Entwicklung tatsächlich gehen wird, ist unsicher – zu komplex die Zusammenhänge, zu groß das Tempo unvorhersehbarer ständiger Veränderungen, zu offen, wie die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sich verschieben werden. Entzivilisierungsprozesse des Kapitalismus (1.) sind ebenso wenig auszuschließen wie ein längeres konfliktreiches Andauern des neoliberalen Kapitalismus bei sehr gedämpftem, teils nur selektivem Wachstum in seinen alten Zentren, gestützt auf IT-Innovationen und auf ein mehrheitliches Hinnehmen autoritärer Herrschaftsformen (2.) wie Prozesse progressiven Wandels (3.).

Nach der Mehrfachkrise 2008 und danach dauert die neoliberale Herrschaft an, mit verstärkt antisozialen, autoritären und imperialen Vorzeichen, mit partiellen sozialen Zugeständnissen und ganz und gar unzureichenden Versuchen, auf die fortschreitende ökologische Krise zu reagieren. Unwahrscheinlich ist, dass eine große Revolution den Kapitalismus in einer Reihe wichtiger Länder hinwegfegen wird; jedenfalls wenn Revolution als zeitlich geraffter Akt der Beseitigung aller bisherigen Herrschaftsverhältnisse und der Lösung aller wesentlichen Probleme der Gesellschaft verstanden wird. Die Machtfülle der Herrschenden, die Hyperkomplexität der Problemlagen, die unvermeidliche Langwierigkeit der Lernprozesse auf der Suche nach neuen Lösungen, die Langsamkeit des Wechsels im öffentlichen Bewusstsein von tief verinnerlichten bürgerlichen Werten zu neuen Maßstäben des Lebens, der Zeitbedarf partizipativer Demokratie bei Entscheidungen und der Anspruch, einen größtmöglichen Teil der Bevölkerung als Träger einer neuen Gesellschaft zu gewinnen, sprechen eher für einen langen Prozess von kleinen und großen Reformschritten, von partiellen und umfassenden Brüchen der Entwicklung, für eine Verbindung von Reformen mit einschneidenden Veränderungen von revolutionärer Tiefe.

Im glücklichsten Fall und unter der immer wieder betonten Voraussetzung tiefgreifender Veränderungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links ist für einen längeren Zeitraum eine progressive systeminterne Transformation des Kapitalismus vom Neoliberalismus zu einer demokratischeren, sozialeren und stärker ökologisch orientierten Gestalt des Kapitalismus zu erwarten. Da das Profitsystem solcher Entwicklung jedoch strukturelle Grenzen setzt und sie ständig mit Rückschritten bedroht – so wurde hier argumentiert – werden alternative Akteure bereits mitten in einer progressiven bürgerlich-demokratischen Transformation den Einstieg in eine Große Transformation über den Kapitalismus hinaus suchen müssen, also eine Verbindung von systeminterner Transformation mit einer systemsprengenden Transformation zu einer doppelten Transformation.

Dieses Konzept bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als der notwendigen Verteidigung gegen Sparpolitik, gegen die verstärkte Neigung zu militärischen Lösungen von Konflikten, gegen autoritäre überwachungsstaatliche Tendenzen, gegen den Aufwind für rechtspopulistische Kräfte eine klare Perspektive des Übergangs der Linken zu eigener transformatorischer Offensive zu geben.

Vorläufig wird die Abwehr des zunehmenden neoliberalen Drucks mit einer Strategie des Herankommens an eine progressive postneoli-

berale Transformation im Kapitalismus zu verbinden sein. Die vielen einzelnen Aktionen des Widerstands und Protests müssen mit der Suche nach dem Vorwärts, nach der Einleitung eines politischen Richtungswechsels verbunden werden. Streiks von Kitaangestellten und medizinischem Pflegepersonal für bessere Bezahlung und bessere Personalausstattung zum Beispiel sind wichtig, um eklatante Missstände in diesen Bereichen zu überwinden. Dies aber mit dem weiterreichenden Konzept prinzipieller Aufwertung der gesamten Sorgearbeit, der Veränderung der Proportionen zwischen Investitionen in die Produktion und Investitionen in die Sphäre humanorientierter, nicht herkömmlich profitabler Dienstleistungen zu verbinden, zielt bereits auf eine postneoliberale Entwicklung. Denn es wird generell infrage gestellt, dass die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen an Kostenbegrenzung und Gewinn zu messen sind. Vielmehr gerät eine andere gesellschaftliche Grundorientierung in den Blick.

In solchen Kämpfen rumort die Frage an die Linke, ob sie die Phase des New Deal in den USA, der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in skandinavischen Ländern und generell des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg für eine einmalige, besonders glückliche Bedingung geschuldete Ausnahme hält oder ob sie eine erneute progressive – diesmal postneoliberale – Transformation des Kapitalismus zur eigenen mittelfristigen Strategie erklärt. Natürlich würde ein solcher Wandel unter den erheblich veränderten Bedingungen anders aussehen als ehemals der fordistische Kapitalismus in Gestalt der »sozialen Marktwirtschaft«.

Die vorgelegten Analysen und theoretischen Überlegungen haben ergeben: Noch im Rahmen des Kapitalismus sind so weitreichende Reformen realisierbar, dass – vergleichbar dem Übergang vom privatmonopolistischen Kapitalismus zum sozialstaatlich regulierten (Monopol-) Kapitalismus – eine neue Entwicklungsphase des Kapitalismus nach seiner neoliberalen Stufe möglich erscheint.

Drei Momente zu verbinden, markiert den Weg zu einer solidarischen Gesellschaft oder zum demokratischen grünen Sozialismus: 1. eine Strategie des Herausfindens aus der Defensive der Linken und des Herankommens an eine systeminterne Transformation des Kapitalismus, 2. die Durchsetzung einer postneoliberalen Transformation des Kapitalismus, das heißt des starken Eingreifens von Linksregierungen und/oder einer starken Opposition in die Gestaltung des Kapitalismus, und 3. die Einbettung einer solchen radikalen Reformpo-

litik in eine Strategie doppelter Transformation, die den Kapitalismus selbst infrage stellt.

Dass die Übergänge zwischen diesen Verläufen fließend und nicht scharf voneinander abgrenzbar sind, versteht sich von selbst.

Zweitens: Das Establishment zu progressiven Reformen drängen

Eine solche strategische Rechnung darf nicht ohne den Wirt gemacht werden, in diesem Falle nicht ohne die Machteliten. Hat die Linke davon auszugehen, dass alternative Akteure es zwangsläufig mit einer monolithischen Phalanx des herrschenden Machtblocks zu tun haben? Oder hat sie auch mit Differenzierungen in diesem Block und mit der Möglichkeit zu rechnen, die Öffnung eines Teils des Establishments für eine postneoliberale progressive Gestalt des Kapitalismus zu erreichen? Die Auseinandersetzung mit dieser Frage ist der Gegenstand der vorangegangenen Kapitel dieses Buches. Die hier noch einmal aufzugreifende Antwort ist, dass eine linke Strategie mit beiden Möglichkeiten rechnen muss. Aber die zentrale Quintessenz aller Überlegungen zu Differenzen unter den Herrschenden ist, dass die Linke aktiv auf eine Lösung reformfähiger Teile der Machteliten von der bisher bestimmenden unheilvollen neoliberalen Politik hinarbeiten muss. Es gibt gute Gründe für die demokratischen Kräfte, alles zu tun, um Teile des Blocks an der Macht zu einer progressiven Transformation des Kapitalismus zu bewegen. Es wird zu erarbeiten sein, was das für die Programmatik der Linken, für ihr öffentliches Erscheinungsbild, für ihre politische Flexibilität, für die Balance zwischen antikapitalistischer Offensive und Kooperation mit reformfähigen Teilen des Blocks an der Macht, für ihre Sprachpolitik und politische Kultur bedeutet.

Gewiss bleiben die kapitalistischen Grundstrukturen die tiefste Ursache der großen Desaster unserer Zeit und müssen immer wieder als solche deutlich gemacht und infrage gestellt werden. Natürlich müssen die Schuldigen an wachsender sozialer Ungleichheit, andauernder Ausplünderung der Völker des globalen Südens, an Rüstungsproduktion, Rüstungsexporten und Kriegen, Umweltzerstörung und hierarchischen Unterdrückungsverhältnissen schonungslos benannt werden. Also muss die Linke radikal bleiben. Aber entschieden stärker als unter Linken gewohnt sollten Interessen innerhalb der Machteliten an einer anderen progressiven Kapitalismusvariante analysiert und in den öffentlichen Diskursen hervorgehoben werden – auch wenn das Establishment bemüht ist, innere Differenzen vor der Öffentlichkeit zu ver-

bergen. Die Linke würde sich von einer Inkonsistenz in ihrer Politik und Argumentation verabschieden. Diese besteht bisher darin, dass sie berechnete und weitreichende Forderungen erhebt, dass aber linke Akteure im gleichen Atemzug betonen, im Rahmen des Kapitalismus seien wirklich wesentliche Verbesserungen natürlich nicht zu erreichen. Stattdessen würde die Linke die herrschende Politik weiter konsequent angreifen, aber deutlich machen, dass Teile der Machteliten durchaus Interesse an postneoliberalen Entwicklungen haben, die zur Geltung zu bringen sind. An die Stelle oft praktizierter genereller Verurteilung der herrschenden Klasse träte unverändert die Bloßstellung ihrer abgewirtschafteten Politik, verbunden jedoch mit der Herausforderung der weitblickenderen Kreise, der Flexibleren und fast schon Verantwortungsbereiten unter den Mächtigen, endlich zu tun, was sie selbst schon als überfällig erkennen oder ahnen. Den Kapitalisten vorzuwerfen, dass sie Kapitalisten sind und deshalb nicht anders handeln könnten als so, wie sie es tun, ist die traditionelle Argumentationsfigur der Linken. Konstruktiver ist, darüber hinausgehend die Herrschenden öffentlich dafür anzuklagen, dass sie das, was sie im eigenen kapitalistischen Rahmen längst tun könnten, aber mit der Folge von Armut, Hunger und Kriegen in großen Erdregionen, von sozialen Klüften selbst in den reichen Ländern und der Erosion unserer natürlichen Lebensbedingungen nicht tun. Marc Aurel, Mahnender gegenüber den Herrschenden noch nach fast zwei Jahrtausenden, klagte einst:

- »Ein Unrecht begeht oft der, der eine Handlung unterdrückt, nicht
- nur der, der etwas tut.« (Aurel 1954: 124)

Nicht wenige unter den Mächtigen wissen, wieviel großes Leid sie verursachen und dass sie Vieles davon durch eine andere Politik vermeiden könnten. Aber sie unterlassen es trotzdem. Das ist ihre subjektive Schuld. Aber da es selbst innerhalb der Grenzen des Kapitalismus keinen unentrinnbaren Zwang gibt, an seiner neoliberalen Verfasstheit festzuhalten, ist die Forderung an die Machteliten, sich auf eine postneoliberale Entwicklung einzulassen, durchaus realitätsgebunden. Dazu gehört auch die Anerkennung der großen Potenziale bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften für eine progressivere als die gegenwärtige Entwicklung und mancher Veränderungen in dieser Richtung, die unter dem Druck der Umstände bereits vollzogen werden.

Nichts spricht dagegen, in linke Politik auch Angebote an die Mächtigen einzuschließen. Beispielsweise Löhne zu zahlen, die die Massen-

kaufkraft und damit den Absatz der Unternehmen stärken, liegt in ihrem Interesse und in dem der Lohnabhängigen. Genauso hat Roosevelt einst wichtige Reformgesetze des New Deal begründet. Den ökologischen Umbau radikal voranzutreiben, würde das Kapital vor riesigen Kosten der Anpassung an den Klimawandel und der Reparatur von Klimaschäden bewahren, soweit das noch möglich ist. Durch die Unterstützung von Entwicklungsländern unter Einsatz erheblicher Mittel mit einer gerechten Weltwirtschaftspolitik endlich ernst zu machen, würde die Machteliten vor den Belastungsproben der Zuwanderung von Millionen und Abermillionen Migrantinnen und Migranten bewahren. Waffenexporte einzustellen, würde die Terrorgefahr auch für die Herrschenden mindern.

Die Herrschenden haben im Laufe der Geschichte immer wieder das ihnen Mögliche getan, um im Gedächtnis der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen auszulöschen, was den Oberen gefährlich werden konnte. Vor allem die Erinnerung an frühere Aufstände und Rebellionen der Subalternen für ein besseres Leben sollte verschüttet werden. Wie nun aber, wenn die Linke sich gegenüber den Machteliten genau umgekehrt verhielte und alles ihr Mögliche tut, um sie durch die Erinnerung an die frühere aufgeklärte Politik des Establishments zu heutigem besseren Handeln zu drängen?!

Tschingis Aitmatow hat dem Bestreben der Mächtigen aller Zeiten, Erinnerungen mit aufständischem Geruch zu unterdrücken, in seinem Bericht über das grausame Schicksal der Mankurts in der kasachischen Sary-Ösek-Steppe symbolische Gestalt gegeben. Er hat in seinem Roman »Ein Tag länger als ein Leben« erzählt, wie vor Jahrhunderten die Juan-juan in die unermesslich weite Steppe einfielen und sich Gefangene zu Sklaven machten. Um ihre Identität als freie Menschen zu zerstören, um jeden Gedanken an die eigene Geschichte in einem nicht versklavten Leben zu ersticken, wendeten sie eine schreckliche Tortur an. Den unseligen Gefangenen wurde über die kahl geschorenen Köpfe die noch warme blutige Haut eines geschlachteten Kamels gezogen. Gefesselt in der glühend heißen Steppe ohne Wasser für Tage der brennenden Sonne ausgesetzt, zog sich die Kamelhaut wie ein eisernes Band zusammen, verwuchs mit der Haut der von Schmerzen Zerrissenen und vernichtete in den Überlebenden, nun als Mankurts bezeichneten Unglücklichen alles Wissen über deren Herkunft. Für immer verwirrte sich der Verstand der Gefolterten, so dass das »Gedächtnis, gewaltsam gebrochen, unabweisbar die Verankerungen in der Vergangenheit einbüßte«. Die Juan-juan hatten ein Mittel gefunden, »den Sklaven die lebendigen Erinnerung zu nehmen, und verübten damit an der menschlichen Na-

tur das schwerste aller denkbaren und undenkbaren Verbrechen.« (Aitmatow 2015: 146f.)

Aitmatows poetische Wiedergabe der Legende von Neiman-Ana, der vom Kummer um ihren zum Mankurt verstümmelten Sohn gepeinigten Mutter, ist eine Anklage gegen alle Zerstörung des Bewusstseins von Menschen, gegen alle Versuche, ihnen ihre Geschichte, ihre Erfahrungen und ihr Wissen und damit Möglichkeiten ihres Handelns zu nehmen.

Heute benutzen die Machteliten zivilisiertere Methoden der Trennung des Menschen von seinen menschlichen Anlagen, der Schwächung ihrer einzigartigen Individualitäten und der Verschüttung ihres Rückgriffs auf die Geschichte von Kämpfen gegen herrschaftliche Hierarchien. Heute stehen ihnen eine mächtige Medienwelt, Heerscharen von Werbepsychologen, Think Tanks als Produzenten von Herrschaftsideologien, die verdrängende Wirkung von Alltagsstress in der Leistungsgesellschaft, die Betäubungsmittel der Konsumgesellschaft und der Eventveranstalter zur Verfügung. Der Konkurrenzmechanismus schneidet sogar sie selbst von Zeiten eigener größerer Entscheidungssouveränität wie in der Ära des New Deal ab.

Die Linke hat ein elementares Interesse daran, dass den Machteliten nicht – wie einst den Mankurts – die Besinnung auf die Handlungsfreiheiten ihrer progressiven Geschichtsphasen verloren geht. Sie erinnert die Regierenden und die Wirtschaftskapitäne an das Rückgrat, das einst die Spitzenpolitiker des New Deal und die Wegbereiter skandinavischer Wohlfahrtsstaaten gegenüber skrupellosen Kapitalmagnaten aufbrachten – gemeinsam mit Progressiven in den Führungsetagen des Großkapitals. Sie ruft in das Gedächtnis der gegenwärtigen Machteliten zurück, dass die Öffnung ihrer Vorgänger für ein Denken in Kategorien »Gemeinsamer Sicherheit« zu Zeiten akuter Atomkriegsgefahr Überlebensbedeutung für die Menschheit hatte. Trotz oder sogar wegen ihres Wissens um die Handlungszwänge, die von den kapitalistischen Grundstrukturen auch für die Herrschenden selbst ausgehen, ruft die Linke deren Erinnerung daran auf, dass in der Vergangenheit die damaligen Eliten den Mut aufbrachten, diese Strukturen progressiv umzubauen – wenn auch in Grenzen. Die Linke schreit in das Mediengetöse ihre Mahnung an die Machteliten hinein, sich selbst von den modernen Varianten der Kamelhaut auf ihren Köpfen zu befreien, um aus zurückliegenden Zeiten Anstöße zur Verantwortung für kommende Zeiten aufzunehmen. Ohne den Kampf um die Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse abzuschwächen, beschwört sie die Lernfähigen im herrschenden Machtblock, endlich eine würdige Nachfolge jener früheren Machträ-

ger anzutreten, die sich progressiven Wandlungen des Kapitalismus nicht verschlossen haben.

Die Wahrnehmung der Linken in der Öffentlichkeit würde sich verändern. Von einer Kraft, die den Machteliten in jeder Situation ein uneingeschränktes Nein entgegenschleudert, würde eine prinzipienfeste Gegenmacht werden, die dieses Nein sogar verstärkt, aber mit der Hervorhebung und Ausnutzung von Interessen innerhalb des Machtblocks an sozial-ökologischen Korrekturen der herrschenden Politik koppelt. Robert Misik schrieb: »Immer nur Dagegensein? Da bin ich nicht dafür.« (Misik 2010: 5) Sicher ist der Linken solche differenzierte Sicht häufig bereits eigen. Aber allzu oft verschwindet sie hinter groben Schwarzweißrastern. Und sie wird durch antisoziale, zunehmend autoritäre, nicht selten menschenverachtende und aggressive Seiten der herrschenden Politik vielfach auch fast ausgeschlossen. Aber sie ist allein schon deshalb unverzichtbar, weil eine kommende solidarische Gesellschaft nicht schlagartig entstehen wird. In künftigen progressiven Transformationsprozessen werden längere Zeit sowohl linke Kräfte als auch alte Machteliten ihre Machtressourcen gegeneinander in Stellung bringen. Und alles wird darauf ankommen, dass der Einfluss wenigstens eines Teils der bisher Herrschenden nicht für die Konterrevolution mobilisiert, sondern in produktive postneoliberale Bahnen gelenkt wird. Wenn dies nicht gelingt, drohen wie gegenwärtig in einigen bisher linksregierten lateinamerikanischen Ländern gravierende Rückschläge.

Das alles ist nicht neu. Wohl aber gehört eine explizite Doppelstrategie gegenüber dem herrschenden Block noch nicht zum linken Allgemeingut: gegen die Machteliten mit einem möglichst großen Teil von ihnen möglich zu machen, was die Beschwörung der Alternativlosigkeit als unmöglich behauptet. Hinter den Kulissen der öffentlich wahrnehmbaren Politik und Diplomatie gehört die Suche nach Differenzierungen auf der anderen Seite längst zur üblichen Praxis. Aber als öffentlich erkennbare Strategie der Linken wäre ein in das Konzept doppelter Transformation eingebetteter sichtbar differenzierender Umgang mit den Machteliten neu.

Dafür gibt es durchaus Ansätze. Hermann Scheer, der leider früh verstorbene Präsident von Euro-Solar und Träger des »Alternativen Nobelpreises«, und Andrea Ypsilanti haben beispielsweise einen ganzen Katalog von Geschäftsinteressen unterschiedlicher Branchen an einer Energiewende benannt, die für einen ökologischen Umbau zu nutzen

sind. Das betrifft unter anderem Teile des Maschinenbaus, die Elektro- und informationstechnische Industrie, den Schienenfahrzeug- und Schiffsbau, die Bauwirtschaft und Baumaterialerzeugung, die chemische und zum Teil sogar die Automobilindustrie (Scheer/Ypsilanti 2011).

In den Monaten der Aushandlung eines neuen Kreditpakets für Griechenland zwischen der Regierung Tsipras und der Troika kamen Interessen eines Teils des europäischen Machtblocks an einer Lockerung des Austeritätswanges nicht zur Geltung (siehe Kapitel 1.4.). Aber solche Interessen existieren, wirken weiter und könnten künftig für eine progressive Transformation Griechenlands und anderer Länder wichtig werden.

Kurz, statt davon auszugehen, dass die Entscheidung des reformoffenen Flügels der Machteliten in zurückliegenden Zeiten für einen sozialstaatlich regulierten Kapitalismus eine nicht wiederholbare historische Ausnahme war, sollte eine moderne linke Politik darauf zielen, künftig abermals die Fähigkeit des Kapitalismus zu einer progressiven Transformation herbeizuzwingen. Dies allerdings im Bewusstsein der Grenzen kapitalistischer Reformfähigkeit, die schließlich ein Überschreiten der Grenzen des Kapitalismus selbst erfordern werden.

An dieser Stelle mag ein kurzer Rückblick darauf helfen, dass im marxistisch-leninistischen Denken die Theorie der allgemeinen Krise einen wichtigen Platz hatte. Sie war die theoretische Zusammenfassung der Erwartung eines permanenten unaufhörlichen Niedergangs des Kapitalismus, der keinen Raum für eine Reformfähigkeit des kapitalistischen Machtblocks zuließ.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts konnte sie durchaus ein gewisses Maß an Plausibilität beanspruchen. Der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus führte bald in das Grauen des Ersten Weltkrieges. Diesem folgten Revolutionen und vor allem die Entstehung der Sowjetunion. In Deutschland und in anderen Ländern grassierte nach dem Krieg eine heftige Nachkriegsinflation. Die kurzen »goldenen Zwanziger« im Westen mündeten in die tiefste Wirtschaftskrise der kapitalistischen Wirtschaftsgeschichte, in die Weltwirtschaftskrise 1929/32. Deutschland, Italien, Japan und andere Länder suchten den Ausweg aus der Krise in der Rüstung. Die USA gerieten schon 1938 in die nächste tiefe zyklische Krise. Der gesamte Krisenverlauf mündete in den Zweiten Weltkrieg und in den Holocaust. Trotz furchtbarer Verluste ging die Sowjetunion international gestärkt aus dem Krieg hervor. Der Kapitalismus verlor in Europa große Teile seines Herrschaftsgebiets. In Asien war China verloren. Der größte Teil der

armen Länder warf den kolonialen Status ab. Eine unaufhaltsame allgemeine Krise des Kapitalismus schien in der Tat den Lauf der Geschichte zu bestimmen.

Aber in der Theorie der allgemeinen Krise wurden die progressiven sozialstaatlichen Transformationen des kapitalistischen Systems weitgehend ausgeblendet. Der fordistische Verteilungskompromiss und die Stabilisierung demokratischer Herrschaftsformen blieben unterbelichtet. Die Erweiterung des politischen Spielraums der westlichen Machteliten durch die wissenschaftlich-technische Revolution wurde unterschätzt. Die Revitalisierung des Kapitalismus durch den Aufstieg ehemaliger Kolonien zu mächtigen Schwellenländern im Übergang zu neuen kapitalistischen Zentren blieb unzureichend verarbeitet. So mussten immer wieder neue Stufen des kapitalistischen Niedergangs konstruiert werden, um trotz dieser Stabilisierungsprozesse die Vorstellung eines unaufhaltbaren Abwärtsprozesses aufrechtzuerhalten.

Die Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die die relative Selbstständigkeit des Staates gegenüber dem privaten Monopolkapital und eine langfristige staatliche Handlungsfähigkeit betonte, bot die Möglichkeit, in einer Art theoretischer Bewusstseinspaltung parallel zu der hochgradig ideologiegebundenen Theorie der allgemeinen Krise eine weitgehend realitätsgerechte Kapitalismusanalyse zu entwickeln, die ebenso die Krisenprozesse wie die Entwicklungspotenziale des Kapitalismus erfasst. Immerhin erlaubte dies der SED-Führung ohne offensichtlichen Konflikt zu dieser Seite marxistisch-leninistischer Theorieentwicklung, in dem gemeinsamen Dialogpapier der SPD-Grundwertekommission und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED die Friedens- und Reformfähigkeit des Kapitalismus als eine Grundbedingung der Politik »Gemeinsamer Sicherheit« anzuerkennen.

Von der Friedens- und Reformfähigkeit des Kapitalismus als eine Grundbedingung der Friedenssicherung auszugehen – das wurde damals zu einer unverzichtbaren Grundlage verantwortungsbewusster Politik. Heute steht wiederum auf der globalen Agenda, zur Überwindung existenzieller Gefahren für die Menschheit – von Kriegen, ökologischen Bedrohungen, extremer sozialer Ungleichheit und internationalem Terrorismus – die Lern- und Reformfähigkeit eines Teils der kapitalistischen Machteliten durch den Druck von Gegenmächten hervorzutreiben und auszuschöpfen.

Die Vielzahl ungelöster globaler und innergesellschaftlicher Probleme tritt jüngst mit gesteigerter Intensität, das Alltagsleben spürbar betref-

feld, besonders augenscheinlich und mit starken Emotionen verbunden in der Flüchtlingskrise hervor. Was bisher durch die Regierenden, aber auch aus dem öffentlichen Bewusstsein der Bevölkerung in den Metropolen des kapitalistischen Weltsystems verdrängt wurde, gewinnt mit der Ankunft von Millionen Flüchtlingen in Europa plötzlich die Gestalt leidvoller Schicksale. Mit den Flüchtlingen rücken die Schrecken von Kriegen an uns heran, die die USA und ihre NATO-Partner out of area geführt oder ermöglicht oder gebilligt oder nicht verhindert haben. Die Menschen flüchten vor der Armut nach Europa, die teils noch im Kolonialismus wurzelt, die durch ungerechte Weltwirtschaftsstrukturen, durch die ruinösen Folgen aggressiver europäischer Exportpolitik für die heimische Wirtschaft der Entwicklungsländer und des land grabbing immer wieder neu produziert wird. Sie flüchten vor Gewalt und Terror, die in Hunger, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit einen Nährboden haben. Sie kommen in wachsender Zahl als Umweltflüchtlinge, weil ihre natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden und weil die reichen Hauptverursacher unter den Staaten sich vor der Haftung für die von ihnen zu verantwortenden Umweltkrisen drücken. Sie flüchten vor autoritären Regimen, die oft als »Stabilitätsanker« von den Mächtigen in den Industrieländern gestützt werden.

Die Millionen Flüchtlinge sind die lebendigen Zeugen für die Grunddefizite des gegenwärtigen Kapitalismus, für das Versagen der herrschenden Politik angesichts der Probleme und Gefahren im 21. Jahrhundert. Sie gehören zu den Ärmsten, die mit dem Verlust ihrer Heimat, ihrer Habe und oft des Lebens ihrer Nächsten bezahlen, wofür sie keine Schuld tragen. Die sogenannte Flüchtlingskrise ist also keine Flüchtlingskrise, sie ist die Krise des gegenwärtigen Kapitalismus und der Politik seiner Machteliten.

Die europäische Flüchtlingspolitik vollzieht sich jedoch vorbei an dieser Natur der Migrationsprobleme. Eine radikale Abkehr davon ist geboten, Konflikte hochgradig militärisch lösen zu wollen. Dringlich sind die Umkehr zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und der Übergang von umweltzerstörendem Wachstum zu nachhaltiger Entwicklung, die eine bisher nicht gekannte globale Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum und Umweltverbrauch einschließt. Der Einstieg in eine solche Richtungsänderung der Politik muss so schnell, so glaubhaft und so spürbar erfolgen, dass der Flüchtlingsstrom angesichts neuer Perspektiven in den Heimatländern der Migrantinnen und Migranten nachlässt – vor allem, weil die weitaus meisten von ihnen in ihrer Heimat leben wollen. Potenzielle Flüchtlinge per Aushöhlung des Asylrechts durch Ober-

grenzen der Einwanderung fernzuhalten, die Türkei durch Milliardenzahlungen in ein Auffanglager für Millionen Zuwanderer zu verwandeln, Einwandernde durch die Verschlechterung der für sie ohnehin schon äußerst begrenzten Lebensbedingungen in ihren Zielländern abzuhalten und sie als letztes Mittel an den Außengrenzen der EU abzuweisen, dringt nicht zu den Ursachen der Migrationsströme vor.

Das Flüchtlingsproblem ist zu einer Frage geworden, in der sich viele Großprobleme der Gegenwart und Zukunft schneiden, zu einer Schicksalsfrage nicht allein für die Flüchtlinge, sondern für die Zukunft ihrer Zielländer. Werden diese den Charakter offener Gesellschaften mit menschenwürdigen Lebensbedingungen für alle neu gewinnen oder werden sie wie mit den Antworten der Machteliten auf den internationalen Terrorismus nun auch noch als Reaktion auf die globale Migration wesentliche zivilisatorische Gewinne der Moderne aufgeben? Das ist die Frage an die Linke, an alle demokratischen Kräfte der Gesellschaft und nicht zuletzt an die Machteliten.

Auch auf diesem Feld der Politik brechen Differenzen im herrschenden europäischen Block auf, die Ansätze für eine progressive Politik bieten. Die Europäische Union erweist sich als außerstande zu einer gemeinsamen Migrationspolitik. Länder wie Ungarn und Polen sind dabei, den Problemen autoritär und nationalkonservativ zu begegnen – in Korrespondenz zu einer Innenpolitik, die oppositionelle Kräfte zunehmend unter Druck setzt und die parlamentarischen Rechte beschneidet. Auf dem Balkan werden Ländergrenzen zum Teil mit Grenzzäunen gegen Flüchtlinge bewehrt. Österreich hat seine Grenzen zeitweilig und selektiv geschlossen und Obergrenzen für den Einlass von Ankömmlingen festgelegt. Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen durch eine Reihe von Mitgliedsstaaten innerhalb des Schengenraumes markiert eine Krise des europäischen Integrationsprojekts. Schweden, bislang ein besonders liberales Einwanderungsland, kündigte die Abschiebung von bis zu 80.000 Flüchtlingen an und beugt sich damit dem Druck der zur drittgrößten Partei des Landes aufgestiegenen rechtspopulistischen und ausländerfeindlichen Schwedendemokraten.

Die von Kanzlerin Merkel zunächst – bei zunehmend gegenläufiger Praxis ihrer eigenen Regierung – verfolgte Willkommenspolitik trägt oder trug dagegen in gewissem Maße dem Interesse solcher Teile des herrschenden Blocks Rechnung, die demokratische Herrschaftsformen für effizienter als autoritäre Macht halten und bewahren wollen. Diese Kräfte beobachten mit Sorge, dass die Flüchtlingsfrage zum Katalysator für eine verstärkt autoritäre und rechtspopulistische Politik gewor-

den ist. Mit Sorge deshalb, weil abzusehen ist, dass von solcher Politik bestimmte Gesellschaften auf tiefe Spaltungen zusteuern, die die Stabilität der Herrschaftsverhältnisse bedrohen.

Ein großer Teil der Machteliten fürchtet, durch die Folgen zu restriktiver Flüchtlingspolitik den europäischen Integrationsprozess zurückzuwerfen. Die Interessen dieser Machtfraktion sind europäisch und weltweit strukturiert. Grenzkontrollen würden große Zeitverluste für den internationalen LKW-Güterverkehr bedeuten. Martin Wansleben, der Hauptgeschäftsführer des Unternehmerdachverbandes DIHK, hat die möglichen jährlichen Kosten dadurch auf rund 10 Milliarden Euro geschätzt (Die Welt 7.2.2016). Daimler-Chef Dieter Zetsche hat vor den enormen Kosten für Daimler und andere Konzerne gewarnt, die ihre Produktion auf just-in-time-Lieferungen umgestellt haben, die zum großen Teil auch die innereuropäischen Grenzen überschreiten (Deutschlandfunk 7.2.2016). Die Präsidenten der wichtigsten Unternehmerdachverbände haben die Bundeskanzlerin aufgefordert, an ihrem Kurs für offene Grenzen festzuhalten (Zeit ONLINE 21.1.2016). Der Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, warnte, wer das Schengen-Abkommen über freien EU-internen Reiseverkehr beerdige, beerdige auch den europäischen Binnenmarkt und bringe schließlich auch den Euro in Gefahr.¹⁴ Auch Unternehmen der Touristikbranche und Wirtschaftskreise wie Kommunen, die aus grenzüberschreitendem Pendlerverkehr Nutzen ziehen, lehnen Grenzkontrollen ab. Im Interesse des Establishments liegt es zudem auch, Asylsuchende nicht durch rigorose Abweisung in die Arme von Terroristen zu treiben, sondern dringend benötigte Arbeitskräfte zu gewinnen und langfristig der Überalterung der Bevölkerung in Deutschland und in anderen Ländern entgegen zu wirken.

Das Versagen der europäischen Machteliten besteht darin, dass sie anders als einst die Roosevelt-Administration bisher von sich aus nicht mehr die Kraft zu einer progressiven Lösung hervorbringen – selbst nicht für den Lohn einer Rückgewinnung von Akzeptanz durch soziale, ökologische und politische Reformen im Rahmen des Kapitalismus. Deshalb besteht die einzige zivilisatorische Perspektive darin, ihnen eine post-neoliberale Transformation abzurufen und in deren voraussichtlich langem Verlauf über den Kapitalismus hinauszutreiben.

¹⁴ www.finanzennachrichten.de/nachrichten-2016-01/36239887-5-dinge-bei-denen-g...

Drittens: Auf die Tagesordnung linker Politik gerät – wo sich geringste Möglichkeiten dafür abzeichnen – der Kampf um linke Regierungen anstelle von Mitte-Links-Regierungen.

Die Ablösung des neoliberalen Kapitalismus durch eine progressive Transformation des Kapitalismus ist nur mit einer gestaltungsmächtigen Linken und bei einschneidender Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten vorstellbar. So der hier dargestellte Befund. Nur unter dem Druck einer erstarkten Linken und breiter demokratischer Bündnisse können Teile der Machteliten veranlasst werden, eine solche Transformation hinzunehmen oder sogar aktiv mitzutragen. So die historischen Erfahrungen und die hier präsentierten theoretischen Überlegungen. Folglich ist die plurale gesellschaftliche Linke herausgefordert, Wege aus der Defensive zu finden und in die Offensive zu gehen, so die Schlussfolgerung.

Michael Brie hat diese Gedankenfolge zu einer strategisch brisanten These geführt: »Es geht nicht um eine Mitte-Links-Regierung. Von denen gab es in der Europäischen Union (EU) schon viel zu viele. Mitte-Links hat die umfassende Durchsetzung des Neoliberalismus mit modifizierten Mitteln erst ermöglicht. Die Regierung Schröder-Fischer war die Probe aufs Exempel. Es ist Zeit, den Kampf um wirklich linke Regierungen aufzunehmen, die die Abkehr vom Neoliberalismus einleiten.« (Frankfurter Rundschau, 14.12.2015)

Mitte-Links-Regierungen setzen in der Regel den neoliberalen Kapitalismus nur flexibler als konservative Regierungen fort, auch mittels sozialer Zugeständnisse und Reformen. Linke Regierungen zielen mit sozialen und ökologischen Reformen auf die Überwindung der neoliberalen Gestalt des Kapitalismus. Unter Mitte-Links-Regierungen ist trotz sozialer Teilreformen per Saldo die soziale Ungleichheit weiter gewachsen. Linke Regierungen leiten eine Umverteilung von oben nach unten und eine Neuverteilung zwischen privaten und öffentlichen Investitionen, zwischen Produktion und humanorientierter Care-Sphäre ein. Mitte-Links-Regierungen rütteln nicht an den gegebenen Eigentums- und Machtverhältnissen. Linksregierungen werden in absehbarer Zeit zwar nicht frontal die Überwindung des Kapitalismus in Angriff nehmen, aber solches Kapitaleigentum, das Herrschaft über die Gesellschaft bedeutet, wird schon infrage zu stellen sein. Linke Regierungen treten an, um die Machtverhältnisse zu verändern. Sie sind für die Herrschenden eine Bedrohung, Mitte-Links-Regierungen zumeist nicht.

Im hier vorliegenden Buch wurde von der Erfahrung des New Deal und des internationalen fordistischen Kapitalismus ausgehend wieder-

holt formuliert, dass die Herausbildung eines sozialstaatlich regulierten Kapitalismus sich zunächst – wenn auch unter starkem Druck von unten – unter Führung bürgerlicher Regierungen vollzogen hat. Aber in der Ära des neoliberalen Kapitalismus fanden Versuche postneoliberaler Entwicklung nur noch getragen von Linksregierungen statt – in einer Reihe lateinamerikanischer Länder und jüngst, wenn auch vorerst in eine Niederlage mündend, in Griechenland.

Im Kapitel 4 wurden Konstellationen genannt, die auch künftig Fraktionen des herrschenden Blocks zu einer progressiven systeminternen Transformation des Kapitalismus veranlassen könnten. Aber starke Tendenzen des gegenwärtigen Kapitalismus wirken dieser Möglichkeit so massiv entgegen, dass von Mitte-Links-Regierungen eine postneoliberale Entwicklung kaum zu erwarten ist. Als solche Tendenzen gelten: die Globalisierung des Kapitals in Gestalt internationaler Finanzakteure, transnationaler Konzerne und internationaler zwischenstaatlicher Wirtschaftsorganisationen wie WTO, IWF, Weltbank und des angestrebten TTIP; ferner das weitgehende Fehlen politischer Mechanismen, die das internationale Kapital wirksam regulieren könnten; die Verinnerlichung neoliberaler Vorstellungen in großen Teilen der Bevölkerung, nicht zuletzt die lähmende Suggestion von der Alternativlosigkeit des Neoliberalismus; die Verankerung des Neoliberalismus in staatlichen Integrationsgebilden, in Europa vor allem in Gestalt der Europäischen Union und der Eurozone.

Es ist wahrscheinlich geworden, dass so starke Bastionen des neoliberalen Kapitalismus eher durch Linksregierungen als durch Mitte-Links-Regierungen aufgebrochen werden können. Damit ist ein gravierender Widerspruch entstanden. Progressive Transformationsprozesse im Kapitalismus und gar über ihn hinaus sind – wenn überhaupt – vor allem von Linksregierungen zu erhoffen. Dem steht aber die Schwäche der pluralen gesellschaftlichen Linken einschließlich linkssozialistischer Parteien entgegen. Nur durch eine enorme Stärkung der Linken ist dieser Widerspruch lösbar.

Beschleunigungsprozesse einer solchen Stärkung und eine schnellere Veränderung der Kräfteverhältnisse nach links als gegenwärtig in Sicht sind keineswegs ausgeschlossen, auch nicht in wichtigen Ländern. In solcher Richtung wirken unter anderem der Übergang linker Parteien und Bewegungen zur systematischen Organizing-Arbeit, die Vielzahl von bereits existierenden Projekten, Initiativen und Forderungen als guter Boden dafür und der Umstand, dass wirksame neue neoliberale Strategien zur Vermeidung nächster großer Krisen nicht in Sicht sind. Eher ist

ein abermaliges Zusammenfallen verschiedener Krisen des Kapitalismus zu einer großen Mehrfachkrise wahrscheinlich.

Auf jeden Fall muss sich die internationale Linke auf beide Möglichkeiten einstellen: auf ein eigenes Erstarren, das vorerst jedoch nicht für linke Regierungsbildungen ausreicht, aber wenigstens zu enormem Druck von unten auf die Regierenden für progressive Veränderungen führt, und auf Situationen, in denen sich linke Regierungen unter der Bedingung starker internationaler Solidarität erfolgreich behaupten können. In beiden Fällen wird eine erstrangige Rolle spielen, ob sich die gesamte Machtelite in bedrohlichen Herrschaftskrisen als geschlossener Block für konservative oder gar gewaltsam Reaktionen entscheidet oder ob Teile des Blocks an der Macht sich für progressive Transformationsprozesse öffnen. Die Aufmerksamkeit der Linken für Differenzierungsprozesse und Widersprüche im Establishment und eine Politik der Gewinnung eines Teils der Mächtigen für Schritte eines sozial-ökologischen Wandels werden damit zu einer enorm wichtigen Frage auf dem Weg zu Linksregierungen und erst recht zu einer Überlebensfrage für linke Regierungen, die einen Teil der politischen Macht, aber damit natürlich nicht die gesamte Macht gewonnen haben.

Um erhebliche Teile der Gesellschaft für eine solche Strategie zu gewinnen, muss die Linke eine Kunst voller Untiefen beherrschen lernen. Sie muss ihr eigenes Protestpotenzial sichtbar und anziehend stärken. Denn wenn in dem Bestreben zu Kooperation bis tief in bürgerliche Milieus hinein, in einigen Überlebensfragen sogar bis in Kreise der Macht, ihr kapitalismuskritisches und antikapitalistisches Profil verschwimmt, werden Verbitterte und Protestbereite sich noch stärker den Rechtspopulisten zuwenden. Wenn sich die Linke aber wieder auf eine pure Oppositionsrolle beschränken und progressive Potenzen in den Machtzirkeln missachten würde, bliebe sie hoffnungslos in einer Antiposition stecken. Ihr ist die Kunst des fast Unmöglichen abverlangt, glaubhaft und mit greifbaren Ergebnissen als Gegenmacht zu wirken und zugleich mit progressiven Teilen der Machteliten gegen die konservativsten Fraktionen des herrschenden Blocks die Gesellschaft zu verändern. Linke Politik wird künftig starke Elemente eines revolutionär-realistischen Balanceaktes einschließen müssen. Die Herausforderung heißt revolutionäre Realpolitik.

Viertens: Für den Aufstand im Menschen

Es mag sein, dass es in einer Zeit neoliberaler Übermacht als unvernünftig weil unrealistisch erscheint, auf Linksregierungen hinzuarbeiten. Es mag sein, dass es unvernünftig erscheint, noch einmal auf einen progressiven Wandel des Kapitalismus zu setzen. Es mag sein, dass nach den Erfahrungen der von SYRIZA geführten griechischen Linksregierung als unvernünftig scheint, mit entsprechender Reformfähigkeit in den Machteliten zu rechnen. Aber: »Vielleicht ist das Unvernünftige nur ein noch nicht von der Vernunft erkanntes Vernünftiges – aber das von der Vernunft erkannte Vernünftige wollen wir darum eines ungewissen Unvernünftigen wegen nicht preisgeben.« (Becher 1983: 172)

Die unvernünftigen Verhältnisse sind nicht gottgegeben. Sie sind Verhältnisse, die dem Verhalten von Menschen entspringen wie umgekehrt das Verhalten von den Verhältnissen geprägt wird. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden – durch das Handeln gesellschaftlicher Akteure nach anderen Maßstäben als dem herrschenden Maß des Profits und weiterer Hierarchieprinzipien, nach den Maßstäben selbstbestimmter Entfaltung des Menschen. Selbst dem Establishment Zugehörige sollten von einer solchen Chance nicht ausgeschlossen werden.

Was in welchen Ländern wann der Anstoß zu einem solchen Aufbruch in Millionen Individuen und in ihren kollektiven Vereinigungen sein wird, wissen wir nicht. Die Linke muss auf eine lange Dauer bis dahin eingestellt sein. Aber hinarbeiten muss sie auf eine kurze Zeit bis zu einschneidendem Wandel. Nicht allein in der Natur sind Kippunkte möglich, die ökologische Gleichgewichte mit furchtbaren Folgen zerstören können. Auch in der Gesellschaft können plötzlich Kippunkte in den Kräfteverhältnissen auftreten, die aber der Anfang vom Ende der aus den herrschenden hierarchischen Verhältnissen entspringenden katastrophalen Folgen sein werden.

Gegen alles Unbequeme der Abweichung von der eingeübten Anpassung an das Übliche, gegen alle Sanktionen und Gefahren, die den einzelnen drohen, wenn sie sich gegen Ungerechtigkeiten, Entwürdigung, Egoismus und Moralvergessenheit auflehnen, sprechen zwei Umstände: dass die Menschen ein Gewissen haben und dass Gesellschaftsalternativen möglich sind und sich bereits abzeichnen, die es erlauben, menschlichem Empfinden gemäß zu leben. »Das ist nicht das Leben, das wir leben – so flüstert es oder schreit es auf in uns. Das Leben, wie es das unsere sein könnte, geht tagtäglich unwiederbringlich an uns vorüber. ... Das noch nicht restlos ausgetilgte Gefühl, ein Mensch zu sein, wehrt sich gegen die Verdinglichung und die Selbstentfremdung des Menschen; das

noch nicht völlig zum Verschwinden gebrachte ›Menschliche‹ im Menschen lehnt sich auf gegen das Entmenschlichende und die Unmenschlichkeit, wie sie der Mensch in seiner gesellschaftlichen Ordnung sich gegen sich selber geschaffen hat... ; der Mensch steht auf im Menschen gegen sich selbst, gegen den Menschen in sich, der all das Verächtliche und Niederträchtige mitmacht, der alles Schändliche und Verbrechenische duldet unter der Ausrede, es sei halt einmal so und es sei doch nichts zu machen – gegen dieses ›Es ist nun einmal so‹ steht der Mensch im Menschen gegen sich selber auf – mit dem Ruf: Es kann so nicht bleiben, wie es ist, ich will nicht so weiterleben wie bisher, es muss anders werden – ich will ein anderer werden ...« (ebd. : 117).

Literatur

- Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München.
- Aitmatow, Tschingis (2015): Ein Tag länger als ein Leben. Zürich.
- Amati, Daniele (1983): Das Steuer muss herumgerissen werden. Die Physiker in der Freeze-Bewegung. In: Dürr, Hans-Peter/Harjes, Hans-Peter/Kreck, Matthias/Starlinger, Peter: Verantwortung für den Frieden. Naturwissenschaftler gegen Atomrüstung. Reinbek bei Hamburg.
- Anxo, Dominique (2014): Von einer Krise zur nächsten. Das schwedische Modell in turbulenten Zeiten – noch einmal betrachtet. In: Lehndorff (2014).
- Aurel, Marc (1954): Selbstbetrachtungen. Herausgegeben von Arno Mauersberger. Leipzig.
- Austen, Jane (1972): Gefühl und Verstand. Berlin/Weimar.
- Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.) (1986): Gemeinsame Sicherheit. Idee und Konzept. Bd. I.: Zu den Ausgangsüberlegungen, Grundlagen und Strukturmerkmalen Gemeinsamer Sicherheit. Baden-Baden
- Becher, Johannes R. Becher (1983): Der Aufstand im Menschen. Berlin.
- BICC (Bonn International Center for Conversion)/INET (Institut für Frieden und Entwicklung)/FEST (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft)/IFSH (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg)/HSFK (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) (2008): Friedensgutachten 2008. Berlin.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2006): Die Erfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozialökologischen Forschung. München.
- Bischoff, Joachim/Müller, Bernhard (2014): Piketty kurz & kritisch. Eine Flugschrift zum Kapitalismus im 21. Jahrhundert. Hamburg.
- Bischoff, Joachim/Radke, Björn (2015): Warum »Grexit« und was sind seine Folgen? In: Sozialismus Heft 5.
- Blätter für deutsche und internationale Politik (Hrsg.) (2015): Mehr geht nicht! Der Postwachstums-Reader. Berlin.
- Blessing, Klaus (2015): Nicht links, sondern linkisch und gefährlich. In: Blessing, Klaus/Werner, Matthias (Hrsg.): Gefährliche Illusionen. Kritik an der Transformationspolitik. Berlin.
- Bloch, Ernst (1985): Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt a.M.
- Boehm, Christopher (1999): Hierarchy in the Forest: The evolution of egalitarian behavior. Cambridge, MA
- Boito, Armando (2012): Participar de modo independente da frente neodesenvolvimentista. Cadernos de Debates, 4. Nacionales Plenum der Consulta Popular. 15.-18. November: 3.
- Boito, Armando (2013): Do neoliberalismo ao neodesenvolvimentismo. Análise crítica de uma década. In: Jornal da Unicamp. 21. Oktober.
- Boris, Dieter/Wahl, Achim/Schützhofer, Timm (2015): Lateinamerika: Defensive

- der Linksregierungen? Zehn Thesen zur politischen Entwicklung/Brasiliens Dilemma/Ecuadors Weg. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2015.
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim/Schrader, Lutz/Stork, Christian/Wahl, Peter (2000): Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Münster.
- Bretthauer, Lars (2006): Materialität und Verdichtung bei Nicos Poulantzas. In: Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stützle, Ingo (Hrsg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg.
- Brie, André (1988): Will der Westen Abrüstung? In: IPW-Berichte 4.
- Brie, Michael (2003): Die Gleichheit der Freien. Freiheitsgüter als Bedingung für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. In: Klein (2013).
- Brie, Michael (2007a): Segeln gegen den Wind. Bedingungen eines politischen Richtungswechsels in Deutschland. In: Brie, Michael/Hildebrand, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik? Berlin.
- Brie, Michael (2007b): Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten. In: Brie, Michael/Hildebrand, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik? Berlin.
- Brie, Michael (2008): Gewalt und Befreiung. Solidarische Emanzipation unter den Bedingungen des neoliberalen Kapitalismus. In: Rilling (2008).
- Brie, Michael (2009): Solidarische Gesellschaft – ein alternativer Leitbegriff. Unveröffentlichtes Manuskript Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin.
- Brie, Michael (Hrsg.) (2014): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Münster.
- Brie, Michael (2015a): Beiträge zur kritischen Transformationsforschung – ein erster Überblick über den Diskussionsstand. In: Brie (2015b).
- Brie, Michael (Hrsg.) (2015b): Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2. Hamburg.
- Brie, Michael (2015c): Ändert das wirklich alles? Fragen beim Lesen von Naomi Kleins neuem Buch »Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima. In: Brie (2015b).
- Brinkley, Alan (1989): The New Deal and the Idea of the State. In: Fraser, Steve/Gerstle, Gary (Hrsg.): The Rise and Fall of the New Deal Order, 1930-1980. Princeton, New York.
- Brown, Harold (1983): Congressional Quarterly Weekly Reports. Nr. 12 vom 26. März.
- Brown, Lester R. (2008): Plan 3.0. Mobilizing to save Civilisation. New York/London.
- Brzoska, Michael/Wulf, Herbert (2000): Rüstungskontrolle – noch relevant für Abrüstung? In: Friedensgutachten 2000. Münster/Hamburg/London.
- Busch, Ulrich/Land, Rainer (2013): Teilhabekapitalismus. Aufstieg und Niedergang eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschland 1950-2010. Norderstedt.
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland. Hamburg.
- Candeias, Mario (2014): Szenarien grüner Transformation. In: Brie (2014).

- Cattin, Daniel (2011): *Unheimliche Zukunft. Wie die nächsten 40 Jahre unsere Welt verändern*. Norderstedt.
- Chrenko, Helma (2008): *Bolivien – Aufbruch in eine neue Zeit*. In: Modrow, Hans/Schulz, Dietmar (Hrsg.): *Lateinamerika, eine neue Ära? Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bd. 47*. Berlin.
- Crouch, Colin (2011): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*. Berlin.
- Czempiel, Ernst-Otto (1989): *Machtprobe. Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren*. München.
- Debiel, Tobias/Goede, Nils (2011): *Militärinterventionen und Stabilisierungseinsätze – eine kritische Zwischenbilanz*. In: IFSH/HFSK/BICC/INEF/FEST: *Friedensgutachten 2011*. Münster.
- De Swan, Abram (1993): *Der sorgende Staat. Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung in Europa und den USA der Neuzeit*. Frankfurt a.M./New York.
- Dück, Julia/Fried, Barbara (2015): *Caring for Strategy. Transformation an Kämpfen um soziale Reproduktion entwickeln*. In: LuXemburg 1.
- Elias, Norbert (1969): *Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Zwei Bände*. Bern/München.
- Elias, Norbert (2005): *Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt a.M.
- Ellis, Edward Robb (1995): *A Nation in Torment. The Great American Depression 1929-1939*. New York/Tokyo/London.
- Erdal, David/Whiten, Andrew (1996): *Egalitarianism and Machiavellian intelligence in human evolution*. In: Mellars/Gibson (Hrsg.): *Modelling in the Early Human Mind*. Cambridge, MA.
- Europäische Kommission (2010): *Mitteilung der Kommission. Europa 2020. Eine Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*. Brüssel.
- Felfe, Edeltraut (2008): *Das schwedische Modell. Ein Wohlfahrtsstaat als Zukunftsprojekt*. Schkeuditz.
- Ferguson, Thomas (1989): *Industrial Conflict and the Coming of the New Deal: The Triumph of Multinational Liberalism in America*. In: Fraser, Steve/Gerstle, Gary (Hrsg.): *The Rise and Fall of the New Deal Order, 1930-1980*. Princeton. New Jersey.
- Ferretti, Vittorio (2014): *Weltchronik der Kriege und Genozide. Ein Abriss der Ursachen, Abläufe und Folgen von über 5.000 gewalttätig ausgetragenen Konflikten bis zum Jahr 2000*.
- FEST/INEF/IFSH/HFSK/BICC (2014): *Friedensgutachten 2014*. Berlin.
- Flanagan, Hallie (1940): *Arena. The History of the Federal Theatre*. New York
- Forrester, Viviane (1997): *Der Terror der Ökonomie*. Wien.
- Frank, Roland (2009): *Richestan. Eine Reise durch die Welt der Megareichen*. Frankfurt a.M.
- Freeland, Chrystia (2013): *Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite*. Frankfurt/Main.
- Freeman, Joshua/Lichtenstein, Nelson/Brier, Stephen/Bensman, David/Benson, Susan Porter/ Brundage, David/Eynon, Bret/Livine, Bruce/Palmer, Bryan/Brown, Joshua/Rosenzweig, Roy (1992): *American Social History Project: Who built*

- America? Working People & the Nation's Economy, Politics, Culture & Society. Volume Two: From the Gilded Age to the Present. New York.
- Frey, Marc (2006): Geschichte des Vietnamkrieges. München.
- Fücks, Ralf (2015): Öko-Biedermeier vs. ökologische Moderne: Die grüne Revolution. In: Blätter (2015).
- Galbraith, John Kenneth (1987): Anatomie der Macht. München.
- Gaus, Günter (1988): Die Welt der Westdeutschen. Berlin.
- Gerstle, Gary/Fraser, Steve (1989): Introduction. In: Fraser/Gerstle: The Rise and the Fall of the New Deal Order 1930-1980. Princeton/New Jersey
- Giddens, Anthony (1988): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt a.M./New York.
- Gießmann, Hans-Joachim (1987): Auseinandersetzungen um SDI in den USA. In: IPW-Berichte 2/1987.
- Glaser, John (2012): Russland droht mit Präventivschlag, wenn die NATO den Raketenabwehrschirm errichtet, www.neopresse.com/politik/usa/russland-droht-mit-praeventivschlag-wenn-die-nato-den-raketenabwehrschirm-errichtet/ (zuletzt abgerufen: 3.5.16)
- Goes, Thomas Eilt (2015): In Bewegung! Gewerkschaften zwischen Defensive und Erneuerung. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9.
- Gore, Al (2007): Angriff auf die Vernunft. München.
- Götze, Susanne/Staude, Jörg (2016): Antreiber und Bremser. Die neuen Allianzen der Klimapolitik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 2.
- Graf, Herbert (2015): Transformationstheorie – historische Wurzeln und politische Folgen. In: Blessing, Klaus/Werner, Matthias (Hrsg.): Gefährliche Illusionen. Kritik an der Transformationspolitik. Berlin.
- Gray, Colin S. (1982): Das Konzept der strategischen Überlegenheit. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 10.
- Greenspan, Alan (2008): Testimony of Alan Greenspan at Hearing on the Role of Federal Reserve risk1.net/Testimony-of-Alan-Greenspan-at-Hearing-on-the-Role-of-Federal-download-W2712.pdf (zuletzt aufgerufen: 9.4.16).
- Greiner, Florian (2001): Die Kuba-Krise 1962: Höhe- und Wendepunkte in der Geschichte des Kalten Krieges. München.
- Gurksdies, Erik (2006): Schweden: Zivilgesellschaft im universalistischen Sozialstaat. In: Meyer, Thomas: Praxis der Sozialen Demokratie. Wiesbaden.
- Hamby, Alonso L. (1972): The Vital Center, the Fair Deal, and the Quest for a Liberal Political Economy. In: American Historical Review, Vol. 77 Issue 3. June.
- Hartmann, Michael (2002): Der Mythos von den Leistungseliten. Frankfurt a.M.
- Hartmann, Michael (2013): Soziale Ungleichheit. Kein Thema für die Eliten? Frankfurt a.M.
- Haug, Frigga (2009): Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg.
- Haug, Wolfgang Fritz (2003): High-Tech-Kapitalismus. Analyse und Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie. Hamburg
- Harvey, David (2014): Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus. Berlin.
- Harvey, David (2015): Katastrophenkapitalismus. Totale Entfremdung und die Re-

- volte der Natur. In: Blätter (2015).
- Heintze, Cornelia (2005): Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil. Deutschlands Reformirweg im Lichte des skandinavischen Erfolgsmodells. Schkeuditz.
- Helmig, Jan/Schörning, Niklas (Hrsg.) (2008): Die Transformation der Streitkräfte im 21. Jahrhundert. Militärische und politische Dimensionen der aktuellen »Revolution in Military Affairs«. Frankfurt a.M.
- Hilary, John (2014): Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen. Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Brüssel.
- Hobbes, Thomas (1996) Leviathan. Hamburg.
- Hobsbawm, Eric (1978): Europäische Revolutionen 1789-1848. München.
- Hobsbawm, Eric (1995): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München/Wien.
- Huxley, Julian (1945): TVA: Adventure in Planning. London.
- IEA (2011): World Energy Outlook. Wien.
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2009): Die Linke in der Krise. In: LuXemburg 1.
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2011): Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus, Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte. Papers der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin.
- Jackson, Tim (2015): Die Postwachstumsgesellschaft. In: Blätter (2015).
- Jaeger, Hans (1974): Big Business und New Deal. Die kritische Reaktion der amerikanischen Geschäftswelt auf die Rooseveltschen Reformen in den Jahren 1933-1939. Stuttgart.
- Joly, Carlos (2012): Die dunklen Jahrzehnte: Privileg und Polarisierung. In: Randers, Jorgen (2012): 2052. Der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre. München.
- Jonas, Hans (2003): Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt a.M.
- Junker, Detlef (1989): Franklin D. Roosevelt. Macht und Vision: Präsident in Krisenzeiten. Zürich.
- Junker, Detlef (2004): Weltwirtschaftskrise, New Deal, Zweiter Weltkrieg, 1929-1945. In: Lösche, Peter/von Loeffelholz, Hans-Dietrich (Hrsg.): Länderbericht USA. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Frankfurt a.M./New York.
- Kahl, Martin (2014): Obamas Militärstrategie und Rüstungspolitik. In: FEST/INEF/IFSH/HSFK/BICC: Friedensgutachten 2014. Berlin.
- Kahrs, Horst (2015): Wahlenthaltung als Klassenwahlverhalten. Zu neuen Befunden aus der Wahlforschung. PAPERS der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin.
- Katznelson, Ira (1989): Was the Great Society a Lost Opportunity? In: Fraser, Steve/Gerstle, Gary: The Rise and Fall of the New Deal Order, 1930-1980. Princeton/New Jersey.
- Kemfert, Claudia (2013): Kampf um Strom. Mythen, Macht und Monopole. Hamburg.
- Kennedy, David M. (1999): Freedom From Fear. The American People in Depression and War 1929-1945. Oxford.
- Klank, Wilfried/Weiß, Rainer (1986): USA-Rüstungsmonopole – Hauptprofiteure der imperialistischen Hochrüstung. In: IPW-Berichte 9.

- Klein, Dieter (Hrsg.) (2003): *Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung.* Berlin.
- Klein, Dieter (2013): *Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus.* Hamburg.
- Klein, Dieter (Hrsg.) (2015): *Fähig zu progressiver Transformationspolitik? Die Machteliten angesichts globaler Großgefahren.* In Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hrsg.): *Transformation im 21. Jahrhundert. Theorie Geschichte – Fallstudien. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften. Bd. 39 II. Halbband.* Berlin.
- Klein, Dieter/Wahl, Joachim (Hrsg.) (2015): *Progressive Transformationsprozesse in Lateinamerika. Auf der Suche nach produktiven Balancen.* Papers der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nr. 1.
- Klein, Naomi (2014): *This Changes Everything. Capitalism vs. The Climate.* New York/London/Toronto/Sydney/New Delhi.
- Klein, Naomi (2015): *Die Entscheidung: Kapitalismus vs. Klima.* Frankfurt a.M.
- Koch, Burkhard (1986): *Neokonservative in den USA gegen Entspannung.* In: *IPW-Berichte 5/1986*
- Kristol, Irvin (1985): *Foreign Policy in an Age of Ideology.* In: *The National Interest Nr. 1.* New York.
- Krüger, Hans-Peter (1991): *Reflexive Modernisierung und der neue Status der Wissenschaften.* In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie 12.*
- Krugman, Paul (2008): *Nach Bush: Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokratie.* Frankfurt a.M.
- Krugman, Paul (2014): *Thomas Piketty oder die Vermessung der Ungleichheit,* in: *Blätter für deutsche und Internationale Politik, Heft 6.*
- Krysmanski, Hans-Jürgen (2004): *Hirten & Wölfe.* Münster.
- Krysmanski, Hans-Jürgen (2012): *0,1% Das Imperium der Milliardäre.* Münster.
- Lander, Edgardo (2007): *Aonde vai o socialismo de Chavez?* In: *Biblioteca Diplo,* 7. Dezember.
- Lange, Harald (1986): *Aufstand des Gewissens gegen SDI.* In: *IPW-Berichte 5/1986: 2.*
- Layard, Richard (2005): *Die glückliche Gesellschaft. Was wir aus der Glücksforschung lernen können.* Frankfurt a.M./New York.
- Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2009): *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie.* Frankfurt a.M.
- Lehndorff, Steffen (Hrsg.) (2014): *Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien.* Hamburg.
- Lichtenstein, Nelson (1989): *From Corporatism to Collective Bargaining: Organized Labor and the Eclipse of Social Democracy in the Postwar Era.* In: Fraser, Steve/Gerstle, Gary (Hrsg.): *The Rise and Fall of the New Deal Order, 1930-1980.* Princeton. New Jersey.
- Lilienthal, David (1944): *TVA: Democracy on the March.* New York/London.
- Linera, Álvaro Garcia (2010): *La construccion del Estado.* In: *Critica y Emancipación. Revista Latinoamericana de Ciencias Sociales 2/4.*
- Lösche, Peter/von Loeffelholz, Hans Dietrich (Hrsg.) (2004): *Länderbericht USA, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur.* Frankfurt a.M.

- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a.M.
- Mader, Julia (2015): Podemos und Co.: Spaniens neue Linke. In: Blätter für deutschen und internationale Politik. Heft 2.
- Mäder, Ueli/Aratnam, Ganga Jey/Schilliger, Sarah (2010): Wie Reiche denken und lenken. Reichtum in der Schweiz: Geschichte, Fakten, Gespräche. Zürich.
- Maier, Lutz (1987): Monopolkapital und die Friedensfrage. In: IPW-Berichte. Heft 11.
- Marshall, Thomas (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaats. Frankfurt a.M./New York.
- Marx, Karl (1962): Das Kapital. Bd. 1. In: MEW, Bd. 23, Berlin.
- Marx, Karl (1964): Lohn, Preis und Profit. In: MEW, Bd. 16, Berlin.
- Marx, Karl (1973): Das Kapital. Bd. 3. In: MEW, Bd. 25, Berlin.
- Marx, Karl (1976): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW, Bd. 1, Berlin.
- Marx, Karl (2005): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW, Bd. 42, Berlin.
- Mayer, Michael S. (2010): The Eisenhower Years. In: Facts on File Inc. New York.
- Mechtersheimer, Alfred/Barth, Peter (Hrsg.) (1983): Den Atomkrieg führbar und gewinnbar machen? Das geheime Pentagon-Programm zur umfassenden Kriegsvorbereitung 1984-1988. Reinbek bei Hamburg.
- Meißner, Herbert (2015): Transformationsillusion und linke Strategie. In: Blessing, Klaus/Werner, Mattias (Hrsg.): Gefährliche Illusionen. Kritik an der Transformationspolitik. Berlin.
- Metz, Karl H. (1998): Solidarität und Geschichte. In: Bayertz, Kurt (Hrsg.): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt a.M.
- Miegel, Meinhard (2005): Epochenwende – Gewinnt der Westen die Zukunft. Berlin.
- Millenniumgipfel 2000 (2000): Millenniumserklärung der Vereinten Nationen. New York
- Misik, Robert (2010): Anleitung zur Weltverbesserung. Berlin.
- Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch (1930): Bericht der Delegation der KPdSU (B) in der Komintern am 25. Februar 1930. (http://ciml.250xcom/archive/comintern/german/1930_25_februar_molotow_bericht_... Zuletzt abgerufen: 5.5.16)
- Morus (Richard Lewinsohn) (1955): Die Großen der Weltwirtschaft. Berlin.
- Müller, Erwin (1985): Rüstungspolitik und Rüstungsdynamik: Fall USA. Zur Analyse der Rüstungsmotive einer Weltmacht und zur Theorie moderner Rüstungsdynamik. Baden-Baden.
- Müller, Tazio (2014): An der Grenze des Planeten. In: neues deutschland, 8.9.2014.
- Nate, Richard (2003): Amerikanische Träume. Die Kultur der Vereinigten Staaten in der Zeit des New Deal. Würzburg.
- Neelsen, John P. (2014): Das Empire schlägt zurück. TTIP versus BRICS. In: Sozialismus. Heft 12.
- Neugebauer, Gero (2007): Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Fried-

- rich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Neuneck, Götz/Alwardt, Christian (2008): *The Revolution in Military Affairs. Its Driving Forces, Elements and Complexity*, IFAR-Working-Paper Nr. 13, Hamburg. www.ifsh.de/file-IFAR/pdf_deutsch/wp_13.pdf.
- Neuneck, Götz (2014a): *Die neuen Hightech-Kriege*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 8/2014.
- Neuneck, Götz (2014b): *Die Geheimdienste und das Militär: neue Bedrohungen im Cyberspace*. In: *FEST/INEF/IFSH/HFSK/BICC: Friedensgutachten 2014*. Berlin.
- Neuneck, Götz (2014c): *Nukleare Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beiträge zur Wochenzeitung Das Parlament* 33-37. 25. August.
- Nuss, Sabine (2006): *Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus*. Münster.
- Obama, Barack (2007): *Hoffnung wagen. Gedanken zur Rückbesinnung auf den American Dream*. München.
- O'Brian, P. J. (1936): *Forward with Roosevelt: An Authentic Narrative of His Life, Aims and Ambitions, and a Graphic Story of His Endeavors for Social Security*. Chicago/Toronto.
- O'Connor, Francis/Brown, Lorraine (1978): *Free, Adult, Uncensored: The Living History of the Federal Theatre Project*. Washington, D.C.
- OECD (2009): *The Economics of Climate Change Mitigation: Policies and Options for Global Action Beyond 2012*. Paris.
- Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden/OKV (2015): *Konferenz in Berlin: Der Einfluss der Transformationstheorie auf linke Politik. Thesen des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden*. In: *Junge Welt* 18.6.2015.
- Palme-Kommission (1982): *Der Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit »Common Security«*. Berlin.
- Paqué, Karl-Heinz (2010): *Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus*. München.
- Parsons, Talcott (1969): *Das Problem des Strukturwandels: eine theoretische Skizze*. In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): *Theorien des sozialen Wandels*. Königstein/Ts.
- Payne, Keith (1984): *The Strategic Defense Initiative and ICBM Modernisation*. In: Schneider, B.R./Gray, C.S./Payne, K.B. (Hrsg.): *Missiles for the Ninetieth. ICBMs and Strategic Policy*. Boulder (Colorado)/London.
- Peccei, Aurelio (1981): *Die Zukunft, in unserer Hand*. Wien.
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München.
- Piketty, Thomas/Zucman, Gabriel (2014): *Wealth and Inheritance in the Long Run*. piketty.pse.ens.fr/files/PikettyZucman2014HID.pdf (zuletzt aufgerufen: 8.5.16)
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politik und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt a.M.
- Posen, Barry R./Van Evera, Stephen W. (1987): *Reagan Administration Defense Policy: Departure from Containment*. In: Oye, K.A. et al. (Hrsg.): *Eagle Resurgent? The Reagan Era in American Foreign Policy*. Boston.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg.

- Randers, Jorgen (2012): Der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre. München.
- Reißig, Rolf (2002): Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED. Frankfurt a.M.
- Reißig, Rolf (2009): Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels. Wiesbaden.
- Reuter, Edzard (2013): EGO-Republik DeutschLAND. Wie uns die Totengräber Europas in den Abgrund reißen. Frankfurt a.M.
- Rielly, John E.(1979): American Public Opinion and U.S. Foreign Policy 1979. Chicago.
- Rifkin, Jeremy (2010): Die empathische Zivilisation. Wege zu einem globalen Bewusstsein. Frankfurt a.M.
- Rilling, Rainer (2008): Eine Frage der Gewalt. Antworten von links. Berlin.
- Rohatyn, Felix (1987): The Economy on the Brink. In: Blätter für deutsche und international Politik. Heft 9.
- Roosevelt, Franklin Delano (1966-1969): The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt (1938-50). VI. herausgegeben von Samuel I. Rosenman. New York.
- Rothkopf, David (2009): Die Superklasse. Die Welt der internationalen Machtelite. München.
- Rumsfeld, Donald (1978): Annual Report to the Congress. Fiscal Year 1978. Washington.
- Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2014): The Distribution of US Wealth, Capital Income and Returns since 1913. Berkeley.
- Sahlin, Marshall (2003): Stone Age Economics. London.
- Santorius, Tilman (2015): Der Rebound-Effekt: Die Illusion des grünen Wachstums. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hrsg.): Mehr geht nicht! Der Postwachstums-Reader. Berlin.
- Schaper, Annette (2008): Die Modernisierung von Nuklearwaffen und deren Weiterverbreitung – Zwei Seiten einer Medaille. In: BICC/INEF/FEST/IFSH/HFSK: Friedensgutachten 2008. Berlin.
- Scheer, Hermann/Ypsilanti, Andrea (2011): Der Weg aus der Systemkrise des Wirtschaftens. Frankfurt a.M.
- Scheffran, Jürgen (2014): Atomwaffen-Teststopp und die Zukunft von Rüstungskontrolle und Verifikation. In: das blättchen Nr. 16, 5. September.
- Schirrmacher, Frank (2013): EGO. Das Spiel des Lebens. München.
- Schmidt, Max/Schwarz, Wolfgang (1986): SDI im Kontext der Militärstrategie der USA. IPW-Berichte 9.
- Schmidt, Hans-Joachim/Zellner, Wolfgang (2009): Neue Chancen für Rüstungskontrolle in Europa? In: Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)/Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)/Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg(IFSH)/Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung(HFSK)/Bonn International Center for Conversion(BICC): Friedensgutachten 2009. Berlin.
- Schörnig, Niklas (2014): Die »neue westliche Kriegsführung« wirft mehr Probleme auf als sie löst. In: FEST/INEF/IFSH/HFSK/BICC: Friedensgutachten 20014. Ber-

- lin.
- Schopenhauer, Arthur (1977): Über die Freiheit menschlichen Willens. Über die Grundlage der Moral. Kleinere Schriften II. Zürich.
- Schulten, Thorsten/Müller, Torsten (2014): Ein neuer europäischer Interventionsmechanismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik. In: Lehndorff (2014).
- Schumpeter, Joseph A. (1987): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen.
- Shiva, Vandana (2015): Öko-Apartheid: Der Krieg gegen die Erde. In: Blätter (2015).
- Sinn, Hans-Werner (1975): Das Marxsche Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 131.
- SIPRI/Stockholm International Research Institute (2013): Yearbook 2013: Armaments, Disarmament and International Security. Oxford.
- Soros, George (1998): Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr. Berlin.
- Spiegel Online (2005): Reaktionen der Wirtschaft: »Die Entrüstung ist müßig.« www.spiegel.de/wirtschaft/reaktionen-der-wirtschaft-die-entruestung-ist-muessig-a-351124.html (zuletzt aufgerufen: 8.5.16).
- Stamm-Kuhlmann, Thomas (2004): Raketenrüstung und internationale Sicherheit von 1942 bis heute. Historische Mitteilungen/Beiheft Bd. 56. Stuttgart.
- Steininger, Rolf (2011): Die Kubakrise 1962. Dreizehn Tage am atomaren Abgrund. München.
- Stern, Nicholas (2006): The Stern Review: The Economics of Climate Change. Cambridge MA.
- Stiglitz, Joseph/Bilmes, Linda (2008): Die wahren Kosten des Krieges. München.
- Streck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin.
- Streck, Wolfgang (2015): Das Ende des Kapitalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 3.
- Therborn, Göran (1978): What Does the Ruling Class Do When it Rules? London.
- Urban, Hans-Jürgen (2014): Zwischen Krisenkorporatismus und Revitalisierung. In: Lehndorff (2014).
- Varoufakis, Yanis (2015): Rettet den Kapitalismus. In: WOZ. Die Wochenzeitung. 26.2.2015.
- Veerkamp, Ton (2012): Die Welt anders. Politische Geschichte der Großen Erzählung. Hamburg.
- Vogel, Sabine/Bayram, Ramazan (2013): Task Force Organizing. Ehrenamtliches Organizing bei ver.di Stuttgart. In: LuXemburg 1.
- Wahl, Peter (2015a): Die Linke – Ein historisches Auslaufmodell? Dimensionen, Ursachen, Perspektiven der Krise der Linken. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Wahl, Achim (2015b): Hat Präsidentin Rousseff kapituliert? Brasiliens Dilemma: Austeritätspolitik oder Weiterführung des Weges seit 2002. In: Boris, Dieter/Wahl, Achim/Schützhofer, Timm: Lateinamerika: Defensive der Linkenregierungen? Zehn Thesen zur politischen Entwicklung/Brasiliens Dilemma/Ecuadors Weg. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12.

- Wahl, Peter (2014): Zwischen Innovation und Ohnmacht. Was kann Global Governance zu linker Außenpolitik beitragen? In: Schäfer, Paul (Hrsg.): In einer aus den Fugen geratenen Welt. Linke Außenpolitik: Eröffnung einer überfälligen Debatte. Hamburg.
- Wallace, Henry A. (1934): *New Frontiers*. New York.
- WBGU/Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2008): *Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel*. Berlin/Heidelberg/New York.
- WBGU/Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Zusammenfassung für Entscheidungsträger. Berlin.
- Weizenbaum, Joseph (1984): *Der Kurs auf den Eisberg oder nur das Wunder wird uns retten, sagt der Computerexperte*. Zürich.
- Weltbank (2012): *Climate Change Report Warns of Dramatically Warmer World This Century*. Pressemitteilung vom 18. November.
- Welzer, Harald (2013): *Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden*. München.
- Wessel, Karl-Friedrich (2015): *Der ganze Mensch. Eine Einführung in die Humanontogenetik oder Die biopsychosoziale Einheit Mensch von der Konzeption bis zum Tode*. Berlin.
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Berlin.
- Willke, Helmut (1993): *Systemtheorie entwickelter Gesellschaften*. Münster.
- Winker, Gabriele (2015): *Care-Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld.
- Winker, Gabriele/Degele, Nina (2009): *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*. Bielefeld.
- Winkler, Heinrich August (1973): *Die Anti-New-Deal-Bewegungen. Politik und Ideologie der Opposition gegen Präsident F. D. Roosevelt*. In: Winkler, Heinrich August (Hrsg.): *Die große Krise in Amerika. Vergleichende Studien zur politischen Sozialgeschichte 1929-1939*. Göttingen.
- Wright, Erik Olin (2010): *Envisioning Real Utopias*. London/New York.
- Wright, Erik Olin (2011): *Die Proteste in Wisconsin*. In: *LuXemburg 2*.
- Wright, Erik Olin (2015): *Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren*. In: *Brie (2015b)*.
- Wuppertal Institut (2008): *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie*. Herausgegeben von: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Brot für die Welt. Evangelischer Entwicklungsdienst. Frankfurt/Main.
- Zelik, Raul (2011): *Nach dem Kapitalismus? Perspektiven der Emanzipation oder: Das Projekt Communismus anders denken*. Hamburg.
- Ziegler, Jean (2005): *Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung*. München.
- Zinn, Howard (1990): *People's History of the United States*. New York.

VSA: Transformationsperspektiven



Michael Brie (Hrsg.)
Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?
Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
256 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-648-0
Menschen machen ihre Geschichte immer noch selbst und sie experimentieren ständig mit neuen Möglichkeiten – auch wenn die Bedingungen vorgefunden sind. Die Krise des Neoliberalismus öffnet Möglichkeiten.



Lutz Brangsch/Michael Brie (Hrsg.)
Das Kommunistische
Oder: Ein Gespenst kommt nicht zur Ruhe
Mit Beiträgen von Bini Adamczak, Friederike Habermann und Massimo De Angelis
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
272 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-627-5
Warum geht das kommunistische Gespenst immer noch um? Die allgemeine Furcht vor dem Kommunismus hat jedenfalls auch heute noch nicht nachgelassen – ebenso wenig wie die Hoffnung auf eine gerechtere Zukunft, die viele Menschen mit ihm verbinden. Dieser Band liefert Antworten aus Geschichte und Gegenwart.

VSA:

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

VSA: Machteliten & Alternativen



Björn Wendt/Marcus B. Klöckner/
Sascha Pommrenke/Michael Walter (Hrsg.)

Wie Eliten Macht organisieren

Bilderberg & Co.: Lobbying, Think Tanks
und Mediennetzwerke

VSA:



Michael Brie (Hrsg.)

Lasst uns über Alternativen reden

Beiträge zur
kritischen
Transformations-
forschung 3

VSA

Björn Wendt/Marcus B. Klöckner/
Sascha Pommrenke/Michael Walter (Hrsg.)

Wie Eliten Macht organisieren

Bilderberg & Co.: Lobbying, Think Tanks
und Mediennetzwerke

256 Seiten | € 19.80

ISBN 978-3-89965-696-1

Wer sind die Eliten und die Mächtigen
in unserer Gesellschaft? Und wie be-
einflussen sie Politik und demokratische
Entscheidungsprozesse? Neben einem
Überblick über den Stand der Eliten- und
Machtstrukturforschung behandeln die
Autorinnen und Autoren den Einfluss von
Wirtschaftseliten und Lobbyorganisationen
auf politische Prozesse.

Michael Brie (Hrsg.)

Lasst uns über Alternativen reden

Beiträge zur kritischen
Transformationsforschung 3

Eine Veröffentlichung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

264 Seiten | € 16.80

ISBN 978-3-89965-677-0

Debatten zu Postwachstum, Care-Arbeit
und Commons/Gemeingütern sind von
transformatorischem Denken getragen, das
den Status quo unserer Gesellschaft hinter-
fragt. Das Buch sammelt diese innovativen
Ansätze und versteht sich als Beitrag zur
»Transformationsforschung«.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA:

www.vsa-verlag.de